

**Die Linke Sachsen**  
**2. Tagung des 17. Landesparteitages**

13. April 2024

**A.                    Leitanträge**

**A.1.                 Durch & durch sozial! - Landtagswahlprogramm der  
Linken Sachsen zur Landtagswahl 2024**

Beschluss der 2. Tagung des 17. Landesparteitages vom 13. April 2024 in Bautzen

---

Der Landesparteitag der Linken Sachsen beschließt:

**Inhalt**

Präambel.....	3
I Arbeitswelt, Wirtschaft und Klima.....	6
Arbeit und Arbeitsmarkt.....	8
Handwerk, Industrie und Bergbau.....	13
Strukturwandel.....	16
Energieversorgung.....	18
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Naturschutz.....	19
Kleingärten.....	22
Klima.....	23
Tourismus und Gastronomie.....	25
Schlaglicht: Osten.....	26
II. Soziale Daseinsvorsorge.....	28
Öffentliche Infrastruktur.....	29
Kommunen.....	31
Gesundheit.....	33
Pflege.....	37
Inklusion.....	38
Senior:innen und Rente.....	40
Kinder und Jugend.....	41
Wohnen.....	43
Mobilität und Verkehr.....	45
Tierschutz.....	47
Drogen und Suchthilfe.....	49
Bevölkerungsschutz.....	49
Verbraucher:innenschutz.....	50
Schlaglicht: Stadt & Land.....	51
III. Bildung.....	53
Kita.....	54

Schule.....	56
Berufliche Bildung.....	61
Hochschulen.....	63
Schlaglicht: Gleichstellung.....	65
IV. Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt.....	67
Direkte Demokratie, Bürger:innenbeteiligung und Transparenz.....	69
Zivilgesellschaftliches Engagement und Antifaschismus.....	71
Kampf gegen Diskriminierung.....	73
Kinder- und Jugendmitbestimmung.....	74
Queerpolitik.....	76
Polizei und Justiz.....	77
Kultur.....	81
Erinnerungskultur.....	84
Sport.....	85
Medien.....	87
Internet und Datenschutz.....	89
Migration und Asyl.....	90
Europa.....	91
Frieden.....	92

## 1 **Präambel**

2

3 Liebe Wählerinnen und Wähler!

4

5 Sachsen – das sind die Industriemechanikerin im Automobilwerk in Zwickau und der  
6 Mediendesigner in der Leipziger Südvorstadt. Es sind die junge Studentin der Sozialen Arbeit in  
7 Mittweida und der Straßenbahnfahrer im Ruhestand in Görlitz. Es sind die Agrargenossenschaften,  
8 die seit der Vereinigung die Tradition der LPG fortführen, aber auch die Menschen, die erst vor  
9 wenigen Jahren einen ökologischen Landwirtschaftsbetrieb gegründet haben. Zu Sachsen gehören  
10 der Altenpfleger und die Seniorin, um die er sich kümmert, die Lehrerin an der Grundschule und die  
11 Kinder, die sie unterrichtet. Sachsen, das ist auch der Syrer, der vor dem Krieg in seiner Heimat zu  
12 uns geflohen ist und inzwischen als Hausarzt Kranke versorgt. Sachsen – das sind wir alle, die wir  
13 hier wohnen. Vier Millionen Menschen, die mit fröhlichem Eigensinn ihr Leben gestalten und sich  
14 zugleich in die Gemeinschaft einbringen. Sachsen ist Hutznohmd und Technoclub, Karl-May-  
15 Museum und Staatsoper, Freiwillige Feuerwehr und Kulturverein. Teil dieser Vielfalt sind und  
16 bleiben auch wir: Die Linke Sachsen. Weil wir zu dieser Gesellschaft gehören, wollen wir das Leben  
17 für alle Menschen in Sachsen besser machen, sicherer und selbstbestimmter – für Sie und  
18 gemeinsam mit Ihnen.

19

20 Der Blick, der von außen auf Sachsen geworfen wird, liefert oft ein negativ verzerrtes Bild. Aber  
21 auch wir wissen: Viele Menschen hier sind unzufrieden, fühlen sich übergangen und nicht  
22 wertgeschätzt. Wir geben nicht vor, alles erklären zu können, aber kennen doch einige Gründe für  
23 diese Stimmung: Während nach der Vereinigung Kohl, Schröder und Merkel in Berlin regierten und  
24 in Sachsen mehr als 30 Jahre lang ununterbrochen die CDU an der Macht war, zog sich der Staat  
25 immer weiter zurück und ließ viele Menschen im Stich. Krankenhäuser und Schulen, Postämter und  
26 Bahnhöfe, Sparkassenfilialen und Kulturzentren schlossen für immer ihre Türen. Ältere Menschen  
27 fanden vielfach keine Arbeit mehr, junge Menschen verließen Sachsen auf der Suche nach ihr. Statt  
28 für soziale Sicherheit und wirtschaftliche Perspektiven zu sorgen, behaupteten die Regierenden,  
29 die Leistungen des Staates müssten gekürzt werden. Sie privatisierten öffentliches Eigentum,  
30 entzogen es so der demokratischen Kontrolle und ließen dem Profitstreben des Marktes freie Bahn.  
31 Während die Konzerne Rekordprofite machten und die Vermögenden immer reicher wurden,  
32 blieben Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen zurück. Durch eine sogenannte  
33 „Schuldenbremse“ in Bund und Land, die von den Regierenden noch immer verteidigt werden,  
34 fesselte sich der Staat selbst und kann heute auf die vielen Krisen unserer Gegenwart nicht  
35 angemessen reagieren. Nur allzu aktiv zeigte sich der Staat dort, wo es darum ging, Menschen, die  
36 unverschuldet in die Arbeitslosigkeit geraten waren, durch das System „Hartz 4“ zu drangsalieren,  
37 das inzwischen in „Bürgergeld“ nur umgetauft wurde. Wenig unternahmen die Regierenden  
38 hingegen zur Angleichung der Löhne und Renten im Osten an das Niveau des Westens – diese  
39 immer noch bestehende Benachteiligung ist es, die von den Menschen in Sachsen als größte  
40 Ungerechtigkeit empfunden wird.

41

42 Dieser falschen Politik unermüdlich widersprochen hat die Partei, die zuerst PDS hieß und heute  
43 Die Linke heißt. Sie ist und bleibt die verlässliche Stimme für soziale Gerechtigkeit. Wir sind die  
44 einzige soziale Opposition im Sächsischen Landtag. Niemals werden unsere Abgeordneten die  
45 Hand heben, um einem Sozialabbau zuzustimmen. Stattdessen ist es unser Ziel, das Leben in  
46 Zeiten vieler gleichzeitiger Krisen und wachsender Unsicherheit endlich wieder planbar zu machen.  
47 Wir wollen die sogenannte „Schuldenbremse“ abschaffen, Privatisierungen ohne Zustimmung der  
48 Bevölkerung verbieten und Institutionen der sozialen Daseinsfürsorge wieder der öffentlichen Hand  
49 anvertrauen. Wir setzen uns dafür ein, alle Krankenhausstandorte zu erhalten, mindestens als  
50 Polikliniken. Wir wollen die Versorgung pflegebedürftiger Menschen verbessern und die immer

51 stärker wachsenden Eigenanteile begrenzen. Wir werden den Rückgang der Geburtenzahlen nicht  
52 dazu nutzen, um Stellen zu streichen und Ausgaben zu kürzen, sondern um die Betreuung und  
53 Bildung unserer Kinder in Kitas und Schulen zu verbessern und ihnen ein kostenloses Mittagessen  
54 anzubieten.

55  
56 Nicht aus falscher Nostalgie, sondern weil wir gegen jede ungerechtfertigte Ungleichheit kämpfen,  
57 setzen wir uns dafür ein, den Ostdeutschen endlich die Anerkennung zu verschaffen, die sie  
58 verdienen. Die Menschen in Sachsen wissen, dass Die Linke die glaubwürdige Vertreterin der  
59 ostdeutschen Interessen ist. Wir kämpfen von Anfang an gegen das Rentenunrecht, das im Zuge  
60 der Vereinigung zahllosen Ostdeutschen angetan wurde. Um die Zeit der Niedriglöhne in Sachsen  
61 zu beenden, haben wir ein Vergabegesetz vorgelegt, nach dem öffentliche Aufträge nur noch an  
62 Firmen gehen sollen, die Tariflohn zahlen. Dass Führungspositionen in Ostdeutschland in vielen  
63 Bereichen noch immer kaum mit Menschen ostdeutscher Herkunft besetzt sind, ist ein Skandal.  
64 Nur wenn ostdeutsche Biografien in den Führungspositionen angemessen repräsentiert sind,  
65 können die besonderen Kenntnisse der Ostdeutschen und ihr Gefühl für Solidarität endlich voll in  
66 das politische Handeln einfließen.

67  
68 Zu dem Wissen der Ostdeutschen, dass Nachhilfe aus dem Westen überflüssig macht, zählt unser  
69 Vorsprung auf dem Gebiet der Gleichstellung der Frau. Dass Frauen gleichen Zugang zu  
70 Führungspositionen und für gleichwertige Arbeit gleichen Lohn erhalten müssen, ist für uns eine  
71 selbstverständliche Forderung. In unserer eigenen Partei setzen wir diese Prinzipien konsequent  
72 um. Zugleich wissen wir, dass Gleichberechtigung nach dem Buchstaben des Gesetzes noch längst  
73 nicht tatsächliche Gleichstellung bedeutet. Die muss vielmehr in allen gesellschaftlichen Bereichen  
74 aktiv durchgesetzt werden. Dabei ist für uns jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes oder  
75 der sexuellen Identität inakzeptabel.

76  
77 Weil Gleichheit unser Prinzip ist, setzen wir uns auch für gleichwertige Lebensverhältnisse  
78 zwischen Stadt und Land ein. Die Wege zur Arztpraxis, zum Krankenhaus und zur Behörde werden  
79 immer länger – und beschwerlicher, denn der Öffentliche Nahverkehr ist fahrlässig immer weiter  
80 ausgedünnt worden. Die Linke ist und bleibt in Sachsen in allen Landkreisen und Kommunen  
81 präsent. Und wir wollen dafür sorgen, dass auch Verwaltung, Gesundheitsversorgung und Bildung  
82 auf dem Land überall funktionieren. Dazu muss die Landesregierung den Kommunen endlich die  
83 nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Alle unsere Dörfer und Städte müssen außerdem wieder durch  
84 Busse und Bahnen regelmäßig erreichbar werden. Die Großstädte haben andere, aber nicht  
85 weniger drängende Probleme: Den Wohnungsmangel und den Mietwucher wollen wir durch eine  
86 wirksame Mietpreisbremse und sozialen Wohnungsbau in großem Maßstab bekämpfen.

87  
88 Ein Staat, der sich selbst fesselt und für unfähig erklärt, die Probleme zu lösen, der nicht genug  
89 Lehrkräfte an die Schulen bringt und der Menschen in die Altersarmut schickt, kann kein Vertrauen  
90 gewinnen. Für manche in Sachsen klingen da die Versprechungen nationalistischer  
91 Rechtsaußenparteien verlockend. Sie machen für alle Missstände das Ausland und die Ausländer  
92 verantwortlich und behaupten, durch Abschottung und die Zerstörung der Europäischen Union  
93 ließen sich alle Probleme lösen. Ein Staat, der sich selbst fesselt und für unfähig erklärt, die  
94 Probleme zu lösen, der nicht genug Lehrkräfte an die Schulen bringt und der Menschen in die  
95 Altersarmut schickt, kann kein Vertrauen gewinnen. Für manche in Sachsen klingen da die  
96 Versprechungen nationalistischer Rechtsaußenparteien verlockend. Sie machen für alle Missstände  
97 das Ausland und die Ausländer verantwortlich und behaupten, durch Abschottung und die  
98 Zerstörung der Europäischen Union ließen sich alle Probleme lösen. Gegen die extreme Rechte und  
99 ihr nationalistisches, autoritäres und unsoziales Programm demonstrieren in ganz Sachsen  
100 hunderttausende Menschen. Sie betrachten die Vielfalt der sächsischen Gesellschaft als Gewinn,

101 nicht als Bedrohung und ein Europa der offenen Grenzen als Chance für Sachsen. Die Linke steht  
102 Seite an Seite mit ihnen. Wir sind die Partei des konsequenten Antifaschismus. Wir treten den  
103 extremen Rechten nicht nur in den Parlamenten und auf der Straße entgegen, sondern knicken – im  
104 Gegensatz zu den anderen Parteien – auch politisch nicht vor ihnen ein. Wir verteidigen das Recht  
105 auf Asyl als humanitäre Pflicht. Zugleich betrachten wir die Zuwanderung als Chance für Sachsen.  
106 Denn ohne Zuwanderung müssten schon jetzt viele Krankenhäuser und Handwerksbetriebe ihre  
107 Arbeit einstellen. Dabei sind wir uns bewusst, dass sich vorhandene Bedenken in der Bevölkerung  
108 nur durch eine schnellere Integration der Zuwanderer in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt  
109 abbauen lassen. Wir streiten für ein Sachsen, das für alle ein Zuhause ist. Wir beteiligen uns nicht  
110 daran, verschiedene Gruppen von Menschen, die sich zurecht benachteiligt fühlen, gegeneinander  
111 aufzuhetzen. Unsere Alternative heißt Solidarität!

112  
113 Wir widersprechen der Legende, Sachsen hätten eine natürliche Neigung zum Konservativen. Ganz  
114 im Gegenteil: Sachsen war das Land der Reformation und der Aufklärung, war Vorreiter der  
115 Industrialisierung und der technischen Innovation. Noch heute sind die sächsischen Universitäten  
116 hervorragend, bei der Leipziger Buchmesse treffen sich Intellektuelle aus aller Welt. Im „roten  
117 Sachsen“ organisierten sich im 19. Jahrhundert zuerst die Arbeitenden im Kampf für ihre Rechte,  
118 hier wurde die sozialistische Bewegung begründet, in deren Tradition wir als Die Linke stehen.  
119 Dass die fortschrittlichen Kräfte in der Gesellschaft es derzeit schwer haben, daran tragen wir  
120 wegen der inneren Streitigkeiten unserer Partei in den vergangenen Jahren eine Mitschuld. Nun, da  
121 wir wieder geschlossen auftreten, ist es unsere Pflicht, die Demokratie gegen ihre Feinde zu  
122 verteidigen. Das heißt aber nicht, dass wir uns kritiklos mit den bestehenden Verhältnissen  
123 abfinden. Die Demokratie kann nur erhalten werden, indem sie verbessert wird. Wir brauchen eine  
124 Demokratisierung der Demokratie. Demokratie muss die tägliche Praxis einer Gesellschaft sein, in  
125 der alle gleichberechtigt über die Zukunft mitentscheiden. Deshalb treten wir dafür ein,  
126 Volksbegehren und Volksentscheide zu erleichtern und das Wahlalter abzusenken. Wir wollen, dass  
127 die Beschäftigten mehr mitbestimmen dürfen und Miteigentum an ihren Betrieben bekommen. Weil  
128 die Kommunen die Basis der Demokratie sind, soll stärker vor Ort entschieden werden, wofür Geld  
129 ausgegeben wird. Wir wollen einen funktionierenden Sozialstaat, der Teilhabe am  
130 gesellschaftlichen Leben für alle ermöglicht, und eine bürgernahe und transparente Verwaltung, die  
131 den Interessen der Menschen entgegenkommt.

132  
133 Die sächsische Landwirtschaft hat die letzten Jahre unter extremen Dürren gelitten. Ebenso spüren  
134 es die Feuerwehrleute, die sich mit verheerenden Waldbränden konfrontiert sahen: Die Klimakrise  
135 spielt sich nicht nur in fernen Ländern ab, sondern direkt vor unserer Haustür. Wir müssen unseren  
136 Beitrag leisten, um die Erderhitzung zu stoppen – auch weil die gesundheitlichen und  
137 wirtschaftlichen Schäden vor allem die ohnehin schon Schwächsten in unserer Gesellschaft treffen.  
138 Wir müssen unsere Industrie und unsere Energieversorgung, unser Verkehrswesen und unsere  
139 Landwirtschaft so umbauen, dass wir so bald wie möglich das Klima nicht mehr schädigen. Wo  
140 Maßnahmen zum Klimaschutz auf Widerstand stoßen, da liegt es zumeist daran, dass gerade jene  
141 Menschen übermäßig belastet oder zum Verzicht aufgefordert werden, die ohnehin schon wenig  
142 haben – während die Vermögenden und die Konzerne sich aus der Affäre ziehen. Die Linke steht  
143 für einen konsequenten, dabei aber auch sozial gerechten Klimaschutz. Viele Menschen im Osten  
144 haben in den neunziger Jahren schon einmal erlebt, wie eine wirtschaftliche Transformation über  
145 ihre Köpfe hinweg und ohne sozialen Ausgleich vollzogen wurde. Sie sind deshalb mit Grund  
146 besonders skeptisch. Wir wollen sie überzeugen, indem wir sie in die Entscheidungen einbinden  
147 und dafür sorgen, dass sie von der Wirtschaft von morgen profitieren. Der Staat muss den Wandel  
148 in den Schlüsselindustrien kontrollieren und durch Investitionen gezielt vorantreiben. Die  
149 Infrastruktur zur Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand. Statt die Menschen durch

150 immer höhere Preise zu bestrafen, wollen wir sie an dem Gewinn beteiligen, der dadurch entsteht,  
151 dass wir unseren Strom aus erneuerbaren Energiequellen im eigenen Land produzieren.

152  
153 Die Zeiten der Massenarbeitslosigkeit in Sachsen sind glücklicherweise vorbei – nicht dank der  
154 Weisheit der Regierenden, sondern weil die Bevölkerung kleiner und älter wird. Inzwischen ist der  
155 Mangel an Arbeits- und Fachkräften in fast allen Branchen zum Problem geworden. Die Arbeitswelt  
156 wandelt sich außerdem durch die Digitalisierung und den Einsatz von KI-Systemen. Die Linke will  
157 diese Entwicklung gestalten, statt ihr nur zuzuschauen. Dabei stehen für uns stets die Interessen  
158 der Beschäftigten an erster Stelle. Während die Lobbyisten der Unternehmerverbände und die  
159 Konservativen die Menschen in Sachsen zur Mehrarbeit verpflichten wollen, sagen wir: Wer  
160 Arbeitskräfte will, muss sie ordentlich bezahlen und behandeln. Dazu gehören Tariflöhne im ganzen  
161 Land, aber auch die Möglichkeit für die Beschäftigten, ihre Arbeitszeit zu reduzieren.

162  
163 Auch wenn wir von Sachsen aus keine Außenpolitik betreiben können, setzen wir uns doch vor Ort  
164 für den Frieden und gegen Militarisierung, Aufrüstung und Waffenexporte ein. In Zeiten, in denen in  
165 vielen Hauptstädten der Welt wieder Krieg zum legitimen Mittel der Politik erklärt wird, ist das  
166 dringend notwendig. Wir wollen, dass internationale Konflikte durch Verständigung und Ausgleich  
167 gelöst werden. Wir wehren uns dagegen, dass in Sachsen Waffen produziert werden und das  
168 Militär an unseren Schulen und Universitäten für den Kriegsdienst wirbt.

169  
170 Wir sind Die Linke Sachsen. Wir sind mehr als 6000 Menschen, die sich zusammengefunden haben  
171 für eine Politik, die in allen Fragen die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Für eine Politik,  
172 die den vielfältigen Lebensentwürfen in Sachsen gerecht wird. Für eine Politik, die allen Menschen  
173 mit Respekt begegnet. Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine sichere Grundlage für die  
174 Demokratie und den Frieden. Für unsere Ziele kämpfen wir auf der Straße, im Stadtteilverein, am  
175 Streikposten, in Sozialverbänden, bei der Geflüchtetenhilfe, in den Kommunen und im Sächsischen  
176 Landtag. Wir wollen unsere wichtige Aufgabe als einzige demokratische und soziale Opposition im  
177 Parlament weiter erfüllen und bitten Sie dafür um Ihr Vertrauen. Grundsätzlich sind wir auch bereit,  
178 Verantwortung in der Landesregierung zu übernehmen, wenn dies dazu beiträgt, die Verhältnisse  
179 in Sachsen zum Besseren zu verändern. Denn die politische Arbeit ist für uns kein Selbstzweck,  
180 sondern Dienst für Sie, die Menschen, die mit uns in Sachsen leben.

181

182

### 183 **I Arbeitswelt, Wirtschaft und Klima**

184

185 Die Zeiten der Massenarbeitslosigkeit sind auch in Sachsen glücklicherweise vorbei. Doch das ist  
186 kein Erfolg der Regierenden, sondern eine Folge des Alterns der Bevölkerung. In fast allen  
187 Branchen herrscht inzwischen ein Mangel an Arbeits- und Fachkräften. Die CDU hat noch immer  
188 nichts begriffen und keinen Plan für die Zukunft: Sie möchte nicht nur, dass Sachsen weiterhin ein  
189 Niedriglohnland bleibt, sondern will jetzt auch noch, dass die Beschäftigten in Sachsen länger  
190 schufteten – jede Woche ein paar Stunden und im Alter ein paar Jahre. Die Linke hingegen sagt: **Wer**  
191 **Arbeitskräfte will, muss sie ordentlich bezahlen und ihnen gute Bedingungen bieten.** Der Umbau  
192 der Wirtschaft, der sich durch die Digitalisierung und die Energiewende unweigerlich vollzieht,  
193 macht vielen Menschen in Sachsen Angst – auch wegen der schlechten Erfahrungen aus der Zeit  
194 nach der Vereinigung. Die Transformation kann nur gelingen, wenn sie diesmal sozial gerecht  
195 vollzogen wird. **Wir stehen auch im wirtschaftlichen Wandel immer an der Seite der**  
196 **Beschäftigten, ihrer Betriebsräte und ihrer Gewerkschaften.** Wir wollen dafür sorgen, dass die  
197 Menschen in Sachsen durch die Industrie und die Arbeit der Zukunft gewinnen, nicht verlieren.

198

199 Durch ein modernes **Vergabegesetz** wollen wir dafür sorgen, dass staatliche Aufträge nur noch an  
200 solche Unternehmen gehen, die sich an soziale und ökologische Standards halten. **Öffentliche**  
201 **Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nach Tarif**  
202 **entlohn.** Wir wollen die **Tarifbindung erhöhen** und mehr **Tarifverträge allgemeinverbindlich**  
203 machen.

204  
205 Zur angemessenen Bezahlung müssen aber auch gute Arbeitsbedingungen kommen: Wir wollen  
206 **Befristungen ohne sachlichen Grund abschaffen** und **Minijobs in sozialversicherungspflichtige**  
207 **Stellen umwandeln.** Wo das sachlich möglich ist, sollte es ein **Recht auf Home Office** geben. Wir  
208 wollen **5 Tage Bildungszeit im Jahr** einführen.

209  
210 Wir werden den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften für die sächsische Wirtschaft der Zukunft  
211 nur decken können, wenn wir **Chancengleichheit** auch auf dem Arbeitsmarkt herstellen. Damit alle  
212 am Erwerbsleben teilhaben können, brauchen wir **familiengerechte Arbeitszeiten** und **gute**  
213 **Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.** Für Frauen muss endlich gelten: **Gleicher Lohn für**  
214 **gleichwertige Arbeit!** Zugewanderten Menschen wollen wir einen **schnelleren Zugang zum**  
215 **Arbeitsmarkt** ermöglichen.

216  
217 Sachsen muss auf die **Industrien der Zukunft** setzen. Wir stehen für einen **sozial gerechten**  
218 **Umbau der Industrie.** Wir wollen die Wirtschaftsförderung so reformieren, dass **gute**  
219 **Arbeitsbedingungen, anständige Löhne und ökologische Nachhaltigkeit** zu Bedingungen einer  
220 Förderung werden. Mit Mitteln des Bundes soll eine **Industriestiftung** entstehen, über die die  
221 öffentliche Hand gezielt Anteile an Unternehmen erwirbt. Wir setzen uns konsequent für eine  
222 **Transformation im Sinne der Beschäftigten** ein. Sie kann nur erreicht werden, wenn die  
223 **Belegschaften mehr mitbestimmen und zu Eigentümern ihrer Betriebe werden.**

224  
225 Wir wollen das Handwerk als Basis unserer sächsischen Wirtschaft stärken. Dazu wollen wir  
226 **Bürokratie abbauen** und **mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge auch im Handwerk**  
227 durchsetzen. Wir wollen den **Meisterbonus auf 2500 Euro erhöhen** und ein **BAföG-gestütztes**  
228 **Meisterstudium** einführen.

229  
230 Wir fordern einen **Neustart im Strukturwandel** der Kohleregionen – vor allem in drei Punkten: Wir  
231 möchten ihn strategisch stärker auf **Nachhaltigkeit** ausrichten, die **Beteiligung** der Menschen vor  
232 Ort verbessern und die Förderung auf die **kernbetroffenen Regionen** konzentrieren. Keine Projekte  
233 mehr ohne Zustimmung der Menschen vor Ort!

234  
235 Wir wollen Sachsen mit **günstiger und klimaschonender Energie** versorgen und den Energiebedarf  
236 möglichst **vollständig mit Energie aus regenerativen Quellen** decken. Mit einem **Erneuerbare-**  
237 **Energien-Beteiligungsgesetz** sollen die Menschen am finanziellen Ertrag des Ausbaus von Wind-  
238 und Sonnenenergieanlagen in ihren Kommunen beteiligt werden. Um unseren Strom günstig,  
239 ökologisch und vor Ort unabhängig von unberechenbaren Diktaturen erzeugen zu können, wollen  
240 wir die nötige **Infrastruktur in öffentlicher Hand** halten und eine **sächsische Energiegesellschaft**  
241 gründen.

242  
243 Wir wollen die **Landwirtschaft** stärker an **regionalen Wirtschaftskreisläufen** orientieren,  
244 **Erzeugergemeinschaften** gegen Großkonzerne schützen und **Mindesterzeugerpreise**  
245 durchsetzen. Das Tierwohl muss beachtet werden. In Land- wie Forstwirtschaft muss der Klima-,  
246 Umwelt- und Artenschutz eine größere Rolle spielen. Wir wollen ein **Sachsen ohne Glyphosat und**  
247 **Gentechnik!**

248

249 Wir kämpfen für einen **Klimaschutz, der die Menschen nicht moralisierend bevormundet oder**  
250 **einseitig finanziell belastet**. Wir werden ein **Klimaschutzgesetz** auf den Weg bringen, in dem wir  
251 sozial gerechte CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele in allen Sektoren verpflichtend festschreiben. Mit einem  
252 sächsischen **Klimawandelanpassungsgesetz** wollen wir Anpassungsstrategien durchsetzen und  
253 zugleich die sozialen Folgen der Klimaveränderungen abmildern.

254  
255 Tourismus und Gastronomie sind für die sächsische Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Wir  
256 wollen **Urlaub auch für Menschen mit geringem Einkommen ermöglichen** und den  
257 **Tagestourismus stärken**.

## 258 259 Arbeit und Arbeitsmarkt

260  
261 Der Arbeitsplatz und die Arbeitsverhältnisse bestimmen für die große Mehrheit der Bevölkerung  
262 einen wesentlichen Teil ihres Lebens. Auch das Leben jenseits der Arbeit hängt davon ab, ob man  
263 vernünftig entlohnt wird oder sich eine gute Rente erarbeiten konnte. Nur Löhne, die vor Armut  
264 schützen, und gute Arbeitsbedingungen sorgen dafür, dass Menschen nicht am Ende des Monats  
265 angstvoll auf den Kontostand schauen oder sich vor der Stromrechnung fürchten müssen.

266  
267 Am besten wird Armut dadurch beseitigt, dass Menschen gut bezahlte Arbeit haben. Während die  
268 Vermögen und Gewinne der Reichen und Konzerne sogar in der Krise noch wachsen, wird den  
269 Beschäftigten die Mär der „Lohn-Preis-Spirale“ aufgetischt: Höhere Löhne wären schuld an den  
270 höheren Preisen. Tatsächlich verhindern die derzeitigen Tarifabschlüsse nicht einmal das Absinken  
271 der Reallöhne. Wir als Linke kämpfen seit unserer Gründung für den **Mindestlohn**. Angesichts der  
272 Teuerung fordern wir eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro**. Das würde auch Altersarmut  
273 verhindern und entspricht der Mindestlohnrichtlinie, die von der Europäischen Union beschlossen  
274 wurde.

275  
276 Der Mindestlohn ist allerdings nur eine Untergrenze. Auch wenn in Deutschland und in Sachsen  
277 Tarifautonomie gilt, ist die Landesregierung doch dafür zuständig, die Bedingungen dafür zu  
278 schaffen, die in Sachsen schwache **Tarifbindung zu erhöhen**, damit mehr Betriebe ihren  
279 Beschäftigten **Tariflohn** zahlen. Sachsen ist jedoch noch immer eines der Schlusslichter bei der  
280 Tarifbindung. Das ist auch ein Grund für die niedrigen Gehälter im Freistaat. Seit 2006 hat die  
281 Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag jede Legislaturperiode Gesetzentwürfe zur **Reform des**  
282 **Vergaberechts** im Landtag eingebracht, die alle von den CDU-geführten Regierungskoalitionen  
283 abgelehnt worden sind. In der aktuellen Legislaturperiode hat die Regierung ihr Versprechen, ein  
284 Vergabegesetz zu schaffen, trotz Eintragung in den Koalitionsvertrag gebrochen. Die Linke fordert  
285 seit fast 20 Jahren: **Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihre**  
286 **Beschäftigten nach Tarif entlohnen**. Kleinere und mittlere Unternehmen sind zur Angebotsabgabe  
287 aufzufordern. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen müssen Regionalität und ökologische  
288 Standards berücksichtigt werden. Wir laden die Unternehmensverbände dazu ein, am Ziel der  
289 Tarifbindung mitzuwirken und ihre Mitglieder dafür zu gewinnen, so genannte **OT**  
290 **Mitgliedschaften**, also Mitgliedschaften ohne Tarifbindung, **zurückzudrängen**. Wir wollen zudem  
291 die Möglichkeiten dafür schaffen und nutzen, **Tarifverträge allgemeinverbindlich** zu machen. In  
292 ihren eigenen Unternehmen hat die Staatsregierung außerdem die Möglichkeit, die Tarifbindung  
293 direkt zu beeinflussen. Es ist ein Skandal, dass ca. die Hälfte der Unternehmen im Besitz des  
294 Freistaats keiner Tarifbindung unterliegen. Wir fordern, Tarifbindung in allen Unternehmen  
295 herzustellen, an denen der Freistaat zu mindestens 50 % beteiligt ist.  
296 Die Chancen von Beschäftigten, ihre Interessen zu vertreten und ihr Leben zu planen, werden  
297 zudem durch Befristung und Ungleichbehandlung untergraben. Deshalb wollen wir **Befristungen**  
298 **ohne sachlichen Grund abschaffen** und **Minijobs in sozialversicherungspflichtige Stellen**

299 **umwandeln.** Bei der Entlohnung muss gelten: **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.**  
300 **Soloselbständige** und **Plattformbeschäftigte** müssen eine **branchenspezifisch angemessene**  
301 **Vergütung** erhalten.

302  
303 Die Verhandlungsmacht von Beschäftigten wird auch durch die aktuelle Ausgestaltung des  
304 Bürgergelds eingeschränkt: Wer im Falle von Arbeitslosigkeit befürchten muss, schnell sozial  
305 abzusinken, der lässt sich auch mehr gefallen. Das Bürgergeld soll durch eine **sanktionslose**  
306 **Mindestsicherung** ersetzt werden, deren monatliche Höhe sich an der Armutsgefährdungsgrenze  
307 orientiert. Auch ein gut finanziertes und sozial ausgerichtetes bedingungsloses Grundeinkommen  
308 kann langfristig Abhilfe schaffen. Grundsätzlich gilt: Niemand soll von weniger als 1200 Euro im  
309 Monat leben müssen. Auch Menschen in der Grundsicherung müssen für ungeplante Ausgaben auf  
310 Rücklagen zurückgreifen können. Wie für die Empfänger:innen von Bürgergeld wollen wir auch für  
311 Menschen, die wegen ihres Alters oder einer Erwerbsminderung Grundsicherung erhalten, ein  
312 Schonvermögen von 15000 Euro ermöglichen.

313  
314 Wir streiten also für eine **Arbeitswelt, die sich an den Interessen der Beschäftigten orientiert.** Wo  
315 sie sich organisieren, können sie bessere Arbeitsbedingungen und Löhne durchsetzen. Damit  
316 arbeitende Menschen in der Lage sind, ihre Interessen wirkungsvoll zu vertreten, unterstützen wir  
317 **starke Betriebs- und Personalräte** und deren Zusammenarbeit in **Betriebsrätenetzwerken.** Wir  
318 **stehen an der Seite der Gewerkschaften** im Kampf für den Erhalt von Arbeitsplätzen, höhere  
319 Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Wir wollen darüber hinaus Arbeitnehmer:innen darin  
320 fördern ihre Betriebe kollektiv in Form von **Produktivgenossenschaften** oder ähnlichen zu  
321 übernehmen.

322  
323 Natürlich gehört zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen für uns auch, dass die  
324 Bestimmungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz und die arbeitsschutzrechtlichen  
325 Bestimmungen im Sinne der Beschäftigten geregelt werden müssen. Ein **betriebliches**  
326 **Gesundheitsmanagement** ist nötig. Wo es möglich ist, sollten für die Beschäftigten **Regelungen**  
327 **zum Homeoffice** geschaffen werden. Unverzichtbar gerade in Zeiten des Fachkräftemangels sind  
328 großzügige **Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.** Wir kämpfen für ein Recht auf **5 Tage**  
329 **Bildungszeit im Jahr.** Die **Gestaltung der Arbeitszeit muss sich an den Lebensphasen**  
330 **orientieren.** Die Linke setzt sich dafür ein, die gesetzliche Höchst Arbeitszeit auf 40  
331 Wochenstunden zu begrenzen.

332 Wir fordern, dass auf dem Arbeitsmarkt auf unterschiedliche Lebensrealitäten Rücksicht  
333 genommen wird. Dafür ist **Chancengleichheit** entscheidend. Wir wollen sie in allen Bereichen  
334 verwirklichen:

335 Um die **Chancengleichheit für alle Geschlechter** zu erreichen, müssen Beruf und Privatleben –  
336 besonders für Alleinerziehende – besser vereinbar werden: durch **familiengerechte Arbeitszeiten**  
337 und **gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.** Chancengleichheit heißt aber auch:

338 **Lohngerechtigkeit.** Immer noch bekommen **Frauen** nicht den gleichen Lohn wie Männer. Die  
339 gesetzlich vorgeschriebene Lohntransparenz muss verwirklicht werden. Es muss der Grundsatz  
340 gelten: **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!** Als Vorbild kann das Gesetz zur gleichen  
341 Bezahlung („Equal Pay Act“) in Island dienen, wo heute schon Regelungen für gesetzlich normierte  
342 Bewertungsstandards, Audit- und Zertifizierungsverfahren erfolgreich praktiziert werden, die eine  
343 gleiche Entlohnung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit garantieren. Das niedrigere  
344 Einkommen von Frauen steht oft in einem Zusammenhang damit, dass sie überdurchschnittlich  
345 häufig unbezahlte Arbeiten der Sorge übernehmen. Das muss bei der Schaffung von  
346 Entgeltgleichheit berücksichtigt werden. Sogenannte „Sorgeberufe“, also Arbeit im Bereich der  
347 Pflege, der Erziehung, der Fürsorge und im Haushalt, müssen aufgewertet werden – nicht nur, was  
348 die gesellschaftliche Anerkennung, sondern auch, was die Bezahlung angeht. Die Sorgeberufe

349 benötigen flächendeckende Tarifverträge mit geschlechtersensibler Arbeitsbewertung. Wir wollen  
350 Hürden für Frauen im Berufsleben abbauen und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am  
351 Arbeitsmarkt sicherstellen. Dazu gehört auch die **Förderung von Frauen in Führungspositionen**,  
352 um die **Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in der Arbeitswelt zu verringern**. Solange  
353 diese Ungleichheiten nicht beseitigt sind, soll eine entsprechende Quote in Führungspositionen von  
354 50 Prozent die Berücksichtigung der Geschlechter sicherstellen.

355  
356 Zur Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt gehört auch, **Alleinerziehende**, die meist weiblich  
357 und überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind, stärker zu unterstützen, Familie und  
358 Beruf miteinander zu vereinbaren. Weil die sächsische Staatsregierung untätig geblieben ist, hat  
359 unsere Landtagsfraktion in dieser Legislaturperiode den „Runden Tisch Alleinerziehende“ ins Leben  
360 gerufen. Dessen Ergebnisse wollen wir mit einem **Landesaktionsplan** umsetzen. Er soll Angebote  
361 enthalten, um Alleinerziehende besser in den ersten Arbeitsmarkt einzubeziehen, auch über  
362 Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeiten. Familienfreundliche Unternehmen wollen wir gezielt  
363 fördern. Alleinerziehende müssen in Einstellungsverfahren besser vor Diskriminierung geschützt  
364 werden. Außerdem brauchen wir flexible und gesicherte Angebote der Kinderbetreuung, auch  
365 solche, die speziell auf die Bedürfnisse von Alleinerziehenden mit pflegebedürftigen Kindern  
366 zugeschnitten sind. Beratungsangebote für Alleinerziehende wollen wir ausbauen.  
367 Präventionsangebote, vor allem im Bereich der Müttergesundheit, wollen wir finanzieren und  
368 fördern. Außerdem wollen wir eine **Landeskoordinierungsstelle für Alleinerziehende** schaffen.

369  
370 Wir stehen auch für Chancengleichheit für **zugewanderte Menschen** auf dem Arbeitsmarkt. Dafür  
371 müssen ausländische Abschlüsse und auch praktische Berufserfahrungen schneller und einfacher  
372 anerkannt werden, um einen besseren **Zugang zum Arbeitsmarkt und eine**  
373 **qualifikationsadäquate Beschäftigung** zu ermöglichen. Deshalb fordern wir eine  
374 Bundesratsinitiative zur Übernahme der Anerkennungspartnerschaften auch für Geflüchtete. Wir  
375 wollen **Menschen mit Migrationshintergrund besser integrieren**, indem wir mehr Stellen für  
376 Arbeitsmarktmentor:innen schaffen und sie stärker fachlich spezialisieren. Der wichtigste  
377 Flaschenhals bei der Arbeitsmarktintegration von Migrant:innen sind die Ausländerbehörden. Sie  
378 müssen endlich zu Ermöglichungsbehörden werden; auch hierauf kann der Freistaat wirken. Zur  
379 Integration gehört auch, dass alle Beschäftigte, auch solche die aus dem Ausland zugewandert  
380 sind, oder Grenzpendler:innen sind, ihre Rechte kennen. Aus diesem Grund muss die  
381 **mehrsprachige Beratung für ausländische Beschäftigte** ausgebaut werden.

382  
383 Wir wollen **Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen**, indem wir Zugänge auf den  
384 ersten Arbeitsmarkt schaffen. Das Recht auf freie Berufswahl muss endlich auch für Menschen mit  
385 Behinderungen in Sachsen in die Realität umgesetzt werden. Wir wollen inklusive Arbeitsplätze in  
386 Inklusionsfirmen durch eine nachhaltige Förderung absichern. Die Vergabe von öffentlichen  
387 Aufträgen muss an den Einsatz für einen **inklusiven Arbeitsmarkt** und die Beschäftigung von  
388 Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen gekoppelt und als Vergabekriterium  
389 im sächsischen Vergaberecht verankert werden. Bei öffentlichen Aufträgen sind inklusive  
390 Unternehmen bei der Auftragsvergabe gezielt zu unterstützen. Es soll außerdem eine sächsische  
391 Vermittlungsstelle speziell für die Arbeit und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen etabliert  
392 und im Zuge dessen eine landesweite inklusive Jobbörse entwickelt und aufgebaut werden. Somit  
393 werden Kontakte zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen mit Behinderungen  
394 ermöglicht, aktiv Vorurteile abgebaut und auch eine stärkere Nutzung vorhandener  
395 Teilhabeleistungen angeregt. Wir wollen die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen  
396 reformieren: Sie sollen sich zum allgemeinen Arbeitsmarkt öffnen und als Orte der beruflichen  
397 Bildung gestaltet werden.  
398 Die Entlohnung einer Werkstatttätigkeit darf den gesetzlichen Mindestlohn nicht unterschreiten.

399 Außerdem muss die Werkstättenverordnung (WVO) auf Bundesebene dringend modernisiert  
400 werden. Bestehende und künftige Außenarbeitsplätze sollen eindeutig als vorrangiges Ziel haben,  
401 daraus ein sozialversicherungsverpflichtiges Beschäftigungsverhältnis entstehen zu lassen. Wir  
402 wollen, dass Sachsen Bundesratsinitiativen ergreift, die den bislang „arbeitnehmerähnlichen“  
403 Beschäftigungsverhältnis Werkstattbeschäftigter in einen vollen Arbeitnehmerstatus umwandelt,  
404 der garantiert, dass die Entlohnung den Mindestlohn nicht unterschreitet. Die Kontrollen darüber,  
405 ob Werkstätten ihrem Auftrag nachkommen, behinderte Menschen „fit“ für den ersten Arbeitsmarkt  
406 zu machen, und diese auf diesen zu vermitteln, müssen deutlich verstärkt werden.  
407 Außerdem sollten Beschäftigte in den Werkstätten mehr Mitspracherecht erhalten. Die  
408 Fremdbestimmung zehrt an ihnen. In Gremien sollen Beschäftigte insbesondere zu den Arbeits-  
409 und Pausenzeiten sowie zu den Arten der Beschäftigung Mitspracherecht erhalten. Das soll sich  
410 auch auf die Freizeitgestaltung in den Wohnheimen ausweiten, in denen die Wünsche der dort  
411 lebenden Menschen stärker respektiert werden müssen. Wir wollen den Unternehmen, die  
412 sich der Inklusion verwehren, die Ausgleichsabgabe erhöhen. Außerdem wollen wir bei der Vergabe  
413 von öffentlichen Aufträgen stärker Unternehmen berücksichtigen, in denen Menschen mit  
414 Behinderungen arbeiten.

415  
416 Der **Mangel an Arbeits- und Fachkräften** ist für Sachsen ein besonders schwieriges Problem, weil  
417 die Bevölkerung im Freistaat relativ stark schrumpft. Dabei ist Sachsen auf qualifizierte  
418 Beschäftigte angewiesen, um die soziale Daseinsvorsorge zu gewährleisten und vom industriellen  
419 Wandel zu profitieren, der durch die Digitalisierung und die Energiewende ausgelöst wird. Für uns  
420 als Linke liegt die Lösung nicht in einem Zwang zur Mehrarbeit, sondern in **attraktiveren**  
421 **Arbeitsbedingungen**. Wer Arbeitskräfte will, muss sie gerecht bezahlen und gute Konditionen  
422 bieten.

423  
424 Automatisierung kann helfen routinierte und sich monoton wiederholende Arbeitsabläufe durch  
425 Computer oder Maschinen erledigen zu lassen. Mehr **Automatisierung** bedeutet also, dem  
426 demografischen Wandel konstruktiv zu begegnen. Deshalb muss sie durch die  
427 Wirtschaftsförderung des Freistaats in den Bereichen gestärkt werden, in denen die Beschäftigten  
428 dies unterstützen. Dies bildet eine wichtige flankierende Maßnahme für gewerkschaftlich  
429 angestrebte und von uns unterstützte **Arbeitszeitverkürzungen**. Hierbei ist besonderes  
430 Augenmerk auf Produktivitätsgewinne durch Digitalisierung und sogenannte KI-Systeme zu richten.

431  
432 **KI-Systeme** halten derzeit überall in unserer Gesellschaft Einzug. Noch ist es schwer abzusehen,  
433 welchen Umfang und welche Form dies annehmen wird. Sie wird viele Entscheidungs- und  
434 Arbeitsabläufe rationalisieren. Allerdings gilt für uns, dass KI-Systeme dem Menschen dienen  
435 sollen, nicht der Mensch dem Befüttern der KI-Systeme mit Daten. Sie soll immer unter Achtung  
436 der Menschenrechte und Würde des Menschen eingesetzt werden.

437  
438 KI-Systeme können unter anderem helfen, aus hunderten Seiten von Akten die richtigen  
439 Informationen zu finden. Sie kann unter anderem benötigte Daten extrahieren, Übersetzungen  
440 anfertigen. Sie könnte Richterinnen und Richter in ihrer Entscheidungsfindung unterstützen. Bereits  
441 jetzt gibt es Systeme, die der Polizei und dann den Staatsanwaltschaften bei der Strafverfolgung  
442 helfen, z.B. beim Herausfiltern von kinderpornographischem Material. Die Möglichkeiten und Ideen  
443 sind auch in Verwaltungen und Börden fast grenzenlos.

444  
445 Bevor neue Systeme eingeführt werden, müssen die bestehenden auf die Grundsätze geprüft  
446 werden sowie auf die Richtigkeit und Nützlichkeit der Informationen. Da es sich i.d.R. um  
447 anpassungsfähige Software handelt, die während ihres Betriebes Veränderung an der  
448 Bewertungsgrundlage eigenständig vornimmt, müssen diese Prüfungen in regelmäßigen

449 Abständen erfolgen. Es braucht eine geeignete Institution dafür, die unabhängig von Industrie und  
450 staatlichen Interessen diese Prüfungen vornimmt.

451

452 Der Einsatz von **KI-Systemen in Handwerk und Industrie** wiederum bedeutet  
453 betriebswirtschaftliche Rationalisierungen einerseits und andererseits eine Einführung in moderne  
454 Produktionsmethoden, was mit einem enormen Investitionsumfang für die einzelnen Unternehmen  
455 verbunden ist. Um Betriebe, die weiterhin auf die Beschäftigung von Menschen setzen oder dies  
456 aufgrund ihres Betriebskonzepts müssen und die notwendige Investitionskraft nicht aufbringen  
457 können, zu schützen, ist es von hoher Bedeutung, die Besteuerung von Arbeitsleistung und  
458 automatisierter Produktion in Einklang zu bringen. Traditionell arbeitende Betriebe dürfen  
459 beispielsweise nicht durch höhere Abgaben bestraft werden.

460 Durch die Digitalisierung von Produktionsprozessen, die Nutzung von Computersystemen und  
461 Anwendungen von KI-Systemen bekommt der Schutz von Beschäftigten eine neue Bedeutung.  
462 Digitale Vorgänge hinterlassen mehr Daten, die umfassende Rückschlüsse auf die Arbeitenden  
463 ermöglichen. Leistung und Verhalten können damit überwacht und gesteuert werden. Die Linke  
464 Sachsen will die Persönlichkeitsrechte von Beschäftigten auch in der digitalen Welt schützen,  
465 unzulässige Kontrollen verhindern und Verhaltenssteuerung begrenzen. Nur kann die  
466 Anwendungen von KI-System-Unterstützung für Beschäftigte leisten und nicht nur Mittel zur  
467 Profitsteigerung der Unternehmen beitragen. Digitalisierung soll das Leben und die Arbeit  
468 erleichtern, nicht erschweren oder dazu dienen, Arbeitsrechte zu schleifen.

469

470 Die bereits bestehenden Gesetze zum Datenschutz (BDSG neu / DSGVO /  
471 Informationsfreiheitsgesetz) müssen für KI-Systeme anwendbar bleiben und dürfen nicht durch  
472 neue Gesetze speziell für KI-Systeme überschrieben oder außer Kraft gesetzt werden. Werden  
473 personenbezogene Daten verarbeitet, müssen die Ergebnisse der regelmäßigen Prüfungen  
474 mindestens allen Betroffenen, besser aber öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Prüfberichte  
475 sind derart zu gestalten, dass sowohl feste Bewertungsalgorithmen, als auch die am Lernprozess  
476 beteiligten Algorithmen und voreingestellten Bedingungen sowie die Veränderung im Betrieb  
477 hervorgehen. Datenschutzkonzepte müssen vorliegen und auf Nachfrage Betroffener unverzüglich  
478 ausgehändigt werden.

479

480 Die Europäische Datenschutzgrundverordnung und deren Anwendung auch in Sachsen ist nicht  
481 nur geltendes Recht und auch kein Bürokratiemonster, sondern dient dem Schutz der  
482 Beschäftigten. Daher setzen wir uns für eine personelle Verstärkung im Bereich der Datenschutz-  
483 und Transparenzbeauftragten ein. In der kommenden Legislaturperiode wird es daher zuerst auf  
484 die Umsetzung des europäischen AI-Acts ankommen. Die Organisatorische Herausforderung wird  
485 darin bestehen, redundante Bürokratiestrukturen zu verhindern und trotzdem der Wichtigkeit des  
486 Regulierungsbedarfs gerecht zu werden. Eine überfällige Anpassung der ressortübergreifenden  
487 Digitalstrategie für den Freistaat Sachsen darf hier nur der erste Schritt sein.

488

489 Der Arbeitskräftemangel lässt sich auch dadurch lindern, dass wir einen **inklusiveren Arbeitsmarkt**  
490 schaffen. Wir wollen dafür sorgen, dass mehr Menschen am Arbeitsleben teilnehmen können. Wir  
491 müssen die Talente und Kenntnisse aller Menschen, die bei uns leben, stärken und nutzen.  
492 Zugewanderte Menschen müssen schneller in einem Beruf arbeiten dürfen, der ihrer Qualifikation  
493 entspricht. Alle Frauen müssen die Möglichkeit haben, so viel zu arbeiten, wie sie wollen. Wir  
494 müssen die Unternehmen und Behörden fit machen für die Bedürfnisse von Menschen mit  
495 Behinderungen. Arbeitslose brauchen mehr Unterstützung dabei, sich weiterzubilden und in den  
496 Arbeitsmarkt zurückzukehren. Menschen sind schließlich aus unterschiedlichsten Gründen in  
497 Arbeitslosigkeit. Das sollte in den Jobcentern und in der Vermittlung Berücksichtigung finden. In  
498 einem ersten praktischen Schritt sollen daher in Sachsen insbesondere in den Bereichen der

499 ganzheitlichen Betreuung (§§ 16g, 16i und 16k SGB II) sowie in der Förderung schwer zu  
500 erreichender junger Menschen sozialarbeiterische Fachkräfte beschäftigt werden. Wir wollen durch  
501 landesweite Programme außerdem auf das Problem der anhaltenden Stigmatisierung von  
502 Menschen in Bürgergeldbezug aufmerksam machen. Zudem soll die Forschung der Gründe von  
503 Arbeitslosigkeit vorangetrieben werden, um diese Stigmen zu bekämpfen und Arbeitslosigkeit auf  
504 wissenschaftlicher Basis zu bekämpfen.

505

506 Die sächsische Politik muss für **weniger Bürokratie** sorgen, um dem Personalmangel in der  
507 Verwaltung zu begegnen und die Beschäftigten dort zu entlasten. Außerdem sprechen wir uns  
508 dafür aus, dass die Aufsichtsbehörden flächendeckend nur noch Stichprobenkontrollen bei  
509 Bescheidprüfungen und anderen Prüfungsverfahren durchführen. Die Strafen für Vergehen müssen  
510 im Gegenzug erhöht werden.

511

512 Der **ländliche Raum**, der besonders unter dem Fachkräftemangel leidet, muss durch den **Ausbau**  
513 **der Infrastruktur** und die **Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs** deutlich attraktiver  
514 gemacht werden, gerade für junge Familien und qualifizierte Zuwanderer. Wir brauchen endlich ein  
515 modernes Mobilfunknetz, Bus und Glasfaser in jedem Dorf!

516

### 517 Handwerk, Industrie und Bergbau

518

519 Die Unternehmen in Sachsen sind mehrheitlich klein. Von den etwa 160 000 Unternehmen haben  
520 etwa 130 000 weniger als 10 Beschäftigte. Das Handwerk ist in Sachsen besonders stark vertreten,  
521 jedoch im Rückgang begriffen. Die kleinen Betriebe sind einerseits das Rückgrat der sächsischen  
522 Wirtschaft, andererseits hindert diese kleinteilige Struktur die Kraft zu Investition und Innovation –  
523 nicht jeder Handwerksbetrieb hat die Mittel auf der hohen Kante, um richtungsweisende  
524 Investitionen zu tätigen. Zudem haben kleine Betriebe öfter keinen Betriebsrat, die Tarifbindung in  
525 Sachsen ist schwach, was am Ende zu niedrigeren Löhnen und auch Renten führt. Dabei bildet das  
526 Handwerk die Grundlage dafür, dass wir von der sozial-ökologischen Transformation profitieren  
527 können: Sie wird ohne starkes Handwerk nicht stattfinden.

528

529 Die allgemeine Teuerung geht auch am Handwerk nicht vorbei. Steigende Rohstoff- und  
530 Produktionsmittelpreise lassen Mehrkosten entstehen, die am Ende an die Verbraucher  
531 weitergegeben werden müssen. Die steigenden Rohstoffpreise entstehen größtenteils dadurch,  
532 dass spekuliert wird und Erzeuger und Zwischenhändler Ressourcen bewusst zurückhalten, um ihre  
533 Profite zu maximieren. Wir fordern eine **Deckelung der Preise für betriebswichtige Rohstoffe und**  
534 **Arbeitsmittel**. Für sie sollten außerdem Vorräte eingerichtet werden, die gemeinschaftlich  
535 verwaltet werden. Damit keine Spekulanten profitieren, brauchen wir ein Verbot der Spekulation  
536 mit solchen Stoffen.

537

538 Tarife werden im Handwerk in der Regel mit den Innungen und den jeweils zuständigen  
539 Gewerkschaften ausgehandelt. Diese Tarife gelten aber nur für Betriebe, die Mitglied der jeweiligen  
540 Innung sind. Das führt in vielen Branchen deutschlandweit zu einem Flickenteppich. Wir  
541 unterstützen bundesweite **Flächentarifverträge im Handwerk**. Sie können dazu beitragen, die  
542 Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland anzugleichen. Die Tarifbindung in der  
543 sächsischen Wirtschaft ist ohnehin unterdurchschnittlich, im Handwerk ist sie noch einmal  
544 geringer. Wenn das Handwerk attraktiv bleiben soll, brauchen wir **mehr allgemeinverbindliche**  
545 **Tarifverträge auch im Handwerk**.

546

547 Viele Handwerksbetriebe müssen zusätzliches Personal einstellen, um den stetig wachsenden  
548 bürokratischen Aufwand bewältigen zu können. Wir wollen **Bürokratie abbauen** und dafür sorgen,

549 dass **Handwerksbetriebe in Verwaltungsverfahren unterstützt** werden. Die zu dünne  
550 Personaldecke und die zu langsame Digitalisierung in den Vergabestellen sind das zentrale  
551 Problem. Sobald ausreichende Voraussetzungen in den Behörden geschaffen sind, fristgerecht zu  
552 bearbeiten, sollten Fördermittelanträge als bewilligt gelten, wenn die Bewilligungsstelle länger als  
553 sechs Wochen zur Prüfung braucht. Außerdem setzen wir uns für eine Umstellung der  
554 Prüfungsverfahren auf Stichprobenprüfungen ein. Gleichzeitig sollen deutlich erhöhte Bußgelder für  
555 festgestellte Verstöße festgelegt werden. Doch nicht alle Regulierungen sind überflüssige  
556 Bürokratie. Märkte brauchen Regeln. Doch auch komplizierte Regelungen und Gesetze können  
557 zumindest verständlich an die Handwerksbetriebe vermittelt werden. Dafür wollen wir uns  
558 einsetzen. Kostenfreie sowie hochwertige Schulungen in diesem Bereich müssen in angemessener  
559 Menge angeboten werden.

560  
561 Wir fordern eine **Erhöhung des Meisterbonus auf 2500 Euro**. In der Zukunft sollte er auch an  
562 Fach- und Betriebswirte ausgezahlt werden. Eine Meisterausbildung sollte auch ohne  
563 Betriebszugehörigkeit möglich sein, deswegen setzen wir uns dafür ein, ein **BAföG-gestütztes**  
564 **Meisterstudium** einzurichten. So machen wir die Handwerksberufe attraktiver und setzen Anreize  
565 zur Selbständigkeit.

566  
567 Besonders die traditionell eher männlich geprägten Handwerksbetriebe in Sachsen wollen wir  
568 durch gezielte Angebote dabei unterstützen, Ausbildungen und Beschäftigung auch **für Frauen und**  
569 **Menschen mit Migrationsgeschichte attraktiver** zu machen. Bislang ist der Meistertitel noch  
570 überwiegend männlich. Knapp 90 % der Meister:innen in Sachsen sind Männer. Um die strukturelle  
571 Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt für Handwerker:innen zumindest teilweise  
572 auszugleichen, soll der Festbetrag des „Meisterbonus“ für Meisterinnen auf einen Betrag von 3500  
573 Euro erhöht werden.

574  
575 Sachsen muss auf die **Industrien der Zukunft** setzen. Die Klimakrise erfordert einen raschen  
576 Umbau von Industrie und Wirtschaft. Rund 23 % der Treibhausgasemissionen in Deutschland  
577 entstehen in der Industrie. Auf dem Prüfstand stehen die Energie- und Ressourceneffizienz der  
578 Produktion genauso wie die der Produkte und deren Verwendung. Wir stehen für einen **sozial**  
579 **gerechten Umbau der Industrie**. Wir wollen den Transformationsprozess so organisieren, dass er  
580 die soziale Gerechtigkeit und Sicherheit stärkt, anstatt soziale Ungleichheit weiter zu vertiefen. Wir  
581 betrachten den wirtschaftlichen Wandel als Chance für das traditionsreiche Industrieland Sachsen.

582  
583 Daher braucht es Investitionen in eine innovative Wirtschaft um vom Wandel durch Digitalisierung  
584 und sozial-ökologische Transformation zu profitieren; dabei müssen die Interessen der  
585 Beschäftigten im Mittelpunkt stehen. Aktuell stehen viele Investitionsentscheidungen an, die den  
586 Kurs der Betriebe für die nächsten Jahrzehnte bestimmen werden. Viele Unternehmen, vor allem  
587 die großen Konzerne, nutzen den Umbau zu ihrem Vorteil. Sie verbessern ihre Bilanzen, indem sie  
588 bei den Beschäftigten Geld sparen. Wir setzen uns deshalb konsequent für eine **Transformation im**  
589 **Sinne der Beschäftigten** ein. Sie kann nur erreicht werden, wenn die **Belegschaften mehr**  
590 **mitbestimmen und zu Miteigentümern ihrer Betriebe werden**. Deshalb fordern wir eine Reform  
591 des Betriebsverfassungsgesetzes, die es ermöglicht, dass Beschäftigte bei wichtigen  
592 Investitionsentscheidungen eines Unternehmens mitentscheiden können.

593  
594 Um die Betriebe und deren Beschäftigte bei diesen Investitionen auch finanziell zu unterstützen  
595 muss die sächsische **Wirtschaftsförderung** reformiert werden – verständlich, verlässlich und  
596 zukunftsfest. Sie muss auf Zukunftsbranchen setzen und dabei auch immer die Interessen der  
597 Beschäftigten berücksichtigen. Das bedeutet für uns, **gute Arbeitsbedingungen, anständige**  
598 **Löhne und ökologische Nachhaltigkeit** zu Bedingungen einer Förderung machen. Dazu gehört

599 auch eine Verringerung der Arbeitszeit: Wer dank staatlicher Hilfe seine Produktivität steigert,  
600 muss es seinen Beschäftigten auch ermöglichen, weniger zu arbeiten.

601  
602 Der Umbau kann nur gelingen, wenn er durch die Gesellschaft kontrolliert wird. Deswegen fordern  
603 wir: Mit Mitteln des Bundes soll eine **Industriestiftung** entstehen, über die die öffentliche Hand  
604 gezielt Anteile an Unternehmen erwirbt. Unverzichtbare Infrastruktur in der Energiewirtschaft kann  
605 so geschützt werden – sowohl vor dem Ausverkauf an autoritäre Regime als auch an private  
606 Konzerne.

607  
608 Um den sozial gerechten und klimaneutralen Umbau der Industrie zu ermöglichen, fordern wir  
609 **Finanzhilfen für energieintensive Industriebetriebe**. Ihre jährliche Höhe soll der Differenz  
610 zwischen den CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten und dem CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreis entsprechen, insofern  
611 Energieeinsparungsmaßnahmen im Unternehmen wirksam wurden. So bleiben Industriebetriebe  
612 wettbewerbsfähig, die Arbeitsplätze können geschützt werden. Diese Maßnahmen sind  
613 entsprechend auch für kleine und mittelständische Unternehmen umzusetzen.

614  
615 Der industrielle Sektor zählt zu den größten Produzenten von Kohlendioxid. Die sich verschärfende  
616 Klimakrise macht es unabdingbar, die Industrie so schnell wie möglich sozialverträglich CO<sub>2</sub>-neutral  
617 umzubauen. **Grüner Strom** muss deshalb in großen Mengen verfügbar gemacht werden. Die  
618 Infrastruktur dafür muss bereitgestellt werden, ebenso die für die Nutzung von **grünem**  
619 **Wasserstoff**. Die **Forschung im Bereich der Produkt- und Prozessinnovationen** muss finanziell  
620 gefördert werden. Die **einheimische Industrie** muss im Prozess der Transformation **vor**  
621 **Preisdumping im Außenhandel geschützt** und **finanziell entlastet** werden, um ihre internationale  
622 Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. **Grüne Leitmärkte**, also staatliche geschaffene oder geförderte  
623 Märkte für klimaneutral produzierte Grundstoffe (wie z.B. Stahl, Beton), müssen für  
624 **Planungssicherheit bei langfristig wirksamen Investitions- und Produktentscheidungen** sorgen.

625  
626 Diese Maßnahmen werden durch gezielte Investitionen in neue, grüne Technologien zu erhöhter  
627 Produktivität führen. Eine Wirtschaftspolitik, die die Produktivität nachhaltig erhöht und  
628 Investitionsentscheidungen erleichtert, schafft Beinfreiheit für sowohl Unternehmen als auch  
629 Beschäftigte.

630  
631 Unsere wirtschaftliche Zukunft hängt von der zuverlässigen Versorgung mit Rohstoffen ab. Wir  
632 befürworten einen **natur- und sozialverträglichen Rohstoffabbau** in Sachsen. Dazu werden wir  
633 das **Bergrecht** so ausgestalten, dass die Interessen von Mensch und Natur stärker berücksichtigt  
634 werden. Ziel ist es, das Bergrecht zu einem **Ressourcenschutzrecht** weiterzuentwickeln. Die  
635 heimische Industrie soll mit den notwendigen Rohstoffen versorgt werden, gleichzeitig müssen die  
636 Umwelt und die Menschen so weit wie möglich geschont werden. Wenn ein Bergbauvorhaben  
637 genehmigt werden soll, muss die ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit eine größere  
638 Bedeutung haben als unternehmerische Interessen. Bevor neue Vorkommen erschlossen und  
639 abgebaut werden, ist zunächst zu prüfen, ob tatsächlich Bedarf an diesem Rohstoff besteht und ob  
640 er möglicherweise auch durch Wiederverwertung zu gewinnen wäre. Wir wollen bei allen künftigen  
641 Bergbauvorhaben dafür sorgen, dass die Gemeinden und ihre Einwohner:innen bei den Projekten  
642 mitbestimmen dürfen und finanziell am Gewinn beteiligt werden. Den Anwendungsbereich der  
643 **Bergschadensvermutung** werden wir ausweiten und eine echte Beweislastumkehr einführen.

644  
645 Eine sichere, nachhaltige und verantwortungsvolle Rohstoffversorgung ist von großer Bedeutung  
646 für Sachsen, gerade angesichts der starken Rohstoff-Importabhängigkeit des Landes. Das betrifft  
647 nicht nur Metalle, die im Technologiebereich dringend benötigt werden, sondern auch viele andere  
648 Stoffe, wie z.B. Phosphor.

649  
650 Dazu kann und muss die Sekundärrohstoffwirtschaft (verarbeitete Abfälle) beitragen, auch um  
651 Energieeffizienz und Klimaschutz zu verbessern. Dies erfordert u.a. Recycling- und  
652 Verwertungsprozesse auszuweiten und die Akzeptanz für Recyclingprodukte zu stärken. Auch in  
653 öffentlichen Ausschreibungen soll verstärkt Recyclingmaterial nachgefragt werden und  
654 Fördermittel an deren Verwendung geknüpft werden.  
655 Wir wollen Investitionen in Technologien zur Sekundärrohstoffgewinnung in Sachsen sowie  
656 Innovationen insbesondere durch mittelständische bzw. regionale Recycling-Betriebe und Startups  
657 fördern.

658  
659 Mittels geeigneter, verbraucherfreundlicher Maßnahmen ist der Mehrweganteil bei Verpackungen  
660 zu erhöhen und die Menge von Lebensmittelabfällen zu reduzieren.  
661 Um Abfälle zu vermeiden und die Wiederverwendbarkeit zu erhöhen, bauen wir den  
662 Reparaturbonus aus und ergreifen verbraucherfreundliche Maßnahmen, um den Mehrweganteil bei  
663 Verpackungen zu erhöhen. Kommunale "Zero-Waste-Konzepte" (z.B. nach Leipziger Beispiel)  
664 unterstützen wir. Um schon bei der jungen Generation das Bewusstsein für die Kreislaufwirtschaft  
665 zu stärken, setzen wir auf ein flächendeckendes Angebot an "Umweltpädagogischem Unterricht".  
666 Ressourcen- und Energiewirtschaft gehört in das obligatorische Bildungsprogramm unserer  
667 Schulen.

668  
669 Der anstehende Wandel wird zu einem veränderten Fachkräftebedarf führen. Innerhalb der  
670 sächsischen Betriebe ist deshalb eine **vorausschauende Personalstrategie** unverzichtbar. Der  
671 Staat darf die vielen kleinen Betriebe Sachsens nicht im Stich lassen: Bei allen Industriestrategien  
672 müssen die Personalbedarfsplanungen berücksichtigt werden. Der kommende Umbruch erfordert  
673 auch ein vielfaches Umlernen, in relativ kurzer Zeit müssen große Teile der Belegschaften  
674 weitergebildet werden. Insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)  
675 sollten dabei durch die Bundesagentur für Arbeit finanziell unterstützt werden. Mit  
676 **Fachkräftestipendien** können Ausbildungen in Mangelberufen gezielt gefördert werden.  
677 **Stipendien für Aus- und Weiterbildungen** sollte es auch für Beschäftigte geben, die sie aus  
678 eigener Initiative in Angriff nehmen. Zu einer vorausschauenden Personalstrategie gehört auch,  
679 dem Wunsch vieler Menschen zu entsprechen, weniger zu arbeiten: Die Forderungen von  
680 Beschäftigten zusammen mit ihren Gewerkschaften, neben der Durchsetzung von Lohnzuwächsen  
681 auch die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen. **Wir unterstützen die**  
682 **Beschäftigten in ihren Anliegen.**

683  
684 Wir wollen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen die Innovationsförderung in  
685 **Forschungsclustern** konzentrieren. Ein integrierender Ansatz ist nötig, damit sie digitale  
686 Kompetenzen aufbauen und neue Geschäftsfelder erschließen können. Für uns ist die  
687 Digitalisierung der kleinen und mittelständischen Unternehmen entscheidend für die sozial-  
688 ökologische Transformation regionaler Wirtschaftskreisläufe. Um das Ziel zu erreichen, wollen wir  
689 für kleine Unternehmen den Zugang zu Förderprogrammen stark verbessern: mehr Transparenz,  
690 kürzere Verfahren, eindeutige Richtlinien, schnelle Entscheidungen und Limits bei der Förderung  
691 von Großunternehmen. Die Linke will zudem die Fördermittel aufstocken und Mängel bei der  
692 Vergabe beseitigen. Statt nur beim Angebot, will Die Linke auch über die Wirkung des  
693 Mitteleinsatzes steuern. Das heißt für uns, dass Fördermittel nach der Wirksamkeit der geplanten  
694 Maßnahmen vergeben werden und gleichzeitig durch begleitend sichergestellt und kontrolliert  
695 wird, dass die Fördermittel zweckgemäß und wirksam eingesetzt werden.

696  
697 **Strukturwandel**  
698

699 Der nötige **Strukturwandel** in den sächsischen Kohleregionen kann nur gelingen, wenn die  
700 **Zivilgesellschaft beteiligt** wird. Denn die Menschen vor Ort wissen selbst am besten, was gut für  
701 ihre Region ist und wie sie die Zukunft gestalten wollen. Ohne vorherige Beteiligung der  
702 Bürgerschaft darf keinem Strukturwandelprojekt mehr eine Förderung zugesagt werden!

703

704 Die Lausitz wird wohl die Region in Deutschland sein, in der die Kohlemeiler zuletzt abgeschaltet  
705 werden. Das Lausitzer und das mitteldeutsche Revier eint die Erfahrung des Strukturbruchs in den  
706 neunziger Jahren, der mit Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung und Deindustrialisierung  
707 verbunden war. Gerade wegen dieser schlechten Erfahrungen kann der neue Prozess des  
708 Strukturwandels nur gelingen, wenn mit den Menschen offen und ehrlich kommuniziert wird und sie  
709 Vertrauen fassen. Auch wenn wir für ein früheres Ausstiegsdatum gekämpft haben, erschüttern  
710 erneute Diskussionen um einen vorgezogenen Kohleausstieg 2030 das Vertrauen zum Teil wieder.  
711 Es sind die Versäumnisse der von der CDU geführten Landesregierungen in den vergangenen  
712 Jahrzehnten, die dafür sorgen, dass viele Menschen noch am Erfolg der Transformation zweifeln.  
713 Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der **Kohleausstieg schon deutlich vor dem**  
714 **Jahr 2038** gelingt – gemeinsam mit den Menschen in den Revieren. Er ist angesichts der Klimakrise  
715 unabdingbar.

716

717 Aus diesem Grund fordern wir einen **Neustart im Strukturwandel** – vor allem in drei Punkten: Wir  
718 möchten ihn strategisch stärker auf **Nachhaltigkeit** ausrichten, die **Beteiligung** der Menschen  
719 verbessern und die Förderung auf die **kernbetroffenen Regionen** konzentrieren.

720 Landesmaßnahmen zum Strukturwandel wollen wir transparent und vor allem gemeinsam mit den  
721 Kommunen und den Menschen in den Revieren entwickeln. Schwerpunkte der Projekte sollen die  
722 **Verbesserung der sozialen Daseinsvorsorge** und die **Stärkung des öffentlichen Nah- und**  
723 **Fernverkehrs** sein. Dazu gehört auch die Elektrifizierung der Schienenstrecke Dresden – Görlitz,  
724 die unbedingt in die Liste der Strukturwandelprojekte des Bundes aufgenommen werden muss.  
725 Wir entwickeln ein **Beteiligungskonzept für Kinder und Jugendliche**, weil wir finden, dass die  
726 zukünftigen Generationen ein Recht darauf haben, ihre Region mitzugestalten. Wir wollen, dass in  
727 den künftigen Förderperioden ab 2027 für jedes Revier ein Mindestanteil bei den  
728 Strukturwandelprojekten vorgeschrieben wird, der maßgeblich von oder wenigstens mit Kindern  
729 und Jugendlichen entwickelt wird.

730

731 Der Erfolg des Strukturwandels in den Kohlerevieren hängt nicht in erster Linie davon ab, ob neue  
732 Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern davon, ob die Regionen attraktiv für Fachkräfte sind.  
733 Schon jetzt wird der Strukturwandel behindert, weil es an Fachkräften fehlt und die Bevölkerung  
734 schrumpft und altert. Wir wollen **gemeinsam mit dem Land Brandenburg** eine **Fachkräftestrategie**  
735 **entwickeln**. Wir wollen Initiativen finanziell und ideell unterstützen, die Menschen zur Rückkehr in  
736 die Lausitz zu ermutigen und ihnen damit die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen, Fertigkeiten und  
737 Kenntnisse für die weitere Entwicklung der Region einzusetzen. Wir lehnen es bei der  
738 **Unternehmensförderung** ab, dass die Kohleunternehmen privilegiert behandelt werden. Wir  
739 werden die Förderung stattdessen **auf kleine und mittelständische Unternehmen** ausrichten.

740

741 Durch den Braunkohletagebau sind zahlreiche Probleme entstanden: ein gerstörter  
742 Wasserhaushalt, Verfärbung der Spree, unvorhersehbare Bodenabsenkungen. Die  
743 Wiederherstellung der Landschaft wird Jahrzehnte dauern, vermutlich sogar bis nach 2100. Wir  
744 stellen sicher, dass die Kosten für die Renaturierung transparent gemacht werden und einzig und  
745 allein der Verursacher dafür haftet: die EPH-Gruppe und ihre Tochter-Firmen wie LEAG und  
746 MIBRAG.

747

748 **Energieversorgung**

749

750 Wir wollen die Betriebe in Sachsen ebenso wie die Menschen mit **günstiger und klimaschonender**  
751 **Energie** versorgen. Zunächst gilt es, Verschwendung zu verhindern und **Energie zu sparen**. Dafür  
752 entwickeln wir eine für alle Sektoren spezifische Energieeinsparstrategie. Den verbleibenden  
753 Energiebedarf wollen wir möglichst **vollständig mit Energie aus regenerativen Quellen** decken.  
754 Vor allem Windenergie- und Dachsolaranlagen eignen sich als Grundlage für eine einheimische,  
755 dezentrale Energieversorgung, wenn zugleich die nötigen Speicherkapazitäten geschaffen werden.  
756 Dafür ist noch viel zu tun, denn noch immer ist Sachsen eines der Schlusslichter beim Ausbau der  
757 erneuerbaren Energien. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Wind- und  
758 Solarenergieanlagen deutlich schneller gebaut werden können. Dazu gehört für uns auch die  
759 Förderung der Forschung in intelligente Stromnetze (Smart Grid Forschung) und die Investition in  
760 den Ausbau dieser Netze und zwar unabhängig von privaten Herstellerstandards. Stattdessen  
761 fördern wir konsequent **Open-Source Lösungen**.

762

763 Das heißt aber nicht, dass wir einen Wildwuchs beim Ausbau der Anlagen zulassen wollen. Die  
764 Landes- und Regionalplanung muss den Ausbau endlich wieder steuern! Dazu wollen wir so schnell  
765 wie möglich den **Landesentwicklungsplan anpassen** und raumplanerische Vorgaben zum Ausbau  
766 von Infrastrukturen der Energiewende öfter als bisher aktualisieren. **Windräder in Wäldern sollen**  
767 **seltene Ausnahme bleiben**. Es gibt genügend andere Flächen, die für Anlagen in Frage kommen.  
768 Die ohnehin geschädigten Wälder sollten nicht darunter leiden, dass die CDU die Energiewende in  
769 Sachsen so lange blockiert hat.

770

771 Wir setzen uns für eine Solardachpflicht für alle Gebäude in Sachsen ein, die neu entstehen.  
772 Bestehende Gebäude sollen möglichst nach und nach verpflichtend mit Solarenergieanlagen  
773 ausgestattet und/oder als Gründächer gestaltet werden. Öffentliche Gebäude müssen dabei  
774 Vorreiter sein. Bei Freiflächenanlagen wollen wir vor allem „**Agri-Photovoltaik-Anlagen**“ fördern  
775 und nur die Installation von naturverträglichen Anlagen zulassen. Die Installation von Solaranlagen  
776 auf Waldflächen und in gesetzlich geschützten Biotopen werden wir ausschließen. Anlagen auf  
777 landwirtschaftlichen Flächen werden wir in ihrer Größe beschränken. Die Energiewende darf nicht  
778 dazu führen, dass wir noch mehr unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen und unserer  
779 biologischen Vielfalt verlieren!

780

781 Es wird uns nur dann gelingen, Wind- und Solarenergieanlagen im nötigen Umfang auszubauen,  
782 wenn wir **die Leute vor Ort einbeziehen**. Wir wollen die Menschen stärker an der Energiewende  
783 teilhaben lassen. Mit einem **Erneuerbare-Energien-Beteiligungsgesetz** werden wir die  
784 Voraussetzungen dafür schaffen, dass sowohl die betroffenen Kommunen als auch die  
785 Anwohner:innen finanziell profitieren, wenn Anlagen vor Ort errichtet werden.

786

787 Die **Umstellung der Wärmeversorgung** auf eine regenerative Basis wird eine der zentralen sozial-  
788 ökologischen Herausforderung in den nächsten Jahren. Wir streben danach, Lösungen für die  
789 Wärmeversorgung zu entwickeln, die über Quartiers- und Gemeindegrenzen hinweg wirken.  
790 Hierbei spielen Großwärmepumpen, solarthermische Anlagen und die Nutzung von Abwärme aus  
791 Industrie- und Gewerbebetrieben eine wichtige Rolle. Wir möchten dezentrale Anlagen in  
792 Wohnhäusern in dieses System integrieren, um überschüssige erneuerbare Energie für die  
793 Gesamtversorgung nutzbar zu machen. Zusätzlich soll nicht benötigter Strom von  
794 Photovoltaikanlagen auch in Wärmenetzen gespeichert und für Heizung oder  
795 Warmwasserbereitung genutzt werden können. Die Kommunen müssen bei der Umstellung der  
796 Wärmeversorgung finanziell unterstützt werden, damit Heizkosten für alle bezahlbar sind. Zudem

797 wollen wir Ansprechstellen für Unternehmen und Hausbesitzer:innen zur Umstellung der  
798 Wärmerversorgung in jeder Gemeinde einrichten.  
799  
800 Energetische Sanierungen und Umbauten von Gebäuden und Wohnungen dürfen nicht dazu  
801 führen, dass Menschen finanziell belastet werden. Wir wollen sozial-gerechte Förderprogramme,  
802 die insbesondere Mieter:innen vor Mietpreissteigerungen schützen. Wir werden energetische  
803 Sanierungsmaßnahmen dort beschleunigen, wo besonders viele Mieter:innen mit geringen  
804 Einkommen leben. Wir treten für die **warmmietenneutrale Sanierung** ein, bei der die Kosten der  
805 Maßnahmen nur so weit auf die Mieter:innen umgelegt werden dürfen, wie diese durch die  
806 Sanierung bei den Energiekosten sparen. Dies gilt auch für den Austausch alter, fossiler  
807 Heizungsanlagen. Der Einbau einer Heizung mit erneuerbarer Energie muss sich für Mieter:innen  
808 und Eigenheimbesitzer:innen langfristig finanziell rechnen. Niemand soll auf klimaschädliche  
809 Energieträger wie Öl oder Gas zurückgreifen müssen.  
810  
811 Wir werden so schnell wie möglich einen **Härtefallfonds für Energieschulden** einrichten, die durch  
812 die jüngste Energiekrise entstanden sind. **Strom- und Gassperren** wollen wir **abschaffen**.  
813 Niemandem darf wegen Energieschulden der Strom abgestellt oder der Rauswurf aus der Wohnung  
814 angedroht werden! Stattdessen wollen wir die **staatliche Preiskontrolle für Strom** wiedereinführen  
815 und Energieversorger zum Angebot ökologischer Sozialtarife verpflichten.  
816  
817 Die **Strompreise müssen sinken**. Dies gelingt nur, wenn das Abgabe- und Umlagesystem  
818 verändert und ein **neues Strommarktdesign** eingeführt wird, das die Preisvorteile der  
819 erneuerbaren Energien an die Verbraucher:innen weitergibt. Dafür werden wir uns gegenüber dem  
820 Bund und in der Europäischen Union einsetzen.  
821  
822 Wir unterstützen den Einsatz von **Wasserstoff** dort, wo diese Technologie ökonomisch und  
823 ökologisch sinnvoll ist. Bei Autos oder Heizungsanlagen ist dies in der Regel nicht der Fall. Die  
824 dazugehörige Infrastruktur gehört in öffentliche Hand. Wenn Wasserstoff eingesetzt wird, ist  
825 langfristig nur der Einsatz von grünem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien vernünftig. Wir  
826 wollen dabei den Wasserstoff, den wir für unsere Industrien benötigen, möglichst vor Ort erzeugen,  
827 um unsere Abhängigkeit von Importen zu verringern. Dabei müssen jedoch auch die  
828 Umweltbelastungen in den Blick genommen werden, die mit der Herstellung von Wasserstoff  
829 verbunden sind. Das gilt insbesondere für Regionen, denen Wassermangel droht. Infrastruktur für  
830 Erdgas darf nur dann neu- oder ausgebaut werden, wenn konkret dargelegt wird, unter welchen  
831 Bedingungen die Anlagen in absehbarer Zeit für den Einsatz von Wasserstoff umgerüstet werden  
832 können.  
833  
834 Die jüngste Energiekrise hat einmal mehr deutlich gezeigt, wie abhängig Deutschland in seiner  
835 Energieversorgung vom Ausland und vom Profitstreben privater Konzerne ist. Deswegen wollen wir  
836 unsere Energie vor allem dezentral und regenerativ in Sachsen selbst erzeugen, aber auch die  
837 dafür notwendige **Infrastruktur in öffentlicher Hand** behalten. Denn nur mit einem  
838 demokratisierten Energiesektor können wir sicherstellen, dass die Gesellschaft die Energiepreise  
839 und die Nachhaltigkeit der Produktion kontrolliert. Überregional werden wir deshalb eine  
840 sächsische Energiegesellschaft gründen und ein Gesetz zur Vergesellschaftung von Konzernen wie  
841 MIBRAG, LEAG und RWE auf den Weg bringen. Eine demokratisch gesteuerte einheimische  
842 Energieerzeugung heißt letztlich: Arbeitsplätze in Sachsen. Die Gründung regionaler und  
843 öffentlicher Energieagenturen werden wir unterstützen.  
844

#### 845 Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Naturschutz

846

847 „Die Agrarwirtschaft produziert Nahrungsmittel und nachwachsende Rohstoffe. Die Landwirtinnen  
848 und Landwirte sind für Sachsen, insbesondere für den ländlichen Raum, unverzichtbar. Sozial-,  
849 Umwelt- und Tierschutzstandards in der Agrarwirtschaft sollen Rahmen und nicht Hemmnis der  
850 Entwicklung sein. Faire globale Handelsbeziehungen und eine Agrarwirtschaft im Einklang mit  
851 natürlichen Ressourcen und funktionsfähigen Ökosystemen sind deshalb eine  
852 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

853 **Wir wollen eine strukturreiche, vielfältige Landwirtschaft.** Landwirtinnen und Landwirte sollen  
854 stärker von regionalen Wirtschaftskreisläufen profitieren. Ein größerer Teil ihrer Produkte sollte  
855 direkt im Hof nebenan oder Supermärkten der Region verkauft oder frisch in Kita-, Schul- oder  
856 Krankenhausküchen zu gesundem Essen verarbeitet werden. Stabile Lieferbeziehungen stärken die  
857 Bäuerinnen und Bauern, erhöhen die regionale Identität und vermeiden Transporte, die Kosten  
858 verursachen und dem Klima schaden.

859  
860 In grünen Berufen verdient man immer noch unterdurchschnittlich. Mit Milch- und Fleischpreisen  
861 auf Ramschniveau wird ein guter Lohn unerreichbar bleiben. Deshalb muss die Marktdominanz der  
862 Lebensmittelriesen wie Aldi und Rewe, der Mega-Molkereien und der großen Schlachthöfe  
863 reduziert werden, um die **Verhandlungsmacht der Bäuer:innen zu stärken**. Wir wollen dagegen  
864 regionale, genossenschaftlich organisierte Erzeugergemeinschaften und  
865 Selbstversorgungsstrukturen wie die solidarische Landwirtschaft – auch in der öffentlichen  
866 Versorgung – fördern, sie auf dezentrale Verarbeitung und Eigenvermarktung setzen. Die Vorgabe  
867 von **Mindesterzeugerpreisen** beispielsweise für Milch und Fleisch wollen wir unterstützen.  
868 Wir wollen die **Lebensmittelverschwendung beenden**, wie sie bislang leider in allen Unternehmen  
869 entlang der Lieferkette praktiziert wird. Dort setzen wir an: Wir wollen von Frankreich lernen und es  
870 in Sachsen gesetzlich untersagen, Lebensmittel im Einzelhandel wegzuworfen. Stattdessen werden  
871 wir die Pflicht einführen, unverkaufte Produkte zu spenden, in der Landwirtschaft zu nutzen oder  
872 zu Tierfutter zu verarbeiten.

873  
874 Für den weltweiten Fleischkonsum werden immer noch tropische Wälder abgeholzt, die als grüne  
875 Lunge unseres Planeten unverzichtbar sind. Auch hierzulande führt die Fleischproduktion zu  
876 belasteten Böden und Gewässern oder schlechten Zuständen in manchen Ställen und  
877 Schlachthöfen. Der starke Einsatz von Medikamenten, besonders von Antibiotika, bei der Haltung  
878 von Nutztieren gefährdet die menschliche Gesundheit. Diesen Kreislauf müssen wir durchbrechen!  
879 Es braucht eine **bodengebundene Tierhaltung**, bei der ausreichend Fläche zur Verfügung stehen  
880 muss, um das Futter zu erzeugen und die Gülle auszubringen.

881  
882 Die industrialisierte Nutztierhaltung führt millionenfach zu schwerem Tierleid. Zu viele Tiere leben  
883 auf engstem Raum, können sich nicht bewegen und haben keinen Zugang zum Freien und zu  
884 Tageslicht. Zudem werden vielfach ohne Betäubung Amputationen durchgeführt. Das ist ethisch  
885 und tierschutzrechtlich nicht hinnehmbar. Solche Zustände akzeptieren wir nicht länger! Eine  
886 Transformation der Agrarwirtschaft ist nötig, die Kosten dafür dürfen aber keinesfalls allein den  
887 Landwirt:innen und den Verbraucher:innen aufgebürdet werden. Wir setzen uns dafür ein, die  
888 Landesförderung für **tiergerechte Haltungssysteme** auf alle Tierarten und Haltungsformen  
889 auszudehnen. Lebendtiertransporte wollen wir einschränken, die Kontrollen verstärken und  
890 Schlachtungen dezentral ermöglichen. Wir wollen außerdem weg von Qual- und  
891 Hochleistungszuchten hin zu robusten Mehrnutzungsrasen.

892  
893 Die Landwirtschaft leidet immer öfter unter Hitze und Dürre, deshalb liegt Klimaschutz in ihrem  
894 ureigenen Interesse. Dazu wollen wir den Einsatz von Mineraldünger und Pflanzenschutzmitteln auf  
895 dem Feld verringern und **boden- wie wasserschonende Techniken fördern**. Wir plädieren aber  
896 auch für innovative, verbundene Landnutzungsformen wie die Bewirtschaftung wiedervernässter

897 Moore (Paludikulturen), die Erzeugung von Strom auf Agrarflächen (Agri-Photovoltaik) und die  
898 Kombination von Bäumen und Sträuchern mit Ackerflächen (Agroforstwirtschaft). Diese Methoden  
899 verbessern die Klimabilanz der Agrarwirtschaft und wirken ökologisch mehrfach positiv,  
900 erwirtschaften aber zugleich auch zusätzliche Einnahmen für die Betriebe.  
901 Die Forstwirtschaft trifft der Klimawandel ebenfalls hart. Trockenheit, Waldbrände und  
902 Schädlingsbefall setzen dem Wald zu. Das Ökosystem Wald kann nur langfristig stabilisiert werden,  
903 wenn zügig der **Umbau zu naturnahen, strukturreichen Mischwäldern** angegangen wird, die sich  
904 durch standortgerechte, altersgemischte Baumarten und einen artenreichen Wildbestand  
905 auszeichnen. Um diese Ziele qualitativ und quantitativ besser erreichen zu können, fordern wir die  
906 Wiedereingliederung des Staatsbetriebes Sachsenforst in die Landesverwaltung als Regiebetrieb.  
907 Die derzeitige Struktur als Staatsbetrieb hat zu Personalabbau und Outsourcing geführt. Die  
908 Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Forst verschlechterten sich dadurch zusehends. Wir  
909 fordern daher eine Aufstockung des Personals, gerade der Forstwirt:innen, und die Schaffung  
910 eigener Maschinenparks. Durch die kleinteiligen Eigentumsstrukturen steht auch der Privatwald vor  
911 immensen Herausforderungen. Deshalb ist eine Zusammenarbeit in Forstbetriebsgemeinschaften  
912 zu fördern. Waldrodungen zur Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen lehnen wir ab.

913  
914 Auch nach der Verlängerung der Zulassung von Glyphosat durch die EU halten wir an unserem Ziel  
915 fest: Ganz **Sachsen soll glyphosاتفrei werden!** Wir wollen den Einsatz dieses hochgiftigen  
916 Totalherbizids verbieten – auf privaten, staatlichen, kommunalen und landwirtschaftlichen Flächen!  
917 Bis dahin gilt es, die bestehenden Beschränkungen der Anwendung zu erweitern und freiwillige  
918 kommunale oder privatwirtschaftliche Initiativen zur pestizidfreien Flächenbewirtschaftung zu  
919 fördern.

920  
921 Neuerlich wird in der EU über neue Gentechnikverfahren debattiert: mittels der Genschere  
922 CRISPR/Cas werden Manipulationen am Erbgut von Pflanzen und Tieren vorgenommen. Global  
923 agierende Agrochemiekonzerne drängen immer stärker auf einen erleichterten Marktzugang. Für  
924 uns steht fest: Gentechnik erlöst uns nicht von den weltweiten Ernährungsproblemen. Für den  
925 Hunger sind die ungerechte Verteilung von Reichtum, Kriege und der unfaire Welthandel  
926 verantwortlich. Die sogenannte „Grüne Gentechnik“ bringt dagegen die Biodiversität in Gefahr.  
927 Außerdem macht sie Produzenten auf verhängnisvolle Weise abhängig von Konzernen. Wir lehnen  
928 die sogenannten „genomischen Techniken“ genauso strikt ab wie Patente auf Saatgut, Pflanzen,  
929 Tiere oder anderes Leben. Die EU plant, dass ein Großteil der gentechnisch veränderten  
930 Organismen (GVO) nicht mehr gekennzeichnet werden muss – das wollen wir verhindern! Das  
931 Vorsorgeprinzip muss Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten. Deshalb ist es wichtig, dass  
932 Sachsen endlich dem Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen in Europa“ beitrifft und verbindlich  
933 erklärt, dass es in Sachsen auch künftig **keine „grüne Gentechnik“ auf dem Acker und keine**  
934 **CRISPR-Tiere im Stall** geben wird.

935  
936 Boden ist ein begrenztes und deshalb begehrtes Gut – knapper werdende Flächen lassen die  
937 Preise explodieren. Deshalb fordern wir für Sachsen ein **Agrarstrukturgesetz**, das zum Einen den  
938 Anstieg der Pacht- und Kaufpreise von Flächen dämpft und zum Anderen die Flächenkonzentration  
939 von Agrarbetrieben begrenzt. Damit die Eigentumsvielfalt an Boden in Sachsen erhalten bleibt,  
940 müssen außerlandwirtschaftliche Investoren zurückgedrängt und Anteilskäufe an Betrieben  
941 angezeigt werden.

942  
943 Boden in der Landwirtschaft wird auch deshalb immer knapper, weil immer mehr Flächen für  
944 Verkehr, Siedlungsbau oder Rohstoffgewinnung in Anspruch genommen, zuletzt knapp 6 Hektar  
945 pro Tag. Dabei verlieren die Landwirtschaft und der Naturschutz gleichermaßen. Dieser Trend  
946 muss durchbrochen werden. Sachsenweit wollen wir den Flächenverbrauch verringern, indem wir

947 das Flächenziel bei der **Bodenversiegelung schrittweise auf netto Null** begrenzen. Dieses Ziel  
948 lässt sich nur erreichen, wenn zunächst die Datenlage verbessert wird, um bewerten zu können,  
949 wie viele und welche Flächen neu in Anspruch genommen und versiegelt werden und welches  
950 Potenzial es bei der Innenentwicklung gibt. Erst aus diesen Daten kann ein wirksames  
951 Handlungsprogramm abgeleitet werden, mit dem sich die Inanspruchnahme von Flächen in  
952 Sachsen reduzieren lässt. Die Einhaltung muss danach regelmäßig kontrolliert werden.“

953  
954 Die Artenvielfalt in unserer Natur, die genetische Vielfalt und die Vielfalt der Ökosysteme nimmt  
955 immer weiter ab. Über zwei Drittel der europarechtlich geschützten Arten in Sachsen sind in einem  
956 ungünstigen oder schlechten Erhaltungszustand. Zudem sind knapp 70 Prozent der Lebensräume  
957 in einem schlechten bis unzureichenden Erhaltungszustand. Die bisherigen Maßnahmen zur  
958 Umsetzung der europäischen NATURA2000-Richtlinie sind ins Leere gelaufen. Der bisherige  
959 Negativtrend setzt sich fort. Für mehr als zwei Drittel der Europäischen Vogelschutzgebiete  
960 (Special Protection Areas - SPA) wurden noch immer keine konkreten Maßnahmen beschlossen,  
961 um die Schutzziele zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume und der wildlebenden Tiere und  
962 Pflanzen zu erreichen. Zudem gibt es noch immer kein flächendeckend engmaschiges, wirksames  
963 Biotopverbundnetz und kein kommunales Vorkaufsrecht im Wald-, Wasser- und Naturschutzrecht.  
964 Das müssen wir ändern. Sachsen hat derzeit 1,1 % seiner Landesfläche als Prozessschutzfläche  
965 ausgewiesen, davon aber nur 0,7 % als Wildnisfläche. Damit bleibt Sachsen klar hinter den Zielen  
966 der Nationalen Biodiversitätsstrategie zurück. Wir wollen den Anteil der sächsischen Wildnisfläche  
967 entsprechend der Nationalen Biodiversitätsstrategie auf 2,0 % erhöhen.  
968 Wir wollen die Umweltverwaltung stärken und insbesondere die fachliche Qualifikation wieder  
969 stärker berücksichtigen. Mitwirkungs- und Informationsrechte der Umweltverbände und der  
970 Öffentlichkeit wollen wir stärken.

971  
972 Naturschutzvereine und -Initiativen, gerade auf dem Land, haben mit Mitgliederschwund und  
973 Personalmangel zu kämpfen. Dem muss mit einer höheren und auf langfristige Projekte  
974 ausgelegten Förderkulisse entgegengewirkt werden, um Planungssicherheit zu schaffen. Die Ziele  
975 von Nationalparks und Naturschutzgebieten müssen erreicht werden. Die Stadtnatur wollen wir  
976 erhalten-und ausbauen, Blühstreifen in Städten und Dörfern einrichten und Außengelände  
977 öffentlicher Einrichtungen sowie Schul- und Kitagelände naturnah gestalten. Wir werden ein  
978 Programm zur Wiederbegrünung und Renaturierung von Gemeindeflächen im Freistaat  
979 organisatorisch und finanziell unterstützen.

980

### 981 Kleingärten

982

983 Die Linke bekennt sich zu den sächsischen Kleingärten, trotz des heutigen kleinbürgerlichen Rufs -  
984 insbesondere im Hinblick auf ihre soziale, ökologische und städtebauliche Bedeutung.

985

986 In den Kleingärten der Linken gedeihen nicht nur rote Tomaten, sondern es wird die Vielfalt anderer  
987 heimischer Gemüse- und Obstsorten, wie knackige Möhren und schmackhafte Quitten, geschätzt.  
988 Wir möchten unseren Dank den etwa 3.500 ehrenamtlichen Kleingartenvereinen in Sachsen  
989 aussprechen, über ein einfaches Dankeschön hinausgehen und konkrete parlamentarische  
990 Unterstützung leisten. Ohne das Engagement der tausenden Kleingärtnerinnen und Kleingärtner in  
991 den Vorständen wäre vieles nicht möglich.

992

993 Das sächsische Kleingartenwesen hat mit denselben Problemen zu kämpfen wie die sächsische  
994 Gesellschaft insgesamt. Der Verlust der Bevölkerung im ländlichen Raum und der  
995 Bevölkerungszuwachs insbesondere in Leipzig und Dresden und einigen Umlandkommunen, sowie  
996 der demografische Wandel setzten dem Kleingartenwesen in den letzten Jahren stark zu.

997  
998 Daher kommt das Kleingartenwesen in Sachsen um eine Modernisierung nicht herum und benötigt  
999 verstärkt politische und finanzielle Unterstützung seitens des Freistaates Sachsen. Die Linke wird  
1000 sich im Landtag für eine Landesprogramm zur Schaffung nachhaltiger Strukturen im  
1001 Kleingartenwesen einsetzen. Dazu braucht es ein Kleingartenentwicklungskonzept, welches  
1002 gemeinsam mit dem Landesverband der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner und dem Städte- und  
1003 Gemeindetag (SSG) erarbeitet werden muss.  
1004  
1005 Es braucht eine Bündelung von verschiedenen Maßnahmen, die die Bedeutung der  
1006 Kleingartenvereine im sozialen, wie auch im Bereich z.B. der Artenvielfalt berücksichtigt. Es braucht  
1007 kurz- und langfristig aus Sicht der Linken ein Förderprogramm zur Beseitigung von  
1008 Überkapazitäten von Kleingärten. Dazu könnten Mittel aus dem Programm der Integrierten  
1009 Ländlichen Entwicklung (ILE) genutzt werden. Möglich wäre auch, dass sogenannte Ausgleichs-  
1010 und Ersatzmaßnahmen im Zuge von Flächenversiegelungen im Zuge der Beseitigung von  
1011 Überkapazitäten zur Anwendung kommen.  
1012  
1013 Die Linke bleibt bei ihrer Forderung nach Freistellung der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner und  
1014 ihrer Vereine von den Belastungen mit kommunalen Abgaben und Beiträgen, die pflichtige  
1015 Einbeziehung von Kleingartenland/-anlagen in die kommunale Bauleitplanung. Gleichzeitig wollen  
1016 wir sicherstellen das Kleingartenanlagen und deren Lauben ein einheitliche Besteuerung nach  
1017 Grundsteuer A als „land- und forstwirtschaftliches Vermögen“ unterzogen werden.

## 1018 1019 **Klima**

1020  
1021 In den vergangenen Jahren haben auch die Sachsen immer häufiger Unwetter,  
1022 Überschwemmungen und Perioden extremer Hitze und Dürre erlebt. Den allermeisten Menschen ist  
1023 klar: **Klimaschutz und Klimaanpassung sind das Gebot der Stunde**, wenn wir ein lebenswertes  
1024 Sachsen erhalten wollen. Allzu oft wird in diesem Zusammenhang behauptet, wir säßen alle im  
1025 selben Boot. Tatsächlich herrscht auch in dieser Frage Ungleichheit: In Deutschland emittieren die  
1026 reichsten 10 Prozent genauso viel Kohlendioxid wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung.  
1027 Und der CO<sub>2</sub>-Anteil der Reichen steigt weiter. Auch die Klimafolgen sind nicht gleich verteilt:  
1028 Während sich die einen in ihrem Pool abkühlen, können sich andere in engen Wohnungen nicht vor  
1029 der extremen Hitze schützen. Gerade für ältere Menschen ist das ein erhebliches Risiko. So wichtig  
1030 Klimaschutzmaßnahmen sind – sie wirken sich auf verschiedene Menschen unterschiedlich aus.  
1031 Deshalb setzen wir uns für eine Klimapolitik ein, die Generationen- und Geschlechterfragen  
1032 berücksichtigt.

1033  
1034 Wir kämpfen für einen **Klimaschutz, der die Menschen nicht moralisierend bevormundet oder**  
1035 **einseitig finanziell belastet**. Die nötigen Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung  
1036 müssen die Lebensqualität der großen Mehrheit der Bevölkerung verbessern und nicht  
1037 verschlechtern.

1038  
1039 Wir werden ein **Klimaschutzgesetz** auf den Weg bringen, in dem wir sozial gerechte  
1040 Klimaschutzmaßnahmen und CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele in allen Sektoren verpflichtend festschreiben.  
1041 Wir halten an dem Ziel des Pariser Klimaabkommens fest, die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad  
1042 zu begrenzen und das bis dahin verbliebene CO<sub>2</sub>-Budget nicht zu überschreiten. Dazu müssen in  
1043 allen Bereichen die Bemühungen um den Klimaschutz verstärkt werden, sei es im Energie- oder  
1044 Verkehrsbereich, im Gebäudesektor, in der Industrie oder in der Landwirtschaft. Wir wollen  
1045 regelmäßig überprüfen, ob die Ziele eingehalten werden. Bei Verfehlungen müssen die Sektoren zu  
1046 Sofortmaßnahmeprogrammen verpflichtet werden. Für die Überprüfung und Empfehlungen der

1047 Sofortmaßnahmenprogramme setzen wir einen Klimabeirat aus Klimawissenschaftler:innen, NGOs  
1048 und weiteren gesellschaftlichen Akteur:innen ein.  
1049

1050 Wir spüren die Folgen der Erderhitzung schon heute: Immer häufiger erleben wir extreme  
1051 Wetterereignisse wie Starkregen, aber auch Dürren und die mit ihnen verbundenen Ernteaufschläge.  
1052 Diesen Ereignissen müssen wir schon jetzt durch Klimaanpassung begegnen. Mit einem  
1053 sächsischen **Klimawandelanpassungsgesetz** wollen wir Anpassungsstrategien für alle Sektoren  
1054 verpflichtend festschreiben und zugleich die sozialen Folgen der Klimaveränderungen abmildern.  
1055 Wir verfolgen dabei eine „**Vision Zero**“: Kein Mensch darf mehr aufgrund von Klimafolgen sterben,  
1056 etwa durch extreme Hitze oder Kälte. Um dies Ziel zu erreichen, sind regelmäßige Risikoanalysen  
1057 unverzichtbar, die ermitteln, welche Gruppen oder Regionen besonders stark vom Klimawandel  
1058 betroffen sein werden. Aus den Ergebnissen der Studien müssen Aktionspläne abgeleitet werden,  
1059 um den negativen Folgen entgegenzuwirken. Um besser auf Extremwetterereignisse vorbereitet zu  
1060 sein, wollen wir die Präventionsmaßnahmen erweitern und die Frühwarnsysteme verbessern. Auf  
1061 europäischer Ebene wollen wir die Förderung für Maßnahmen zur Klimaanpassung erhöhen.  
1062

1063 Gerade für ältere Menschen und die Jüngsten unter uns wird Hitzeschutz in den Städten  
1064 notwendig – dabei setzen wir auf den Ausbau von blau-grüner Infrastruktur: Fassadenbegrünung,  
1065 Stadtumbau nach dem Motto „Bäume statt Beton“ und Wasserrückhaltemaßnahmen. Wir wollen  
1066 Kommunen dabei unterstützen, um sozial ungleich verteilte Umweltbelastungen gezielt zu  
1067 reduzieren.  
1068

1069 Die **öffentliche Verwaltung** muss Vorbild werden, wenn es darum geht, den Klimaschutz  
1070 voranzutreiben und präventiv Maßnahmen zur Klimaanpassung zu verwirklichen. Wir wollen die  
1071 Kommunen mit den finanziellen Mitteln ausstatten, die dazu nötig sind. In möglichst allen  
1072 sächsischen Gemeinden, mindestens jedoch in jedem Landkreis, werden wir  
1073 Klimaschutzmanager:innen einsetzen, die die Gemeinden vor Ort bei entsprechenden Planungen  
1074 und Maßnahmen unterstützen und als Ansprechpartner:innen für die Bevölkerung dienen.  
1075

1076 Um die dauerhafte Versorgung mit sauberem Trinkwasser sicherzustellen, braucht es ambitionierte  
1077 Konzepte für eine ressourcenschonende und resiliente Wasserbewirtschaftung. Von zentraler  
1078 Bedeutung sind dabei neuartige Wassersysteme, die die Nutzung von Betriebswasser und die  
1079 Rückführung von getrennten Abwasserströmen zur weiteren Nutzung ermöglichen. Wir wollen  
1080 daher innovative Wasserinfrastrukturlösungen fördern und die Kooperation zwischen Unternehmen  
1081 der Siedlungswasserwirtschaft und Stadtentwicklung bzw. Regionalplanung unterstützen.  
1082 Damit bei der Planung und Verwirklichung großer Industrieprojekte die lokale und regionale  
1083 Versorgung mit Wasser geschützt wird, brauchen wir eine Priorisierung der Wasserversorgung in  
1084 Krisenzeiten. Die nachhaltige Wasserversorgung und damit die dauerhafte Versorgung der  
1085 Bevölkerung mit Trinkwasser hat oberste Priorität und darf dabei nicht gefährdet werden.  
1086 Im Freistaat Sachsen wurde lange eine Politik verfolgt, die auf überdimensionierte, zentrale  
1087 Abwasseranlagen in möglichst großen Zweckverbänden setzte. Damit verteilen sich die relativ  
1088 hohen Fixkosten solcher Systeme, die auch in ihrer Unterhaltung sehr teuer sind, auf wenige  
1089 Abnehmer. Die Linke setzt sich deshalb für die Förderung dezentraler Entsorgungskonzepte ein.  
1090 Die hoheitliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung weiterhin in der öffentlichen Hand, also bei  
1091 Kommunen und Zweckverbänden zu belassen, ist ein wichtiges Ziel. Die Privatisierung der Aufgabe  
1092 selbst lehnen wir genauso ab wie den privaten Betrieb über Betriebsmodelle.  
1093

1094 Die Abwasserbehandlung der Zukunft muss den Schutz von Flüssen, Seen sowie angrenzenden  
1095 sensiblen Ökosystemen gewährleisten. In Sachsen erreichten bei der letzten Erhebung im Jahr  
1096 2021 nicht einmal sieben Prozent der Fließgewässer einen guten ökologischen Zustand. Eine

1097 Hauptursache für den schlechten Zustand der Gewässer ist die Einleitung von unbehandeltem oder  
1098 unzureichend behandeltem Abwasser.

1099 Mikroschadstoffe wie Arzneimittel, Kosmetika, Pestizide und sonstige Chemikalien sollen nicht  
1100 weiter ungeklärt in die Gewässer geleitet werden. Deshalb setzt sich Die Linke dafür ein, eine vierte  
1101 Reinigungsstufe für Kläranlagen einzuführen und die produzierende Industrie nach dem  
1102 Verursacherprinzip an der Finanzierung zu beteiligen.

1103

## 1104 Tourismus und Gastronomie

1105

1106 Sachsen ist ein Land mit bezaubernden Landschaften und unzähligen Kulturschätzen. Millionen  
1107 Gäste aus dem In- und Ausland kommen jedes Jahr zu uns. Der Tourismus hat dadurch auch eine  
1108 große wirtschaftlich Bedeutung, besonders für die Kommunen. Gerade in strukturschwachen  
1109 Regionen bietet er eine Chance für ökonomische Entwicklung. Doch viele touristische und  
1110 gastronomische Betriebe stecken in Schwierigkeiten. Die Krise durch die Corona-Pandemie ist  
1111 gerade erst überwunden, nun müssen sie mit steigenden Kosten kämpfen, besonders für Energie.  
1112 Auch der Personalmangel ist ein wachsendes Problem. Wir als Linke wollen den **Tourismus**  
1113 **stärken**. Dabei denken wir nicht nur an die Gäste, die aus der Ferne zu uns kommen, sondern auch  
1114 an die sächsischen Familien, die im Freistaat Erholung suchen. Grundbedingung dafür, dass der  
1115 Tourismus wachsen kann, ist aus unserer Sicht der **Ausbau des öffentlichen Nah- und**  
1116 **Fernverkehrs**, der barrierefreie und attraktive Verbindungen bieten muss.

1117

1118 Die Linke setzt sich dafür ein, **Urlaub auch für Menschen mit geringem Einkommen** möglich zu  
1119 machen. Wir wollen **Tourismuseinrichtungen** mit Fördermitteln belohnen, wenn sie ein Kontingent  
1120 an Übernachtungsplätzen oder Freizeitangeboten für sozial Bedürftige zur Verfügung stellen. Auf  
1121 diese Weise können Urlaubs- und Erholungsplätze durch Ämter, aber auch durch Träger:innen der  
1122 Familienarbeit gezielt an Menschen vergeben werden, die sich solche Angebote sonst nicht leisten  
1123 könnten.

1124

1125 Wir wollen den **Tagestourismus ausbauen**. Bisher werden staatliche Fördermittel vor allem anhand  
1126 von Übernachtungs- und Bettenzahlen vergeben. An dieser Stelle muss die Tourismusstrategie  
1127 geändert werden.

1128

1129 Um den **Fachkräftemangel** in den Griff zu bekommen, braucht es praktische Modellversuche. Wir  
1130 setzen uns dafür ein, touristische und gastronomische Einrichtungen beim Erproben neuer, auch  
1131 **gemeinsamer Beschäftigungsmodelle** zu unterstützen. Kreative Lösungen müssen gefunden  
1132 werden, um attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und touristische Einrichtungen so zu erhalten. Wo  
1133 der Markt touristische Einrichtungen nicht hervorbringen kann, sollen Landkreise oder Gemeinden  
1134 solche Einrichtungen auch selbst betreiben können. Sie könnten auf Fördermittel zurückgreifen, die  
1135 von der Europäischen Union zur Entwicklung ländlicher Regionen vergeben werden.

1136

1137 Aus unserer Sicht ist **überregionale Zusammenarbeit** entscheidend. Die Behörden dürfen einer  
1138 solchen Kooperation keine Hindernisse mehr in den Weg legen. Regionen wie die Lausitz oder das  
1139 Erzgebirge können auf diese Weise voneinander profitieren. Der Landestourismusverband kann  
1140 diese Prozesse koordinieren.

1141

1142 Wir fordern, dass die **Nachhaltigkeit** wegen ihrer großen Bedeutung für die Zukunft noch mehr in  
1143 den Mittelpunkt gestellt wird. Touristische und gastronomische Einrichtungen sollen Fördergelder  
1144 erhalten, wenn sie ihren Energieverbrauch reduzieren, weniger Abfall produzieren oder  
1145 wassersparende Komponenten einbauen. Der Rückstand im Bereich der Investitionen kann so

1146 vermindert und die Ziele der Nachhaltigkeit erreicht werden. Unterstützung sollte den Betrieben  
1147 auch dabei gewährt werden, die Vorteile der **Digitalisierung** für sich zu nutzen.

1148  
1149 Um **National- und Naturparks** zu schützen, setzt sich Die Linke dafür ein, die Besucherströme  
1150 digital zu steuern. Dabei müssen Einheimische, aber auch Besucher:innen gleichermaßen die  
1151 Möglichkeit haben, die Gebiete zu besuchen. Langzeitgästen sollten im Sinne der regionalen  
1152 Tourismusförderung größere Kontingente zugesprochen werden als Tagestourist:innen.

1153  
1154 Sachsen sollte ein Zertifikat an diejenigen touristischen Einrichtungen verteilen, die die Daten ihrer  
1155 Kund:innen besonders gut schützen. Dieses Zertifikat sollen Einrichtungen erhalten, die nur die  
1156 nötigsten Daten erfassen und diese grundsätzlich auf Plattformen bearbeiten und speichern, die  
1157 als sicher eingestuft werden können. Dazu sind die Buchungssysteme zu überprüfen.

1158  
1159 **Schlaglicht: Osten**

1160  
1161 Trotz aller Jubelfeiern und Sonntagsreden ist es nicht zu übersehen: Viele Menschen in  
1162 Ostdeutschland, besonders in Sachsen, sind 34 Jahre nach der Vereinigung enttäuscht,  
1163 unzufrieden oder sogar wütend. Mehr als die Hälfte der Menschen in Sachsen hat noch immer das  
1164 Gefühl, dass Ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse sind. Nicht einmal ein Drittel  
1165 findet, dass die Leistungen der Ostdeutschen angemessen gewürdigt werden. Jüngste Umfragen  
1166 zeigen, dass die Mehrheit der Ostdeutschen unzufrieden mit der Demokratie ist, so wie sie derzeit  
1167 in Deutschland funktioniert. Rechte Demagogen nutzen diesen Frust und lenken ihn auf  
1168 Sündenböcke, um sich selbst politische Macht zu verschaffen.

1169  
1170 Aber wir sehen auch Zeichen der Hoffnung: Lange wurden jene, die auf Fehler und  
1171 Ungerechtigkeiten im Prozess der deutschen Vereinigung hinwiesen, als Ewiggestrige  
1172 verunglimpft, die die DDR wiederhaben wollten. Von den Ostdeutschen wurde verlangt, sie  
1173 müssten sich schnellstmöglich in jeder Hinsicht den Westdeutschen anpassen und ihre eigene  
1174 Geschichte und Identität vergessen. Damit ist endlich Schluss. **Selbstbewusste Ostdeutsche**  
1175 verschaffen ihrer Perspektive in der öffentlichen Debatte Gehör. Sie fragen, warum die Chance  
1176 nicht genutzt wurde, die beiden deutschen Staaten auf gleichberechtigte Weise mit einer  
1177 gemeinsamen, neuen Verfassung zu vereinigen. Sie verweisen auf den von der Treuhand  
1178 organisierten Ausverkauf des Volksvermögens, die verheerende Deindustrialisierung  
1179 Ostdeutschlands und die folgende Massenarbeitslosigkeit, die das Leben von Millionen Menschen  
1180 zerstört und Wunden geschlagen hat, die bei vielen bis heute schmerzen. Sie kritisieren zurecht,  
1181 dass der sogenannte „Elitenwechsel“ nach 1990 nicht selten zweitklassige Westdeutsche in Ämter  
1182 hievte, während die Karrieren von Ostdeutschen zerstört und ihre Lebensleistungen entwertet  
1183 wurden. Wir stehen an der Seite dieser selbstbewussten Ostdeutschen. Wir fordern, dass das  
1184 **Treuhand-Unrecht endlich durch eine staatliche Kommission kritisch aufgearbeitet** wird.

1185  
1186 Ohne Zweifel geht es den meisten Menschen in Sachsen heute materiell besser als vor drei  
1187 Jahrzehnten. Sie können stolz darauf sein, was sie seit der Vereinigung in Sachsen gemeinsam  
1188 aufgebaut haben. Dennoch bestehen nach wie vor große Ungerechtigkeiten im Verhältnis zwischen  
1189 Ost und West. Dank der Niedriglohnpolitik der dauerregierenden CDU liegt der Medianlohn in  
1190 Sachsen noch immer 600 Euro unter dem des Bundesdurchschnitts. Fast jeder fünfte sächsische  
1191 Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor. Hungerlöhne bedeuten aber auch Armutsrenten. Der  
1192 jüngste sächsische Sozialbericht verrät zudem, dass das durchschnittliche Geldvermögen der  
1193 sächsischen Haushalte 17000 Euro niedriger als der Bundesdurchschnitt, das Immobilienvermögen  
1194 sogar nicht einmal halb so groß ist. Fast jeder fünfte Sachse besitzt überhaupt kein Vermögen!  
1195 Anders als im Westen werden viele im Osten nichts erben. Für berechtigten Ärger sorgt auch, dass

1196 Ostdeutsche – wie vom „Elitenmonitor“ der Bundesregierung nachgewiesen – auch 34 Jahre nach  
1197 der Vereinigung in Spitzenpositionen noch immer deutlich unterrepräsentiert sind, besonders in  
1198 Wirtschaft, Justiz und Wissenschaft.

1199

1200 Für uns als sächsische LINKE ist klar: Die Unzufriedenheit der Ostdeutschen lässt sich nicht durch  
1201 Gesprächskreise beseitigen, sondern nur dadurch, dass **die bestehenden Ungleichheiten**  
1202 **abgebaut** werden. Überall dort, wo der Staat selbst bestimmen kann, in Politik und Verwaltung, in  
1203 Justiz und Wissenschaft, muss endlich eine angemessene Beteiligung von Ostdeutschen an den  
1204 Führungsaufgaben durchgesetzt werden. Ostdeutschland und Sachsen müssen auch bei der  
1205 Ansiedlung von Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen gerecht berücksichtigt werden.  
1206 Das geplante Zukunftszentrum für Deutsche Einheit in Halle darf nicht zum Trostpflaster für die  
1207 Ostdeutschen werden, sondern muss ihren Ansichten und Interessen Gehör verschaffen. Wir  
1208 wollen, dass **im Osten endlich die gleichen Löhne** gezahlt werden wie im Westen. Deshalb  
1209 kämpfen wir für ein **Vergabegesetz**, das Tariflöhne und gute Arbeitsbedingungen zur Bedingung  
1210 für öffentliche Aufträge macht. Wir setzen uns dafür ein, dass Tarife in Ost und West angeglichen  
1211 werden. Gerade in Sachsen brauchen wir aber zunächst dringend mehr Tarifbindung und mehr  
1212 Mitbestimmung in den Betrieben, um die Lage der Beschäftigten zu verbessern. In diesem Kampf  
1213 stehen wir an der Seite der Gewerkschaften. Die Sächsinnen und Sachsen arbeiten aktuell im  
1214 Bundesschnitt schon mehr als alle anderen. Deshalb lehnen wir die Forderungen der CDU strikt ab,  
1215 dass alle immer länger arbeiten sollen.

1216

1217 Gegen den Widerstand der Linksfraktion im Sächsischen Landtag hat die Landesregierung es  
1218 abgelehnt, dem „Härtefallfonds“ für Rentnerinnen und Rentner beizutreten, deren Ansprüche durch  
1219 das Rentenunrecht der Vereinigung missachtet worden sind. Wir kämpfen dafür, nicht nur bei  
1220 Härtefällen zu helfen, sondern einen **Gerechtigkeitsfonds** für alle Betroffenen aufzulegen, der das  
1221 Rentenunrecht endlich vollständig ausgleicht. Wegen der niedrigen Löhne droht in Sachsen  
1222 besonders vielen Menschen die Altersarmut. Wir fordern eine Mindestrente von 1200 Euro, um allen  
1223 ein würdiges Leben zu ermöglichen.

1224

1225 Wir als sächsische LINKE setzen uns für die berechtigten Interessen der Ostdeutschen ein, ohne  
1226 sie gegen andere Benachteiligte, etwa zugewanderte Menschen, auszuspielen. Und wir starren  
1227 nicht in die Vergangenheit, sondern wollen einen **Aufbruch des Ostens in die Zukunft**. Die  
1228 Ostdeutschen besitzen viele Erfahrungen und Kenntnisse, die sie dabei einbringen können: Wir  
1229 fordern Medizinische Versorgungszentren nach dem Vorbild der **Polikliniken**, um die  
1230 Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen zu sichern. Die Berufsausbildung mit Abitur wäre  
1231 ein Weg, den Bedarf an Fachkräften besser zu decken. Wir wollen durch längeres gemeinsames  
1232 Lernen an **Gemeinschaftsschulen** dafür sorgen, dass die soziale Spaltung unserer Gesellschaft ein  
1233 Ende findet.

1234

1235 Wir stehen vor großen Umbrüchen, hervorgerufen durch den Klimawandel, den Ausstieg aus der  
1236 fossilen Energie, den klimaneutralen Umbau der Industrie und der stetig fortschreitenden  
1237 Digitalisierung in nahezu allen Lebensbereichen. Die Ostdeutschen haben schon einmal eine  
1238 rücksichtslose, neoliberale Transformation der Wirtschaft erlebt. Viele blicken deshalb auf  
1239 Veränderungen mit Skepsis. Wir werden dafür sorgen, dass Menschen in **Sachsen zu**  
1240 **Gewinner:innen des Wandels** werden. Sachsen hat hierfür die besten Voraussetzungen: eine  
1241 große industrielle Tradition, renommierte Universitäten und bestens ausgebildete Beschäftigte.  
1242 Sachsen hat das Potential zum Vorreiter in Deutschland zu werden. Dafür brauchen wir Offenheit  
1243 für moderne Technologien, vielfältige Lebensformen und Menschen, die zu uns nach Sachsen  
1244 kommen wollen, um mit uns an der Zukunft zu arbeiten. Auch deshalb ist eine starke LINKE für  
1245 Sachsen wichtig.

1246  
1247

## 1248 **II. Soziale Daseinsvorsorge**

1249

1250 Überall hört man, unsere Gesellschaft sei gespalten. Unter der immer hitzigeren Polarisierung leide  
1251 auch die Demokratie. Doch über die wahren Gründe für diese Spaltung sprechen die Regierenden  
1252 in Berlin und Dresden nicht. Sie verschärfen das Problem sogar noch durch ihre chaotische und  
1253 verfehlte Politik. Die Linke will das Grundproblem beseitigen: die ständig wachsende soziale  
1254 Ungleichheit und Unsicherheit in unserem Land. Sogar in den vielen Krisen der vergangenen Jahre  
1255 haben Konzerne Rekordgewinne gemacht, sind die Vermögenden noch reicher geworden.  
1256 Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen hingegen macht die Teuerung in allen Bereichen  
1257 wütend. Von rechts wird der Frust ausgebeutet und in erbitterte Kulturkämpfe umgelenkt, die das  
1258 Leben der Menschen nicht besser machen, die gesellschaftliche Stimmung aber schlechter. Die  
1259 Linke hat eine andere Antwort: **Solidarität**. Statt verschiedene Gruppen gegeneinander  
1260 auszuspielen, treten wir **für einen aktiven, leistungsfähigen Staat** ein, der die Aufgaben der  
1261 sozialen **Daseinsfürsorge** für alle Menschen erfüllt, für **soziale Sicherheit** und **soziale**  
1262 **Gerechtigkeit** sorgt.

1263

1264 Um Menschen unterstützen zu können, die Hilfe brauchen, und in die Infrastruktur und die  
1265 Industrien der Zukunft zu investieren, muss der Staat finanziell handlungsfähig sein. Doch mit der  
1266 sogenannten „Schuldenbremse“ hat er sich selbst gefesselt. Wir wollen im Bund wie in Sachsen  
1267 diese **Investitionsbremse abschaffen** oder zumindest grundlegend reformieren.  
1268 Ob eine Demokratie praktisch funktioniert, erweist sich zuerst auf der Ebene der Städte und Dörfer.  
1269 Umso schlimmer, dass die Kommunen in Sachsen seit Jahren von der Staatsregierung nicht die  
1270 Mittel bekommen, die nötig wären, um alle ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir wollen die **Kommunen**  
1271 **ausreichend finanzieren** und durch **Bürgerbudgets** dafür sorgen, dass die Menschen vor Ort aktiv  
1272 mitentscheiden können, wofür die Kommune Geld ausgibt.

1273

1274 Die Menschen in Sachsen haben Angst um ihre gesundheitliche Versorgung. Besonders in den  
1275 ländlichen Regionen müssen Krankenhäuser schließen und es fehlt an Haus- und Facharztpraxen.  
1276 Wir wollen **alle Krankenhausstandorte erhalten**, notfalls auch als **Polikliniken** mit Notfallaufnahme  
1277 und 24-Stunden-Betrieb. Wir wollen **Krankenhäuser in die öffentliche Hand** zurückführen, denn  
1278 **Gesundheit ist keine Ware!** Die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten erleichtern wir durch  
1279 Entbürokratisierung, Digitalisierung und **bessere Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im**  
1280 **Gesundheitswesen**. Darüber hinaus wollen wir **pflegende Angehörige unterstützen und**  
1281 **Eigenanteile begrenzen**. Langfristig brauchen wir eine **Pflegevollversicherung und**  
1282 **Krankenversicherung für alle, in die auch alle einzahlen**.

1283

1284 Die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit ihren Schwächeren umgeht. **Inklusion** ist  
1285 für uns kein Randthema, sondern ein zentrales Anliegen. Wir wollen **die UN-**  
1286 **Behindertenrechtskonvention in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen politischen**  
1287 **Ebenen umsetzen**. Die Inklusion in Kita, Schule und Arbeitswelt muss verwirklicht, Barrierefreiheit  
1288 im öffentlichen Raum garantiert werden. Das kommt auch älteren Menschen zugute. Sie brauchen  
1289 aber nicht nur Schutz, sie sollen auch ihre Interessen selbst vertreten können. Deshalb fordern wir  
1290 ein **Seniorenmitbestimmungsgesetz**. Das Rentenunrecht, das im Osten vielfach zu Armutsrenten  
1291 führt, muss beseitigt werden. In einem ersten Schritt wollen wir dafür sorgen, dass Sachsen endlich  
1292 dem **Härtefallfonds** für Menschen beiträgt, deren Rentenansprüche bei der Vereinigung nicht  
1293 anerkannt wurden. In vielen Bereichen, so etwa beim Wohnen, müssen wir uns auf eine alternde  
1294 Gesellschaft einstellen. Das darf jedoch nicht bedeuten, dass wir die Kinder und Jugendlichen  
1295 vergessen. Im Gegenteil: Sachsen muss attraktiv für junge Menschen werden! Wir wollen

1296 **Jugendhilfe und Jugendarbeit nicht kürzen, sondern stärken.** Wir kämpfen zugleich dagegen,  
1297 dass junge Leute aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden. **Keine Jugendkultur ist illegal!** Um  
1298 Kinder aus der Armut zu holen, brauchen wir **eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen**  
1299 **verdient.**

1300  
1301 Beim Thema Wohnen unterscheiden sich die Probleme in Sachsen stark zwischen den Großstädten  
1302 und dem ländlichen Raum. Damit in Dresden und Leipzig endlich wieder bezahlbare Wohnungen zu  
1303 finden sind, wollen wir eine **wirksame Mietpreisbremse einführen**, die **Zweckentfremdung von**  
1304 **Wohnungen verbieten** und eine **Landeswohnungsbaugesellschaft** gründen, die  
1305 **Sozialwohnungsbau in großem Maßstab** fördert. Der ländliche Raum hat eher mit Abwanderung  
1306 und Leerstand zu kämpfen. Wir wollen Bau und Sanierung von altersgerechten und  
1307 familienfreundlichen Wohnungen fördern. Um das Leben in kleineren Städten und Dörfern wieder  
1308 attraktiv zu machen, wollen wir den **Öffentlichen Nahverkehr ausbauen** und  
1309 **Mindestbedienstandards einführen.** Mittelfristig darf das Deutschlandticket nicht mehr als 29  
1310 Euro kosten und es muss sachsenweit als **Sozialticket** zum halben Preis angeboten werden.  
1311 Schulkinder, Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende sollen kostenlos den  
1312 ÖPNV nutzen dürfen.

1313  
1314 Zur sozialen Daseinsfürsorge gehört auch der **Schutz der Menschen vor Gefahren.** Wir wollen die  
1315 Mittel für Verbraucherschutz erhöhen. Den Bevölkerungsschutz stärken wir u.a. durch  
1316 Standortfeuerwehren. Ehrenamtlich Engagierte, etwa in Freiwilligen Feuerwehren, sollen durch  
1317 Bildungsurlaub und Rentenpunkte für ihre Arbeit belohnt werden. Süchtige brauchen Hilfe, nicht  
1318 Strafe – deswegen lehnen wir ihre Kriminalisierung ab und fordern stattdessen mehr Mittel und  
1319 Räume für Prävention und Therapie. Wir fordern, dass der Freistaat den Tierschutz endlich  
1320 ausreichend finanziert, um Tierleid und Gefahren für Menschen zu vermeiden.

1321  
1322 **Öffentliche Infrastruktur**

1323  
1324 **Wir wollen umsteuern und umverteilen gegen soziale Ungerechtigkeit!** Während Banken und  
1325 Konzerne auch in der Krise Gewinne in Milliardenhöhe einstreichen, wächst auch in Sachsen der  
1326 Abstand zwischen Arm und Reich. Mehreren hundert Einkommensmillionären stehen  
1327 Hunderttausende gegenüber, die im Niedriglohnbereich arbeiten. In manchen Landkreisen sind das  
1328 fast die Hälfte der Beschäftigten. Viele, die arbeiten, können nichts sparen – einige erben  
1329 Reichtümer, ohne etwas dafür zu leisten. Die Vermögensverteilung in Deutschland ist ein Skandal:  
1330 Die reichsten 10 % besitzen mehr als zwei Drittel des Privatvermögens, während die ärmere Hälfte  
1331 der Bevölkerung gerade einmal gut 1 % besitzt – wenn sie überhaupt etwas besitzt und nicht  
1332 vielmehr verschuldet ist. Der Sparkassenverband befürchtet, dass bald 60 % aller Haushalte in  
1333 Deutschland gezwungen sein könnten, ihr gesamtes Monatseinkommen für die Lebenserhaltung  
1334 auszugeben. 2021 war es noch 15%. Das hieße, dass mehr als die Hälfte der Deutschen nicht mehr  
1335 sparen und damit Rücklagen oder Vermögen bilden kann. Diese Menschen leben buchstäblich von  
1336 der Hand in den Mund und müssen sich Monat für Monat vor unvorhergesehenen Ausgaben  
1337 fürchten. So eine krasse Ungleichheit hält kein demokratisches Gemeinwesen dauerhaft aus.  
1338 Deshalb wollen wir **umsteuern und endlich von Oben nach Unten umverteilen. Menschen mit**  
1339 **geringen und mittleren Einkommen wollen wir entlasten – Konzerne, Großverdiener und**  
1340 **Vermögende hingegen endlich gerecht besteuern.**

1341  
1342 Es ist die jahrzehntelange neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die für die wachsende  
1343 Ungleichheit verantwortlich ist, aber auch dafür, dass die öffentliche Infrastruktur vernachlässigt  
1344 wurde. Im Zeichen der „schwarzen Null“ wurden auf allen Ebenen „Schuldenbremsen“ eingeführt,  
1345 die sich jetzt als Investitionsbremsen erweisen. In Zeiten niedriger Zinsen und vergleichsweise

1346 hoher Steuereinnahmen verzichtete der Staat darauf, sich Geld zu leihen, um es für sinnvolle  
1347 Zukunftsinvestitionen zu nutzen. Kitas, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser und Wohnungen  
1348 wurden nicht saniert oder neu errichtet, der Ausbau von Breitband-, Energie- und Wärmenetzen  
1349 verschleppt. Welch volkswirtschaftlicher Wahnsinn! Nun, da die Zinsen wieder steigen und die  
1350 Steuereinnahmen zurückgehen, stehen wir vor einem riesigen Investitionsstau im Bereich der  
1351 öffentlichen Einrichtungen. Auch für die dringend nötigen Investitionen in den Klimaschutz fehlt das  
1352 Geld. Weit schlimmer, als Kredite aufzunehmen, die sich tilgen lassen, weil sie sich auszahlen, ist  
1353 es, unseren Kindern ein Land mit veralteter und verrotteter Infrastruktur zu hinterlassen. Auch hier  
1354 muss zum Nutzen der volkswirtschaftlichen Entwicklung dringend umgesteuert werden: Die  
1355 „Schuldenbremsen“ im Bund und in Sachsen müssen gelöst werden, damit endlich vernünftig in die  
1356 Zukunft investiert werden kann. Zu den dafür erforderlichen Verfassungsänderungen sind wir  
1357 bereit. Außerdem ist eine deutliche Verlängerung der Tilgungsfristen nötig. Zur Umsetzung der  
1358 dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen und der Beseitigung der Flaschenhalse bei Planungen  
1359 und Vorleistungen sollen rechtsfähige öffentliche Investitionsgesellschaften entweder neu  
1360 gegründet oder aus bestehenden Beteiligungsgesellschaften des Freistaates weiterentwickelt  
1361 werden. Außerdem wollen wir die Rolle der Sächsischen Aufbaubank (SAB) für diese Investitionen  
1362 stärken.

1363

1364 Für starke und zukunftsfähige öffentliche Infrastrukturen braucht es einen **leistungsstarken und**  
1365 **zukunftsfähigen Öffentlichen Dienst** in Sachsen. Der **Öffentliche Dienst** umfasst die Verwaltung  
1366 und die staatliche Daseinsfürsorge auf allen Ebenen in Sachsen. Von ihm hängt nicht nur in starkem  
1367 Maße unsere Lebensqualität ab, er ist auch dafür unverzichtbar, dass unser Rechtsstaat und  
1368 unsere Demokratie funktionieren. Wir wollen, dass er sich als Dienstleister für die Bürgerinnen und  
1369 Bürger versteht. Es muss darum gehen, ihren Anliegen und Bedürfnissen gerecht zu werden. Wir  
1370 brauchen im Öffentlichen Dienst eine **Kultur des Ermöglichens**. Den Menschen soll nicht gesagt  
1371 werden, was angeblich nicht geht, sondern gezeigt werden, wie es gehen kann.

1372

1373 Damit der Öffentliche Dienst seine Aufgaben erfüllen kann, muss die Politik die personellen,  
1374 sachlichen und finanziellen Bedingungen dafür schaffen. Nur wenn die Beschäftigten im  
1375 Öffentlichen Dienst motiviert und ausreichend ausgestattet sind, werden sie gute Arbeit für die  
1376 Menschen in Sachsen leisten. Zurecht erwarten die Beschäftigten **gute Arbeitsbedingungen und**  
1377 **Löhne**. Wir unterstützen die entsprechenden Forderungen der Gewerkschaften. Die Ergebnisse der  
1378 Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst sind zeit- und wirkungsgleich für die Landesbeamtinnen  
1379 und Landesbeamten umzusetzen. Es muss ein **modernes Personalvertretungsgesetz** auf den Weg  
1380 gebracht werden, das die Personalvertretungen im Öffentlichen Dienst und ihre  
1381 Mitbestimmungsrechte deutlich stärkt. Das Beförderungssystem muss fairer und  
1382 geschlechtergerecht gestaltet werden. Alle Beförderungsmöglichkeiten sollten ausgeschöpft  
1383 werden, um die Arbeit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst wertzuschätzen und ihnen  
1384 Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung zu bieten.

1385

1386 Nötig sind aber auch ausreichende **Möglichkeiten sich weiterzubilden**. Die Bediensteten  
1387 verdienen mehr Zeit für ihre Qualifizierung und bessere Entwicklungschancen. Um Ausbildungs-  
1388 und Arbeitsstätten gerade im ländlichen Raum attraktiv zu machen, müssen auch die weichen  
1389 Standortfaktoren gesichert werden: so insbesondere die Kinderbetreuung, die Bildung, der  
1390 Öffentliche Nahverkehr, die Kultur, die medizinische Versorgung und die digitale Infrastruktur. Es  
1391 muss mehr Flexibilität dabei geben, Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger zu integrieren. Auch  
1392 im Öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen muss es mehr Menschen mit Migrationsgeschichte  
1393 ermöglicht werden, eine Ausbildung zu machen und eine berufliche Perspektive zu finden. Leider  
1394 sind die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zunehmend mit Unverständnis, Hass und sogar  
1395 Gewalt in ihrem Dienst für die Bürgerinnen und Bürger konfrontiert, so etwa durch sogenannte

1396 „Reichsbürger“. Wir müssen sie darum noch **besser unterstützen und gegen Anfeindungen und**  
1397 **Übergriffe schützen.**

1398  
1399 Der Freistaat Sachsen steht vor der Herausforderung, dass bis zum Jahre 2030 mehr als 40000  
1400 Beschäftigte aus dem Öffentlichen Dienst ausscheiden werden. Es ist dringend erforderlich, neue  
1401 Fachkräfte für den Öffentlichen Dienst zu gewinnen, ihn zu verjüngen und eine verbesserte  
1402 Verwaltungskultur zu etablieren. Wir schlagen eine **Kommission zur Ermittlung des künftigen**  
1403 **Personalbedarfs bis 2040** vor, die, wenn sie erfolgreich sein soll, spätestens im Jahre 2026 ihre  
1404 Arbeit aufnehmen muss. Alle Staatsministerien und weitere sächsischen Behörden müssen die  
1405 vorhandenen Personalentwicklungskonzepte evaluieren und sie endlich wirklichkeitsnah an die  
1406 Entwicklung der Bevölkerung anpassen. Die Arbeitswelt wandelt sich, so etwa durch **neue**  
1407 **Arbeitsformen und ein verändertes Selbstverständnis junger Beschäftigter** – dieser Entwicklung  
1408 kann und darf sich auch der Öffentliche Dienst nicht verschließen. Das Verhältnis von Führung und  
1409 Zusammenarbeit muss neu gedacht werden: Wir brauchen **weniger Hierarchie**, dafür mehr  
1410 Kooperation auf Augenhöhe und Eigenverantwortung. Führungskräfte müssen sich als Vorbild und  
1411 Stütze in den anstehenden Veränderungsprozessen verstehen. Deutlich ausgebaut werden sollte  
1412 im nächsten Staatshaushalt der „Personalpool Demografie“ bei der Staatskanzlei, der es  
1413 ermöglicht, flexibel und zeitlich begrenzt Stellen bei Ministerien zu schaffen, um Wissenstransfer  
1414 zu ermöglichen oder besondere Aufgaben zu bewältigen.

1415  
1416 Die in verschiedenen Staatsministerien angestoßenen **Ausbildungsoffensiven** müssen gebündelt  
1417 und verstärkt werden. Wir als Linke wollen, dass die Zuständigkeit für die staatlichen  
1418 Ausbildungsstandorte und Ausbildungseinrichtungen in Sachsen zentralisiert und beim  
1419 Innenministerium oder der Staatskanzlei angebunden wird. **Der Freistaat Sachsen muss viel mehr**  
1420 **als bisher in seine Auszubildenden investieren!** Es kann nicht sein, dass nicht genügend  
1421 Wohnheimplätze zur Verfügung stehen oder Auszubildende monatelang warten müssen, bis ihnen  
1422 die verauslagten Wohnkosten erstattet werden. Dass noch immer nicht in allem Wohnheimen W-  
1423 LAN zur Verfügung steht, ist ein Armutszeugnis. Ein Azubi-Ticket macht nur dann Sinn, wenn man  
1424 es auch nutzen kann, weil eine Verbindung mit dem Öffentlichen Nahverkehr zu den  
1425 Ausbildungsstandorten besteht. Deshalb müssen für entlegene, mit öffentlichen Verkehrsmitteln  
1426 nur schwer oder gar nicht erreichbare Ausbildungsstandorte, wie z.B. Bobritzsch, Rothenburg und  
1427 Schneeberg, individuelle **Azubi-Shuttle-Verbindungen** geschaffen und mit den Trägern des  
1428 Öffentlichen Personennahverkehrs vereinbart werden.

1429  
1430 Der **Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste (SID)** und weitere verantwortliche  
1431 Organisationseinheiten im IT-Bereich des Freistaates Sachsen sind als leistungsfähige Dienstleister  
1432 weiter auszubauen. Dabei sollen möglichst alle Beschäftigten bei Umstellungsprozessen nach den  
1433 Methoden des Change Management mitgenommen werden – das bedeutet: informieren,  
1434 qualifizieren, Support anbieten. Notwendig sind in allen Staatsministerien und Fachbehörden  
1435 einheitliche Hard- und Software sowie IT-Sicherheitsstandards. Bereits vorhandene  
1436 behördenspezifische Insellösungen müssen nach Möglichkeit wieder abgeschafft werden. Dabei  
1437 setzen wir vorrangig auf **Open-Source-Lösungen**. Die beschlossene Open-Source-Strategie des  
1438 Landes muss endlich mit Leben erfüllt werden. Open Source Lösungen stärken die Souveränität der  
1439 Öffentlichen Hand und helfen im Bereich der IT Abhängigkeiten von Privatunternehmen und eine  
1440 schleichende Privatisierung öffentlicher Leistungen durch die Hintertür zu verhindern.

1441  
1442 **Kommunen**

1443  
1444 Die Städte und Gemeinden sind die kleinsten Zellen der Demokratie. In ihnen können die Menschen  
1445 die Demokratie unmittelbar erleben und mitgestalten – wenigstens sollte es eigentlich so sein.

1446 Tatsächlich werden die Kommunen in Sachsen seit Langem nicht ausreichend finanziert. Sie sind  
1447 kaum noch in der Lage, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen, geschweige denn die sogenannten  
1448 „freiwilligen“ Aufgaben, die tatsächlich oft unverzichtbar sind, zum Beispiel in den Bereichen  
1449 Wohnen, Soziales und Kultur. **Daher müssen die Finanzbeziehungen zwischen Freistaat und**  
1450 **Kommunen eine völlig neue Grundlage erhalten:** Sie müssen sich zukünftig am Bedarf der  
1451 Kommunen orientieren und regionale Besonderheiten berücksichtigen. Denn die Kommunen  
1452 unterscheiden sich in Größe, Bevölkerung und wirtschaftlicher Kraft. Die kommunale  
1453 Selbstverwaltung muss als gelebte Demokratie vor Ort wieder möglich und erfahrbar werden.  
1454 Deshalb wollen wir durch eine **Selbstverwaltungspauschale**, die nicht für Pflichtaufgaben  
1455 verwendet werden darf, die kommunale Autonomie wiederherstellen. Die Menschen müssen die  
1456 Entscheidungen für ihre Heimatorte endlich selbst treffen können. Dazu wollen wir die Kommunen  
1457 auch ermutigen, **Bürger:innenhaushalte und Bürger:innenbudgets** einzuführen, durch die  
1458 Menschen selbst über die Verteilung von Geldern entscheiden können. Wer mitentscheiden darf,  
1459 fühlt sich dem Gemeinwesen stärker verbunden. Demokratische Entscheidungen werden breiter  
1460 akzeptiert und sind dadurch dauerhaft tragfähig. Wir wollen die Repräsentanz von Frauen in der  
1461 Kommunalpolitik stärken. Bislang sind gerade einmal 11% der Bürgermeister:innen Frauen. Das  
1462 Gleichstellungsgesetz und das Sächsische Inklusionsgesetz soll auch auf kommunaler Ebene  
1463 wirksam sein.

1464  
1465 Wir wollen die Kommunen in die Lage versetzen, eigenständig Politik betreiben zu können, statt nur  
1466 den Mangel zu verwalten. Das gilt insbesondere für die **kommunale Sozialpolitik**. Dazu wollen wir  
1467 Landeszuschüsse für kommunale Beschäftigungsprogramme und Sozialprojekte erhöhen. Wir  
1468 fordern die Einrichtung eines **landesweiten Netzes von Sozialberatungsstellen**, die Bürger:innen  
1469 begleiten, wenn sie Sozialleistungen beantragen und Unterstützungsangebote suchen. In  
1470 Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und bürgerschaftlichen Initiativen  
1471 sollen lokale Strategien erarbeitet und umgesetzt werden, um die Armut zu bekämpfen und die  
1472 soziale Teilhabe zu fördern.

1473  
1474 **Die Förderlandschaft in Sachsen muss grundlegend umgestaltet werden:** Wir wollen weg von  
1475 den unzähligen Förderprogrammen mit ihren Eigenmittelvorschriften und Zweckbindungen, die  
1476 einen enormen bürokratischen Aufwand verursachen – hin zu einer kooperativen  
1477 Aufgabenerfüllung. Dabei muss gelten: Was ich bestelle, bezahle ich. Was wir gemeinsam wollen,  
1478 bezahlen wir gemeinsam. Was uns wichtig ist, entscheiden wir mit Blick auf die Bedeutung der  
1479 Aufgaben und nicht danach, welche Förderprogramme gerade verfügbar sind.

1480  
1481 Die Kommunen sollen bei Nachhaltigkeit und Klimaschutz Vorbilder sein und vorangehen können.  
1482 Daher fordern wir ein **verändertes Vergabegesetz**, das es erlaubt, kleine Aufträge regional zu  
1483 vergeben. Einen Entwurf für ein modernes Vergabegesetz hat die Linksfraktion im Sächsischen  
1484 Landtag bereits 2022 eingebracht. Es soll künftig dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge nur noch  
1485 an Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten anständig behandeln und bezahlen. Außerdem  
1486 sollen soziales und kulturelles Engagement sowie Engagement im Bevölkerungsschutz ebenso  
1487 berücksichtigt werden wie soziale, ökologische und finanzielle Folgewirkungen. Wir wollen, **dass**  
1488 **alle sächsischen Kommunen bis 2030 klimaneutral werden.** Dafür benötigen wir verpflichtende  
1489 Konzepte zur Verringerung des Energieverbrauchs, ökologisch nachhaltige Haushaltsplanung  
1490 (Green Budgeting) sowie die offene Beteiligung der Bürger:innen durch Klimaräte. Nur mit den  
1491 Menschen, nicht über ihre Köpfe hinweg, kann der Klimaschutz gelingen. Außerdem soll der  
1492 Freistaat nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz eine **Landeszentrale für Umweltaufklärung**  
1493 schaffen.

1494

1495 Wir bleiben dabei: **Aufgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge gehören vollständig in öffentliche**  
1496 **Hand, allen voran in die der Kommunen!** Wir kämpfen gegen weitere Privatisierungen. Wir lehnen  
1497 es ab, wenn kommunales Eigentum verscherbelt werden soll, um Haushaltslöcher zu stopfen. In  
1498 Bereichen wie dem Wohnen und der Gesundheit darf es nicht darum gehen, Profite zu maximieren.  
1499 **Unser Leitbild sind kommunale Eigenbetriebe**, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen und unter  
1500 direkter Kontrolle der demokratisch gewählten Gemeindevertreter:innen stehen. **Ausgliederungen,**  
1501 **auch als hundertprozentige Tochterunternehmen, lehnen wir ab.** Sie verschlechtern oft nur die  
1502 Arbeitsbedingungen und die Leistungen. Eine Alternative stellt für uns nur das Modell der  
1503 Genossenschaft dar, an der die Bürgerinnen und Bürger beteiligt sind.

1504 Das Leben der Menschen spielt sich vor Ort in den Städten, Dörfern und Landkreisen ab. Dort  
1505 finden sie Heimat. Sie erfahren gesellschaftlichen Zusammenhalt oder eben auch nicht. In den  
1506 Kommunen zeigen sich die sozialen Konflikte zuerst. Um die Institutionen der sozialen Versorgung  
1507 insbesondere im ländlichen Raum langfristig zu sichern, bedarf es einer **besseren Vernetzung aller**  
1508 **Akteurinnen und Akteure vor Ort.** Das beginnt beim zivilgesellschaftlichen Engagement und reicht  
1509 bis zu den gemeinnützigen und regional verankerten privaten Leistungserbringern und  
1510 Kostenträgern. Durch gemeinsames Handeln über Strukturen hinweg muss die Versorgung  
1511 sichergestellt werden: so beim Wohnen, der Mobilität, den sozialen Diensten, der Pflege, der  
1512 Medizin, den generationsübergreifenden Treffpunkten und denen für Kinder und Jugendliche, den  
1513 Angeboten der Rechtspflege und in vielen anderen Bereichen mehr.

1514  
1515 Um dies abzusichern, müssen zukünftig **Sozialräume** definiert werden. In diesen Sozialräumen  
1516 muss Verantwortung gebündelt werden. So können die Spielräume für das Handeln vor Ort  
1517 erweitert werden. Finanziell sichergestellt wird dies durch **Sozialraumbudgets.** Die demokratischen  
1518 Gremien der Landkreise, kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte sollen entscheiden  
1519 dürfen, wie diese Mittel verwendet werden. Auf diesem Weg können die kommunalen  
1520 Gebietskörperschaften besser als bisher auf regionale und lokale Defizite reagieren, insbesondere  
1521 bei der sozialen Daseinsvorsorge. Die Mittel für die Sozialraumbudgets müssen dauerhaft  
1522 garantiert und über den kommunalen Finanzausgleich verteilt werden.

1523  
1524 **Die Infrastruktur in Dörfern und kleinen Städten muss gesichert werden!** Deshalb wollen wir,  
1525 dass bestehende Läden und andere Einrichtungen gefördert werden. In kleinen Orten ist es für sie  
1526 schwer, allein durch kommerziellen Erfolg zu überleben. Aber sie haben es verdient, vom Freistaat  
1527 unterstützt zu werden, wenn sie weitere Aufgaben zugunsten des Gemeinwohls übernehmen: so  
1528 etwa, wenn sie Produkte von regionalen Erzeuger:innen vermarkten, wenn sie Räumlichkeiten  
1529 kostenfrei als Treffpunkt für die Ortsgemeinschaft oder für kulturelle Veranstaltungen zur  
1530 Verfügung stellen, oder wenn sie als Mittler zu Verwaltung für all jene fungieren, die  
1531 Behördengänge nicht ohne Weiteres online erledigen können. Nur lebendige Dörfer und Städte mit  
1532 funktionierender Infrastruktur können ihre Einwohnerschaft halten und attraktiv für neue Menschen  
1533 werden.

1534  
1535 Die Kommune, wie wir sie wollen, ist selbstbestimmt in ihrem Handeln. Sie wird von ihren  
1536 Bürgerinnen und Bürgern gestaltet, die dabei von der Verwaltung nicht behindert, sondern  
1537 unterstützt werden. Die kleinste Zelle unserer Gesellschaft muss wieder den Menschen gehören,  
1538 die in ihr leben!

1539  
1540 **Gesundheit**  
1541

1542 Seit Jahrzehnten wird das Gesundheitswesen unter Druck gesetzt, Profite zu machen. Wir aber  
1543 sagen: **Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Recht – Menschen müssen über Profiten stehen!**  
1544 Die medizinische Versorgung ist keineswegs besser geworden, seitdem sie den Gesetzen des

1545 Marktes überlassen wurde – im Gegenteil: In der Pflege fehlt es an Personal, Facharzttermine sind  
1546 Mangelware, viele Menschen finden keinen Hausarzt mehr. Der Weg zum nächsten Krankenhaus  
1547 wird immer länger, weil Kliniken aus Kostengründen geschlossen werden, obwohl die Menschen  
1548 vor Ort sie dringend brauchen.

1549

1550 Die Lösung dieser Probleme sehen wir in einer **sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung**,  
1551 die die Patient:innen und ihre Bedürfnisse sowie die Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt, nicht  
1552 den Profit. Daher wollen wir **alle Krankenhausstandorte in Sachsen erhalten**, wenn auch zum Teil  
1553 mit verändertem Leistungsangebot, z.B. als 24-Stunden-Notfall-Poliklinik. Wir unterstützen  
1554 Initiativen einer Krankenhausreform von unten, mit denen die Krankenhäuser einer Region auf Basis  
1555 der Erfahrungen und Bedarfe vor Ort die Kooperation untereinander stärken, Synergien nutzen und  
1556 das Leistungsangebot bedarfsgerecht untereinander aufteilen, um Standortschließungen zu  
1557 verhindern. Ersatzlose Schließungen lehnen wir ab, da in Sachsen bereits seit 1990 etwa ein Drittel  
1558 der damals vorhandenen 112 Kliniken dichtgemacht wurden und weitere Schließungen die  
1559 grundlegende medizinische Versorgung gefährden würden. **Polikliniken, ob mit Notaufnahme oder  
1560 ohne, sind für uns im Osten eine bekannte Alternative, die stationäre und ambulante  
1561 Versorgung intelligent verbindet.** Sie können zwar Krankenhäuser nicht völlig ersetzen, aber  
1562 dennoch einen wertvollen Beitrag zur regionalen Gesundheitsversorgung leisten und den Mangel  
1563 an Haus- und Fachärzten kompensieren. Wenn die Grundversorgung durch Krankenhäuser und  
1564 Polikliniken in allen Regionen Sachsens gesichert ist, halten wir es für sinnvoll, Spezial- und  
1565 Maximalversorgung an wenigen Standorten zu konzentrieren, die eine besonders hohe Qualität  
1566 bieten.

1567

1568 Ob Kleinstadtkrankenhaus oder Universitätsklinik mit Maximalversorgung: **Der Freistaat muss  
1569 endlich seiner gesetzlichen Verpflichtung nachkommen, Investitionen in die Modernisierung der  
1570 Krankenhäuser ausreichend zu finanzieren.** Wir fordern eine konkrete gesetzliche Regelung der  
1571 Investitionskostenzuschüsse. Zusätzlich wollen wir den Krankenhäusern **Zuschüsse für den  
1572 Ausbau der Digitalisierung** gewähren. **Verboten werden sollen finanzielle Ausschüttungen aus  
1573 dem Betrieb von Kliniken.** Ein Krankenhaus soll kostendeckend wirtschaften, gute  
1574 Arbeitsbedingungen für seine Beschäftigten bieten und Patient:innen bestmöglich versorgen, aber  
1575 nicht Aktionär:innen Dividenden einbringen oder Löcher in den Haushalten von Landkreisen  
1576 stopfen!

1577

1578 Uns ist bewusst, dass dies die privaten Krankenhauskonzerne abschrecken wird – und das ist auch  
1579 gut so! Denn die Linke macht sich dafür stark, die Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand  
1580 zurückzuführen. Kommunen und Landkreise, die diesen Schritt zur **Rekommunalisierung** gehen  
1581 wollen, sollen durch einen **Rekommunalisierungsfonds** in Höhe von mindestens 100 Millionen Euro  
1582 vom Freistaat unterstützt werden. Zusätzlich setzen wir uns für finanzielle Unterstützung durch  
1583 den Bund ein.

1584

1585 Das bisherige Finanzierungssystem der Fallpauschalen setzt Fehlanreize und ist gescheitert. Wir  
1586 begrüßen es daher, dass der Bundesgesundheitsminister nun endlich teilweise von ihnen abrückt,  
1587 obwohl er vor 20 Jahren an ihrer Einführung beteiligt war. Doch wir fordern mehr: **Wir wollen  
1588 individuelle, bedarfsgerechte und kostendeckende Budgets**, die jährlich zwischen den einzelnen  
1589 Krankenhäusern und den Krankenkassen vereinbart werden. **Das ist finanzierbar, wenn die  
1590 Krankenversicherung endlich solidarisch organisiert wird, sodass gilt: Eine für Alle!** Wir wollen  
1591 die Zweiklassenmedizin überwinden und alle Menschen in die gesetzliche Krankenversicherung  
1592 aufnehmen. Außerdem setzen wir uns für eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze ein.  
1593 Die bewirkt, dass nur auf Einkommen bis zu einer bestimmten Obergrenze Beiträge abgeführt

1594 werden müssen. Alles darüber bleibt beitragsfrei. Das finden wir ungerecht, denn wer ein sehr  
1595 hohes Einkommen erzielt, kann auch stärker zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen.

1596

1597 Mängel gibt es in Sachsen nicht nur bei der stationären Versorgung, sondern auch bei der  
1598 ambulanten Versorgung mit Haus-, Fach- und Zahnarztpraxen, besonders im ländlichen Raum. Seit  
1599 2019 hat sich die Zahl der unbesetzten Hausarztstellen fast verdoppelt. Einige Maßnahmen wurden  
1600 schon ergriffen. So ist es richtig, dass die Zahl der Studienplätze für Medizin erhöht und eine  
1601 Landarztquote eingeführt wurde. Doch dies wirkt erst langfristig, wirksame Lösungen werden  
1602 schon jetzt benötigt. Dringlich ist eine umfassende **Digitalisierung der Praxen**, die vom Freistaat  
1603 finanziell unterstützt werden muss. In allen Bereichen der medizinischen Versorgung ist eine  
1604 **Entbürokratisierung** nötig. Die Beschäftigten in den Gesundheitsberufen sollten weniger Zeit für  
1605 Formulare aufwenden müssen, um mehr Zeit für ihre Patientinnen und Patienten zu haben. Die  
1606 Vergütung der Ärzt:innen, gleich in welchem Bereich, muss häufiger und regelmäßig angepasst  
1607 werden. Nur so können sie ihren Praxisangestellten gute Arbeitsbedingungen ermöglichen und dem  
1608 Fachkräftemangel auch in diesem Bereich entgegenwirken. Budgetierungen, die die Anzahl der  
1609 behandelten Patient:innen oder die Art bzw. den Umfang der Behandlung einschränken, lehnen wir  
1610 ab. Ein besonders krasses Beispiel ist die in Folge des 2022 beschlossenen „GKV-  
1611 Finanzstabilisierungsgesetzes“ erfolgte Budgetierung und damit Einschränkung der Parodontitis-  
1612 Behandlung und Prophylaxe im zahnärztlichen Bereich. Ob eine Behandlung notwendig ist, muss  
1613 die behandelnde Ärzt:in entscheiden, nicht die Kassenlage der Krankenkassen. Weiterhin muss das  
1614 Herstellen von Barrierefreiheit in den Praxen besser unterstützt werden. **Innovative Praxismodelle**  
1615 wie Gemeinschaftspraxen, Praxisgemeinschaften, rollende Arztpraxen oder Gemeindeschwestern  
1616 und -pfleger sind stärker zu fördern. Viele Ärzt:innen wollen in Teilzeit arbeiten, um Beruf und  
1617 Familie besser miteinander vereinbaren zu können. Um die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten  
1618 zu fördern, sind die sogenannten „**weichen Standortfaktoren**“ von großer Bedeutung: Überall in  
1619 Sachsen müssen die Kinderbetreuung, der öffentliche Nahverkehr und die kulturellen Angebote  
1620 gesichert werden. Wir wollen die **Anerkennung der Abschlüsse in Sachsen lebender**  
1621 **ausländischer Ärzt:innen erleichtern und beschleunigen**.

1622

1623 Oft wird vergessen, dass eine Arztpraxis mehr ist als nur der Arzt oder die Ärztin. **Die Arbeit der**  
1624 **Medizinischen Fachangestellten (MFA) muss aufgewertet und das Berufsbild durch**  
1625 **Weiterbildung und Akademisierung gestärkt werden**. Entsprechende Studiengänge sollten  
1626 eingerichtet, Hausbesuche durch Medizinische Fachangestellte gefördert werden.

1627

1628 Wir stehen für die **Umsetzung des nationalen Gesundheitsziels „Gesund rund um die Geburt“**.  
1629 Dabei sollen Schwangere, Mütter und Neugeborene umfassend und ganzheitlich betreut und  
1630 versorgt werden. Dazu gehören Maßnahmen der Prävention und Früherkennung, die  
1631 interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener Gesundheitsberufe sowie Information und  
1632 Aufklärung. Besonders wichtig ist es dabei für uns, dass für die Menschen in Sachsen  
1633 **flächendeckend und wohnortnah Geburtskliniken und -zentren sowie freiberufliche Hebammen**  
1634 zur Verfügung stehen und somit die **Wahlfreiheit des Geburtsorts** sichergestellt wird. Denn die  
1635 Versorgungslage in Sachsen ist auch hier leider zunehmend prekär. Eine Möglichkeit Schwangere,  
1636 Mütter, Neugeborene und deren Familien, aber auch die Kliniken zu entlasten, sehen wir in der  
1637 flächendeckenden Einrichtung **hebammengeleiteter Kreißsäle**. **Die Ausbildung der Hebammen ist**  
1638 **zu verbessern**, indem mehr Studienplätze und zusätzliche Angebote der Weiterbildung geschaffen  
1639 werden. Weiterhin setzen wir uns für die **Einrichtung einer Landesarbeitsgruppe**  
1640 **„Hebammenversorgung“** ein, in der Hebammen und Landespolitik gemeinsam an der  
1641 Verbesserung der geburtshilflichen Versorgung arbeiten.

1642

1643 **Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), neben stationärer und ambulanter Versorgung die**  
1644  **dritte Säule des Gesundheitssystems in Deutschland, muss wieder gestärkt werden,** nachdem  
1645 er jahrzehntelang vernachlässigt, ausgedünnt und kaputtgespart wurde. Denn er erfüllt – wie sich  
1646 gerade erst während der Corona-Pandemie gezeigt hat – wichtige Aufgaben, u.a. im Bereich der  
1647 gesundheitlichen Aufklärung und Beratung, beim Infektionsschutz sowie bei der Prävention. Um die  
1648 Zusammenarbeit der lokalen Gesundheitsämter bei diesen Aufgaben zu koordinieren, benötigt  
1649 Sachsen endlich ein **Landesgesundheitsamt.**

1650  
1651 Wir wollen auch die **psychosoziale und psychiatrische Versorgung verbessern.** Die Zahl der  
1652 psychischen Erkrankungen ist in den vergangenen Jahren auch in Sachsen stark gestiegen – die  
1653 Zahl der Therapieplätze aber nicht. Psychische Erkrankungen sind nicht nur ein individuelles,  
1654 sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Sie werden durch prekäre und überlastende  
1655 Arbeitsverhältnisse, Armut, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen verstärkt. Auch die gesamte  
1656 Gesellschaft leidet, wenn Menschen dauerhaft krank werden und nur noch eingeschränkt oder gar  
1657 nicht mehr arbeiten können – gerade in sozialen Berufen, wo die psychische Belastung besonders  
1658 hoch ist. Obwohl Prävention sowie frühzeitige Intervention und Behandlung wichtig sind, um  
1659 komplizierte Krankheitsverläufe zu verhindern, warten Betroffene oft lange auf einen  
1660 kassenärztlichen Behandlungs- oder Therapieplatz, besonders im ländlichen Raum.

1661 Der **Dritte Landespsychiatrieplan** soll schnellstmöglich erscheinen und auch Antworten auf  
1662 aktuelle Herausforderungen geben, etwa auf die Fragen, wie die Folgen der Corona-Pandemie  
1663 bewältigt und Geflüchtete versorgt werden können. Wir setzen uns für eine **gewaltfreie,**  
1664 **gemeindenaher psychiatrischer und psychosozialer Versorgung und einer funktionierenden**  
1665 **Krisenintervention** ein. Zur besseren Koordination wollen wir eine „**Landesfachstelle**  
1666 **Sozial-/Gemeindepsychiatrie**“ einsetzen. **Innovative Behandlungskonzepte** sollen mit  
1667 Modellprojekten gefördert werden. Wir möchten, dass **Genesungsbegleiter:innen** während der  
1668 Behandlung eine größere Rolle spielen. Ihre Ausbildung wollen wir vorantreiben und finanziell  
1669 absichern.

1670 Nach der **Entkriminalisierung von Cannabis** durch den Bundesgesetzgeber wollen wir  
1671 entsprechende Kapazitäten der Suchthilfe ausbauen und spezielle Präventionsangebote  
1672 insbesondere für Kinder und Jugendliche schaffen. Darüber hinaus stehen wir für eine tatsächliche  
1673 Legalisierung von Cannabis statt bloßer Entkriminalisierung ein: Um den Gesundheitsschutz zu  
1674 gewährleisten und den Schwarzmarkt wirksam auszutrocknen, muss geprüftes Cannabis für den  
1675 Eigengebrauch an lizenzierten Verkaufsstellen erwerbbar sein. Konsumierende sollten nicht allein  
1676 auf den aufwändigen Eigenanbau oder Anbauvereinigungen angewiesen sein.

1677  
1678 Es gibt derzeit eine große Nachfrage nach Kuren, verstärkt wohl durch die Corona-Pandemie und  
1679 ihre Folgen. **Kur- und Rehabilitationseinrichtungen müssen durch den Freistaat unterstützt**  
1680 **werden, um Angebote zu erhalten und Kapazitäten auszubauen.**

1681  
1682 Die Erderhitzung sorgt dafür, dass auch in Sachsen außergewöhnliche Wetterereignisse  
1683 wahrscheinlicher werden. Jährlich sterben in Deutschland mehrere Tausend Menschen an den  
1684 Folgen extremer Hitze. Der Freistaat soll sich durch einen **Landeshitzeschutzplan** besser darauf  
1685 vorbereiten und Maßnahmen planen, die die Bevölkerung vor extremer Hitze schützen.

1686  
1687 Die Gesundheitsversorgung für trans- und intergeschlechtliche Personen muss gesichert werden.  
1688 Dazu wollen wir ein **Kompetenzzentrum für Gendermedizin** aufbauen, das zu einer  
1689 geschlechtersensiblen Ausbildung, Lehre und Forschung in diesem Bereich beiträgt, und mehr  
1690 Angebote der Aus- und Weiterbildung für die Heilberufe schaffen.

1691

1692 Alle Schwangeren sollen bei Bedarf ungehinderten und barrierearmen Zugang zu einer  
1693 wohnortnahen und weltanschaulich neutralen **Schwangerschaftskonfliktberatung** haben. Im Falle  
1694 der Entscheidung für einen Abbruch muss dieser ebenso ungehindert, barrierefrei und wohnortnah  
1695 in einer Klinik oder Praxis durchführbar sein. Daher setzen wir uns dafür ein, auch in Zukunft ein  
1696 flächendeckendes Angebot an ambulanten und stationären Einrichtungen nach Vorgaben des  
1697 Schwangerenkonfliktgesetzes zu sichern. Da Schwangerenberatung eine gesetzlich  
1698 vorgeschriebene Pflichtaufgabe ist, die zudem hochqualifizierter Fachkräfte bedarf, muss sie auch  
1699 vollständig vom Staat finanziert werden.

1700

1701 Wir setzen uns für eine **Stärkung der HIV-Prävention** ein. Schwerpunktpraxen sind derzeit  
1702 überlastet, in manchen Regionen fehlen sie völlig. Wir wollen den Zugang zur  
1703 Präexpositionsprophylaxe erleichtern, indem den Gesundheitsämtern diese Aufgabe übertragen  
1704 wird. Dadurch können Ärzt:innen sich auf therapeutische Maßnahmen für die Betroffenen  
1705 konzentrieren. Modellprojekte wie „Checkpoint plus“ der Aidshilfe Dresden wollen wir fördern.  
1706 Wir werden uns für ein barrierefreies und von Diskriminierungen sowie Übergriffigkeiten freies  
1707 Gesundheitswesen einsetzen. Dafür ist aus unserer Sicht unabdingbar, dass mehr Menschen mit  
1708 Behinderungen die diversen Gesundheitsberufe ergreifen können bzw. ihnen dazu die Möglichkeit  
1709 gegeben wird.

1710

## 1711 **Pflege**

1712

1713 Über 300.000 Menschen in Sachsen sind pflegebedürftig. Weil die sächsische Bevölkerung im  
1714 bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich alt ist, wird sich diese Zahl noch erhöhen. Gleichzeitig  
1715 sinkt die Zahl der Berufstätigen in der Pflegebranche, obwohl in Zukunft eigentlich mehr Pflegende  
1716 benötigt werden. Die Inflation treibt die Kosten für die Pflege nach oben, viele Pflegebedürftige  
1717 können sie nicht mehr aus eigener Kraft stemmen. Dass die Löhne für die in der Pflege  
1718 Beschäftigten in den vergangenen Jahren gestiegen sind, ist erfreulich. Dennoch liegen sie in  
1719 Sachsen noch immer unter dem Niveau im Westen der Republik. Die Arbeitsbelastung in Zeiten der  
1720 Corona-Pandemie war hoch, sie könnte durch den Fachkräftemangel sogar noch wachsen.

1721

1722 **Die Politik muss sich endlich darum kümmern, die Menschen zu entlasten, die in der Pflege**  
1723 **beschäftigt sind.** Nötig sind bessere Arbeitsbedingungen und eine Anpassung des Lohnniveaus an  
1724 das höhere Niveau im Westen, mindestens aber 3000 Euro brutto im Monat. Digitalisierung,  
1725 Entbürokratisierung und technische Pflegeunterstützung müssen dazu genutzt werden, den  
1726 Beschäftigten ihre Arbeit zu erleichtern. Zudem sollte ihnen Fort- und Weiterbildung erleichtert und  
1727 gesundheitliche Prävention ermöglicht werden. **Es gelingt derzeit nicht, genügend Fachkräfte für**  
1728 **die Pflege auszubilden oder zu gewinnen – das muss sich ändern.** Wir wollen mehr Plätze in  
1729 Ausbildung, Studium, Weiterbildung und Anpassungsqualifizierungen schaffen. Die Kosten für die  
1730 Ausbildungsvergütung sollten durch den Freistaat übernommen werden. Außerdem muss er  
1731 finanzielle Anreize bieten, eine Ausbildung, Weiterbildung oder Qualifizierung in der Pflege  
1732 aufzunehmen. Wir wollen eine einjährige, **landesrechtlich anerkannte Pflegeassistentenausbildung**  
1733 **einführen.**

1734

1735 Die Mehrheit der Pflegebedürftigen wird jedoch **von Angehörigen oder nahestehenden Personen**  
1736 **zu Hause gepflegt. Diese gilt es, besser zu unterstützen.** Pflegende sollten sich vom Beruf mit  
1737 einem Recht auf Rückkehr freistellen lassen können, wie dies beim Mutterschutz bereits garantiert  
1738 ist. Sie sollten Entgeltersatzleistungen erhalten und ihre Pflegezeiten rentenrechtlich – ähnlich wie  
1739 Erziehungszeiten – angerechnet bekommen. Außerdem sollten ihnen Beratungs- und  
1740 Weiterbildungsangebote und Maßnahmen der Gesundheitsförderung zur Verfügung stehen. Die

1741 Mehrzahl der pflegenden Angehörigen sind Frauen. Unser Ziel ist eine **geschlechtergerechte**  
1742 **Verteilung auch dieser Sorgearbeit.**

1743  
1744 Grundsätzlich sollte gelten, dass die häusliche bzw. ambulante Pflege Vorrang vor der stationären  
1745 Unterbringung hat, damit Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben  
1746 können. Dazu wollen wir die **Nachbarschaftshilfe als niedrigschwellige Entlastungshilfe für**  
1747 **Pflegebedürftige sowie andere alternative Formen der ambulanten Pflege wie Quartierspflege**  
1748 **oder sorgende Gemeinschaften stärken.** Ebenso ist eine **Öffnung der Krankenhäuser für die**  
1749 **Übergangs- und Kurzzeitpflege** zu prüfen.

1750  
1751 Wir wollen in Sachsen eine **regional differenzierte Pflegebedarfsplanung** einführen, auf deren  
1752 Grundlage ein **Landespflegekonzept** erstellt werden soll. Diese regionale Bedarfsplanung soll alle  
1753 wesentlichen Bereiche wie notwendige Kapazitäten, Fachkräfteangebot und Nachwuchssicherung  
1754 sowie bestehende Pflege- und Präventionsangebote erfassen und analysieren. Weiterhin gilt es,  
1755 ein flexibles sektorenübergreifendes und **transparentes Leistungs- und Abrechnungssystem für**  
1756 **die ambulante Pflege** zu schaffen. Die Leistungen der mobilen Pflegedienste sollen nach  
1757 Zeitaufwand vergütet und auch Fahrtkosten berücksichtigt werden.

1758  
1759 Die Interessen von Pflegebedürftigen, pflegenden Angehörigen sowie der in der Pflege  
1760 Beschäftigten brauchen mehr Gehör! Deshalb wollen wir eine:n **Landespflegebeauftragte:n**  
1761 einsetzen, der vom Landtag gewählt wird und sich um die Wahrung dieser Belange kümmert.

1762  
1763 Die Kosten der Pflege sind in den vergangenen Jahren explodiert, die zu entrichtenden  
1764 Eigenanteile wachsen enorm. Viele Pflegebedürftige müssen deshalb, nachdem sie ein Leben lang  
1765 gearbeitet haben, noch Sozialleistungen beantragen. Das ist entwürdigend. Daher setzen wir uns  
1766 langfristig für eine **solidarische Pflegevollversicherung** ein, die alle Pflegeleistungen deckt und in  
1767 die alle einzahlen, auch Beamte:innen, Selbstständige und Politiker:innen. Bis dahin setzen wir uns  
1768 für eine **Deckelung der Eigenanteile durch den Bund** ein. Solange das nicht passiert, muss der  
1769 Freistaat den Pflegeeinrichtungen bzw. deren Trägern **Zuschüsse zu den Investitionskosten**  
1770 analog zur Krankenhausfinanzierung gewähren, um die Eigenanteile zu reduzieren. Zudem fordern  
1771 wir ein **Landespflegegeld.**

1772  
1773 **Inklusion**

1774  
1775 Wir kämpfen für eine inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch Rahmenbedingungen findet, in  
1776 denen er seine Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente entfalten kann, niemand außerhalb der  
1777 Gesellschaft steht und alle sich einbringen können. Wir gestalten inklusive Strukturen entsprechend  
1778 des Slogans der autonomen Behindertenbewegung "Nichts über uns ohne uns!". Menschen mit  
1779 Behinderungen sollen am politischen, sozialen und kulturellen Leben gleichberechtigt teilhaben und  
1780 dieses aktiv und selbstbestimmt mitgestalten. Dazu brauchen wir in Sachsen einen  
1781 **grundsätzlichen Paradigmenwechsel**, wie er im Bundesteilhabegesetz und in der UN-  
1782 Behindertenrechtskonvention vorgesehen ist: **Selbstbestimmung und Selbstermächtigung statt**  
1783 **Almosen.** Wir wollen Menschen mit Behinderungen aus abgeschlossenen Sonderwelten holen und  
1784 stattdessen eine **Gesellschaft für alle** schaffen.

1785  
1786 Wir wollen die **UN-Behindertenrechtskonvention in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf**  
1787 **allen politischen Ebenen** umsetzen. Dazu gehört die Abschaffung trennender Strukturen in den  
1788 Bereichen Arbeit, Wohnen und Bildung, die Menschen mit Behinderungen ausschließen. Das  
1789 Sächsische Inklusionsgesetz muss überarbeitet und seine Geltung auf den kommunalen Bereich  
1790 ausgeweitet werden. Auch die Maßnahmen des Landesaktionsplans der Sächsischen

1791 Staatsregierung sind in Form konkreter Gesetzesvorhaben umzusetzen. Ziel muss es dabei sein,  
1792 Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und ihre  
1793 gleichberechtigte Teilhabe zu garantieren. Ihre Belange sind bei allen Entscheidungen in Politik,  
1794 Wirtschaft und Verwaltung konsequent zu berücksichtigen. **Inklusion ist nichts, was von der**  
1795 **Kassenlage abhängen darf.** Menschenrechte müssen für alle gewährleistet werden. Die  
1796 **mehrfache Diskriminierung** aufgrund von Behinderung, Geschlecht, Sprache oder sexueller  
1797 Orientierung muss besonders berücksichtigt werden, da sie oft zu spezifischen Problemlagen führt.  
1798  
1799 Erwerbsarbeit und ein entsprechendes Einkommen sichern die soziale Teilhabe und schützen vor  
1800 Armut. Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen werden aufgrund vielfältiger  
1801 Barrieren und Vorurteile an einer gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsleben gehindert, obwohl  
1802 ihnen dieses Recht gemäß UN-Behindertenrechtskonvention zusteht. Sie werden damit in ihrer  
1803 Selbstbestimmung eingeschränkt. Daher ist unser Ziel die **gleichberechtigte Teilhabe von**  
1804 **Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt.** Das bedeutet die konsequente Umsetzung des  
1805 Rechts auf freie Wahl des Arbeitsplatzes und die Gestaltung eines offenen, für alle zugänglichen  
1806 Arbeitsmarkts und Arbeitsumfelds.  
1807  
1808 Das **Bundesteilhabegesetz (BTHG)** sieht personenzentrierte Teilhabeleistungen vor. Wir begrüßen  
1809 dies, wissen aber auch, dass die Träger der Eingliederungshilfe, insbesondere die Kommunen,  
1810 dabei vor hohen Mehrkosten stehen. **Bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes muss der**  
1811 **Freistaat sie stärker unterstützen** und auf Basis von Evaluationsstudien nachbessern. Zudem  
1812 müssen angemessene personelle Kapazitäten bereitgestellt werden.  
1813 Der Fachkräftemangel macht sich leider auch in der Eingliederungshilfe bemerkbar. Deshalb wollen  
1814 wir Gesundheitsberufe , wie z.B. die Heilerziehungspflege, durch Kampagnen und eine Reform der  
1815 Ausbildung attraktiver machen. Aus- und Weiterbildungen im Gesundheitssektor müssen nach  
1816 menschenrechtsbasierten Leitbildern erfolgen, um dem Recht auf Selbstbestimmtheit zu  
1817 entsprechen.  
1818  
1819 Wir wollen Barrierefreiheit in sämtlichen Lebensbereichen vollumfänglich umsetzen. Barrierefreiheit  
1820 muss bei baulichen und sonstigen Anlagen, bei Fahrzeugen, Verkehrsmitteln, technischen  
1821 Gebrauchsgegenständen, Informations- und Kommunikationssystemen, akustischen und visuellen  
1822 Informationsquellen sowie in allen anderen Lebensbereichen verwirklicht werden. Nur so sind sie  
1823 unabhängig von der Art der Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere  
1824 Erschwernis und ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar. Barrierefreiheit muss von  
1825 Beginn an bei der Planung neuer Bauprojekte zwingend berücksichtigt werden. Deshalb setzen wir  
1826 setzen uns für eine **Überführung der DIN 18040 (Barrierefreies Planen, Bauen und Wohnen) in**  
1827 **das sächsische Baurecht** und die Schaffung entsprechender Gutachter- und Beratungsstellen ein,  
1828 die schon während der Planungsphase verpflichtend konsultiert werden müssen. Wir wollen  
1829 deutlich mehr **barrierefreien Wohnraum** schaffen und inklusive Wohnquartiere,  
1830 Wohngemeinschaften und Wohnprojekte fördern, damit Menschen mit Behinderungen  
1831 entsprechend einer echten und ihnen zustehenden Wahlfreiheit selbstständig und selbstbestimmt  
1832 ihre Wohnform wählen können. Wir möchten zusätzlich Förderprogramme (ähnlich wie bei  
1833 energetischer Sanierung und sozialem Wohnungsbau) anstoßen, die auch personenunabhängig  
1834 den barrierefreien Umbau von Wohnraum finanziell unterstützen und somit auch außerhalb des  
1835 Neubausegments bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit Behinderung schaffen.  
1836  
1837 Wir setzen uns dafür ein, das **Barrierefreiheitsstärkungsgesetz** im öffentlichen wie auch privaten  
1838 Bereich **verbindlich umzusetzen.** Die zahlreichen Ausnahmeregelungen und langen  
1839 Übergangsfristen sind dabei kritisch zu prüfen. Wir wollen schnellere Fortschritte bei der **digitalen**  
1840 **Barrierefreiheit.** Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung digitaler Medien für die soziale Teilhabe

1841 eindringlich gezeigt. Zudem wollen wir eine unabhängige Landesfachstelle Barrierefreiheit  
1842 einrichten, wie sie bereits auch schon auf Bundesebene sowie in den Gleichstellungsgesetzen  
1843 vieler anderer Bundesländer verankert ist. Durch die damit ermöglichte Bereitstellung kompetenter  
1844 Beratungsangebote wird die Herstellung von Barrierefreiheit und die Einhaltung notwendiger  
1845 Standards gezielt gefördert.

1846

1847 Wir wollen das Recht auf Bildung ohne Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen  
1848 umsetzen. Daher setzen wir uns für ein qualitativ hochwertiges, inklusives Bildungssystems in allen  
1849 Bildungsbereichen ein, sodass die tatsächliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen  
1850 ermöglicht und die institutionelle Ausgrenzung überwunden wird. Auch die **politische**  
1851 **Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen wollen wir stärken**. Dazu muss u.a. das  
1852 Übersetzen von (behördlichen) Dokumenten und Websites in Leichte Sprache ausgebaut,  
1853 Gebärdensprachdolmetschende bei allen politischen Veranstaltungen standardmäßig eingesetzt  
1854 und Parteiprogramme der Kommunal- und Landtagswahlen verpflichtend in Gebärdensprache  
1855 übersetzt werden. Um den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern, setzen wir uns an  
1856 dieser Stelle besonders für eine inklusive berufliche Bildung ein, welche Menschen in ihren  
1857 Möglichkeiten sieht und berät und unterstützt, anstatt sie zu diskriminieren.

1858

1859 Das **sächsische Landesblindengeldgesetz** muss überarbeitet und modernisiert werden. Wir  
1860 wollen den Grad der Behinderung für Menschen mit Taubheit oder an Taubheit grenzender  
1861 Schwerhörigkeit senken. Sie sollen bereits ab einem Grad der Behinderung von 70 als gehörlos  
1862 gelten und damit anspruchsberechtigt sein. Wir wollen weiterhin das Landesblindengeld auf 600  
1863 Euro monatlich, den Nachteilsausgleich für Sehbehinderte auf 250 Euro, für Taubblinde auf 1000  
1864 Euro, für gehörlose Menschen auf 600 Euro und für schwerstbehinderte Kinder auf 200 Euro  
1865 erhöhen. Außerdem sollen diese Leistungen wieder an die Inflationsrate angepasst werden,  
1866 zuzüglich eines weiteren Prozentes pro Jahr. Damit soll eine **Kopplung an die Rentenanpassung**  
1867 erfolgen. Wir setzen uns für eine **Mehrwertsteuer von einheitlich 7 % für alle Hilfsmittel ein**,  
1868 unabhängig vom Anbieter und Ort des Verkaufs. Assistenzen für Taubblinde sollen für 20 Stunden  
1869 je Woche bewilligt werden. Eine finanzielle Förderung von Ehrenamtsassistenzen muss es auch für  
1870 in der Selbsthilfe tätige Vereine geben.

1871 Wir unterstützen weiterhin die Schaffung von Beratungsangeboten zu Fragen der Partnerschaft,  
1872 Sexualaufklärung, Familienplanung und Schwangerschaft für Menschen mit Behinderungen.  
1873 Die Linke wird dazu beizutragen, die Situation autistischer Menschen im Freistaat Sachsen zu  
1874 verbessern.

1875 Alle Menschen mit Behinderungen sollen vom Rundfunkbeitrag befreit werden.

1876

1877

### 1878 **Senior:innen und Rente**

1879

1880 Über ein Viertel der Menschen in Sachsen sind 65 Jahre und älter. Wie für alle anderen Menschen  
1881 in Sachsen muss auch für die ältere Generation soziale Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und  
1882 demokratische Mitbestimmung gewährleistet werden. Ältere verdienen besonderen Schutz, aber  
1883 sollen sich auch aktiv einbringen können. Wir wollen ein **Seniorenmitbestimmungsgesetz** für  
1884 Sachsen. Seniorenvertretungen müssen in allen Kommunen und Landkreisen eingerichtet werden,  
1885 ihre Mitglieder sollen eine Aufwandsentschädigung erhalten.

1886

1887 Wir setzen uns dafür ein, dass die **barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes** gesetzlich  
1888 vorgeschrieben und ausreichend finanziert wird, vor allem im Verkehr, der Kultur und der Nah- und  
1889 Gesundheitsversorgung. Wir wollen mehr **Begegnungsmöglichkeiten für ältere Menschen**

1890 schaffen, insbesondere an den Wochenenden. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass weniger  
1891 ältere Menschen unter Vereinsamung leiden.

1892

1893 Die Digitalisierung bietet Chancen auch für ältere Menschen, doch ist sie für Seniorinnen und  
1894 Senioren oft auch eine Hürde. Die wollen wir abbauen, indem wir mehr Angebote zur Schulung an  
1895 digitalen Endgeräten anbieten. Neben einer möglichst **barrierefreien Digitalisierung** müssen aber  
1896 weiterhin auch analoge Möglichkeiten zur Beteiligung gegeben sein. Besonders die Verwaltung  
1897 muss sich bemühen, ihre Angebote für ältere Menschen leicht zugänglich zu machen.

1898

1899 **Altenhilfepläne und Pflegekoordinator:innen** sind in allen Kreisen sowie kreisfreien Städten zu  
1900 etablieren. Maßnahmen der Prävention und pflegerischen sowie medizinischen Versorgung müssen  
1901 so angelegt sein, dass Menschen trotz altersbedingter Beeinträchtigungen so lange wie möglich  
1902 selbstbestimmt im eigenen, gewohnten Umfeld leben können. Dazu bedarf es auch dringend der  
1903 **Schaffung von mehr bezahlbaren, altersgerechten und barrierefreien Wohnungen.**

1904

1905 Zum 1. Juli 2023 wurden die Rentenwerte zwischen Ost und West, über 30 Jahre nach der Einheit,  
1906 endlich angeglichen. Dennoch besteht das Rentenunrecht weiter fort: Für tausende ostdeutsche  
1907 Rentner:innen ist es immer noch bittere Realität, dass ihre Ansprüche aus DDR-Zusatzrenten- und  
1908 Sonderversorgungssystemen nicht anerkannt werden. Der von der Bundesregierung etablierte  
1909 **Härtefallfonds** ist ein erster Schritt der Wiedergutmachung, aber ein unzureichender. Viel zu  
1910 wenige Anspruchsberechtigte werden anerkannt und entschädigt. Es ist ein Skandal, dass die  
1911 sächsische Staatsregierung nicht einmal diesem Härtefallfonds beigetreten ist. **Wir setzen uns**  
1912 **dafür ein, dass Sachsen dem Fonds beiträgt und die Entschädigungssumme mindestens**  
1913 **verdoppelt wird.** Darüber hinaus kämpfen wir weiter für die **Entschädigung aller Betroffenen**  
1914 durch einen Gerechtigkeitsfonds. Solange der Osten Niedriglohnland ist und die Lohnunterschiede  
1915 zwischen Ost und West noch groß sind, muss die **Hochrechnung der Ostgehälter in der Rente**  
1916 erhalten bleiben. Die bisherige Umrechnung der ostdeutschen Löhne bei der Rentenberechnung  
1917 muss also so lange in Kraft bleiben und angewendet werden, bis die Löhne in den ostdeutschen  
1918 Bundesländern das entsprechende Niveau der westdeutschen Bundesländer erreicht haben.  
1919 Generell setzen wir uns für die **Hochrechnung von Gehältern im Niedriglohnbereich** in der Rente  
1920 ein, unabhängig davon, ob die Beschäftigten aus dem Osten oder dem Westen kommen.

1921

1922 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine **sofortige Erhöhung des Rentenniveaus auf 53%** des  
1923 Durchschnittseinkommens ein. **Das Renteneintrittsalter wollen wir absenken: auf 65 Jahre bzw.**  
1924 **60 Jahre nach 40 Beitragsjahren.** Erhöhungen des Renteneintrittsalters sind nichts anderes als  
1925 verdeckte Rentenkürzungen – wir lehnen sie ab! Wir wollen eine **Solidarische Mindestrente in**  
1926 **Höhe von 1200 Euro monatlich.** Um dies zu finanzieren, wollen wir die Rentenversicherung  
1927 reformieren: Wir brauchen eine **Solidarische Rentenversicherung**, die auch Beamt:innen,  
1928 Politiker:innen und Selbstständige einbezieht. Die Beitragsbemessungsgrenze soll auf 10.000 Euro  
1929 monatlich erhöht werden. Sehr hohe Rentenansprüche über dem Doppelten des  
1930 Durchschnittsniveaus sollen abgeflacht werden. Die Doppelbesteuerung der Renten soll  
1931 abgeschafft werden.

1932

### 1933 **Kinder und Jugend**

1934

1935 Kinder und Jugendliche benötigen Unterstützung und die Anerkennung unserer Gesellschaft. Unser  
1936 Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Kinder und Jugendlichen ihre Potenziale voll ausschöpfen und  
1937 ihr Leben selbstbestimmt und selbstwirksam gestalten können. Wir kämpfen für **Kinder- und**  
1938 **Jugendgerechtigkeit** und eine Politik, die aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen  
1939 denkt. Politik für junge Menschen ist keine Nebensache, sondern eine Grundvoraussetzung, um

1940 denen, die in Zukunft unsere Gesellschaft gestalten werden, die bestmöglichen Startbedingungen  
1941 zu bieten. Deshalb kämpfen wir entschieden dagegen, die Mittel für Jugendangebote zu kürzen  
1942 und Jugendliche aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Jugendverbände, Jugendclubs,  
1943 soziokulturelle Zentren und Vereinshäuser sind wichtige Orte, die wir so ausstatten wollen, dass sie  
1944 ihre Aufgaben gut erfüllen können. Wir kämpfen für ein **modernes sächsisches**

1945 **Landesjugendhilfegesetz**. Es muss den Anforderungen an eine inklusive Jugendhilfe und den  
1946 unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden.

1947  
1948 **Wir wollen die Jugendhilfe und Jugendarbeit stärken!** Die vielfältigen Angebote der Kinder- und  
1949 Jugendhilfe sowie der Jugendarbeit sind für junge Menschen unverzichtbar auf dem Weg des  
1950 Erwachsenwerdens. Sie sind gesetzliche Pflichtaufgaben, gelten aber vielen Amtsträgern als  
1951 vermeintlich „freiwillige“ Leistungen. So werden sie wegen der vielerorts desaströsen kommunalen  
1952 Haushaltslage ausgedünnt und abgebaut. Das müssen wir im Interesse der kommenden Generation  
1953 verhindern. Wir setzen uns für eine **deutlich höhere Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe** ein.  
1954 Angebote der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere die Jugendarbeit nach §11-14 des Achten  
1955 Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) sind kommunale Pflichtaufgaben und müssen als solche  
1956 anerkannt und flächendeckend abgesichert werden.

1957  
1958 Bei **der kommunalen Jugendhilfeplanung** muss umgedacht werden. Sie ist fachlich zu begleiten  
1959 und zu prüfen. Vor allem aber müssen die tatsächlichen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen,  
1960 die folgerichtig unter deren Beteiligung ermittelt werden müssen, am Anfang aller Planungen  
1961 stehen, statt die Leistungen nach der aktuellen Kassenlage zu bemessen. Die verfehlte Sparpolitik  
1962 der sächsischen Landesregierung darf Kommunen nicht dazu zwingen, Angebote der Kinder- und  
1963 Jugendhilfe zu streichen. Jeder junge Mensch hat das gleiche Recht auf einen **Zugang zu**  
1964 **Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe** in seiner Nähe und nach seinen Bedürfnissen.

1965 Wir wollen die **Jugendpauschale erhöhen und jährlich an die Entwicklung von Personal- und**  
1966 **Sachkosten anpassen**. Wir setzen uns entschieden **gegen jegliche Kürzungsvorhaben** bei den  
1967 Geldern für die Jugendarbeit ein. Auch soll die Jugendpauschale an konkrete fachlich-inhaltliche  
1968 Kriterien wie einen Mindestpersonalschlüssel, Mindestangebote sowie daran gebunden werden,  
1969 dass ein angemessener Anteil der Mittel für Jugendarbeit verwendet wird. Darüber hinaus müssen  
1970 die Mittel für Jugendarbeit nach § 11 und 12 SGB VIII deutlich erhöht werden. Es soll sichergestellt  
1971 werden, dass ein angemessener Anteil der Mittel aus der Jugendpauschale für Jugendarbeit nach §  
1972 11 SGB VIII verwendet wird. Wir wollen die Förderrichtlinie Jugendpauschale in Zusammenarbeit mit  
1973 den Trägern weiterentwickeln.

1974  
1975 **Die Arbeitsbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe müssen dringend verbessert werden,**  
1976 **um dieses Arbeitsgebiet für Fachkräfte attraktiv zu machen.** Ein sicherer, unbefristeter, tariflich  
1977 gebundener Arbeitsplatz muss der Normalfall sein. In stationären Einrichtungen muss mehr  
1978 Personal zur Verfügung stehen, damit die Zahl der Fälle pro Sozialarbeiter:in verringert werden  
1979 kann. Um den Fachkräftebedarf in der Sozialen Arbeit und in der Kinder- und Jugendhilfe zu  
1980 decken, müssen die Ausbildungskapazitäten an sächsischen Hochschulen sowie in der  
1981 Erzieher:innenausbildung erweitert werden. Außerdem wollen wir die **Ausbildung kostenfrei**  
1982 machen und bezuschussen. Um den Einstieg in den Beruf zu erleichtern, setzen wir uns für eine  
1983 bessere Begleitung und Betreuung der Absolvent:innen ein.

1984  
1985 **Familien- und Erziehungsberatung** finden in den letzten Jahren eine verstärkte Nachfrage. Wir  
1986 werden die ombudschaftliche Beratung junger Menschen in Sachsen stärken. Sie unterstützt junge  
1987 Menschen und Familien in Konflikten mit der Kinder- und Jugendhilfe und mit dem Jugendamt. **Die**  
1988 **Finanzierung der entsprechenden Beratungsstellen soll verbessert werden.** Auch Online-  
1989 Angebote sollen zur Verfügung gestellt werden.

1990

1991 Wir wenden uns nachdrücklich **gegen eine Verdrängung von Jugendlichen aus dem öffentlichen**  
1992 **Raum**. Stattdessen wollen wir **mehr freie, öffentliche und möglichst selbstbestimmte Räume**  
1993 **schaffen**, in denen Jugendliche ihren Interessen nachgehen und sich mit Gleichaltrigen treffen  
1994 können. **Keine Jugendkultur ist illegal!** Ob Sport, Kunst, Fußball im Verein, Skateboarden oder  
1995 Graffiti – wir lehnen es ab, bestimmte Formen der Freizeitgestaltung oder bestimmte  
1996 Jugendkulturen in Spießermanier als „störend“, „unordentlich“ oder als „Vandalismus“ zu  
1997 denunzieren.

1998

1999 Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sind bei allen politischen Entscheidungen stärker zu  
2000 berücksichtigen. Dies betrifft insbesondere auch planerische und bauliche Entscheidungen. Wir  
2001 setzen uns für **mehr öffentliche Spielplätze, Sport- und Calisthenics-Plätze, legale Graffiti-**  
2002 **Wände und Skate-Anlagen** ein. Eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist es für uns, allen Kindern  
2003 und Jugendlichen in Sachsen **kostenlos Mittagessen in Kita und Schule, den Öffentlichen**  
2004 **Nahverkehr sowie kulturelle Angebote wie Musikschulen, Bibliotheken oder Sportstätten** zur  
2005 Verfügung zu stellen.

2006

2007 Wir kämpfen gegen Kinderarmut und deswegen für **eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen**  
2008 **verdient** und alle Kinder aus der Armut holt. Die jetzt durch die Bundesregierung beschlossene  
2009 Kindergrundsicherung ist ein Etikettenschwindel, weil von ihrer ursprünglichen Zielsetzung nichts  
2010 mehr übrig ist. Außerdem wollen wir **das Angebot und den Kreis der Anspruchsberechtigten beim**  
2011 **Familienpass weiter ausbauen**. Beratungsangebote für Familien sollen erweitert werden.  
2012 Schließlich fordern wir eine landesweite Berichterstattung zum Thema Kinder- und Jugendarmut.

2013

2014 Sachsen braucht ein reformiertes, für die Zukunft taugliches **Landesjugendhilfegesetz**. Es muss  
2015 die 2021 auf Bundesebene erfolgte Änderung des SGB VIII und das Kinder- und  
2016 Jugendstärkungsgesetz berücksichtigen. Wir setzen uns für einen **breiten Beteiligungsprozess** bei  
2017 der Gesetzesnovelle ein, wie er vorbildhaft in Brandenburg durchgeführt wurde. Dabei müssen  
2018 öffentliche und freie Träger, die Wissenschaft, die Verbände, aber besonders auch die Kinder und  
2019 Jugendlichen selbst eingebunden werden. Wir wollen von den jungen Menschen wissen, wie sie  
2020 sich ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen vorstellen und was sie von einem Gesetz  
2021 erwarten, das sich mit ihnen und ihrem unmittelbaren Lebensumfeld beschäftigt.

2022

## 2023 Wohnen

2024

2025 Sachsen braucht eine **Offensive für den Sozialen Wohnungsbau**. Denn gerade in den Großstädten  
2026 ist es in den vergangenen Jahren immer schwieriger geworden, eine bezahlbare Wohnung zu  
2027 finden. Wir fordern mehr Landesmittel und eine **Reform der Förderbedingungen**: Die Förderung  
2028 muss an die gestiegenen Baukosten und die Zuschüsse an die reale Angebotsmietföhe angepasst  
2029 werden. Mietpreis- und Belegungsbindungslaufzeiten müssen verlängert werden. Wir setzen uns  
2030 für Modellprojekte mit dauerhaften Bindungen ein: **Eine Sozialwohnung muss möglichst lange, am**  
2031 **besten für immer eine Sozialwohnung bleiben**. Beim Bau von Sozialwohnungen sollen besonders  
2032 öffentliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen gefördert werden. Zugleich muss  
2033 der Blick erweitert und auch der Speckgürtel von Großstädten mit einbezogen werden. Auf  
2034 Bundesebene setzen wir uns dafür ein, **eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit** einzuführen.  
2035 Bislang gilt der Sozialwohnungsbau nur als eine „soziale Zwischennutzung“, in der Regel mit einer  
2036 auf 20 Jahre begrenzten Förderung von sozialen Mieten. Durch die neue  
2037 Wohnungsgemeinnützigkeit kann ein **auf Dauer angelegter Sozialwohnungssektor** entstehen.  
2038 Aber nur durch die Vergesellschaftung von profitorientierten Wohnungsunternehmen kann  
2039 bezahlbares Wohnen nachhaltig für alle erreicht werden. Wir setzen uns daher für ein

2040 **Vergesellschaftungsgesetz** nach dem Vorbild der Berliner Kampagne "Deutsche Wohnen und Co.  
2041 enteignen!" ein. Ziel ist dabei die Etablierung einer Anstalt des öffentlichen Rechts, welche, die  
2042 Wohnraumorganisation übernimmt.

2043  
2044 Der Osten der Republik, damit auch Sachsen, steht vor der Herausforderung einer „zweiten  
2045 Sanierungswelle“: Viele Bestände, die in den 90er Jahren saniert wurden, müssen nach 30 Jahren  
2046 bald noch einmal renoviert werden. Das stellt besonders kommunale und genossenschaftliche  
2047 Wohnungsunternehmen vor große Probleme. Es bietet sich aber auch eine Chance dafür, die  
2048 Klimaneutralität zu erreichen. Wir setzen uns hierbei für ein **Programm „Serielles Sanieren Ost“**  
2049 ein.

2050  
2051 Wir wollen Menschen vor explodierenden Mieten schützen – alle Möglichkeiten dazu müssen  
2052 genutzt werden. Wir wollen eine **wirksame Mietpreisbremse** einführen, den Kündigungsschutz bei  
2053 Eigenbedarfskündigungen verlängern und es verbieten, dass Miet- in Eigentumswohnungen  
2054 umgewandelt werden. Bis dahin braucht es einen Mietenstopp, welcher Härtefälle bei  
2055 Kleinvermieter und gemeinnütziger Wohnungswirtschaft berücksichtigt. Außerdem fordern wir ein  
2056 **striktes Zweckentfremungsverbot von Mietwohnungen**: Es muss Schluss damit sein, dass sie  
2057 als Ferienwohnungen oder anderweitig gewerblich missbraucht werden oder aus Gründen der  
2058 Spekulation leer stehen.

2059  
2060 Außerhalb der Großstädte Dresden und Leipzig ist nicht der Mangel an Wohnungen das größte  
2061 Problem, hier geht es vor allem darum, Leerstand und Verfall zu verhindern. Nötig ist es,  
2062 **Wohnungen altersgerecht** umzubauen, um den immer mehr älteren Menschen gerecht zu werden,  
2063 aber auch **familienfreundliche Wohnungen** zu schaffen, um Zuzug zu ermöglichen. Gezielte  
2064 **Quartiersentwicklung** kann Wohnungsabriss und Verödung verhindern. Dafür wollen wir  
2065 **passgenaue Förderinstrumente ohne hohe Eigenkapitalquoten und bürokratische**  
2066 **Antragsverfahren** schaffen, zum Beispiel in Form von **Regionalbudgets**. Das Landesberatungsnetz  
2067 für selbstorganisierte Wohnformen soll gestärkt werden. Dabei ist der Blick gerade auf den  
2068 ländlichen Raum zu richten. Wir wollen **Fördermöglichkeiten für Baugemeinschaften** schaffen, die  
2069 mit dauerhaftem gemeinschaftlichem Eigentum das Ziel verfolgen, generationenübergreifend  
2070 zusammenzuleben.

2071  
2072 **Zwangsräumungen, besonders in die Wohnungslosigkeit, müssen verboten werden.** Wir wollen  
2073 ein **Landesprogramm zur Prävention und Hilfe gegen Wohnungslosigkeit** schaffen. **Housing-**  
2074 **first-Projekte**, die Obdachlose in einem ersten Schritt mit einer Wohnung versorgen, sollen  
2075 landesweit etabliert werden. **Bei der Vergabe von sozialem Wohnraum soll es gerecht zugehen:**  
2076 Soziale, familiäre und gesundheitliche Kriterien müssen beachtet, langjährig wohnungslose  
2077 Menschen besonders berücksichtigt werden. Auch bei negativem Schufa-Eintrag, Mietschulden  
2078 oder Bezug von Bürgergeld sind Wohnberechtigungsscheine mit Belegungs- und  
2079 Besetzungsrechten zu gewähren. Einer **Senkung der Grunderwerbssteuer für junge Familien**  
2080 stehen wir offen gegenüber. Wir wollen außerdem, dass der Freistaat die erste Kautions nach dem  
2081 Auszug aus dem Elternhaus übernimmt und jedem Menschen zu Beginn der ersten Ausbildung,  
2082 Studiums oder eines Freiwilligendienstes 500 € Starthilfe z. B. zur Einrichtung der ersten eigenen  
2083 Wohnung oder Lehrmaterialien zahlt.

2084  
2085 Wir wollen eine **Landeswohnungsbaugesellschaft** schaffen. Diese hat die Aufgabe, landeseigene  
2086 Grundstücke zu entwickeln, selbst Grundstücke aufzukaufen und die Kommunen bei Planung, Bau  
2087 und Sanierung von Wohnungen zu unterstützen. Außerdem soll sie kommunale  
2088 Wohnungsunternehmen, die in Not geraten, erwerben oder sich an ihnen beteiligen, um ihren  
2089 Betrieb zu sichern.

2090

2091 Wir wollen einen **Fonds zur Tilgung von Altschulden der sächsischen Wohnungsunternehmen**  
2092 auflegen. Die kommunalen Wohnungsunternehmen in Sachsen haben noch rund 445 Millionen Euro  
2093 „schuldlose Schulden“ aus DDR-Zeiten, die sie aus Mieteinnahmen tilgen müssen. Diese hemmen  
2094 Investitionen und können im schlimmsten Fall zur Privatisierung von Wohnungsbeständen führen.

2095

2096 Ein **Landesprogramm für energetische Sanierung** soll zur Modernisierung von Wohnhäusern  
2097 beitragen und Mieten stabil halten. Wir wollen die im Heizungsgesetz der Bundesregierung  
2098 gemachten Vorgaben für Mieter:innen sozial abfedern. Angesichts des Klimawandels setzen wir  
2099 uns für die Dekarbonisierung der Fernwärmeproduktion, den Netzausbau in diesem Bereich und für  
2100 Schwammkonzepte bei der Bebauung ein. **Mieterstrom wollen wir fördern. Auf kommunaler**  
2101 **Ebene soll eine verbindliche Hitze- und Wärmeplanung erfolgen.** Wir wollen für Kleinstädte  
2102 Begrünungs- und Wasserrückhalteprogramme auf den Weg bringen. Schottergärten wollen wir  
2103 verbieten.

2104

2105 Immer noch gibt es in Sachsen viel Leerstand, der eigentlich Potenzial böte. Ein  
2106 **Leerstandsmanagement** soll diese Möglichkeiten erkennen und nutzen. Industriebrachen und  
2107 sonstige Brachen können umgenutzt oder abgerissen werden, womit Flächen entsiegelt würden.

2108

2109 Der Bedarf an **altersgerechten und barrierefreien Wohnungen** wird in Sachsen in den nächsten  
2110 Jahren stark wachsen. Wir wollen die **Förderung des Umbaus von Wohnungen erleichtern und die**  
2111 **Förderung deutlich erhöhen.**

2112

2113 Wir setzen uns für die **staatliche Unterstützung des Azubi-Wohnens** ein. Arbeits- und Fachkräfte  
2114 lassen sich nur gewinnen, wenn sie ausreichend mit Wohnraum versorgt werden. Wir wollen die  
2115 **Schaffung eines landesweiten Ausbildungswerkes** prüfen, das auch als Träger von Azubi-  
2116 Wohnformen fungieren soll. Mittel aus dem Bund-Länder-Programm „Junges Wohnen“ sollen  
2117 verwendet werden, um Azubi-Wohnheime zu errichten. An ihrem Betrieb sollen sich Land,  
2118 Kommunen und Unternehmen finanziell beteiligen.

2119

## 2120 **Mobilität und Verkehr**

2121

2122 Wir stehen für eine **sozial-ökologische Verkehrswende** und eine staatlich gesicherte  
2123 Mobilitätsgarantie. Die Haupttätigkeit des sächsischen Verkehrsministeriums in den letzten 10  
2124 Jahren beschränkte sich vor allem darin, Gelder des Bundes für Öffentlicher Personennahverkehr  
2125 (ÖPNV) und Radverkehr an die Kommunen weiterzugeben und sich für deren Verkehrspolitik nicht  
2126 zuständig zu fühlen. Wir wollen endlich eine aktive Verkehrspolitik des Freistaats, die auf die  
2127 Stärkung des ÖPNV und des Fuß- und Radverkehrs ausgerichtet ist. Dazu gehört neben der  
2128 Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel auch politischer Gestaltungswille.

2129

2130 Der ÖPNV muss ausgebaut und attraktiver gemacht, der Güterverkehr stärker auf die Schiene  
2131 verlagert werden. Wir wollen eine **ÖPNV-Offensive** in Sachsen starten, stillgelegte Bahnstrecken  
2132 wieder in Betrieb nehmen und Mindestbedienstandards einführen. In jeder Gemeinde mit mehr als  
2133 500 Einwohner:innen soll mindestens im Zwei-Stunden-Takt, bei mehr als 5.000 mindestens jede  
2134 Stunde und bei mehr als 10.000 mindestens alle 30 Minuten ein Bus jeden Ortsteil mit dem  
2135 nächstgelegenen Bahnhof und dem Ortskern verbinden. Auch am Wochenende, in den Schulferien  
2136 und in den Abendstunden muss es ein ausreichendes und zuverlässiges Angebot geben, damit  
2137 auch Menschen ohne eigenes Auto überall mobil sein können. Dazu müssen alle Busse und Bahnen  
2138 barrierefrei erreichbar sein. Zusätzlich wollen wir freies W-Lan in allen Zügen. Anrufbusse, die nach  
2139 Wunsch und Bedarf verkehren (On-Demand-Verkehre), können insbesondere in ländlichen

2140 Regionen ein gutes ÖPNV-Angebot unterstützen. Solche Modelle, bei denen auch autonom  
2141 fahrende Fahrzeuge zum Einsatz kommen können, werden wir gemeinsam mit den Menschen vor  
2142 Ort und in Verbindung mit Beschäftigungsgarantien zügig in den Regelverkehr überführen.

2143  
2144 Auch der Schienenfernverkehr in Sachsen muss endlich ausgebaut werden, besonders Chemnitz,  
2145 Südwestsachsen und die Lausitz brauchen bessere Verbindungen. Die Voraussetzungen dafür  
2146 müssen durch flächendeckende Elektrifizierungen der Schienenstrecken geschaffen werden. Als  
2147 Zwischenlösung dafür begrüßen wir den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Schienenfahrzeugen.  
2148 Der Freistaat muss sich gegenüber dem Bund für eine deutliche Beschleunigung des Ausbaus  
2149 einsetzen, notfalls aber auch selbst die Planungen anstoßen.

2150  
2151 Wir fordern, dass der Preis des **Deutschlandtickets** fünf Jahre lang nicht steigt und dass es  
2152 sachsenweit als **Sozialticket** zum halben Preis angeboten wird. Für Mobilität und soziale Teilhabe  
2153 fordern wir ein bundesweites Senior:innenticket von monatlich 29 Euro. Schüler:innen, Studierende,  
2154 Auszubildende und Freiwilligendienstleistende sollen kostenlos den ÖPNV nutzen dürfen,  
2155 mindestens jedoch auch ein vergünstigtes Deutschlandticket erwerben können. Wir wollen so  
2156 schnell wie möglich einen kostenlosen ÖPNV für alle.

2157  
2158 Mobilität ist entscheidend für eine inklusive Gesellschaft. Das Personenbeförderungsgesetz des  
2159 Bundes gibt vor, bis zum Jahr 2022 einen barrierefreien Zugang zum ÖPNV zu schaffen. Dieses Ziel  
2160 wurde in Sachsen deutlich verfehlt. Damit der ÖPNV wirklich von allen Menschen genutzt werden  
2161 kann, muss dieser vollständig barrierefrei werden, was auch die Wege von und zu den Haltestellen  
2162 einschließt. Barrierefreie Mobilität ist wesentliche Voraussetzung für eine uneingeschränkte  
2163 Teilhabe am öffentlichen Leben, da sie den Zugang zu allen notwendigen Lebensbereichen wie  
2164 Arbeit, Wohnen, Freizeit, Sport, Medien und sozialen Kontakten ermöglicht. Barrierefreie Mobilität  
2165 bedeutet Lebensqualität und Selbstbestimmtheit. Besonders im Bereich des ÖPNV gibt es  
2166 zahlreiche Mobilitätsbarrieren, von denen besonders Menschen mit Behinderungen betroffen sind  
2167 und ihnen die selbständige Teilnahme und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erschweren  
2168 bzw. sogar verhindern. Im Sinne einer barrierefreien Mobilität sind daher Wegeführungen  
2169 notwendig, die allen Menschen das Erreichen ihres Ziels ermöglichen, z.B. durch durchgängige  
2170 Blindenleitstreifen, ausreichend verfügbare und nutzbare Bordsteinabsenkungen, barrierefreie  
2171 Fahrkartenautomaten oder auch rollstuhlgerechte PKW-Parkplätze.

2172  
2173 Ein gutes ÖPNV-Angebot sicherzustellen, soll Pflichtaufgabe der Kommunen werden. Dazu sind sie  
2174 mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten. Wir werden ihnen aber auch die Möglichkeit  
2175 einräumen, alternative Finanzierungsmodelle für den ÖPNV einzuführen, wie etwa die  
2176 **Nutznießerfinanzierung**. Demnach würden auch Firmen oder Personen, die vom ÖPNV-Angebot  
2177 profitieren, ohne dass sie es selbst nutzen, einen Beitrag zum ÖPNV leisten.

2178 Wir werden die **Vereinigung der sächsischen Verkehrsverbände** vorantreiben. Dazu werden wir  
2179 als ersten Schritt die **Sächsische Mobilitätsgesellschaft** endlich **gründen** und mit entsprechenden  
2180 Kompetenzen ausstatten, um eine breite Beschaffung von Fahrzeugen zu gewährleisten sowie eine  
2181 Tarif- sowie Fahrplan-Harmonisierung über die bisherigen Verkehrsverbände hinweg zu erreichen.  
2182 Perspektivisch wollen wir einen gemeinsamen mitteldeutschen Verkehrsverbund mit Sachsen-  
2183 Anhalt und Thüringen gründen. Außerdem setzen wir uns für die Abschaffung der 1. Klasse in allen  
2184 Zügen des sächsischen Nahverkehrs ein. Stattdessen können kostenfrei nutzbare Ruhe- oder  
2185 Arbeitsabteile eingerichtet werden.

2186  
2187 Wir werden die **„Region der kurzen Wege“** zum Leitbild für Planung und Entwicklung machen und  
2188 die Chancen der Digitalisierung zur Wegevermeidung nutzen. Wir wollen es möglich machen, dass  
2189 unvermeidbare Wege sachsenweit möglichst per Fahrrad, zu Fuß oder mit öffentlichen

2190 Verkehrsmitteln zurückgelegt werden können. Ob in der Stadt oder auf dem Dorf: Jeder Mensch in  
2191 Sachsen soll die Möglichkeit haben, auf die Nutzung des PKWs zu verzichten. Daher wollen wir den  
2192 Radverkehr in den Städten deutlich stärken und ein flächendeckendes Radwegenetz auch im  
2193 ländlichen Raum errichten. Wir werden überregionale Radschnellwege sowie Radstationen und  
2194 überdachte Radabstellanlagen an allen Bahnhöfen und Haltepunkten schaffen und damit  
2195 ermöglichen, dass unvermeidbare Wege sachsenweit möglichst nachhaltig per Fahrrad, zu Fuß  
2196 oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden können. Zudem wollen wir Maßnahmen  
2197 zur Radverkehrssicherheit treffen, die unter anderem die Bereiche Diebstahlschutz, höhere  
2198 Radwegequalität und Verkehrssicherheit umfassen. Dafür möchten wir nach Grazer Vorbild auch  
2199 einen Fahrradzuschuss einführen, mit dem Familien für jedes Kind 250 Euro vom Freistaat  
2200 bekommen, um den Kindern ein eigenes Fahrrad zu finanzieren. Desweiteren müssen Bikesharing  
2201 Angebote staatlich unterstützt und nicht nur der gewerbliche, sondern auch der private Erwerb von  
2202 Lastenrädern finanziell gefördert werden. Das Landesamt für Straßenbau und Verkehr werden wir  
2203 in ein neu strukturiertes **Landesamt für nachhaltige Mobilität** überführen, um den Schwerpunkt  
2204 der Verkehrspolitik auf ökologisch nachhaltige Verkehrsträger zu lenken. Das Amt wird die  
2205 Straßeninfrastruktur erhalten, den ÖPNV zentral organisieren sowie den Ausbau von  
2206 Radverkehrsanlagen, sicheren Gehwegen und Fußgängerzonen ermöglichen. Für diese müssen  
2207 Planung und Bau deutlich beschleunigt werden, die dafür nötigen Stellen wollen wir schaffen. In der  
2208 Verkehrsplanung muss der Fokus auf die Nahmobilität verschoben werden, um dem Rad- und  
2209 Fußverkehr mehr Raum auf Sachsens Straßen zu geben, u.a. durch mehr Zebrastreifen oder auch  
2210 mehr autofreie Stadtteile. Dabei unterstützen wir auch die interkommunale Zusammenarbeit sowie  
2211 Pilotprojekte zur Stärkung von Rad- und Fußverkehr. Unser klares Ziel ist die „Vision Zero“, also 0  
2212 Verkehrstote im Fuß-, Rad- und Straßenverkehr!

2213  
2214 Für die Menschen, die nach wie vor auf das Auto angewiesen sind, wollen wir **flächendeckende**  
2215 **Möglichkeiten zum Leihen oder Teilen von PKWs** schaffen und den Umstieg auf  
2216 batteriebetriebene Fahrzeuge ermöglichen. Dazu gehört der Ausbau einer öffentlichen  
2217 Ladeinfrastruktur. Mit der Umstellung der Fahrzeugflotte auf elektrische Kleinfahrzeuge und der  
2218 Nutzung von Car-Sharing-Modellen soll die öffentliche Verwaltung zum Vorbild werden.  
2219 Den weiteren **Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle** lehnen wir ab. Schon jetzt belastet der  
2220 Flughafen die Anwohner:innen, das Klima und die Umwelt. Wir setzen uns für eine deutliche  
2221 Nutzungsentgelderhöhung für die Frachtkonzerne ein, damit einerseits die Beschäftigten der  
2222 Flughafen AG besser entlohnt werden können und am Flughafen entstehende Kosten nicht am  
2223 Ende zulasten der Staatskasse gehen. Wir unterstützen die Anwohner:innen in ihrer Forderung  
2224 nach weitergehenden Lärmschutzmaßnahmen und setzen uns für eine konsequente Umsetzung  
2225 des geltenden Nachtflugverbots ein, welches Starts und Landungen in der Nacht nur für zwingend  
2226 notwendige Expressgüter erlaubt.. Die Nutzung sächsischer Flughäfen für Militärtransporte oder als  
2227 Abschiebeflughäfen lehnen wir ab.

2228

## 2229 Tierschutz

2230

2231 Dass der **Tierschutz eine wichtige Aufgabe der Daseinsfürsorge** ist, wird meist erst bemerkt,  
2232 wenn er nicht mehr funktioniert, so etwa, wenn streunende, oft auch leidende Tiere massenhaft im  
2233 öffentlichen Raum auftreten. Noch ist es in Sachsen nicht ganz so weit, aber den zumeist  
2234 ehrenamtlich im Tierschutz Aktiven fällt es zunehmend schwer, ihre Aufgaben mit den  
2235 vorhandenen Mitteln zu erfüllen. Obwohl der Tierschutz in der sächsischen Landesverfassung als  
2236 Staatsziel benannt wird, zieht sich der Freistaat bei der Erfüllung dieser Aufgabe aus der Affäre.  
2237 Die überwiegend ehrenamtlich tätigen Tierschutzvereine und Tierheime springen für den Staat ein.  
2238 Ihre Arbeit wird durch die Landesregierung und die Kommunen auch noch seit Jahrzehnten nicht  
2239 ausreichend finanziell unterstützt.

2240  
2241 Nach Auffassung von Expert:innen wären Ausgaben von einem Euro pro Einwohner für den  
2242 Tierschutz angemessen. Das wären in Sachsen etwa vier Millionen Euro jährlich. Im aktuellen  
2243 Doppelhaushalt 2023/2024 ist aber nur etwas mehr als eine Million Euro jährlich eingeplant.  
2244 Angesichts der Folgen der Corona-Pandemie und der derzeitigen Inflation ist das völlig  
2245 unzureichend. Wir wollen **die Mittel für den Tierschutz deutlich erhöhen** und verlangen eine  
2246 **Fördergarantie für Tierheime** und andere Tierschutzeinrichtungen. Ein flächendeckendes und  
2247 ausreichendes Angebot muss gesichert werden, indem Investitionen, der Unterhalt, der laufende  
2248 Betrieb und die Personalkosten finanziert werden.  
2249  
2250 Die Kommunen müssen ihrer Verpflichtung nachkommen, sich um Fund- und Verwahrtiere zu  
2251 kümmern. Schließen sie Verträge mit Tierheimen bzw. Tierschutzvereinen ab, die diese Aufgabe  
2252 stellvertretend erfüllen, dann muss garantiert sein, dass die Versorgung kostendeckend und  
2253 fachgerecht erfolgt. **Die Aufwendungen dafür sind den Kommunen vollständig vom Freistaat zu**  
2254 **erstatten**. Weiterhin soll eine **zentrale Aufnahme­stelle für Reptilien, exotische und gefährliche**  
2255 **Tiere** geschaffen werden, da deren Zahl steigt und sie den Tierheimen besonders hohe Kosten  
2256 verursachen. Auch das Netz an Anlaufstellen für Wildtiere soll ausgebaut und besser gefördert  
2257 werden.  
2258  
2259 Wir begrüßen, dass – wie von uns seit Langem gefordert – in Sachsen das Amt eines/einer  
2260 Landestierschutzbeauftragten eingeführt wird. Wir setzen uns weiterhin für die staatliche  
2261 Anerkennung von Tierschutzorganisationen und die Gewährung eines **Verbandsklagerechts** für  
2262 solche anerkannten Organisationen ein.  
2263  
2264 **Die Rassehundeliste wollen wir abschaffen. Stattdessen soll ein Sachkundenachweis für**  
2265 **Hundehalter:innen verpflichtend werden**, wenn ihr Hund, gleich welcher Rasse, auffällig  
2266 geworden ist, etwa durch Bisse. Probleme gibt es in Sachsen örtlich mit Kolonien streunender  
2267 Katzen. Das Engagement von Ehrenamtlichen, so etwa in Kastrationsprogrammen, nützt nichts,  
2268 wenn beständig aus Privathaushalten Nachschub an fortpflanzungsfähigen, freilaufenden Tieren  
2269 kommt. Daher wollen wir betroffenen Kommunen im Rahmen eines **Katzenschutzgesetzes** die  
2270 Möglichkeit geben, tierschutzrechtlich eine Registrier- und Kastrationspflicht für freilaufende  
2271 Hauskatzen anzuordnen. Ein solches Gesetz hat die Linksfraktion im Sächsischen Landtag bereits  
2272 2023 eingebracht. Die Kosten hierfür sollen den Bürger:innen durch die Kommunen, diesen  
2273 wiederum durch den Freistaat erstattet werden.  
2274  
2275 Im Bereich der tierärztlichen Notversorgung gibt es in Sachsen zunehmend Engpässe. Auch die  
2276 Zahl der Tierkliniken geht zurück, insbesondere solcher, die einen 24-Stunden-Notdienst anbieten.  
2277 Wir setzen uns für eine **Erhöhung der Anzahl veterinärmedizinischer Studienplätze**, einen  
2278 erleichterten Zugang zu diesen Fächern und ein Stipendium für Landtierärzt:innen ein. Außerdem  
2279 wollen wir die Haushaltsmittel für die Kleintierklinik der Universität Leipzig erhöhen. Er ist der  
2280 einzige Maximalversorger in der Region. Nach dem Vorbild Thüringens beabsichtigen wir, eine  
2281 **zentrale tierärztliche Notrufnummer** einzurichten, die eine bessere Koordination der Notdienste  
2282 leisten soll.  
2283  
2284 **Tierversuche müssen deutlich reduziert werden**. Verboten werden sollten Versuche, die mit  
2285 schweren und langanhaltenden Schmerzen und Leiden für Tiere verbunden oder die medizinisch  
2286 nicht notwendig bzw. bereits vollumfänglich ersetzbar sind. Die Forschung und Entwicklung an  
2287 Alternativmethoden muss vom Freistaat stärker gefördert werden.  
2288 Wir setzen uns für ein **Verbot von Wildtieren in Zirkussen** und ein **Verbot der Pelzherstellung** ein.  
2289

## 2290 Drogen und Suchthilfe

2291

2292 Im staatlichen Umgang mit Drogen gilt für uns der Grundsatz: **Gesundheitsschutz statt**  
2293 **Kriminalisierung. Menschen mit Suchterkrankungen dürfen nicht stigmatisiert werden!** Wir  
2294 setzen uns dafür ein, die Suchthilfe auszubauen und Präventionsarbeit tabufrei zu betreiben. Der  
2295 Besitz illegalisierter Substanzen sollte nicht länger kriminalisiert werden. **Drug-Checking** hat sich  
2296 bereits international und in anderen Bundesländern als erfolgreiches Instrument einer  
2297 schadensminimierenden Präventionsarbeit erwiesen. **Substitutionstherapie** muss allen  
2298 Opioidkonsumierenden offenstehen. Der Zugang und die Behandlung müssen vereinfacht werden,  
2299 vor allem auch in Haftanstalten. Dazu brauchen wir mehr Substitutionsärzt:innen. Die seit vielen  
2300 Jahren bundesrechtlich legalisierten **Konsumräume** haben in unzähligen Notfällen Leben gerettet.  
2301 Wir wollen eine Landesverordnung erlassen, die für den Betrieb dieser Einrichtungen nötig ist, und  
2302 den Kommunen die Entscheidungshoheit darüber geben, ob sie diese Räume einrichten wollen.

2303

2304 **Süchte sind keine Straftaten.** Überzogene Strafverfolgung stärkt die organisierte Kriminalität,  
2305 behindert eine glaubwürdige Präventionsarbeit, erhöht die Hürden für die Drogen- und Suchthilfe  
2306 und verhindert jeden Jugend- und Verbraucher:innenschutz. **Repression werden wir daher**  
2307 **zurückfahren** und unnötige Härte bei Bagatelldelikten beenden. Stattdessen wollen wir die  
2308 bestehenden Regelungen zum Umgang mit dem Besitz geringer Mengen illegalisierter Substanzen  
2309 erweitern. Statt Konsumierende zu kriminalisieren, sollten nach dem Vorbild zahlreicher anderer  
2310 Bundesländer zukünftig Strafverfahren aufgrund des Besitzes geringer Mengen von illegalisierten  
2311 Substanzen eingestellt werden können. Außerdem wirken wir auf eine bundesweite  
2312 Vereinheitlichung hin. Wir werden **kommunale Beratungsstellen einrichten**, deren Auftrag in einer  
2313 ganzheitlichen Fürsorge besteht, die harte und aufwändige Strafprozesse überflüssig macht. Für  
2314 uns gilt dabei zwingend der **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit** bei allen Verwaltungsakten,  
2315 repressiven Maßnahmen und politischen Entscheidungen. Da Konsum allein keine Straftat ist und  
2316 wir Repressionsmaßnahmen in diesem Kontext für ungeeignet halten, streben wir **perspektivisch**  
2317 **die Entkriminalisierung jeglicher Drogen** an.

2318

2319 Die tödlichsten Drogen in Deutschland sind weiterhin die legalen und gesellschaftlich akzeptierten  
2320 Drogen wie Alkohol und Tabakprodukte. In Sachsen gibt es zudem einen vergleichsweise starken  
2321 Konsum von Crystal Meth. **Auch im Bereich von Alkohol und Tabakprodukten wollen wir die**  
2322 **Prävention und Suchthilfe stärken und Kampagnen für einen verantwortungsbewussten**  
2323 **Umgang auf den Weg bringen.**

2324

## 2325 Bevölkerungsschutz

2326

2327 Mehr als 50.000 Menschen engagieren sich in Sachsen ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz, also  
2328 im Bereich des Brandschutzes, der zivilen Gefahrenabwehr, dem Sanitätsdienst oder im  
2329 Rettungsdienst und im Katastrophenschutz. Trotzdem ist es gerade im ländlichen Raum nicht  
2330 immer einfach, die Institutionen des Bevölkerungsschutzes funktionsfähig zu erhalten. Wir wollen,  
2331 dass Bevölkerungsschutz in seiner gesamten Bandbreite gedacht wird und nicht  
2332 Zuständigkeitsgrenzen und finanzielle Rahmenbedingungen die Sicherheit der Bevölkerung  
2333 einschränken. Wir wollen, neben den Freiwilligen Feuerwehren als Hauptsäule der Gefahrenabwehr,  
2334 in ländlichen Räumen eine neue Säule der Hilfe in Not einführen, um die Tagesbereitschaft  
2335 abzusichern. Wir wollen hauptamtlich besetzte **Standortfeuerwehren**, die, gemeinsam mit dem  
2336 bodengebundenen Rettungsdienst, in Regionen, in denen die Hilfe sonst nicht mehr rechtzeitig  
2337 eintrifft, die erste Welle der Rettung einleitet. Dabei setzen wir auf Verbundsysteme und wollen  
2338 dafür auch neue Strukturen und Rechtsgrundlagen entwickeln. Hilfe im ländlichen Raum muss sich  
2339 an den Menschen orientieren. Sie darf nicht davon abhängig sein, wie reich eine Kommune ist, wo

2340 sie sich befindet oder wie viel Zeit ehrenamtliche Helfer:innen zur Verfügung haben. Wir setzen uns  
2341 für die Öffnung insbesondere der Freiwilligen Feuerwehren für FLINTA\* ein.

2342

2343 Brandschutz soll eine **weisungsgebundene Pflichtaufgabe** werden, damit sie nicht mehr vom  
2344 Geldbeutel der Kommune abhängig ist. Der Freistaat muss so eine **sachsenweit gleiche**  
2345 **Grundausstattung der Feuerwehren** garantieren und für die Finanzierung aufkommen. Ein Einsatz  
2346 im Bevölkerungsschutz bedeutet nicht nur, jederzeit abrufbar zu sein, sondern auch, im Notfall sein  
2347 Leben zu riskieren. Dieses besondere Engagement im Bevölkerungsschutz muss angemessen  
2348 anerkannt werden. Das Mindeste ist es, dass endlich Bildungsurlaub für nötige Weiterbildungen  
2349 gewährt und gefördert wird und die Ausbildungsbedingungen geschaffen werden, dies kann  
2350 dezentral oder in der Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Nardt erfolgen. Wir fordern  
2351 außerdem **Rentenpunkte** als Anerkennung für diesen außergewöhnlichen Dienst an der  
2352 Gesellschaft.

2353

2354 Wir wollen die **Prüfung einer gemeinschaftlichen Feuerwehrabgabe** für zusammenhängende  
2355 Gewerbe- und Wirtschaftsansiedlungen, die durch gemeindliche Freiwillige Feuerwehren geschützt  
2356 werden.

2357

2358 Wir wollen die **Strukturen der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr** weiter ausbauen und den  
2359 Bevölkerungsschutz mit all seinen Teilbereichen als eine gesellschaftliche Aufgabe der  
2360 Daseinsvorsorge denken. Dazu gehört für uns auch der **Aufbau europäischer**  
2361 **Katastrophenschutzeinheiten** in Sachsen, die beispielsweise bei Flächenbränden oder  
2362 Hochwasser zum Einsatz kommen können. Im Sinne der Inklusion sind die Schutzziele so zu  
2363 definieren, dass sie Menschen mit Behinderungen einschließen, nicht nur im Rettungsfall. Wir  
2364 setzen uns für einen **inklusiven Bevölkerungsschutz** ein, in dem auch Menschen mit  
2365 Behinderungen in den aktiven Dienst eingebunden werden können. Dazu gehören auch  
2366 **barrierefreie Warnsysteme**, die im Ernstfall auch Menschen mit Behinderungen erreichen.

2367

2368 Um die Menschen in Sachsen resilient zu machen, ist Aufklärung und Bildung, die Förderung von  
2369 Eigenvorsorge und die Unterstützung zur aktiven Teilnahme am Ehrenamt im Bevölkerungsschutz  
2370 nötig. Wir fordern den Ausbau von Bildungsangeboten ab der Kita, die Aufnahme des  
2371 Themengebietes Bevölkerungsschutz in den sächsischen Bildungsplan, die Förderung von  
2372 Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und Leistungserbringer:innen im  
2373 Bevölkerungsschutz und die entsprechende Ausstattung.

2374

### 2375 **Verbraucher:innenschutz**

2376

2377 Zur sozialen Daseinsfürsorge gehört es auch, Menschen in ihrer Rolle als Konsumierende gegen oft  
2378 übermächtige Marktakteure zu schützen. Diese Aufgabe erfüllt der Verbraucher:innenschutz. Dafür  
2379 benötigt er eine **planbare, verlässliche und auskömmliche Finanzierung** von Seiten des  
2380 Freistaats. Wir wollen, dass das nicht nur in den großen Städten, sondern auch im ländlichen  
2381 Raum, in den kleinen und mittleren Städten Sachsens erfolgt: Wir wollen den  
2382 **Verbraucher:innenschutz im ländlichen Raum stärken**, z.B. durch die Förderung von  
2383 Kooperations- und Kompetenzzentren der Verbraucherschutzzentrale oder durch die Verstetigung  
2384 mobiler Beratungsprojekte. Im Sinne einer Entlastung der sächsischen Gerichte und eines  
2385 **besseren Rechtsschutz für Verbraucher:innen** sollen Verbraucherschutzorganisationen bei der  
2386 rechtlichen Durchsetzung von Verbraucher:inneninteressen in Form von Musterfeststellungs- oder  
2387 EU-Verbandsklagen finanziell durch den Freistaat unterstützt werden.

2388

2389 Wir setzen uns für einen gesetzlichen **Rechtsanspruch auf kostenlose Schuldner:innenberatung**  
2390 ein. Die Beratungen sollen nicht zeitlich begrenzt angeboten werden, sondern sich am Bedarf der  
2391 Ratsuchenden orientieren. Damit die Kommunen dies gewährleisten können, müssen die Mittel  
2392 deutlich aufgestockt werden. Freistaat und Kommunen sollen für eine effektive Schuldenprävention  
2393 außerdem darauf hinwirken, dass die **Schuldner:innen- und die**  
2394 **Verbraucher:inneninsolvenzberatung besser miteinander verknüpft** werden. Potenzial zum  
2395 Ausbau der Angebote gibt es beim **Verbraucherschutz im digitalen Bereich**.

2396  
2397 Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, für **ausreichende Kapazitäten bei der**  
2398 **Lebensmittelkontrolle** zu sorgen. Wir wollen das Personal der Landesuntersuchungsanstalt (LUA)  
2399 aufstocken und setzen uns für interdisziplinäre Kontrolleinheiten ein. Die Ergebnisse der Hygiene-  
2400 und Lebensmittelkontrollen müssen öffentlich zugänglich und verständlich sein.

2401  
2402 Auch wenn immer mehr Menschen ihre alltäglichen Geldgeschäfte per Online-Banking abwickeln,  
2403 setzen wir uns dafür ein, dass die **Sparkassen weiterhin flächendeckend einen Zugang zu**  
2404 **Bargeld und Dienstleistungen vor Ort in ihren Filialen sicherstellen**. Das ist für uns eine Frage der  
2405 Grundversorgung und der gleichberechtigten Teilhabe.

2406  
2407 Weil die Klimakrise Extremwetterereignisse mit großen Schäden immer wahrscheinlicher macht,  
2408 wollen wir das gesetzliche Recht, aber auch die Pflicht zur **Elementarschadenversicherung**. Alle  
2409 Eigentümer müssen die Möglichkeit haben, ihr Objekt bezahlbar versichern zu lassen.

2410  
2411 Angesichts der Verunsicherungen und Fragen, die mit der Energiewende einhergehen, setzen wir  
2412 uns für den gezielten **Ausbau der unabhängigen Energieberatung** ein. Wir wollen die  
2413 **Verbraucher:innenbildung stärken**, insbesondere im Bereich der nachhaltigen Lebensweise.  
2414 Der gesundheitliche Verbraucherschutz hat angesichts der demographischen Entwicklung in  
2415 Sachsen eine große Bedeutung. Wir setzen uns daher für die **Einrichtung einer neutralen**  
2416 **Patient:innen- und Pflegeberatung** ein.

#### 2417 **Schlaglicht: Stadt & Land**

2418  
2419  
2420 Die Lebensentwürfe von Menschen sind verschieden: Viele schätzen die Ruhe und Naturnähe, die  
2421 man in der Kleinstadt und auf dem Dorf genießen kann, andere ziehen das quirlige Treiben der  
2422 Großstädte vor. Das ist auch völlig in Ordnung so. Wir finden, dass der Staat für **gleichwertige**  
2423 **Lebensverhältnisse in Stadt und Land** sorgen muss. Niemand sollte dazu gezwungen sein, seinen  
2424 Wohnort zu verlassen, weil er oder sie sich die eigene Wohnung nicht mehr leisten kann oder in der  
2425 Heimat keine berufliche Perspektive findet.

2426  
2427 Von diesem Zustand sind wir in Sachsen leider weit entfernt. Der aktuelle Sozialbericht der  
2428 Landesregierung hat es einmal mehr gezeigt: Zwischen den beiden Metropolen Leipzig und  
2429 Dresden und dem Rest Sachsens klafft eine große Lücke bei der Wirtschaftskraft, den Löhnen, der  
2430 Infrastruktur und folglich auch bei der Zufriedenheit der Menschen. Der Bericht sagt auch voraus:  
2431 Während Dresden und Leipzig in den nächsten Jahren wachsen werden, wird die Bevölkerung in  
2432 ländlichen Regionen wie der Lausitz und dem Erzgebirge durch Abwanderung und Geburtenmangel  
2433 weiter schrumpfen und altern.

2434  
2435 Wir fordern zuallererst, dass die Landkreise und Kommunen vom Freistaat für die Aufgaben, die er  
2436 ihnen zuweist, das nötige Geld auch wirklich bekommen. Über die Verwendung ihrer Mittel sollten  
2437 die **Kommunen selbstständiger** entscheiden können.

2438

2439 Die unterschiedlichen Lebenschancen in Stadt und Land führen dazu, dass die Menschen in den  
2440 verschiedenen Regionen sich voneinander entfremden. Wer die gesellschaftliche Spaltung wirklich  
2441 überwinden will, muss für gleichwertige Bedingungen sorgen. Nur wenn auch die Dörfer, Klein- und  
2442 Mittelstädte attraktiv sind, werden sich junge Familien, Zuwanderer und innovative Unternehmen  
2443 im ländlichen Raum ansiedeln. **Kreativität, Vielfalt und Offenheit** sind unverzichtbar auch für den  
2444 wirtschaftlichen Erfolg von Regionen. Wo auf dem Land Räume rechter Vorherrschaft entstehen,  
2445 sind gesellschaftlicher Rückschritt und ökonomischer Niedergang unvermeidlich.

2446  
2447 Was die ländlichen Regionen brauchen, ist **Anschluss**. Das gilt zunächst für den Öffentlichen Fern-  
2448 und Nahverkehr. Wir wollen den Menschen, die zur Arbeit pendeln oder Wege zu Schule und  
2449 Ausbildung zurücklegen müssen, das Leben erleichtern. Deswegen treten wir für  
2450 **Mindestbedienstandards** bei öffentlichen Verkehrsmitteln ein. Flexible Rufbusse und Carsharing  
2451 könnten dieses Angebot insbesondere in kleineren Gemeinden sinnvoll ergänzen. In einer  
2452 Pilotgemeinde könnten auch die Potenziale der Beförderung mit autonomen Fahrzeugen erprobt  
2453 werden. Der Preis für das schon jetzt zu teure 49-Euro-Ticket darf keinesfalls noch weiter erhöht  
2454 werden. Kinder, Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen sollen einen Rechtsanspruch  
2455 auf **kostenlose ÖPNV-Nutzung** erhalten. Der ländliche Raum darf aber noch in einer anderen  
2456 Hinsicht den Anschluss nicht verlieren: Nur mit schnellem Internet wird er auch für junge Leute und  
2457 Start-up-Unternehmen attraktiv. Der Breitbandausbau muss beschleunigt und weiße Flecken  
2458 beseitigt werden. Da der Markt dabei mancherorts versagt, muss der Staat selbst tätig werden und  
2459 eine **Sächsische Gesellschaft für die Digitalisierung** gründen, die eine flächendeckende  
2460 Versorgung sicherstellt.

2461  
2462 Für die Menschen im ländlichen Raum ist es außerdem entscheidend, dass Bildung, Gesundheit und  
2463 Einkaufsmöglichkeiten vor Ort erreichbar und bezahlbar bleiben. Es dürfen keine weiteren Schulen  
2464 geschlossen werden. Die Gründung von **Gemeinschaftsschulen** und freien Schulen darf nicht  
2465 länger behindert, sie muss unterstützt werden. Wir treten auch für den Erhalt aller sächsischen  
2466 Krankenhausstandorte ein. **Ganztags-Polikliniken** mit Notfallaufnahme und 24-Stunden-Betrieb  
2467 sind eine Möglichkeit, die medizinische Versorgung auf dem Land zu sichern. Der Mangel an Haus-  
2468 und Facharztpraxen zwingt viele Sachsen, lange Wege oder lange Wartezeiten auf sich zu nehmen.  
2469 Wir wollen eine Entbürokratisierung, Anreize für Studierende der Medizin und bessere Löhne für  
2470 alle Beschäftigten im Gesundheitswesen, damit wieder mehr Arztpraxen im ländlichen Raum  
2471 entstehen. Wo Genossenschaften und Vereine **Ortstreffpunkte** gründen, muss der Staat dies  
2472 finanziell unterstützen. Auch bestehende Läden, touristische und gastronomische Einrichtungen,  
2473 können zu Treffpunkten werden, die zugleich als Laden, Café, Postfiliale und Tourismusinformation  
2474 dienen und einen Raum bieten, wo Einheimische und Besucher:innen miteinander ins Gespräch  
2475 kommen. Dies muss staatlich gefördert werden, um wirtschaftliche und soziale Perspektiven zu  
2476 bieten.

2477  
2478 Wirklich attraktiv wird das Leben erst durch das, was über das Notwendige hinausgeht. Wir  
2479 brauchen auf dem Land Orte der Begegnung, Verständigung und Kultur. Wir wollen die **Mittel für**  
2480 **die Kulturräume erhöhen**, um Kulturhäuser, Museen, Theater und Orchester auch im ländlichen  
2481 Raum zu erhalten. Der Freistaat muss sich weiterhin darum bemühen, dass Mittel aus dem  
2482 Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in  
2483 die sächsischen Regionen fließen. Nur so können auch Jugendtreffs, soziokulturelle Zentren und  
2484 Vereinshäuser erhalten bleiben, in denen echtes Gemeinschaftsleben stattfinden kann. Der  
2485 Freistaat muss die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren und Sportvereine auch deswegen besser  
2486 unterstützen, weil sie für das Sozialleben im ländlichen Raum unverzichtbar sind. In vielen stark  
2487 überalterten Kommunen kommen die Interessen der Jugendlichen zu kurz. Damit muss Schluss  
2488 sein. Es braucht Freiräume für junge Leute, etwa selbst organisierte Jugendklubs, Skateanlagen

2489 und legale Graffitiflächen. Die professionelle **Jugendarbeit** darf nicht dem Sparzwang zum Opfer  
2490 fallen, die Mittel dafür im Landeshaushalt müssen erhöht werden.

2491

2492 Es gibt aber auch Probleme, die besonders die Großstädte betreffen. Drängend sind hier der  
2493 **Wohnungsmangel** und die immer schneller steigenden Mieten, die gerade für Studierende und  
2494 andere Menschen mit geringem Einkommen das Leben unbezahlbar machen. In ihrem Interesse  
2495 werden wir weiter dafür kämpfen, einen **wirksamen Mietendeckel** durchzusetzen, profitgierige  
2496 Immobilienkonzerne zu vergesellschaften und eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu gründen,  
2497 um endlich einen sozialen Wohnungsbau in großem Umfang zu organisieren, der günstigen  
2498 Wohnraum schafft. Dem weiteren Wachsen der Städte ins Umland, ziehen wir, wo möglich, die  
2499 Entwicklung der Stadtzentren und zentrumsnahen Gebiete vor. Damit wollen wir dafür sorgen, dass  
2500 die Kernstädte zum Arbeiten, Einkaufen und Leben attraktiv bleiben, statt weiter vorrangig  
2501 Einkaufszentren, Gewerbegebiete und neue Wohnsiedlungen auf die „grüne Wiese“ zu bauen.

2502

2503 Wir wollen dafür sorgen, dass in Sachsen die Menschen in Stadt und Land einander nicht mehr  
2504 misstrauisch oder neidvoll beäugen, sondern sich als gleichberechtigte Teile derselben  
2505 Gesellschaft verstehen.

2506

2507

### 2508 **III. Bildung**

2509

2510 Es wird keine gute Bildung für alle geben, wenn nicht im Grundgesetz Bildung als  
2511 Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern verankert wird. Die Regierenden in Sachsen loben  
2512 sich gern selbst für ihre Bildungspolitik. Doch die Menschen merken, wieviel tatsächlich schief läuft:  
2513 Eltern machen sich angesichts des Mangels an Lehrkräften, den wir den Fehlplanungen der  
2514 Regierenden verdanken, große Sorgen. Es fällt so viel Unterricht aus wie nie, Kinder sitzen in  
2515 überfüllten Klassen. Die Lehrkräfte leiden unter Überlastung, auch weil sie sich mit zu viel  
2516 Bürokratie und fachfremden Tätigkeiten herumschlagen müssen. Die Kinder selbst werden durch  
2517 veraltete und überfüllte Lehrpläne schlecht auf die Zukunft vorbereitet. Ob in den Kitas, den  
2518 Schulen oder den Hochschulen: In Sachen regieren vor allem Leistungsdruck, Auslese und  
2519 Nützlichkeitsdenken. Für uns als Linke ist Bildung etwas anderes: **Wir möchten allen jungen**  
2520 **Menschen die Chance geben, ihre Persönlichkeit und ihre Talente zu entfalten. Für uns ist die**  
2521 **soziale, kulturelle und politische Bildung nicht weniger wichtig als die technische und**  
2522 **naturwissenschaftliche.** Nur aufgeklärte und mündige Menschen werden den wirtschaftlichen  
2523 Erfolg Sachsens in der Zukunft sichern und zugleich für eine demokratische, weltoffene Kultur im  
2524 Land streiten.

2525

2526 Gute Bildung beginnt schon in den Kitas. Sie darf nicht davon abhängen, über wie viel Geld die  
2527 Eltern verfügen. Wir kämpfen daher schon lange für ein **kostenfreies Mittagessen** und wollen die  
2528 **Kita-Beiträge schrittweise abschaffen.** Wir wollen auch die Qualität der Betreuung in den Kitas  
2529 verbessern und dazu schrittweise eine Fachkraft-Kind-Relation (Betreuungsschlüssel) von 1:4 in  
2530 Krippen, 1:10 in Kindergärten und 1:17 in Horten erreichen.

2531

2532 Auch dank unserer Erfahrungen als Ostdeutsche wissen wir, dass die **Gemeinschaftsschule**, die  
2533 **längeres gemeinsames Lernen** ermöglicht, die beste Schulform ist, um alle Kinder gleichermaßen  
2534 zu fördern und der sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Wir wollen dafür sorgen,  
2535 dass die Gründung von Gemeinschaftsschulen von den Behörden endlich nicht mehr behindert,  
2536 sondern gefördert wird. Wir fordern eine **kostenlose, vollwertige und gesunde**  
2537 **Mittagsversorgung, kostenfreie Lernmittel** und eine **digitale Ausstattung** an allen Schulen. Die  
2538 Rahmenlehrpläne müssen entschlackt werden, um mehr Raum für kreativen und praxisbezogenen

2539 Unterricht zu schaffen. Wir wollen politische Bildung und Demokratieförderprojekte schulisch sowie  
2540 außerschulisch fördern. Mit einem neuen **Fach "Medienkunde"** wollen wir die Medienkompetenz  
2541 der jungen Menschen verbessern. Wir wollen **Schulsozialarbeit an allen Schulen** garantieren und  
2542 die Lehrkräfte durch **multiprofessionelle Teams** entlasten. Wir wollen eine **Schule für alle**, an der  
2543 alle Kinder gemeinsam lernen können, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft,  
2544 Migrationsgeschichte oder eines sonderpädagogischen Förderbedarfs. Wir wollen Noten  
2545 abschaffen und durch Lernentwicklungsberichte als Feedback zum Lernfortschritt ersetzen. Durch  
2546 Ganztagsbetreuung wollen wir **Hausaufgaben überflüssig** machen. Sollte die Zahl der Kinder in  
2547 Zukunft sinken, darf das nicht als Vorwand für Sparmaßnahmen dienen – stattdessen wollen wir die  
2548 **Klassengrößen verkleinern**. Um mehr junge Menschen für den Lehrberuf zu begeistern, wollen wir  
2549 mehr Anreize bieten, das **Lehramtsstudium** regionalisieren und es zum Dualen Studium  
2550 weiterentwickeln.

2551  
2552 Die Linke setzt sich dafür ein, dass in Sachsen das bewährte **Duale System der Berufsausbildung**  
2553 der Regelfall bleibt. Wir wollen die Berufsausbildung attraktiver machen, um junge Menschen für  
2554 das Handwerk zu begeistern. Dazu fordern wir eine **Mindestausbildungsvergütung in Höhe von**  
2555 **80 % des tariflich gezahlten Entgelts**. Sämtliche Schulgelder sind abzuschaffen. Die  
2556 Arbeitsbedingungen müssen wirksam kontrolliert werden. Auszubildende sollten den Öffentlichen  
2557 Nahverkehr kostenlos nutzen können und ausreichend mit Wohnheimplätzen versorgt werden. Wir  
2558 werden eine **Sächsische Ausbildungsumlage** einführen, um die Duale Ausbildung besser und  
2559 gerechter zu finanzieren.

2560  
2561 Hochschulpolitik von links heißt: **Widerstand gegen den neoliberalen Umbau der Hochschulen**.  
2562 Hochschulen sollen nicht wie Unternehmen agieren, sondern Orte einer allseitigen, demokratischen  
2563 Bildung sein. Wir wollen den **wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Unter- und**  
2564 **Mittelbau stärken. Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden!** Wir wollen  
2565 außerdem einen **Tarifvertrag auch für studentische Beschäftigte**. Um den Zugang zum  
2566 Hochschulstudium zu erleichtern, wollen wir **alle Studiengebühren abschaffen**, den **Numerus**  
2567 **Clausus streichen** und eine **Grundsicherung für alle Studierenden**. Wir wollen eine Hochschule für  
2568 alle. Die Geschlechtergerechtigkeit, inklusive Hochschulen und die Integration von Studierenden  
2569 aus anderen Ländern müssen gesichert werden.

2570  
2571 **Kita**

2572  
2573 Erfolgreiche Bildung beginnt schon in der ersten Lebensphase, also in den Kinderkrippen und  
2574 Kindergärten. Zusammen mit den Horten für Grund- und Förderschüler:innen gehören sie zu den  
2575 Kindertageseinrichtungen (Kitas). Die Arbeit in den Kitas in Sachsen erfolgt nach dem Sächsischen  
2576 Bildungsplan. Er hat sich prinzipiell bewährt, sollte aber ständig an neue gesellschaftliche  
2577 Bedingungen und Entwicklungen angepasst werden.

2578  
2579 In vielen europäischen Staaten sind **Kindertagesstätten** bereits **kostenfrei für Eltern**. Auch andere  
2580 Bundesländer wie Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben das schon erreicht – nicht zuletzt  
2581 dank des Einsatzes der Linken. Wir wollen, dass dies auch in Sachsen bald so ist – weil eine gute  
2582 Bildung der Kindern nicht davon abhängen darf, wie viel Geld ihre Eltern haben. In einem ersten  
2583 Schritt wollen wir in Sachsen in Kindertageseinrichtungen und in Schulen die **Kosten für die**  
2584 **Essenversorgung abschaffen**. Bereits seit 2008 fordern wir im Sächsischen Landtag eine  
2585 kostenfreie Mittagsversorgung in Kita und Schule. Der Bürgerrat „Ernährung und Wandel“ gibt uns  
2586 mit seiner Empfehlung vom Januar 2024 „Investition in die Zukunft: **Kostenfreies Mittagessen für**  
2587 **alle Kinder** als Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit.“ recht. Ein warmes, gesundes und  
2588 abwechslungsreiches Mittagessen, am besten gekocht in der Kitaeigenen Küche, gehört zum Kita-

2589 Tag dazu. Die Kosten hierfür sollten im Landeshaushalt eingestellt sein. Das sollte Sachsen seine  
2590 Kinder wert sein! Die eigentlichen **Kita-Beiträge** sollen nicht mehr steigen und innerhalb der  
2591 nächsten fünf Jahren schrittweise **abgeschafft** werden.

2592

2593 Wir wollen auch die Qualität der Betreuung in den Kitas verbessern. Wir streben eine **Fachkraft-**  
2594 **Kind-Relation (Betreuungsschlüssel)** von 1:4 in Krippen, 1:10 in Kindergärten und 1:17 in Horten  
2595 an. Bei der Berechnung von Personalschlüsseln müssen Vor- und Nachbereitungszeiten ebenso  
2596 wie Ausfallzeiten (wie Krankheit oder Urlaub) in die Berechnung einfließen, um die Fachkraft-Kind-  
2597 Relation von mindestens 1:4 in Krippen, 1:10 in Kindergärten und 1:17 in Horten sicherzustellen. Dies  
2598 ist jedoch frühestens in zwei Wahlperioden zu erreichen, da es dazu zunächst einer ausreichenden  
2599 Zahl gut ausgebildeter Erzieher:innen bedarf. Dann sollen auch **multiprofessionelle Teams** in den  
2600 Kitas eine Selbstverständlichkeit sein.

2601

2602 Deshalb wollen wir der **Erzieher:innenausbildung** auch eine besondere Priorität einräumen. Wir  
2603 wollen mehr junge Menschen, gerade auch Männer, für diesen Beruf gewinnen – durch attraktive  
2604 Ausbildungsbedingungen mit einer Vergütung der Ausbildung und durch gute Berufsperspektiven.  
2605 Den Zugang zur Erzieher:innenausbildung wollen wir erleichtern, um kurzfristig die Situation zu  
2606 verbessern.

2607

2608 Die Arbeit mit Kindern in Kindertageseinrichtungen muss insgesamt attraktiver werden. Dazu muss  
2609 der **Arbeits- und Gesundheitsschutz** verbessert werden, etwa durch ergonomisch gute Stühle für  
2610 Erzieher:innen. Sie brauchen auch eine großzügigere **Vor- und Nachbereitungszeit für die**  
2611 **pädagogische Arbeit** und nicht zuletzt eine deutlich **bessere Bezahlung**.

2612

2613 Kinder mit Behinderungen, Kinder ohne deutsche Muttersprache und Kinder mit Fluchterfahrung  
2614 erfordern zusätzliches Personal und zusätzliche Ressourcen – die wollen wir im Sinne einer  
2615 **konsequenten Inklusion** jeder Kindertageseinrichtung zur Verfügung stellen. Der grundlegende  
2616 Rechtsanspruch auf den Besuch einer Kindertageseinrichtung gilt auch für Kinder mit  
2617 Behinderungen. Bislang liegt es jedoch im Ermessen des Einrichtungsträgers, ob die notwendigen  
2618 Förderbedingungen bereitgestellt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Kinder mit  
2619 Behinderungen oder besonderem Förderbedarf zusammen mit Kindern ohne Behinderungen  
2620 inklusiv betreut und individuell gefördert werden. Dementsprechend müssen der Personalschlüssel  
2621 und die bauliche Gestaltung und Ausstattung der Einrichtung bzw. der Räumlichkeiten der  
2622 Kindertagespflegestelle angepasst werden.

2623

2624 In der frühkindlichen Bildung wollen wir die **Akzeptanz** von unterschiedlichen Lebensentwürfen  
2625 und von Interkulturalität stärken. Wir wollen überall in Sachsen Kitas zu **Eltern-Kind-Zentren**  
2626 weiterentwickeln. Diese Entwicklung muss inhaltlich und personell gefördert werden. Wir brauchen  
2627 nicht immer neue „Modellprojekte“, sondern ein flächendeckendes System guter Kitas.

2628

2629 Die Kosten für alle Verbesserungen im Kita-Bereich wollen wir nicht den Städten und Gemeinden  
2630 aufbürden, sondern komplett aus dem sächsischen Landeshaushalt finanzieren.

2631

2632 Den Rückgang der Geburten im Freistaat Sachsen sehen wir als Chance, die Bildungsqualität und  
2633 die Arbeitsbedingungen an den sächsischen Kitas zu verbessern. Er darf nicht dazu missbraucht  
2634 werden, die Mittel im Landeshaushalt für den Landeszuschuss zu kürzen, der den  
2635 Kindertageseinrichtungen zugutekommt! Den Spielraum, den uns die demografische Entwicklung  
2636 gibt, wollen wir nutzen, um den **Fachkraft-Kind-Schlüssel zu verbessern** (Kinder im Alter von 0-3  
2637 Jahren 1:4, für Kinder im Alter von 3-6 Jahren 1:10 und für Kinder im Alter von 7-10 Jahren 1:16).

2638

2639 **Schule**

2640  
2641 Schule ist keine Rennstrecke, Verstehen braucht Zeit. Schule und Unterricht können und müssen  
2642 sich wandeln. Lehrinhalte sollen interdisziplinär und altersstufenübergreifend vermittelt werden.  
2643 Schule sollte als ein Ort der Begegnung von Generationen und von Kulturen verstanden werden,  
2644 mit der Aufgabe, gemeinsame Orientierungen zu entwickeln, die trotz aller Verschiedenheit das  
2645 **Fundament einer demokratischen Gesellschaft** bilden.

2646  
2647 Wir wollen eine Reform der Bildung, die mehr anstrebt als kurzfristiges Qualitätsmanagement um  
2648 ökonomischer Standortvorteile willen. Dazu bedarf es einer grundsätzlichen und offenen Debatte  
2649 darüber, wo die Defizite des gegenwärtigen Bildungssystems liegen und welche Veränderungen  
2650 notwendig sind. Es braucht mehr analoge und digitale Räume, in denen Kinder die Freiheit haben,  
2651 gemeinsam an Projekten zu arbeiten.

2652  
2653 Wir setzen uns dafür ein, dass die **Gemeinschaftsschule** zum Standard im sächsischen  
2654 Bildungssystem wird. Dafür muss diese Schulform mit Unterstützung der zukünftigen Verwaltung  
2655 sowie regionaler Beratungsstellen weiter ausgebaut werden. Bisher wurden lediglich vier  
2656 Gemeinschaftsschulen und drei Oberschulen+ gegründet. Wir möchten die Gründung von  
2657 Gemeinschaftsschulen erleichtern, beispielsweise die erforderliche Zahl von Parallelklassen  
2658 (Mindestzügigkeit) senken, um auch im ländlichen Raum längeres gemeinsames Lernen zu  
2659 ermöglichen. Zunächst kann die Oberschule+ dafür den Weg ebnen, doch halten wir langfristig an  
2660 dem Ziel fest, die Gemeinschaftsschule überall in Sachsen zu etablieren, damit jedes Kind die  
2661 Möglichkeit bekommt, eine Gemeinschaftsschule zu besuchen. Wir wollen dafür sorgen, dass die  
2662 Verwaltung sich Schulgründungen gegenüber freundlich verhält und sie personell, organisatorisch  
2663 und finanziell unterstützt. Nötig sind dazu auch differenzierte Lernkonzepte für die Kinder sowie  
2664 die Weiterbildung von Lehrkräften. Gemeinschaftsschulen können helfen, den Lehrkräftemangel zu  
2665 lindern, Unterrichtsausfall zu vermeiden und Schulabbrüche zu verhindern. An ihnen wird  
2666 jahrgangsübergreifend, selbstbestimmt und projektbezogen gelernt. Zudem **fördern**  
2667 **Gemeinschaftsschulen auch die soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen**  
2668 **Zusammenhalt**. Dort kann jedes Kind bis zuletzt jeden Abschluss erreichen, ohne voreilig  
2669 aussortiert zu werden.

2670  
2671 **Schulen in freier Trägerschaft** sind ein wichtiger Bestandteil des sächsischen Bildungssystems,  
2672 der durch verfassungsgesetzliche Vorgaben gesichert ist. Den freien Schulen dürfen in personeller,  
2673 finanzieller Ausstattung sowie bei der Bezahlung von Lehrkräften keine Nachteile gegenüber den  
2674 staatlichen Schulen entstehen, denn sie geben wichtige inhaltliche, konzeptionelle und  
2675 methodische Impulse für das gesamte Schulwesen.

2676  
2677 Wir wollen mit einem **Schulbudget** den Schulen mehr Flexibilität ermöglichen, um selbstständig  
2678 besondere Bedarfe abzudecken und auch kurzfristig auf Herausforderungen im Schulalltag  
2679 reagieren zu können. Wir fordern, dass allen Schülerinnen und Schülern alle **notwendigen**  
2680 **Lernmittel kostenfrei** zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehört auch die technische  
2681 Ausstattung, die für den Unterricht erforderlich ist, sowie der Zugang zu schnellem Internet, aber  
2682 z.B. ebenso die Klassenfahrt, Schulausflüge usw., die bei vielen Eltern finanzielle Schwierigkeiten  
2683 verursachen, aber für den sozialen Zusammenhalt der Kinder ungemein wichtig ist. Jeder **Lehrkraft**  
2684 muss ein professionell installiertes und gewartetes Endgerät zur Verfügung gestellt werden. An den  
2685 Schulen sind IT-Administrator:innen für die Gerätewartung zuständig, nicht die Lehrkräfte. Um die  
2686 digitalen Kompetenzen der Lehrkräfte zu verbessern, müssen ihnen Weiterbildungen angeboten  
2687 werden. Eines unserer Herzensanliegen ist die **kostenlose, vollwertige und gesunde**  
2688 **Mittagsversorgung** an allgemeinbildenden Schulen und der Betrieb schuleigener Küchen. Wir

2689 fordern die Einführung **individueller Kompetenztests Motorik** an allen sächsischen Grundschulen  
2690 (analog zum Kompetenztest Deutsch und Mathematik) sowie die Rückkehr zur 3. Sportstunde.  
2691 **Schulbibliotheken** und Leseräume sollen Standard an allen Sächsischen Schulen sein. Das muss  
2692 sowohl personell als auch finanziell entsprechend abgesichert sein.

2693

2694 Wir fordern **Rahmenlehrpläne**, die mehr Freiräume für Lehrende und Lernende lassen und es ihnen  
2695 ermöglichen, sich stärker an den lebensweltlichen Belangen von Schülerinnen und Schülern zu  
2696 orientieren. Das bedeutet vor allem auch die Schüler:innen an der Erarbeitung der Lehrinhalte  
2697 stärker zu beteiligen und diese Beteiligung auch institutionell zu verankern.“ Und in Zeile 2567 nach  
2698 „benötigen.“ „Schulische Bildung findet für die Schüler:innen statt. Deswegen müssen sie auch  
2699 deutlich mehr Mitsprache innerhalb der Schule und der sächsischen Bildungspolitik bekommen. Wir  
2700 fordern eine Schüler:innenmehrheit in der Schulkonferenz und mehr Kompetenzen dieser, sowie  
2701 der Schüler:innenräte gegenüber anderen Gremien der Schule. Wir setzen uns auch für eine  
2702 basisdemokratischere Schüler:innenvertretung ein, die nicht starr hierarchisch bis auf Landesebene  
2703 zuläuft. Der Unterricht soll von vornherein stärker projektbezogen und handlungsorientiert angelegt  
2704 werden. Wir wollen prüfen, inwieweit in den Lehrplänen und Stundentafeln die wichtigen Themen  
2705 Politische Bildung, Medienbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker berücksichtigt  
2706 werden können. Daneben setzen wir uns für eine Stärkung der musischen Fächer ein.  
2707 Rahmenlehrpläne sollen dazu genutzt werden, die Berufsbilder und Lehrinhalte an die Bedingungen  
2708 unserer Zeit anzupassen.

2709 Um sexistischer Gewalt und sexuellen Übergriffen allgemeiner vorzubeugen, soll feministische  
2710 Bildung und das Konsensprinzip Teil der Schulbildung in Sachsen werden. Schüler:innen sollen  
2711 somit von Beginn an dafür sensibilisiert werden, wie Gewalt aufgrund des Geschlechts zustande  
2712 kommt, welche Handlungen und Aussagen bereits diskriminierend sind und welche Rechte sie als  
2713 Betroffene in Anspruch nehmen können.

2714

2715 **Digitale Medien** durchziehen den Unterrichtsalltag von Schüler:innen, sind aber auch in Schulen in  
2716 allen Bereichen präsent. Dem wollen wir gerecht werden, indem wir digitale (Medien-)Bildung in  
2717 den Rahmenlehrplänen verankern und durch die entsprechende Aus- und Fortbildung von  
2718 Lehrer:innen und Erzieher:innen dafür sorgen, dass kompetente Lehrkräfte zur Verfügung stehen.  
2719 Zusätzlich wollen wir ein Fach „Medienkunde“ einführen. Nur Menschen, die mit Medien kompetent  
2720 umgehen können, tragen zur Entwicklung einer funktionierenden Demokratie bei. Daher ist es eine  
2721 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für Medienkompetenz zu sorgen. Medien bestimmen unseren  
2722 Alltag, besonders die digitalen und sozialen Medien haben an Bedeutung gewonnen. Eine mündige  
2723 und verantwortungsvolle Mediennutzung setzt eine stetig wachsende Medienkompetenz voraus,  
2724 deren Grundlagen bereits im Schulunterricht geschaffen werden sollten. Ziel muss es sein,  
2725 Schüler:innen, Lehrer:innen und auch Eltern bei der Nutzung digitaler Medien zu unterstützen.  
2726 Dafür benötigen wir Medienpädagog:innen an den Schulen. Sie können dann auch beraten, wenn  
2727 sich aktuelle Fragen stellen, wie z.B. beim Umgang mit dem Einsatz von sogenannten KI-Systemen  
2728 im Lehr- und Lernalltag. Wir werden eine Offensive auf dem Gebiet der Medienbildung in Sachsen  
2729 starten. Sie soll sich nicht nur an Kinder und Jugendliche, sondern auch an Eltern und Lehrkräfte  
2730 richten. Die Vorstellung, man könnte junge Leute vor schädlichen Einflüssen abschirmen, ist  
2731 illusorisch. Stattdessen setzen wir darauf, ihnen einen selbstbewussten und kompetenten Umgang  
2732 mit allen Medien beizubringen. Medienkompetenz umfasst dabei für uns folgende Punkte:  
2733 Menschen müssen in die Lage versetzt werden, kritisch zu konsumieren, Medien zielgerichtet  
2734 einzusetzen, mit ihnen zu interagieren und sie weiterzuentwickeln. Sie müssen wissen, wie  
2735 Medieninhalte rechtssicher geschaffen werden können und welche Rolle Algorithmen bei ihrer  
2736 Zusammenstellung spielen. Sie sollten sensibel dafür werden, wie sie mit ihren personenbezogenen  
2737 Daten im Netz umgehen. Sie sollten lernen, sich in der Welt elektronischer Medien zu orientieren  
2738 und wissen, welche Chancen für Information und Teilhabe, aber auch welche Gefahren sich

2739 ergeben. Nur so können sie selbstbestimmt in einer digitalisierten Gesellschaft agieren. Nur so  
2740 kann auch der Jugendmedienschutz sichergestellt werden. Medienpädagogische Angebote  
2741 müssen flächendeckend und ausreichend finanziert für alle Altersgruppen in Sachsen zur  
2742 Verfügung stehen.

2743  
2744 **Außerschulische Lernorte** wie Bibliotheken, Museen, Konzerthäuser, Forschungszentren, Theater  
2745 und Gedenkstätten sollten in die Unterrichtsgestaltung mit einbezogen werden. Gleiches gilt für  
2746 externe Bildungsträger sowie Akteurinnen und Akteure aus der **Berufspraxis**. Ebenso müssen  
2747 Gewerkschaften Zugang zu Schulen bekommen, während die Privilegien der Bundeswehr  
2748 dahingehend abgeschafft werden sollten.

2749  
2750 **Schulsozialarbeit** muss es verpflichtend an allen Schulen geben, den Grund- und Oberschulen,  
2751 den Gymnasien sowie den Gemeinschafts- und Förderschulen und auch an Berufsschulen. Wir  
2752 streben an, **für jede Schule mindestens ein:e Sozialarbeiter:in** zur Verfügung zu stellen. Für die  
2753 Schulsozialarbeiter:innen muss der Verwaltungsaufwand verringert werden. Die  
2754 Sachkostenpauschale zur finanziellen Absicherung strukturqualitativer Prozesse (z.B.  
2755 Fachberatung, Teamleitung) soll erhöht werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, den  
2756 **schulpsychologischen Dienst und das Anti-Mobbing-Programm** auszubauen.

2757  
2758 Wir wollen eine „**Schule für alle**“, an der alle Kinder gemeinsam lernen können, unabhängig von  
2759 ihrer sozialen Herkunft, Migrationsgeschichte oder eines sonderpädagogischen Förderbedarfs. So  
2760 lassen sich Vorurteile abbauen und Solidarität kann erlernt werden. Gemeinsames Lernen wirkt  
2761 nachweislich positiv auf den Lernerfolg, wenn es richtig konzipiert und fachlich unterstützt wird.  
2762 Eine inklusive Gesellschaft beginnt in der Kita und setzt sich in einer inklusiven Schule fort. In der  
2763 Klassenbildungsverordnung ist die Schwelle der Anerkennung von Kindern mit besonderem  
2764 Förderbedarf zu hoch, die Förderung sollte erleichtert werden. Sachsen hält an einem  
2765 Förderschulwesen fest, das nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar ist und auch  
2766 immer wieder international kritisiert wird. Das Recht auf inklusive Beschulung muss im Sächsischen  
2767 Schulgesetz verankert werden. Wir wollen chancengleiche Bildung ohne Diskriminierung. Wir  
2768 wollen allen Schüler:innen und ihren Eltern das Recht auf die freie Wahl der Schulform ermöglichen.  
2769 Dazu wollen wir die Trennung der Schulformen überwinden, das Förderschulsystem zurückbauen  
2770 und die Aufnahme von Schüler:innen mit Behinderungen in Regelschulen ermöglichen. Für eine  
2771 inklusive Bildung ist eine umfassende Ausstattung der Regelschulen notwendig.  
2772 Sonderpädagog:innen, die für den inklusiven Unterricht dringend benötigt werden, sollen auch in  
2773 regulären Schulen unterrichten. Außerdem setzen wir uns dafür ein, inklusive Lehr- und  
2774 Lernkonzepte in der allgemeinen Lehrer:innenausbildung fest zu verankern sowie alle Lehrkräfte im  
2775 Bereich inklusive Bildung weiterzubilden. Mehr Schulassistenzen sollen den Unterricht  
2776 unterstützen, barrierefreie Schulgebäude müssen geschaffen werden, damit der Wunsch, eine  
2777 bestimmte Schule zu besuchen, nicht an einer fehlenden Rampe scheitert. Schließlich sollte die  
2778 Deutsche Gebärdensprache als Fremdsprache anerkannt und an Schulen verstärkt vermittelt  
2779 werden. Wir wollen außerdem eine gesetzliche Grundlage für den Anspruch auf Beschulung in  
2780 Gebärdensprache für gehörlose Schüler:innen (in Förderzentren) schaffen und die kontinuierliche  
2781 Kompetenzerweiterung von Lehrkräften im Ausüben und Anwenden der Deutschen  
2782 Gebärdensprache sicherstellen.

2783  
2784 Ebenso wichtig ist es, Schule, Kita und Hort zusammenzudenken. Wir wollen ein **kommunales**  
2785 **Bildungsmanagement** einführen. Es kann entscheidend dazu beitragen, das kommunale  
2786 Bildungswesen weiterzuentwickeln. Die Daten und Fakten der jeweiligen Bildungssituation vor Ort  
2787 müssen analysiert werden, aus den Ergebnissen der Analyse lässt sich schließen, wie die  
2788 Bildungsangebote gesteuert und koordiniert werden müssen, damit der Bedarf gedeckt wird.

2789

2790 Es braucht einen **Zukunftsstaatsvertrag zur verstärkten Zusammenarbeit der Länder im Bereich**  
2791 **der Bildung**. Dieser Zukunftsstaatsvertrag sollte die folgenden Regelungen zur Kooperation und  
2792 Vereinheitlichung enthalten: Der Bedarf an Lehrkräften für die beteiligten Bundesländer sollte über  
2793 standardisierte Prognosen ermittelt werden. Alle Bundesländer verpflichten sich, Lehrkräfte in einer  
2794 Zahl und Art auszubilden, die dem Bedarf gerecht wird. Gemeinsame Standards werden eingeführt  
2795 und umgesetzt, insbesondere werden gemeinsame Standards der Auswahl, der Qualifizierung und  
2796 der Qualitätssicherung des Quereinstiegs in das Lehramt einheitlich festgelegt. Für die  
2797 Ausbildungskosten wird ein gerechter Länderfinanzausgleich eingeführt. Für Länder, aus denen vor  
2798 Ort ausgebildete Lehrer:innen in andere Bundesländer abwandern, muss es einen finanziellen  
2799 Ausgleich geben.

2800

2801 Wir wollen **Noten abschaffen**. Sie sind weder fair, aussagekräftig noch konstruktiv und höchstens  
2802 Ursache für einen enormen Druck, der auf Schüler:innen lastet und ihnen das Lernen erschwert.  
2803 Deshalb ist es sinnvoll, die Noten durch Lernentwicklungsberichte als Feedback zum Lernfortschritt  
2804 zu ersetzen. **Hausaufgaben sollen abgeschafft werden**. Wir wollen die Ganztagschule mit  
2805 vielfältigem Lehr- und Lernangebot. Hausaufgaben werden überflüssig, auch fehlt die Zeit im  
2806 Schulalltag. Zudem haben Studien gezeigt, dass Hausaufgaben nur geringen Einfluss auf die  
2807 Leistungsentwicklung der Schülerinnen und Schüler haben. In der Freizeit sollten Sport, Kultur und  
2808 Freund:innen an erster Stelle stehen dürfen. Wir setzen uns dafür ein, dass kein Fachunterricht vor  
2809 um 9, mindestens für ältere Schüler:innen stattfindet. Denn die biologische Uhr der jungen  
2810 Menschen ist nicht auf den teils deutlich früheren Schulstart ausgelegt und führt damit zu  
2811 Problemen der Leistungsfähigkeit oder sogar Gesundheit. Mit Konzepten wie Gleitzeit oder  
2812 Selbstlernzeiten soll die Schule trotzdem nicht länger gehen als bisher. Schule verstehen wir als  
2813 inklusiven Lernort mit multiprofessionellen Bildungsteams. Die Diagnostikverfahren, die individuelle  
2814 Lernstände erfassen, sollten so reformiert werden, dass Schüler:innen von Beginn an die  
2815 Unterstützung erhalten, die sie für ein erfolgreiches Lernen benötigen.

2816

2817 Die Arbeitsbelastung der **Lehrkräfte** hat enorm zugenommen. Sie müssen lange arbeiten und  
2818 haben auch in den Ferien kaum Zeit, sich ausreichend zu erholen. Im Schuljahr 2022/2023 fielen 1,6  
2819 Millionen Unterrichtsstunden aus, auch wegen des hohen Krankenstandes.

2820 Wir wollen, dass Lehrkräfte sich wieder mehr auf die Bildung der Kinder und Jugendlichen  
2821 konzentrieren können. Dafür müssen sie entlastet werden, indem bessere Arbeitsbedingungen  
2822 geschaffen werden. Aufgaben, die nichts mit dem Unterricht zu tun haben, sollten durch  
2823 multiprofessionelle Teams übernommen werden, in denen Spezialist:innen für Verwaltung,  
2824 Informationstechnik, Schulsozialarbeit und Psychologie arbeiten. Es ist notwendig, das  
2825 **Regelstundenmaß abzusenken** oder **zusätzliche Anrechnungstunden für Klassenlehrer:innen**  
2826 einzuführen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass **keine „Zwangsteilzeit“** für Lehrer:innen  
2827 eingeführt wird, auch wenn es zu dem Rückgang der Schüler:innenzahl kommt, der für die Zukunft  
2828 vorhergesagt wird. Im Gegenteil: Wenn sich das Zahlenverhältnis zwischen Lehrkräften und  
2829 Schüler:innen ändert, muss das unbedingt dafür genutzt werden, die Qualität des Unterrichts zu  
2830 verbessern. So sollte es möglich werden, **die maximale Größe von Klassen (Klassenteiler) zu**  
2831 **senken**, damit sich die Lehrkräfte intensiver um ihre Schüler:innen kümmern können.

2832

2833 Wir setzen uns dafür ein, zusätzliche **Anreize für das Lehramtsstudium** zu bieten, um dem  
2834 gegenwärtigen Mangel an Lehrkräften entgegenzuwirken. Wir brauchen deutlich mehr Lehrerinnen  
2835 und Lehrer! Anreize könnten zum Beispiel Stipendien sein.

2836 Wir setzen uns für eine Neustrukturierung der Lehramtsausbildung ein.

2837 Die Ausbildung sollte in die Phasen Studium, Berufseinstieg und Weiterbildung umstrukturiert  
2838 werden. Das Studium wird so umgestaltet, dass die Prüfungs- und Arbeitslast für die

2839 Lehramtsstudierenden gesenkt wird. Zudem wird die starre Fächerkultur im Lehramtsstudium  
2840 enden, um durch transdisziplinäre Herangehensweisen besser aufgestellt zu sein.  
2841 Fachwissenschaft und Fachdidaktik sollen im Studium aufeinander aufbauen - denn Didaktik ist in  
2842 der Wissensvermittlung keine Nebensache. Lehrkräfte werden außerdem nach Schulstufen statt  
2843 nach Schularten ausgebildet, damit sie flexibel für die jeweiligen Altersstufen einsetzbar sind.  
2844 Junge Menschen, die heute Lehrkraft werden wollen, brauchen Flexibilität und Chancen für ihre  
2845 persönliche Entwicklung. Um das Lehramtsstudium insgesamt stärker an der Praxis auszurichten,  
2846 müssen Praxisphasen frühzeitig ins Lehramtsstudium integriert werden. So kann erworbenes  
2847 Wissen direkt angewandt, erprobt und evaluiert werden.  
2848 Lehramtsstudierende sollen in den Praxisphasen in ländlichen Raum stärker finanziell unterstützt  
2849 werden (z.B.: Bereitstellung von Wohnraum und Erstattung von Fahrtkosten). Durch die Schaffung  
2850 von Außenstellen der Lehrkräftebildung in Ost- und Westsachsen werden die Betreuung während  
2851 der Praxisphasen sowie vereinzelte Seminare in Wohnortnähe abgesichert. Auf diese Weise können  
2852 wir Lehrer:innen besser für die Regionen in Sachsen gewinnen, in denen der Lehrkräftemangel am  
2853 gravierendsten ist.  
2854 Die Berufseinstiegsphase muss so ausgestaltet sein, dass für alle jungen Lehrpersonen eine gute  
2855 Betreuung gewährleistet wird und es die Möglichkeit gibt, phasenweise in das Berufsleben  
2856 einzusteigen. Demzufolge wächst auch das Stundendeputat sowie das Gehalt linear an.  
2857 Ausländische Abschlüsse müssen wesentlich schneller anerkannt werden.  
2858  
2859 Wir setzen uns dafür ein, **Deutsch als Zweitsprache** an jeder Schule zu fördern. Es ist  
2860 problematisch, dass die Sprachförderung meist abbricht, wenn die Kinder und Jugendlichen von  
2861 der Vorbereitungsklasse in die Regelklasse wechseln. Es braucht etwa fünf bis sechs Jahre, bis  
2862 man sicher in der Bildungssprache ist. Der Unterricht in den Vorbereitungs- oder Übergangsklassen  
2863 ist in der Regel aber auf ein bis zwei Jahre begrenzt. Die wichtigste Voraussetzung für einen  
2864 gelungenen DaZ-Unterricht sind gut ausgebildete Lehrkräfte. Die haben wir noch zu wenig. Für uns  
2865 ist klar: sprachliche Förderung von Zugewanderten muss eine Standardaufgabe im Bildungssystem  
2866 sein. Dafür braucht es dauerhafte Ressourcen und entsprechende Unterstützung durch das  
2867 passende Unterrichtsmaterial an allen Schulen.  
2868  
2869 Das Pilotprojekt „**Schule der Vielfalt**“ wollen wir auf ganz Sachsen ausweiten und vielfältige  
2870 Sexualbildung in allen Lehrplänen verankern. An Schulen und Hochschulen sollen verbindlich  
2871 unabhängige Beschwerdestellen für Queerfeindlichkeit und Rassismus eingerichtet werden. Für  
2872 queere Jugendliche aus Elternhäusern, die die sexuelle Identität ihrer Kinder nicht akzeptieren,  
2873 wollen wir Zufluchtsmöglichkeiten schaffen.  
2874  
2875 Die zukünftig **sinkende Zahl an Schüler:innen** im Freistaat Sachsen sehen wir als **Chance**. Anders  
2876 als die Regierenden möchten wir sie nicht nutzen, um Geld zu sparen, sondern um kleinere Klassen  
2877 zu schaffen. Das kommt der Bildung zugute und entlastet die Lehrerinnen und Lehrer. Mit uns wird  
2878 es **keine Schulschließungen** geben! Besonders nicht im ländlichen Raum.  
2879  
2880 Zum Schutz der **sorbischen Identität** gehört es für uns auch, die Verbotspolitik der  
2881 Nationalsozialisten gegenüber den Sorben aufzuarbeiten. Sorbisch als zweite Amtssprache sollte  
2882 weiter ausgebaut werden. Es sollte flächendeckend die Möglichkeit geben, in Sachsen Sorbisch zu  
2883 lernen. Sorbische Geschichte sollte Teil des Schulunterrichts werden.  
2884  
2885 Wir wollen die Entwicklung und Umsetzung von zukunftsfähigen Konzepten für lebenslange Bildung  
2886 in Sachsen. Wir verstehen Bildung als lebenslangen Prozess. Um ihn zu ermöglichen, benötigen wir  
2887 fortschrittliche Konzepte. Jede und jeder in Sachsen sollte die Möglichkeit haben, an Bildung  
2888 teilzuhaben. Deshalb wollen wir Bildungsgutscheine einführen, die landesweit gültig sind. Mit

2889 diesen Bildungsgutscheinen soll es den Bürgerinnen und Bürgern möglich sein, anerkannte Kurse,  
2890 Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen bei öffentlichen und privaten Bildungsträgern  
2891 wahrzunehmen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass das informelle Lernen und non-formale  
2892 Bildungsangebote anerkannt und gefördert werden, also lebenslange Bildung außerhalb der  
2893 Institutionen in Alltag und Freizeit.

2894  
2895 Die **Volkshochschulen** und andere anerkannte Träger:innen der Weiterbildung haben einen  
2896 gesetzlichen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Grundförderung, um die Erwachsenenbildung  
2897 flächendeckend, aufsuchend, inklusiv und leistungsfähig auszubauen. Lebenslanges Lernen ist für  
2898 uns eine Selbstverständlichkeit. Umso mehr setzen wir uns für den Erhalt der Volkshochschulen,  
2899 den umfassenden Ausbau der kommunalen Präsenz in ganz Sachsen und die dafür notwendige  
2900 Grundfinanzierung durch den Freistaat Sachsen ein. Für die VHS-Kursleiter:innen sind rechtlich  
2901 abgesicherte und angemessen vergütete Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Die  
2902 Volkshochschulen und andere anerkannte Träger:innen der Weiterbildung werden durch uns das  
2903 Recht erhalten, staatliche Prüfungen zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen  
2904 durchzuführen.

2905

### 2906 **Berufliche Bildung**

2907

2908 Die Linke setzt sich dafür ein, dass in Sachsen das bewährte **duale System der Berufsausbildung**  
2909 der Regelfall bleibt. Es ist eine Grundlage dafür, dass die Beschäftigten in Sachsen so gute Arbeit  
2910 leisten. Leider entscheiden sich zu wenige junge Menschen für eine Ausbildung, zu viele brechen  
2911 sie ab. Wir wollen die **Berufsausbildung attraktiver** machen.

2912

2913 An erster Stelle steht hier für uns eine **Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 % des**  
2914 **tariflich gezahlten Entgelts**. Dies ist absolut notwendig, denn die Ausbildungsvergütungen sind  
2915 selbst in Schlüsselbranchen des sozial-ökologischen Wandels deutlich zu niedrig. Um die  
2916 Auszubildenden in Sachsen zu entlasten, **müssen sämtliche Schulgelder im Freistaat Sachsen**  
2917 **abgeschafft werden**. Auszubildende benötigen eine elternunabhängige **Grundsicherung**. Wir  
2918 fordern eine Mindestausbildungsvergütung, die zum Leben unabhängig von den Eltern reicht. Wir  
2919 wollen außerdem ein **kostenfreies Deutschlandticket** für den öffentlichen Nahverkehr, denn ein  
2920 großer Teil der sächsischen Auszubildenden muss lange Wege zur Berufsschule zurücklegen. Das  
2921 kostet Zeit und Geld. Aus dem gleichen Grund wollen wir sicherstellen, dass Auszubildende in  
2922 Landesfachklassen überall **ausreichend mit Wohnheimplätzen** versorgt werden. Um die  
2923 Auszubildenden beim Weg zwischen Ausbildungsbetrieb und Wohnort zu entlasten, wollen wir  
2924 einen kostenfreien Azubi-Shuttle-Service zwischen Betrieb und Wohnort.

2925

2926 Zu viele junge Menschen brechen ihre Ausbildung ab, weil sie zu spät feststellen, dass die  
2927 Ausbildung nicht zu ihnen passt. Um dies zu verhindern, benötigen wir ein durchgängiges  
2928 **Berufsorientierungssystem** mit qualifizierten gewerkschaftlich oder sozialpädagogisch  
2929 ausgebildeten Berufsberater:innen an allen weiterführenden Schulen: Orientierungszeiten müssen  
2930 stärker ausgebaut und Projektwochen zur beruflichen Orientierung ab der 8. Klasse in den  
2931 Lehrplan eingebaut werden, in denen auch Gewerkschaften vorgestellt werden. Außerdem sollen  
2932 als Orientierungshilfe bereits ab Klasse 5 unterschiedliche Berufsfelder vorgestellt werden.  
2933 Übergangsphasen wie das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsgrundbildungsjahr wollen wir  
2934 weiterentwickeln. Wir wollen außerdem den praktischen Unterricht an den Schulen erweitern, damit  
2935 Schüler:innen Lust aufs Handwerk bekommen. Um allen den Abschluss einer Berufsausbildung zu  
2936 ermöglichen, muss die Förderung der beruflichen Erstausbildung durch die Bundesagentur für  
2937 Arbeit über das 25. Lebensjahr hinaus ermöglicht werden. Wir schlagen zudem eine  
2938 „Landes(nach)ausbildungsinitiative“ für junge Menschen ohne vollwertigen Berufsabschluss vor.

2939 Studierende auf Lehramt müssen besser auf die Aufgabe der Berufsorientierung vorbereitet  
2940 werden. Gemäß dem „Pakt für duale Ausbildung“ sollte die **Berufsausbildung als gleichwertige**  
2941 **und attraktive Alternative** zur akademischen Ausbildung gezeigt werden.

2942  
2943 Um zu vermeiden, dass Auszubildende scheitern, muss aber auch die **Ausbildungsqualität**  
2944 **gesichert** werden. Für die Berufsschulen müssen ausreichend Lehrkräfte gewonnen und qualifiziert  
2945 werden. Die **Arbeitsbedingungen müssen kontrolliert werden**: durch die Kammern nach den  
2946 Vorgaben des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und durch staatliche Behörden nach den Regeln des  
2947 Jugendschutzes. Geprüft werden muss verstärkt, ob ein betrieblicher Ausbildungsplan vorhanden  
2948 ist, ob die vertraglich geregelten und gesetzlich festgeschriebenen Arbeitszeiten eingehalten  
2949 werden, ob verbotene ausbildungsfremde Tätigkeiten tatsächlich unterbleiben und ob die  
2950 Freistellungsansprüche eingehalten werden. Wir wollen außerdem durchsetzen, dass die **sozial-**  
2951 **psychologische Betreuung der Auszubildenden** verstärkt wird. Denn manchmal sind es  
2952 persönliche oder soziale Schwierigkeiten der oft noch minderjährigen Auszubildenden, die zum  
2953 Abbruch der Ausbildung führen.

2954  
2955 Wir wollen das Verfahren zur Anerkennung von Berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft  
2956 reformieren. Die berufsbildenden Schulen in freier und privater Trägerschaft dürfen gegenüber  
2957 staatlichen Beruflichen Schulzentren (BSZ) nicht länger benachteiligt werden. Das gilt für die  
2958 Ausbildungsverträge und für die Bereitstellung des nötigen Lehrpersonals. Wir fordern, dass beide  
2959 Schulformen gleichgestellt werden. Zudem setzen wir uns für den Ausbau der Berufsberatung ein,  
2960 insbesondere für den zweiten Bildungsweg. Außerdem wollen wir zur Überwindung längst  
2961 überholter Geschlechterrollen auf dem Arbeitsmarkt bereits frühzeitig ansetzen, indem wir den  
2962 Bereich der Berufsorientierung für Schüler:innen reformieren und ausbauen. Dazu wollen wir eine  
2963 geschlechtersensible Berufsberatung und -orientierung fördern sowie gendersensible Sprache in  
2964 Schulen nutzen, um berufliche Rollenklischees aufzubrechen.

2965  
2966 Wir werden ein **inklusives Ausbildungssystem** für die Berufsausbildung von Menschen mit  
2967 Behinderungen etablieren, in dem niemand ausgeschlossen wird. Dazu müssen die Berufsschulen  
2968 angemessen ausgestattet werden. Wir wollen die Möglichkeiten der beruflichen Bildung für  
2969 Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen so erweitern, dass flexible  
2970 Möglichkeiten zur Erlangung eines berufsqualifizierenden Abschlusses bestehen.

2971  
2972 **Jugendliche mit Migrationsgeschichte** in ihrem Wunsch nach Ausbildung zu unterstützen, ist nicht  
2973 nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch ein Mittel, den Arbeitskräftemangel zu bekämpfen.  
2974 Dazu brauchen Unternehmen verlässliche Anlaufpunkte für die Beratung und Rechtssicherheit. Die  
2975 jungen Migrant:innen müssen vor und während ihrer Ausbildung begleitet und unterstützt werden.  
2976 Dazu gehört auch Hilfe dabei, Fragen des Aufenthaltsrechts zu klären. Wir lehnen Abschiebungen  
2977 generell ab. Menschen in Arbeit einen Schutz und eine Perspektive zu ermöglichen verbessert die  
2978 Integration. Zusätzliche Weiterbildungsangebote, besonders zum Erwerb der deutschen Sprache,  
2979 sind unverzichtbar. Wir schlagen dazu vor, die Arbeitsmarktmentor:innen aufzuwerten und fachlich  
2980 zu spezialisieren. Abschlüsse müssen schneller und einfacher anerkannt werden.

2981  
2982 Wir werden eine **Sächsische Ausbildungsumlage** einführen, um die duale Ausbildung besser und  
2983 gerechter zu finanzieren. Ausbildungsfähige Betriebe zahlen dabei in einen Fonds ein – Betriebe,  
2984 die ausbilden oder sich an überbetrieblicher Ausbildung beteiligen, erhalten aus dem Fonds eine  
2985 Förderung. Die Mittel des Fonds sollen auch dazu genutzt werden, die außerbetriebliche  
2986 Ausbildung von Jugendlichen zu fördern, die keinen dualen oder überbetrieblichen  
2987 Ausbildungsplatz bekommen haben.

2988

2989 **Hochschulen**

2990

2991 Hochschulpolitik von links heißt: Widerstand gegen den neoliberalen Umbau der Hochschulen. Die  
2992 Marktradikalen wollen Hochschulen zu Unternehmen umbauen. Statt zu bilden, sollen sie die  
2993 Menschen nur noch für die Wirtschaft zurichten. Wir als Die Linke setzen unsere Vision einer  
2994 offenen, freien, vielfältigen und demokratischen Hochschule dagegen. Verwirklichen lässt sich  
2995 diese Vorstellung nur, wenn die Hochschulen auch ausreichend finanziert werden.

2996

2997 Unsere Hochschulen treiben nicht nur die Innovation in Sachsen voran, sie sind auch ein wichtiger  
2998 Bestandteil einer starken demokratischen Gesellschaft. Alle Menschen, die an den Hochschulen  
2999 beschäftigt sind, verdienen gleichermaßen unsere Wertschätzung. Wir wollen den **gesamten**  
3000 **wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Unter- und Mittelbau an Hochschulen stärken**.  
3001 Deshalb wollen wir befristete und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen. Wir fordern  
3002 stattdessen: **Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden!** Für Dauerstellen  
3003 dürfen keine befristeten Arbeitsverträge geschlossen werden. Die Zahl der Befristungen an  
3004 Hochschulen muss deutlich sinken. Außerdem muss es endlich einen **Tarifvertrag** für die  
3005 **studentischen Beschäftigten** geben, damit auch diese vor Ausbeutung geschützt werden. Dem  
3006 akademischen Mittelbau fehlt bislang eine gesetzlich verankerte Vertretung auf Landesebene – sie  
3007 muss im Hochschulgesetz verankert werden. Für die Lehrbeauftragten, insbesondere auch an  
3008 Musik- und Kunsthochschulen, fordern wir eine deutlich bessere Vergütung.

3009

3010 Auf Bundesebene setzten wir uns dafür ein, das **Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)**  
3011 **abzuschaffen** und stattdessen ein Wissenschaftsqualifizierungsgesetz zu beschließen.  
3012 Höchstbefristungslaufzeiten müssen verschwinden, stattdessen soll es Planungssicherheit für alle  
3013 Beschäftigten in der Wissenschaft geben.

3014

3015 Die **Mitbestimmung von Studierenden und Mitarbeitenden** muss gestärkt werden, indem eine  
3016 Viertelparität in den akademischen Gremien eingeführt wird. Wir setzen uns für **studentische**  
3017 **Prorektor:innen** im Rektorat ein. Studierende müssen für die Arbeit in den Gremien der  
3018 Hochschulen ein angemessenes Sitzungsgeld bekommen. Die direkt gewählten Gruppengremien  
3019 wie der Senat und der Fakultätsrat benötigen mehr Kompetenzen gegenüber den exekutiven  
3020 Organen. Der Hochschulrat muss zu einem Hochschulbeirat werden, der nur eine beratende  
3021 Funktion hat und Brücke in die Gesellschaft sein kann.

3022

3023 Die **Studierendenwerke** müssen ausreichend finanziert werden. Auskömmliche Zuschüsse für den  
3024 laufenden Betrieb sind nötig. Damit sie Studierendenwohnheime sanieren und neu bauen können,  
3025 muss ein Investitionsprogramm auf den Weg gebracht werden.

3026

3027 Wir wollen den Zugang zum Hochschulstudium erleichtern. Darum wollen wir **alle Studiengebühren**  
3028 **und den Numerus Clausus abschaffen** und eine **Grundsicherung für alle Studierenden einführen**.  
3029 Wer ein Studium beginnt, der begibt sich bislang oft in die Gefahr, zu verarmen oder Schulden  
3030 aufnehmen zu müssen. Nur 11 % der Studierenden bekommen überhaupt noch eine Unterstützung  
3031 nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**), die wenigsten davon den Höchstsatz. Die  
3032 letzte zaghafte BAföG-Erhöhung wurde schon von der Inflation aufgeessen. Das BAföG muss an  
3033 die Lebenswirklichkeit angepasst werden und die Ausbildung umfassend finanzieren. Über 30 %  
3034 aller Studierenden sind armutsgefährdet oder leben in Armut. Wir werden uns daher für die  
3035 Einführung einer Grundsicherung für Studierende einsetzen, um Studierende aus der Armut zu  
3036 holen. Bis dieses langfristige Ziel erreicht ist, werden wir wie bisher auch auf Landesebene für eine  
3037 Reform des BAföGs kämpfen, damit es wieder für Bildungsgerechtigkeit sorgt. Die vergangene

3038 **BAföG**-Reform reicht uns ebenso wenig wie die aktuelle! Ein modernes BAföG muss ein  
3039 elternunabhängiger Zuschuss sein.  
3040

3041 Wir setzen uns dafür ein, dass Studierende überall das Recht bekommen, ein mindestens  
3042 zweisemestriges **Orientierungsstudium** zu absolvieren. Es soll nicht auf die Regelstudienzeit  
3043 angerechnet werden, BAföG soll den Studierenden zustehen. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf  
3044 Teilzeitstudium einführen. Um die Qualität des Studiums zu sichern, plädieren wir dafür, eine  
3045 Akkreditierungspflicht des Lehrangebotes auch in Sachsen einzuführen. Außerdem fordern wir,  
3046 dass die Begrenzung von Prüfungsversuchen im Hochschulgesetz endgültig abgeschafft wird.  
3047

3048 Wir wollen eine **geschlechtergerechte und inklusive Hochschule**. Die Gleichstellungsbeauftragten  
3049 und Inklusionsbeauftragten müssen angemessen mit Räumen und Ressourcen ausgestattet  
3050 werden. Für ihre Tätigkeit sind sie zu entlasten, indem ihr Lehrdeputat verkleinert, ihre  
3051 Qualifizierungszeit verlängert und eine Beurlaubung ermöglicht wird. Studentische Beauftragte sind  
3052 angemessen für ihre Arbeit zu vergüten. In den Gremien der Hochschulen soll eine Quote von  
3053 nicht-männlichen Mitgliedern eingehalten werden. Studierende mit Behinderungen und/oder  
3054 chronischen Erkrankungen müssen deshalb einen rechtlichen Anspruch auf Nachteilsausgleich  
3055 erhalten. Im Hochschulrecht muss verankert werden, dass sie nach einer krankheitsbedingten  
3056 Unterbrechung des Studiums zurückkehren können. Campus und Lehre müssen barrierefrei  
3057 werden. Auch die digitale Barrierefreiheit an Hochschulen wollen wir weiterhin ausbauen und  
3058 sicherstellen. Darüber hinaus setzen wir uns für den Schutz aller Angehörigen einer Hochschule vor  
3059 Diskriminierung ein. Zum Schutz vor sexualisierter Belästigung und Gewalt soll es unabhängige  
3060 Beratungsstellen und Präventionsmaßnahmen geben.  
3061

3062 Die Queer- und Gender-Studies, die Antirassismus- und die Kolonialismusforschung müssen einen  
3063 festen Platz an den sächsischen Hochschulen haben. Ihre Lehrstühle sind vom Freistaat  
3064 angemessen auszustatten.  
3065

3066 Wir setzen uns dafür ein, **internationale Studierende** noch besser zu unterstützen. Die Zahl von  
3067 Sprachkursen muss ebenso erhöht werden wie die Kapazitäten der Studienkollegs. Die  
3068 Studierenden aus dem Ausland brauchen Hilfe besonders in der Startphase des Studiums und bei  
3069 der Wohnungssuche. Angesichts des Fachkräftemangels ist Sachsen unbedingt darauf  
3070 angewiesen, attraktiver für ausländische Studierende zu werden. Das gilt nicht nur für die  
3071 Hochschulen selbst, sondern auch für das Arbeits- und Lebensumfeld.  
3072

3073 Wir wollen, dass sämtliche **Praktika und Vorbereitungsdienste**, die während des Studiums zu  
3074 absolvieren sind, mindestens in Höhe des BAföG-Höchstsatzes vergütet werden. Für alle  
3075 Studierenden im praktischen Jahr, im Praktikum und in Referendariaten/Vorbereitungsdiensten  
3076 sollen die Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge übernommen werden.  
3077 Krankheitstage sollen einheitlich gewährt werden. Außerdem werden wir die Praxisphasen so  
3078 gestalten, dass ein angemessener Freiraum für Lehrveranstaltungen und das Selbststudium bleibt.  
3079 Arbeitskleidung und Arbeitsmaterial müssen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, auch  
3080 Kleidung und persönliche Gegenstände müssen kostenfrei aufbewahrt werden können.  
3081

3082 Wir halten an der **Zivilklausel** fest. Forschung darf ausschließlich für zivile Zwecke stattfinden. Die  
3083 Bundeswehr darf kein Drittmittelgeber an Sachsens Hochschulen sein.  
3084

3085 **Zielvereinbarungen** zwischen dem Ministerium und den Universitäten sollen sich an der Zahl  
3086 erfolgreicher Absolvent:innen, nicht an der Zahl der Studienanfänger:innen orientieren.

3087 Zielvereinbarungen sollen vom Senat bestätigt werden. Der **Hochschulentwicklungsplan** ist  
3088 zukünftig vom Landtag zu beschließen.

3089  
3090 In einem **dualen Studium** müssen wie in einer Berufsausbildung Qualitätsstandards für die  
3091 Praxisphasen verankert sein. Dazu zählen aus unserer Sicht eine Mindestausbildungsvergütung,  
3092 das Verbot von ausbildungsfremden Tätigkeiten und Regelungen zur Freistellung. Außerdem  
3093 müssen die Standards des Bundesurlaubsgesetzes und der Entgeltfortzahlung angewandt werden.

3094  
3095 Auch die Hochschulen sind gefordert, ihren Beitrag zum **Klimaschutz** zu leisten. Dies kann zum  
3096 einen dadurch gelingen, dass in diesem Bereich intensiver geforscht und gelehrt wird,  
3097 beispielsweise in Form von Modulen zur Klimagerechtigkeit, die für den Studienablauf verpflichtend  
3098 werden. Zum anderen müssen sich die Hochschulen selbst zur Klimaneutralität verpflichten. Um die  
3099 nötigen Umstellungen vornehmen zu können, sollten sie ausreichend ausgestattet werden. An  
3100 jeder sächsischen Hochschule muss ein Nachhaltigkeitsbüro (Green Office) eingerichtet werden.

3101  
3102 Der wissenschaftliche Fortschritt und eine lebendige Forschungskultur leben vom  
3103 wissenschaftlichen Austausch. Dazu gehört, dass Professor:innen, Mitarbeiter:innen,  
3104 Doktorand:innen, Studierende und andere Mitglieder des Wissenschaftsbetriebs die Ergebnisse  
3105 ihrer Arbeit frei veröffentlichen können. Diese Veröffentlichungen sollten dann aber auch möglichst  
3106 leicht verfügbar und zugänglich sein. Forschung soll sich nicht nur an ihrer kommerziellen  
3107 Verwertbarkeit messen. Wir wollen ebenso nicht profitorientierte Forschungsakteure auch  
3108 außerhalb der Hochschulen fördern. Dazu sollen diese Zugang zu öffentlichen Aufträgen erhalten.  
3109 Ebenso wollen wir deshalb eine umfassende **Open-Access-Förderstrategie** entwickeln. Dazu  
3110 gehört ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht, das im Sächsischen Hochschulgesetz  
3111 verankert werden soll. Forschungsergebnisse, Forschungsdaten und Softwarecodes, die in  
3112 Sachsen durch öffentliche Mittel finanziert wurden, sollen der Öffentlichkeit auch zugänglich sein  
3113 und als Open-Access-Publikation erscheinen. Nur so kann es gelingen, wissenschaftliche  
3114 Erkenntnisse auch für die Gesellschaft verfügbar und nachvollziehbar zu machen.

3115  
3116 **Schlaglicht: Gleichstellung**

3117  
3118 Was ist **Gleichstellung**? „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Mit diesem Satz verbietet das  
3119 Grundgesetz (Artikel 3 Absatz 2) eine normative Ungleichbehandlung von Männern und Frauen  
3120 aufgrund ihres Geschlechts. Vor dem Recht sind Männer und Frauen also gleich. Der Begriff  
3121 Gleichstellung umfasst mehr als das. Gleichstellung bedeutet, dass die rechtliche Gleichheit auch in  
3122 allen Lebenssituationen praktisch Anwendung findet und kein Mensch aufgrund des Geschlechts  
3123 Nachteile erfahren darf. Das gilt für Cis-Männer und -Frauen genauso wie für trans\*, inter\* und  
3124 nicht-binäre Menschen.

3125  
3126 Noch immer sind die **Geschlechter nicht gleichgestellt**. In Sachsen gibt es eine Lohnlücke  
3127 zwischen Frauen und Männern von 11,8 % bei vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit. Das  
3128 Lohngefälle zwischen Männern und Frauen in Deutschland nimmt ab dem 30. Lebensjahr stark zu –  
3129 wesentlich stärker als beispielsweise in den skandinavischen Ländern Dänemark und Schweden.  
3130 Das liegt vor allem daran, dass Frauen, wenn sie Mütter werden, für ein bis zwei Jahre im Job  
3131 ausfallen – ausgerechnet dann, wenn Männer die Karriereleiter erklimmen und die meisten  
3132 Beförderungen erhalten. Auch nach der Elternzeit sind es meist Frauen, die Teilzeitjobs  
3133 übernehmen, um sich um den Nachwuchs zu kümmern. Das bedeutet auch, dass Frauen  
3134 tendenziell stärker von Altersarmut betroffen sind. Weniger Einkommen bedeutet auch weniger  
3135 Rente – ein Problem, dass sich mit einer Trennung noch verschärft.

3136

3137 Nach wie vor gelten manche Berufe als typische „**Frauenberufe**“. Meist werden diese Tätigkeiten  
3138 **schlechter bezahlt** als typische „Männerberufe“. Es gilt, für diese ungleichen (Be)Wertungen von  
3139 Frauen- und Männerarbeit ein Bewusstsein zu schaffen – und damit auch eine Sensibilität dafür,  
3140 dass diese unterschiedlichen Zuschreibungen von Wert am Geschlecht festgemacht werden. Um  
3141 Arbeit ohne Diskriminierung zu bewerten, müssten ganz andere Kriterien beachtet werden: Die  
3142 Arbeit und die Anforderungen am Arbeitsplatz wären zu bewerten – nicht die Person. Der Inhalt der  
3143 Arbeit wäre bedeutsam – nicht der Titel einer Position, etwa der des Chefkochs. Der gesamte  
3144 Inhalt, der für die Arbeitsanforderungen relevant ist, müsste spezifiziert werden. Dabei wären auch  
3145 die „unsichtbaren“ Arbeitsanforderungen zu beachten, die bisher kaum erkannt und berücksichtigt  
3146 wurden – vor allem bei typischen Frauenarbeitsplätzen. Erst dann wären Bewertungen übergreifend  
3147 vergleichbar. Frauen sollen zudem in typisch "männlich dominierten" Berufsfeldern stärker  
3148 gefördert und damit ihr Zugang zu handwerklichen Berufen, in der akademischen Laufbahn und in  
3149 MINT-Fächern vereinfacht werden. Außerdem möchten wir Frauennetzwerke einführen, um  
3150 gegenseitige Unterstützungsmöglichkeiten in diesen Berufsfeldern auszubauen.

3151  
3152 Nach wie vor herrscht ein signifikantes Ungleichgewicht, was den **Anteil von Frauen in**  
3153 **Führungspositionen** angeht. Auch wenn ihr Anteil in Führungspositionen im Osten Deutschlands  
3154 höher ist als im Westen, sind weniger als 30 % Frauen im Top-Management kein Grund zu feiern.  
3155 Ähnlich sieht der Frauenanteil bei den Lehrstühlen an Universitäten aus – und das, obwohl Frauen  
3156 zu Beginn der akademischen Laufbahn noch überproportional vertreten sind. Noch schlimmer sieht  
3157 es bei den politischen Ämtern aus. Der Sächsische Landtag hat im bundesweiten Vergleich einen  
3158 der niedrigsten Frauenanteile. Ein ähnliches Bild zeigt sich auf der kommunalen Ebene. Bis wir zu  
3159 einer Gleichstellung gelangt sind, die sich selbst verstetigt, benötigt es Frauenquoten von 50 % in  
3160 Führungspositionen und in allen weiteren politischen und gesellschaftlichen Gremien.

3161  
3162 **Für Die Linke ist die Gleichstellung ein wesentliches Ziel.** Die Bedeutung des Geschlechts als  
3163 gesellschaftlich hierarchisierende Kategorie wollen wir zurückdrängen. Im Bereich öffentlicher  
3164 Unternehmen und der Verwaltung werden wir **anonymisierte Bewerbungsverfahren** bei der  
3165 Personalauswahl einführen und Maßnahmen ergreifen, um den **Anteil von Frauen in**  
3166 **Führungspositionen zu erhöhen.** Wir wollen in ganz Sachsen Tarifverträge mit  
3167 geschlechtersensibler Arbeitsbewertung.

3168  
3169 In unserer Gesellschaft führen stereotype Rollenbilder und bestehende Geschlechterverhältnisse  
3170 weiterhin zu konkreten und erheblichen Unterschieden – bei der Berufswahl wie beim Zugang zur  
3171 gesellschaftlichen Teilhabe und zu finanziellen Ressourcen. Menschen, die sich weder dem  
3172 männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen oder deren Geschlecht nicht mit  
3173 dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt, werden marginalisiert,  
3174 erfahren Diskriminierung und Gewalt. **Wir wollen die tatsächliche Gleichstellung der**  
3175 **Geschlechter.**

3176  
3177 Die durch nichts zu rechtfertigende **Lohnlücke zwischen Frauen und Männern muss geschlossen**  
3178 **werden.** Wir werden eine umfassende geschlechtersensible Bildungsarbeit auf allen Ebenen  
3179 etablieren. Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen, die von Diskriminierung  
3180 betroffen sind, werden wir ausbauen und fördern. **Sexismus, Queer-, Trans- und**  
3181 **Interfeindlichkeit sowie sexualisierte Gewalt müssen geächtet werden.** Laut der Studie  
3182 „Sachsen-Monitor“ nimmt die Queerfeindlichkeit bei uns zu – wir treten dieser Entwicklung  
3183 entgegen. Wir werden uns dafür einsetzen, den Artikel 3 des Grundgesetzes um das  
3184 Diskriminierungsmerkmal „sexuelle Orientierung“ zu erweitern.

3185

3186 Werbung im öffentlichen Raum begleitet uns auf Schritt und Tritt. Genauso wie das Fernsehen oder  
3187 das Internet tragen die präsentierten Bilder von „typischen“ Frauen und Männern zur Bildung  
3188 stereotyper Rollenklischees bei. So schreiben sie Sexismus und Geschlechterungerechtigkeit fort.  
3189 Deshalb werden wir ein Verbot sexistischer und diskriminierender Werbung im öffentlichen Raum  
3190 durchsetzen.

3191 Wir wollen einen feministischen Kampftag als gesetzlichen Feiertag in Sachsen einführen.

3192

#### 3193 **IV. Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt**

3194

3195 Die Demonstrationen für die Demokratie und gegen ihre rechten Feinde, die in Deutschland und  
3196 auch in Sachsen in diesem Jahr Hunderttausende auf die Straße gebracht haben, machen uns Mut.  
3197 Aber es reicht nicht, wenn die Regierenden die Demokratie immerzu nur in ihren Sonntagsreden  
3198 beschwören. Um die Demokratie zu erhalten, müssen wir sie verbessern. Die Regierenden müssen  
3199 endlich damit aufhören, vor den Forderungen der Demokratiefeinde von rechts einzuknicken. Ein  
3200 **aktiver Staat** muss den Menschen die Existenzängste nehmen, die manche anfällig für rechten  
3201 Populismus machen. Wir müssen in Sachsen die **politische Bildung** und die **Erziehung zur**  
3202 **Demokratie** stärken und den Menschen endlich **mehr Möglichkeiten für direkte Demokratie und**  
3203 **bürgerschaftliche Beteiligung** verschaffen. Wer die Gesellschaft selbstwirksam verändern kann,  
3204 sehnt sich nicht mehr nach dem starken Mann.

3205

3206 Direkte Demokratie kann nur gelingen, wenn es den Menschen leichtgemacht wird, sich  
3207 einzubringen und mitzuzentscheiden. Wir wollen das **Quorum für Volksanträge auf 20.000**  
3208 **Unterschriften und das für Volksbegehren auf fünf Prozent der Bevölkerung reduzieren**. Auch in  
3209 Landkreisen, Städten und Gemeinden müssen die entsprechenden Quoren für Anträge, Begehren  
3210 und Entscheide aus der Bevölkerung weiter gesenkt werden. Wir kämpfen weiter dafür, ein  
3211 **modernes Petitionsgesetz** einzuführen, dass es den Menschen in Sachsen erleichtert, sich mit  
3212 ihren Problemen an den Landtag zu wenden. Mit einem rechtssicheren **Parité-Gesetz** streben wir  
3213 eine **geschlechterparitätische Besetzung der sächsischen Parlamente** an.

3214

3215 Die Linke setzt sich **konsequent gegen Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus und andere**  
3216 **menschenfeindliche Einstellungen** ein. Wir wollen den **Antifaschismus als Staatsziel in der**  
3217 **Sächsischen Verfassung** festschreiben. Wir unterstützen alle Projekte gegen Rassismus und  
3218 Faschismus, so etwa das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“. Wir wollen  
3219 rechte Gewalt verhindern und konsequent bestrafen. **Die rechte Szene muss entwapfnet werden!**  
3220 Wir unterstützen die Errichtung eines **Dokumentationszentrums in Chemnitz und Zwickau zur**  
3221 **Aufarbeitung der rechtsterroristischen Verbrechen des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘**  
3222 **(NSU)“**.

3223

3224 Eine Gesellschaft gleichberechtigter Menschen darf Diskriminierungen nicht dulden. Wir  
3225 befürworten daher ein **Landesantidiskriminierungsgesetz**, das gegen alle Formen behördlicher  
3226 Ungleichbehandlung in Sachsen wirkt. Wir stärken kollektive Rechtsschutzmöglichkeiten und  
3227 schützen betroffene Personen durch einklagbare Rechte. Deshalb kämpfen wir auch **gegen**  
3228 **Benachteiligung und Abwertung auf Grund der sexuellen Identität**. Im Bereich des  
3229 Gewaltschutzes drängen wir auf eine **vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention**.  
3230 Schutzeinrichtungen für Frauen müssen ausgebaut und vollständig vom Freistaat finanziert  
3231 werden. Ein weiterer geschlechtsspezifischer Faktor, welcher Diskriminierungen und  
3232 Stigmatisierung hervorruft, ist die Menstruation. Keine Person sollte sich für ihren Zyklus schämen  
3233 müssen oder ausgegrenzt fühlen. Menstruationsprodukte gehören daher zur Grundversorgung und  
3234 als solche zur Grundausstattung aller öffentlichen Toiletten. Geschlechtergerechte Sprache ist für  
3235 uns ein Mittel, um auf geschlechtliche Vielfalt hinzuweisen.

3236  
3237 Die Sicherung der Demokratie von morgen fängt bei der Jugend von heute an. Wir werden uns  
3238 dafür einsetzen, dass die **UN-Kinderrechtskonvention** umgesetzt wird. **Das aktive Wahlalter bei**  
3239 **Kommunal- und Landtagswahlen sowie Volksentscheiden muss auf 16 Jahre gesenkt werden!**  
3240 Wir wollen **Kinderrechte in der Sächsischen Verfassung** festschreiben. Die Kinder- und  
3241 Jugendhilfe, die demokratische Jugendarbeit und die Jugendbildung wollen wir stärken. Wir wollen  
3242 einen „**Kinder- und Familienfreitag**“ am ersten Freitag im Juni als zusätzlichen gesetzlichen  
3243 Feiertag in Sachsen einführen.  
3244  
3245 Für Die Linke bedeutet der Begriff „öffentliche Sicherheit“ in erster Linie: Schutz der Bevölkerung  
3246 sowie ihrer Rechte. Verbrechen bekämpfen wir am besten, indem wir **die sozialen Ursachen von**  
3247 **Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt bekämpfen**. Das teilweise verfassungswidrige  
3248 **sächsische Polizeigesetz muss überarbeitet werden**, damit endlich wieder die Grundrechte aller  
3249 Menschen und die Unschuldsvermutung im Vordergrund stehen. Für eine gute Polizeiarbeit  
3250 benötigen wir eine bessere Ausbildung und mehr Ermittlungskapazitäten. Rassismus und  
3251 Diskriminierung in und durch Polizei und Justiz müssen beendet werden. Wir wollen **Racial Profiling**  
3252 **verbieten**. Der Inlandsgeheimdienst namens Landesamt für **Verfassungsschutz ist aufzulösen**. Im  
3253 Strafvollzug müssen Wiedereingliederung und Wiedergutmachung im Mittelpunkt stehen.  
3254  
3255 **Kultur muss für alle zugänglich sein**. Wir wollen die Kommunen und Kulturräume so ausstatten,  
3256 dass es ihnen möglich ist, die reichhaltige Kunst- und Kulturlandschaft in Sachsen zu erhalten. Wir  
3257 fordern ein **landesweites Entwicklungskonzept für Kunst und Kultur, dynamisierte**  
3258 **Kulturraummittel** und **Honoraruntergrenzen** für künstlerisch Schaffende. Musikschulen müssen  
3259 besser unterstützt, Lehrkräfte besser bezahlt werden. Wir wollen den Frauentag am 8. März und  
3260 den Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai als neue Feiertage etablieren. Die  
3261 **Erinnerungskultur** in Sachsen wollen wir konsequent antifaschistisch ausrichten. Die  
3262 Gedenkstätten müssen finanziell besser ausgestattet werden.  
3263  
3264 **Sport** hat eine positive Wirkung auf alle, die ihn treiben, aber auch auf die gesamte Gesellschaft.  
3265 Der **Breitensport** darf nicht zugunsten des Spitzensports vernachlässigt werden. Die Kommunen  
3266 müssen vom Freistaat die Mittel erhalten, um **Sportanlagen** zu errichten und zu unterhalten. Sie  
3267 müssen auch den Vereinen zur Verfügung stehen. Der Schulsport muss gesichert werden. **Jedes**  
3268 **Kind soll schwimmen lernen!** Schwimmhallen müssen saniert und neu errichtet werden. Das  
3269 Sportwesen würde ohne das Ehrenamt nicht funktionieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
3270 **Qualifizierung** von Ehrenamtlichen in den Sportvereinen besser gefördert wird, so u.a. durch  
3271 Freistellungen und finanzielle Unterstützung.  
3272  
3273 Die Medien sind eine Säule unserer Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass eine große **Vielfalt**  
3274 **hochwertiger Medien in Sachsen** erhalten bleibt und auch neue Angebote entstehen können. Wir  
3275 wollen die **nichtkommerziellen Freien Radios sowie die regionalen und lokalen Fernseh- und**  
3276 **Radioprogramme erhalten**. Der **MDR** als öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Sachsen soll nicht nur  
3277 einer minimalistischen „Grundversorgung“ dienen, neben der Information zählen auch Bildung,  
3278 Beratung, Kultur und Unterhaltung zu seinem umfassenden Auftrag. Wir wollen die solidarische  
3279 Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beibehalten. Menschen, die Transferleistungen  
3280 empfangen, wollen wir grundsätzlich vom Rundfunkbeitrag befreien. Der **MDR-Staatsvertrag muss**  
3281 **reformiert werden**, um den MDR vielfältiger zu machen und die Beschäftigten besser an den  
3282 Entscheidungen zu beteiligen.  
3283  
3284 Die Linke steht für eine **offene und freie Netzgemeinschaft**. Deshalb sind wir entschieden **gegen**  
3285 **Zensur, Netzsperrern, Überwachung und anlasslose Datenspeicherung durch Behörden und**

3286 **Unternehmen.** Wir sind für **Netzneutralität!** Im digitalen Raum darf es keine Klassengesellschaft  
3287 geben, die einige benachteiligt und andere bevorzugt. Wir wollen Institutionen zum **Schutz vor**  
3288 **Hass und Gewalt im Netz** ausbauen.

3289  
3290 Auch in Sachsen ist **Einwanderung** längst gesellschaftliche Normalität. Geflüchteten Schutz zu  
3291 gewähren, ist eine humanitäre Pflicht. Zugleich begreifen wir Zuwanderung als Chance für die  
3292 sächsische Gesellschaft. Sachsen soll ein offenes Land werden mit **gleichen Rechten auf soziale**  
3293 **Sicherung und gesellschaftliche Teilhabe für Eingewanderte.** Wir treten für dezentrale  
3294 Unterbringung und selbstbestimmtes Wohnen ein. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten  
3295 sollen **Willkommenszentren** entstehen, die Initiativen beraten, koordinieren und fördern.  
3296 Ausländerbehörden wollen wir zu Willkommensbehörden umgestalten, **Verfahren vereinfachen**  
3297 **und digitalisieren.** Wir setzen uns für eine **Bleiberechts-offensive** in Sachsen ein. Das von der  
3298 sächsischen Regierungskoalition verabschiedete Integrationsgesetz reicht nicht aus. Sachsen  
3299 braucht ein echtes **Teilhabe-gesetz.**

3300  
3301 **Die Linke bekennt sich klar zu Europa** und zur europäischen Integration. Wir setzen uns für ein  
3302 **Europa der Regionen** ein. Dazu muss der **Ausschuss der Regionen** der Europäischen Union  
3303 gestärkt werden. Sachsen muss sich auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass das  
3304 **Menschenrecht auf Asyl** von der EU garantiert wird. Wir fordern die **Auflösung von Frontex**, da  
3305 diese Grenzschutztruppe nachweislich die Menschenrechte von Geflüchteten erheblich verletzt.  
3306 Wir sind **gegen Grenzkontrollen.** Den Jugendaustausch, die europapolitische Bildung und den  
3307 Tschechisch- und Polnisch-Unterricht an sächsischen Schulen wollen wir ausbauen.

3308  
3309 Die Linke ist seit jeher die Partei des Friedens. Wir sind gegen Krieg, Aufrüstung, Waffenexporte  
3310 und Militarismus. Wir kämpfen um eine friedliche Welt, die durch Zusammenarbeit geprägt ist und  
3311 in der Konflikte durch Diplomatie gelöst werden. Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von  
3312 Krieg. Im Interesse der Menschen muss der Frieden auch gerecht sein. Die Wurzel der Kriege liegt  
3313 in einer ungerechten Weltordnung, die beseitigt werden muss. Wir akzeptieren keine  
3314 Doppelstandards. Wir lehnen Russlands Krieg gegen die Ukraine genauso entschieden ab wie  
3315 andere völkerrechtswidrige Kriege, etwa den Krieg der USA im Irak oder die türkischen Feldzüge in  
3316 den kurdisch besiedelten Gebieten. Bewegungen für Menschenrechte und Demokratie in aller Welt  
3317 wollen wir mit friedlichen Mitteln unterstützen. Wir sind dagegen, dass in Sachsen neue Waffen  
3318 erfunden oder produziert, neue Bundeswehrstandorte gegründet oder an den Schulen und  
3319 Hochschulen für den Kriegsdienst geworben wird. Stattdessen sollte Sachsen die internationale  
3320 Zusammenarbeit fördern, etwa durch den Ausbau von Städtepartnerschaften.

3321  
3322 **Direkte Demokratie, Bürger:innenbeteiligung und Transparenz**

3323  
3324 Direkte Demokratie kann nur gelingen, wenn es den Menschen leichtgemacht wird, sich  
3325 einzubringen und mitzuentcheiden. Aber Sachsen hat deutschlandweit die höchste Hürde bei der  
3326 Volksgesetzgebung. Würde die Mindestbeteiligung (Quorum) reduziert, die für Volksanträge und  
3327 Volksbegehren nötig ist, könnten diese demokratischen Möglichkeiten viel häufiger genutzt  
3328 werden. Für Die Linke ist daher die **Halbierung des Quorums auf 20.000 Unterschriften für einen**  
3329 **Volksantrag** ein folgerichtiger Schritt. Im nächsten Schritt muss das **Unterschriftenquorum für**  
3330 **das Volksbegehren auf fünf Prozent** reduziert werden, bezogen auf die bei der letzten  
3331 Landtagswahl Wahlberechtigten. Um die direktdemokratischen Verfahren zu verbessern, treten wir  
3332 für weitere Maßnahmen ein: So kann ein Volksantrag neben einem Gesetz auch einen allgemeinen  
3333 Gegenstand der politischen Willensbildung zum Gegenstand haben. Außerdem sollen  
3334 Volksbegehren früh auf ihre Zulässigkeit geprüft werden. Das zuständige Ministerium soll eine  
3335 **kostenlose Beratung** zum Start der Sammlung anbieten. Abstimmungsbroschüren sollen

3336 eingeführt und den Initiativen ein **Rede- und Anhörungsrecht** eingeräumt werden. Es muss auch  
3337 möglich sein, **Volksinitiativen** außerhalb der Gesetzgebung durchzuführen.

3338  
3339 Auch im Bereich der kommunalen Angelegenheiten wollen wir, dass mehr Menschen teilhaben  
3340 können. Dafür ist es entscheidend, die **Quoren für Einwohner:innenanträge,**  
3341 **Bürger:innenbegehren und Bürger:innenentscheide in Landkreisen, Städten und Gemeinden**  
3342 **und damit die Hürden für unmittelbare Beteiligung weiter zu senken** und kommunalen  
3343 Interessengruppen mehr Entscheidungsbefugnis zu geben.

3344  
3345 Die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen wird durch zahlreiche Barrieren  
3346 erschwert. So ist es für sie im ländlichen Raum oft schon schwer möglich, das aktive Wahlrecht  
3347 auszuüben – nur wenige **Wahllokale sind barrierefrei**. Das muss sich ändern! Die Bereitstellung  
3348 und Nutzung barrierefreier Wahllokale in den Kommunen muss gesetzlich vorgeschrieben und  
3349 deren Einrichtung durch das Land finanziell unterstützt werden. Politische Information und Bildung  
3350 sollten deshalb barrierefrei und in Leichter Sprache zugänglich sein.

3351  
3352 Auf kommunaler Ebene sollen flächendeckend Inklusionsbeauftragte hauptamtlich berufen und das  
3353 Aufgabenprofil der bisher tätigen Behindertenbeauftragten entsprechend erweitert werden. Parallel  
3354 sollen auf dieser Ebene ehrenamtliche Inklusionsbeiräte tätig werden, die vor allem mit Menschen  
3355 mit Behinderungen besetzt werden. Die Arbeit des Landesbeirats soll durch eine Ausweitung der  
3356 Befugnisse und Ausstattung unterstützt und so auch öffentlich stärker wahrnehmbar werden. Der  
3357 Anspruch einer politischen und gesellschaftlichen Partizipation von Menschen mit Behinderungen  
3358 muss stärker in den maßgeblichen Gesetzen und Verordnungen des Freistaates Sachsen verankert  
3359 und nachgeschärft werden: im Sächsischen Inklusionsgesetz, in der Sächsischen  
3360 Gemeindeordnung und in der Sächsischen Landkreisordnung. Zur Koordination von Maßnahmen  
3361 und zur fachlichen Begleitung und Vernetzung der Akteur:innen und Verbände soll in enger  
3362 Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung eine Fachstelle „Politische Bildung  
3363 inklusiv“ etabliert werden, in der Expertise gebündelt, Wissen barrierefrei zur Verfügung gestellt  
3364 wird und Menschen mit Behinderungen auch aktiv zur politischen Beteiligung motiviert werden  
3365 können.

3366  
3367 Damit Bürgerinnen und Bürger sich erfolgreich beteiligen können, benötigen sie Instrumente, um  
3368 die Politik verbindlich zum Dialog aufzufordern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die  
3369 **Bürger:innenmitbestimmung** ausgebaut und gefördert wird. Mitwirkungs- und  
3370 **Mitbestimmungsrechte marginalisierter Gruppen** sollen gesichert werden. Wir dringen auf die  
3371 Einführung öffentlicher Petitionen, bei denen es für die Petenten einen **Anspruch auf eine**  
3372 **öffentliche Anhörung** gibt, wenn ein bestimmtes Quorum erfüllt ist. Ebenso brauchen wir eine  
3373 dauerhafte **Beratungsstelle für Bürger:innenbeteiligung**.

3374  
3375 Für Die Linke trägt ein modernes Petitionswesen zu einer lebendigen Demokratie bei. Petitionen  
3376 bieten die Möglichkeit, sich direkt am demokratischen Prozess zu beteiligen und Vorschläge  
3377 einzubringen. Dazu muss der Einfluss der Bürgerinnen und Bürger allerdings wahrnehmbar sein.  
3378 Das sächsische Petitionsrecht genügt diesem Anspruch nicht. Das geltende Sächsische  
3379 Petitionsausschussgesetz wollen wir durch ein **modernes Petitionsgesetz** ablösen. Die  
3380 Linksfraktion im Sächsischen Landtag hat dazu bereits per Gesetzentwurf Vorschläge unterbreitet.  
3381 So muss das Petitionsrecht allen offenstehen: Deshalb sollen Petitionen auch in Brailleschrift,  
3382 mündlich oder gebärdensprachlich eingereicht werden können, wie in Hessen oder Thüringen. Der  
3383 Landtag muss Online-Petitionen ermöglichen, wie es der Bundestag schon 2005 getan hat. Eine  
3384 öffentliche **Online-Petitionsplattform** soll Debatten ermöglichen. Den **Schutz personenbezogener**  
3385 **Daten** wollen wir so regeln wie das Verfahren zu Massen- und Sammelpetitionen. Zudem schlagen

3386 wir vor, dass die Staatsregierung vier Wochen, nachdem eine Petition eingereicht wurde, Stellung  
3387 nehmen muss, in Eilfällen binnen sieben Tagen. Sie muss außerdem den Landtag innerhalb von  
3388 sechs Wochen schriftlich darüber informieren, was sie veranlasst hat. Nicht zuletzt soll der  
3389 Petitionsausschuss finanzielle Mittel für einen **Härtefallfonds** erhalten. Damit soll er Petentinnen  
3390 und Petenten direkt helfen können, die unverschuldet in eine besondere wirtschaftliche Notlage  
3391 geraten sind.

3392  
3393 Das beschlossene Transparenzgesetz muss zügig evaluiert werden, um schneller als bisher geplant  
3394 für **mehr öffentliche Transparenz** der staatlichen und kommunalen Verwaltungen zu sorgen.  
3395 Kommunen sowie Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, sollten ins  
3396 Transparenzgesetz aufgenommen werden. Uns ist es wichtig, dass die Entscheidungen von  
3397 Regierungen, Behörden und staatlichen sowie kommunalen Einrichtungen vollständig  
3398 nachvollziehbar sind.

3399  
3400 Wir wollen gesetzlich verankern, dass bei der Listenaufstellung für Wahlen verpflichtend ebenso  
3401 viele Frauen wie Männer zu berücksichtigen sind. Mit einem rechtssicheren **Parité-Gesetz** streben  
3402 wir eine **geschlechterparitätische Besetzung der sächsischen Parlamente** an.

3403

#### 3404 **Zivilgesellschaftliches Engagement und Antifaschismus**

3405

3406 Die Linke setzt sich konsequent gegen menschenverachtende Denkmuster wie Antisemitismus,  
3407 Nationalismus, Rassismus und andere diskriminierende Einstellungen ein. Menschenfeindliches  
3408 Denken und Handeln gibt es leider in allen Altersgruppen und allen gesellschaftlichen Bereichen.  
3409 Dagegen anzugehen ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Anstrengungen sind in allen  
3410 Feldern der Politik nötig. Rassistische Einstellungen und Taten müssen als Problem benannt  
3411 werden. Wir fordern den Ausbau von Fort- und Weiterbildungsangeboten zur präventiven Arbeit  
3412 gegen die extreme Rechte sowie um Menschen zu befähigen, sich mit den aktuellen Erscheinungen  
3413 von Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen und ihre Handlungskompetenzen zu stärken.  
3414 Diese Fort- und Weiterbildungsangebote sind vor allem für Menschen in der Jugend- und  
3415 Sozialarbeit, für Lehrkräfte, für die Verwaltung sowie für Polizei und Justiz wichtig. Gerade bei  
3416 diesem Problem ist größte Sensibilität nötig.

3417

3418 Ein offenes Land mit freien Menschen schützt sich vor den Gegner:innen von Demokratie und  
3419 Republik. Daher muss die entschlossene Auseinandersetzung mit der extremen Rechten,  
3420 antidemokratischen Strukturen, menschenfeindlichen Strömungen und rassistischen Bestrebungen  
3421 ein permanentes Ziel staatlicher Politik im Freistaat Sachsen sein. Dies gewährleistet eine  
3422 **Antifaschismus-Klausel in der Sächsischen Verfassung**. Sie verpflichtet alle staatlichen  
3423 Institutionen daran mitzuwirken, die extreme Rechte zurückzudrängen. Insbesondere die AfD als  
3424 parlamentarischer Arm der extremen Rechten muss durch alle Möglichkeiten, die dem Staat zur  
3425 Verfügung stehen bekämpft werden.

3426

3427 Das von der Staatsregierung aufgelegte „**Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus**“ muss  
3428 beibehalten, mit der Hilfe von Expertisen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft stetig  
3429 fortentwickelt und in gemeinsamer Verantwortung mit den Kommunen umgesetzt werden. Dabei  
3430 kommt es entscheidend auf die bessere Kooperation aller Beteiligten an.

3431

3432 Die wichtige Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen darf nicht länger durch Misstrauen behindert  
3433 werden. Die Linke Sachsen unterstützt antifaschistische und antirassistische Projekte, Initiativen  
3434 und Bündnisse, die sich für mehr Miteinander und Toleranz einsetzen sowie das **Programm**

3435 **„Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“**. Dieses Programm soll dauerhaft fortgeführt  
3436 werden und muss mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

3437  
3438 Die Gefahr durch die extreme Rechte sowie durch Verschwörungsideologien sowie rassistische  
3439 und menschenfeindliche Ideologien ist ungebrochen. Wir fordern, dass die Behörden und die  
3440 Polizei die Menschen vor diesen Gefahren schützen, statt radikal rechte Akteur:innen machen zu  
3441 lassen, was sie wollen. **Die rechte Szene muss entwapfnet werden!** Rechte, rassistische und  
3442 antisemitische Täter:innen müssen endlich den Druck der Verfolgung spüren. Polizei und Justiz  
3443 müssen im Kampf gegen rechte Gewalt wirksamer werden.

3444  
3445 Für Die Linke ist die Errichtung eines **Dokumentationszentrums in Chemnitz und Zwickau zur**  
3446 **Aufarbeitung der rechtsterroristischen Verbrechen des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘**  
3447 **(NSU)“** ein folgerichtiger Schritt. Unter die Aufarbeitung dieser Morde kann und darf angesichts  
3448 vieler offener Fragen kein Schlusstrich gezogen werden. Die Planung des  
3449 Dokumentationszentrums muss unterstützt, seine Errichtung finanziell ermöglicht und die  
3450 Unabhängigkeit des Projekts gesichert werden. Zudem sollte die **Aufarbeitung des NSU-**  
3451 **Komplexes auch Teil des Unterrichts an sächsischen Schulen** sein.

3452  
3453 Wir halten es für nötig, die erfahrenen, langjährigen Träger der **Beratungsnetzwerke**  
3454 (Opferberatung sowie mobile Beratung), die vielfältige Kontakte in den sächsischen Regionen  
3455 haben, kontinuierlich weiter zu fördern und stärker zu institutionalisieren. Außerdem muss die  
3456 Landesregierung die Kommunen dabei unterstützen, Nazikonzerte, extrem rechte Demonstrationen  
3457 und Häuserkäufe durch rechte Gruppen oder Personen zu verhindern.

3458  
3459 Wir wollen ein **Landesgesetz zur Demokratieförderung**, das das Demokratie-Zentrum  
3460 weiterentwickelt und die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Initiativen sichert.

3461  
3462 Der **Sachsen-Monitor** ist ein wichtiges Mittel dazu, die Einstellungen der sächsischen Bevölkerung  
3463 zu erforschen. Wir treten dafür ein, ihn weiterzuentwickeln und sicherzustellen, dass er  
3464 unabhängig, transparent und wissenschaftlich fundiert erarbeitet wird. Die Auswertung der Daten  
3465 sollte einer akademischen Institution überlassen werden.

3466  
3467 Seit 2014 liegt die Zahl der jüdenfeindlichen Straftaten in Sachsen jährlich fast durchgängig im  
3468 dreistelligen Bereich. Die meisten dieser Taten kommen von rechts. Wir fordern daher eine:n  
3469 **hauptamtliche:n Antisemitismusbeauftragte:n**, der bei der Sächsischen Staatskanzlei angesiedelt  
3470 wird. Die aktuelle Stelle des „Beauftragten für jüdisches Leben in Sachsen“ reicht nicht aus. Die/der  
3471 Beauftragte sollte künftig hauptamtlich, möglichst unabhängig und ressortübergreifend  
3472 Antisemitismus vorbeugen und ihn bekämpfen können. Er muss dazu mit eigenen Kontroll- und  
3473 Initiativrechten ausgestattet sowie durch einen Fachbeirat unterstützt werden. Gemeinsames Ziel  
3474 muss es sein, den Antisemitismus zurückzudrängen – gleichgültig, in welcher Form er sich zeigt  
3475 und aus welcher politischen oder weltanschaulichen Richtung er kommt.

3476  
3477 **Die Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges demokratisches Grundrecht, das gewahrt und**  
3478 **gewährleistet werden muss. Demonstrationsrechte müssen gestärkt werden.** Daher lehnen wir  
3479 die Novellierung des Sächsischen Versammlungsgesetzes entschieden ab. Der Gesetzentwurf  
3480 ordnet das Versammlungsrecht dem Polizeirecht unter und höhlt das Grundrecht auf  
3481 Versammlungsfreiheit aus. Die bundesweit einmalige Regelung zur systematischen Überprüfung  
3482 der Daten von ehrenamtlichen Ordner:innen und die massive Ausdehnung der nötigen Vorlaufzeit  
3483 zur Anzeige einer Versammlung stehen exemplarisch für den repressiven Charakter des Gesetzes.  
3484 Die darin enthaltenen massiven Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und zahlreichen neuen

3485 Repressionsinstrumente müssen verhindert werden! Dazu gehört es auch, die Arbeit von Medien  
3486 jederzeit zu ermöglichen. Die Polizei muss Journalist:innen wirksam gegen Anfeindungen und  
3487 Angriffe schützen.

3488  
3489 Wir fordern die **Entkriminalisierung von antirassistischem und antifaschistischem sowie**  
3490 **zivilgesellschaftlichem Protest**. Wir setzen uns für die Auflösung der „Soko LinX“ ein.

3491  
3492 **Kampf gegen Diskriminierung**

3493  
3494 Eine Gesellschaft gleichberechtigter Menschen darf Diskriminierungen nicht dulden. Dies gilt auch  
3495 für Benachteiligung und Abwertung auf Grund der sexuellen Identität. Deshalb setzen wir uns auch  
3496 queerpolitisch für eine zielgerichtete und umfassende Politik gegen Diskriminierung ein.

3497 **Antidiskriminierungsbüros** wollen wir insbesondere im ländlichen Raum ausbauen und zudem  
3498 spezifische Angebote wie queere Wohngruppen oder autonome MINTA\*- und FLINTA\*-Häuser  
3499 schaffen. Vereine und freie Träger, die in diesem Bereich tätig sind, wollen wir finanziell besser  
3500 ausstatten, damit sie mehr Personal einsetzen können. Die Vernetzungs- und Demokratiewerkarbeit der  
3501 queeren Vereine wollen wir in Förderrichtlinien verankern. Zudem setzen wir uns für eine  
3502 unabhängige Melde- und Beratungsstelle nach dem Berliner Vorbild „Maneo“ ein. Wir fordern die  
3503 rechtliche Gleichstellung bei Kinderwunschbehandlungen und Adoptionen. Wir wollen Polizei und  
3504 Justiz dafür sensibilisieren, entschiedener gegen queerfeindliche Hasskriminalität vorzugehen.  
3505 Queere Geflüchtete sind stärker zu schützen. Erniedrigende Gespräche zur Feststellung der  
3506 Fluchtursache müssen beendet werden und die Sachbearbeiter:innen besser sensibilisiert werden.

3507  
3508 Das Sächsische Prostituiertenschutzausführungsgesetz (SächsProstSchGAG) wollen wir  
3509 grundlegend erneuern. Die Stigmatisierung und das Kontrollregime müssen ein Ende haben.  
3510 Stattdessen müssen **Sexarbeiter:innen unterstützt** und ihre **Selbstbestimmung am Arbeitsplatz**  
3511 **gefördert** werden. Wir wollen die wichtige Arbeit der Beratungsstellen unterstützen, aber auch die  
3512 Sexarbeiter:innen darin, sich selbst zu organisieren.

3513  
3514 Opfer von Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung und Zwangsprostituierte, die von  
3515 Ausbeutung, Gewalt und Zuhälterei betroffen sind, müssen besser geschützt und unterstützt  
3516 werden. Wir möchten **umfassende Schutzrechte für Betroffene** unabhängig von  
3517 Aufenthaltsfragen und der Bereitschaft, mit den Strafverfolgungsbehörden zu kooperieren. Wir  
3518 wollen die Fachberatungsstellen für Betroffene des Menschenhandels ausreichend finanzieren,  
3519 damit diese **Zufluchtswohnungen** bereitstellen und somit unmittelbar Sicherheit schaffen können.  
3520 Um die Vertraulichkeit zu sichern, sollen Berater:innen ein Zeugnisverweigerungsrecht bekommen.

3521  
3522 Im Bereich des Gewaltschutzes drängen wir auf eine vollständige **Umsetzung der Istanbul-**  
3523 **Konvention**. Koordinierungs- und Interventionsstellen müssen dem Bedarf entsprechend  
3524 ausgebaut, die Beratung angemessen gefördert werden. Die Zahl der Schutzplätze muss  
3525 mindestens verdoppelt werden. Landesweit sind Trauma-Ambulanzen einzurichten. Außerdem  
3526 braucht es vermehrt Cyber-Gewalt-Expertise sowie ein Femizid-Monitoring.  
3527 Polizei und Justiz müssen besser geschult werden, insbesondere was Präventionsmaßnahmen  
3528 sowie den Grundsatz „Gewaltschutz vor Umgangsrecht“ betrifft. **Schutzeinrichtungen** sind  
3529 barrierefrei auszubauen und vollständig vom Freistaat zu finanzieren, sodass Betroffene nicht mehr  
3530 gezwungen sind, einen Eigenanteil zu bezahlen. Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete, die von  
3531 Gewalt betroffen sind, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten.

3532  
3533 Menschen mit Behinderungen werden mehrfachdiskriminiert und ausgeschlossen. Wir setzen uns  
3534 für inklusive Strukturen ein und für die konsequente **Umsetzung der UN-**

3535 **Behindertenrechtskonvention.** Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigter und  
3536 integrierter Teil der Gesellschaft sein, ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben führen können und  
3537 an sämtlichen gesellschaftsrelevanten Fragen beteiligt werden. Wir überprüfen bestehende  
3538 Gesetze, Verordnungen und Praktiken hinsichtlich der Vorgaben der UN-  
3539 Behindertenrechtskonvention und passen sie, wenn notwendig, entsprechend an.

3540

3541 **Geschlechtergerechte Sprache** ist für uns ein Mittel, um auf geschlechtliche Vielfalt hinzuweisen –  
3542 so u.a. in Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien, Satzungen und Durchführungsbestimmungen des  
3543 Freistaats. Dementsprechend setzen wir uns für eine Anpassung von Statistiken, Formularen,  
3544 Homepages, Handreichungen, Rundschreiben und anderen Dokumenten ein, deren Urheber der  
3545 Freistaat ist. Die unsägliche Weisung des Kultusministers an Schulen zum Verbot  
3546 geschlechtergerechter Schreibweisen wollen wir umgehend revidieren.

3547

### 3548 Kinder- und Jugendmitbestimmung

3549

3550 Die Sicherung der Demokratie von morgen fängt bei der Jugend von heute an. Daher ist  
3551 Mitbestimmung und Beteiligung an allen Orten des Aufwachsens von größter Bedeutung. Kinder  
3552 und Jugendliche streben danach, aktiv teilzunehmen und tatsächlich Einfluss auf Entscheidungen  
3553 zu haben, die sie betreffen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die **UN-**  
3554 **Kinderrechtskonvention** umgesetzt wird. Es geht nicht nur um **Räume zur freien Entfaltung**,  
3555 sondern um echte Mitbestimmung: Wir müssen Kindern und Jugendlichen vertrauen und ihnen  
3556 zutrauen, dass sie sich gesellschaftlich einbringen können. Diesem Engagement müssen wir einen  
3557 institutionellen Rahmen geben, damit junge Menschen die Möglichkeit haben, ihre eigenen  
3558 politischen Interessen zu vertreten.

3559

3560 Damit die Interessen der jungen Generation auch im Prozess der politischen Willensbildung stärker  
3561 berücksichtigt werden, fordern wir: **Das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen**  
3562 **sowie Volksentscheiden muss in einem ersten Schritt auf 16 Jahre gesenkt werden!** Langfristig  
3563 setzen wir uns für die Einführung eines aktiven **Wahlrechts aller Personen ohne**  
3564 **Altersbeschränkung** ein und führen diese Debatte mit verschiedenen gesellschaftlichen und  
3565 politischen Akteur:innen sowie im Parlament weiter fort.

3566

3567 Da sich Demokratie aber nicht in einem Urnengang alle paar Jahre erschöpft, setzen wir uns für  
3568 mehr **Jugendbeteiligung durch Jugendbeteiligungsforen** ein – sowohl auf kommunaler als auch  
3569 auf Landesebene. Daher setzen wir uns auf Landesebene auch für eine „**Gesamtstrategie Kinder-**  
3570 **und Jugendbeteiligung**“ ein, da Beteiligung an allen Orten des Aufwachsens von Kindern und  
3571 Jugendlichen praktisch gelebt werden muss. Die Jugendbeteiligungsforen sollen ein regelmäßig  
3572 stattfindendes Angebot sein, bei dem junge Menschen einer Gemeinde nach Belieben mitmachen  
3573 können, um im Austausch miteinander ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechend eigene  
3574 Projekte zu realisieren. Jugendbeteiligungsforen sollen jungen Menschen dazu dienen, ihre  
3575 Interessen zu artikulieren und sich einen politischen Willen zu bilden. Die Politik und Verwaltung der  
3576 jeweiligen Ebenen müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Jugendforen  
3577 funktionieren. Sie müssen den Jugendlichen die Räume für ihre Treffen bereitstellen und sie bei  
3578 Bedarf in organisatorischen Fragen beraten. Sie sollen aber nicht bevormunden und den  
3579 inhaltlichen oder methodischen Rahmen vorgeben. Die **Jugendforen** müssen sowohl Rede- als  
3580 auch Antragsrecht im Parlament bzw. Gremium der entsprechenden Ebene haben. Zusätzlich  
3581 werden die Jugendforen mit einem eigenen Budget ausgestattet, über das die Jugendlichen für die  
3582 Umsetzung ihrer Projekte frei verfügen können. Parallel bleiben **Angebote der politischen und**  
3583 **demokratischen Bildung** wichtig, auch an Schulen.

3584

3585 Kinder und Jugendliche können sich noch nicht vollständig selbst vertreten, daher braucht es eine  
3586 Politik, die die Interessen und Bedürfnisse der Jüngeren in den Blick nimmt. Außerdem sind Kinder  
3587 und Jugendliche an allen sie betreffenden Entscheidungen in geeigneter Weise wirksam zu  
3588 beteiligen, insbesondere in kommunalen Gremien wie Orts-, Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten.  
3589 Dafür muss insbesondere im Paragraph 47a der sächsischen Gemeindeordnung wie in Schleswig-  
3590 Holstein die verpflichtende Kinder- und Jugendbeteiligung vorgeschrieben werden und nach  
3591 Baden-Württembergischen Vorbild die Einrichtung von Beteiligungsgremien bei den Kindern und  
3592 Jugendlichen selbst liegen.

3593  
3594 Kinder und Jugendliche werden als Träger:innen eigener Rechte in der politischen und  
3595 gesellschaftlicher Realität oft ignoriert, ihre Interessen dabei missachtet. Deswegen soll sich  
3596 Sachsen auf Bundesebene dafür einsetzen, **Kinderrechte ins Grundgesetz** aufzunehmen – mit  
3597 einer Regelung, die die Rechte von Kindern tatsächlich stärkt und nicht hinter den Status quo  
3598 zurückfällt. Das gilt auch für die Integration von **Kinderrechten in die sächsische Verfassung**. Die  
3599 Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz und in der sächsischen Verfassung darf kein bloß  
3600 symbolischer Akt sein. Er muss die regierende Politik dazu verpflichten, die spezifischen  
3601 Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen bei allen politischen Entscheidungen zu  
3602 berücksichtigen. Als ersten Schritt dafür wollen wir wie in Thüringen einen **Jugendcheck für**  
3603 **Gesetzesvorhaben** einführen. Wir kämpfen dafür, dass auch Kindern mit besonderen Förder- bzw.  
3604 Inklusionsbedürfnissen das Recht auf Teilhabe und das Recht auf gutes Aufwachsen garantiert  
3605 wird.

3606  
3607 Kinder haben grundsätzlich ein Anrecht auf Schutz und Unterstützung. Um **Kinderschutz**  
3608 sicherzustellen, gegen alle Formen von Gewalt gegen Kinder vorzugehen und Kinder und  
3609 Jugendliche zu unterstützen, die von Gewalt betroffen sind, setzen wir uns dafür ein, solche Fälle  
3610 kindzentriert und betroffenenensibel zu bearbeiten. Wir fordern Präventionsmaßnahmen,  
3611 verbindliche Schutzkonzepte und einen Fokus auf das Kindeswohl. Jede Form von Gewalt gegen  
3612 Kinder, ob verbal, physisch oder sexualisiert, muss bekämpft werden. Der Kinderschutz ist auf allen  
3613 Ebenen zu stärken. Das Kindeswohl kann jedoch auch durch Armut gefährdet werden. Kinder,  
3614 Jugendliche und ihre Familien benötigen stabile Lebensverhältnisse, um eigenverantwortlich über  
3615 ihr Leben zu entscheiden und den Alltag erfolgreich zu meistern. Für uns sind daher Maßnahmen  
3616 zur Bekämpfung der Armut unerlässlich, auch um Kinderschutz und Kinderrechte zu verwirklichen.  
3617 Um das kindliche Wohlergehen in familiären Notsituationen unterschiedlicher Art zu sichern, sind  
3618 eine **krisenfeste Kinder- und Jugendhilfe** sowie teil- und vollstationäre Hilfen zur Erziehung  
3619 wesentlich. Sie müssen dem Bedarf entsprechend ausgestattet und finanziert sein. Das  
3620 Wegsperrn von Kindern und Jugendlichen war und ist keine Lösung. Wir lehnen es entschieden  
3621 ab, die geschlossene Unterbringung wieder einzuführen.

3622  
3623 Die Demokratie lebt von einer engagierten, aktiven Zivilgesellschaft. Wer von Anfang an  
3624 zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt, legt die besten Grundlagen auch für  
3625 Demokratiebildung und Demokratieförderung. Deswegen wollen wir den **Jugendfreiwilligendienst**  
3626 **aufwerten**, indem sein Taschengeld erhöht wird. Alle Kürzungsvorhaben im Bereich der  
3627 Freiwilligendienste lehnen wir ab, stattdessen müssen sie finanziell besser ausgestattet werden.

3628  
3629 Die offene Jugendarbeit ist von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft. Deshalb ist für uns vor  
3630 allem die Förderung der **demokratischen Jugendarbeit** und **Jugendbildung** ein wesentlicher  
3631 Punkt. Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Mitarbeitenden müssen hier deutlich verbessert  
3632 werden. Zudem fordern wir die Stärkung der **selbstverwalteten Jugendhäuser und autonomen**  
3633 **Jugendzentren (AJZ)**.

3634

3635 Die Antwort auf Kinder- und Jugendkriminalität sind nicht repressive Maßnahmen, sondern vor  
3636 allem **sozialpädagogische und psychologische Interventionen**. Der Rechtsstaat hat an dieser  
3637 Stelle eine besondere Verantwortung. Alle zuständigen Behörden wie Polizei, Staatsanwaltschaften  
3638 und Gerichte müssen hierfür die logistischen Voraussetzungen schaffen. Wir setzen uns für eine  
3639 enge Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen ein und fordern mehr Häuser wie das „Haus des  
3640 Jugendrechts“ in Leipzig. Unser Ziel ist es, die Anzahl der **kriminalpräventiv tätigen**  
3641 **Sozialarbeiter:innen** im Freistaat zu erhöhen.

3642  
3643 Wir wollen Gewaltprävention, Demokratieverständnis, kulturelle Bildung und Empathie für Opfer zu  
3644 festen Bestandteilen der Lehrpläne an den sächsischen Schulen machen. Politik und politische  
3645 Partizipation sollten für sächsische Schüler:innen vertraute Begriffe und gelebte Praxis sein, damit  
3646 sie sich gut gewappnet für eine fortschrittliche Zivilgesellschaft engagieren können.

3647  
3648 Wir wollen einen „**Kinder- und Familienfreitag**“ am ersten Freitag im Juni als zusätzlichen  
3649 gesetzlichen Feiertag in Sachsen einführen. Damit wollen wir Eltern und Großeltern mehr Zeit für  
3650 sich und ihre Kinder schenken und zugleich die Aufmerksamkeit auf die Kinder, ihre  
3651 Lebenssituation und ihre Rechte lenken. In vielen Ländern ist der Internationale Kindertag bereits  
3652 jetzt ein Feiertag.

### 3653 Queerpolitik

3654  
3655  
3656 Lesbische, schwule, bisexuelle, trans\*, inter\* und queere (lsbtiq\*) Menschen sind ein fester  
3657 Bestandteil der sächsischen Gesellschaft.

3658 Unwiderlegbare Beweise dafür sind die vielen Demonstrationen zum Christopher Street Day, die  
3659 sich gegen alle Widerstände durchgesetzt haben. Es gibt sie überall in Sachsen, von Plauen bis  
3660 Weißwasser, von Zittau bis Torgau. Diese selbstbewusste Sichtbarkeit muss mit sozialer und  
3661 rechtlicher Sicherheit einhergehen, damit sie nicht nur auf den Demonstrationen, sondern auch im  
3662 Alltag gelebt werden kann. Diese Grundhaltung spiegelt sich in allen Kapiteln unseres Programmes  
3663 wider.

3664  
3665 **Wir wollen, dass die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder**  
3666 **geschlechtlichen Identität überwunden wird.** Gewalt und Diskriminierung gehören aber leider  
3667 nach wie vor zum Alltag vieler queerer Menschen. Wir wollen diesen Zustand durch Prävention und  
3668 Intervention beenden. Queerfeindliche Hetze von Rechtspopulisten darf in unserem Land keinen  
3669 Platz haben! Betroffene von Queerfeindlichkeit verdienen unsere Solidarität. So setzen wir uns für  
3670 eine unabhängige Melde- und Beratungsstelle nach dem Berliner Vorbild „Maneo“ ein. Außerdem  
3671 möchten wir Zufluchtsmöglichkeiten für queere Menschen schaffen, die im Rahmen von  
3672 Beziehungsgewalt erfahren oder aus einem queerfeindlichen Umfeld fliehen müssen.  
3673 Insbesondere bei Fällen von institutioneller Benachteiligung wollen wir die bestmögliche  
3674 Unterstützung durch unabhängige Unterstützungsstellen sichern.

3675  
3676 Auch im Schulalltag sind Diskriminierung und Ausgrenzung von queeren Menschen ein großes  
3677 Problem. Wir wollen das Pilotprojekt „**Schule der Vielfalt**“ sichern, ausweiten und Richtlinien zur  
3678 Inklusion von trans\*, inter\* und nicht-binären (tin\*) Schüler:innen erarbeiten. Dazu wollen wir auch  
3679 die bestehenden Aufklärungsprojekte an Schulen und Bildungseinrichtungen finanziell absichern  
3680 und stärken. Auch in den Lehrplänen müssen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ihren Platz  
3681 haben. Die Weisung des Kultusministers an Schulen zum Verbot geschlechtergerechter  
3682 Schreibweisen wollen wir umgehend revidieren. Vermeintliche Sexualaufklärungsprojekte von  
3683 christlich-fundamentalistischen Gruppierungen wie „TeenSTAR“ verbreiten eine reaktionäre  
3684 Sexualmoral und queerfeindliche Vorurteile. Sie haben an unseren Schulen nichts zu suchen.

3685

3686 Wir fordern, dass Sportarten und Sportstätten allen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht in  
3687 gleichem Maße zugänglich gemacht werden. Wir treten konsequent gegen alle Formen von  
3688 Queerfeindlichkeit in Sportverbänden und -vereinen auf. Lsbtiq\* Personen haben besondere  
3689 soziale und gesundheitliche Bedürfnisse, die wir ernst nehmen. Wir stehen dafür ein, dass Lsbtiq\*  
3690 Personen einen niedrigschwelligen Zugang zu der für sie nötigen Gesundheitsversorgung erhalten.  
3691 Dazu soll in Sachsen ein Kompetenzzentrum für queere Gesundheit etabliert werden. Beim Zugang  
3692 zu Prävention, Beratung und Therapie bei HIV/AIDS sehen wir Versorgungslücken. Im ländlichen  
3693 Raum müssen die Angebote ausgeweitet werden, die nötigen Medikamente müssen zuverlässig  
3694 bereitgestellt werden. Zudem müssen die Zugangshürden für Gefangene und Geflüchtete  
3695 abgebaut werden, denn Gesundheit ist Menschenrecht für alle!

3696

3697 Armut und Wohnungslosigkeit treffen queere Menschen überdurchschnittlich häufig. Vorurteile  
3698 erschweren es ihnen oft, die nötige Unterstützung zu bekommen. Wir wollen ein flächendeckendes  
3699 Beratungsangebot für queere Menschen aller Altersklassen in Sachsen erreichen und die  
3700 Community stärken. Die wertvolle Vernetzungs- und Demokratiewerkarbeit der queeren Vereine wollen  
3701 wir in Förderrichtlinien verankern. Die Linke Sachsen steht für geschlechtliche und sexuelle  
3702 Selbstbestimmung. Wir verlangen, dass sich die sächsische Landesregierung im Bundesrat weiter  
3703 für den Schutz von Lsbtiq\* Personen einsetzt. Dazu gehört die Erweiterung des Schutzes von  
3704 Artikel 3 des Grundgesetzes auf die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität. Ebenso  
3705 fordern wir ein modernes Selbstbestimmungsgesetz, das diesen Namen auch verdient. Das  
3706 Unrecht, das in der Vergangenheit trans\* Menschen angetan wurde, muss aufgearbeitet werden.  
3707 Betroffene müssen angemessen entschädigt werden.

3708

3709 Neuer Regelungen zu Personenstands- und Namensänderung müssen in Sachsen schnell  
3710 umgesetzt werden. Hierzu gehört in einem ersten Schritt die **bedingungslose Anerkennung aller**  
3711 **Geschlechtsidentitäten**, insbesondere eine vereinfachte Anerkennung des DGTI in allen  
3712 öffentlichen Einrichtungen und Bildungseinrichtungen. Wir stellen uns gegen den bevormundenden  
3713 Ausschluss von Menschen aus Räumen und Gemeinschaften. Regenbogenfamilien müssen  
3714 gleichberechtigt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, das diskriminierende Adoptionsrecht zu  
3715 ändern und die Förderung der Kinderwunschbehandlung für gleichgeschlechtliche Eltern zu öffnen.  
3716 Um diese Forderung umzusetzen, wollen wir den "Landesaktionsplan Vielfalt" zusammen mit der  
3717 Community modernisieren, erweitern und praktisch umsetzen. Die nötigen Mittel dafür müssen im  
3718 Haushalt bereitgestellt werden. Queere Netzwerke und Community-Strukturen möchten wir  
3719 stärken und ausbauen. Politik und Zivilgesellschaft sollen so gemeinsam an einer Zukunft arbeiten,  
3720 in der alle Menschen ohne Angst selbstbestimmt und verschieden sein können.

3721

## 3722 Polizei und Justiz

3723

3724 Für Die Linke bedeutet der Begriff „öffentliche Sicherheit“ in erster Linie: Schutz der Bürgerinnen  
3725 und Bürger sowie ihrer Rechte. Damit bleibt für uns eine Sache klar: Mehr Sicherheit entsteht nicht  
3726 dadurch, dass Polizei und Geheimdienste weiter aufgerüstet werden, sondern indem wir **die**  
3727 **sozialen Ursachen von Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt bekämpfen**. Konkret bedeutet  
3728 das: Wir müssen die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger verbessern und ihnen in allen  
3729 Bereichen der Gesellschaft mehr Möglichkeiten zur Teilhabe geben.

3730

3731 Es braucht einen grundlegenden Wandel im Innenresort. Wir müssen **das sächsische Polizeigesetz**  
3732 **novellieren**, damit endlich wieder die Grundrechte aller Menschen und die Unschuldsvermutung im  
3733 Vordergrund stehen.

3734

3735 Zudem muss endlich eine **transparente Fehlerkultur** Einzug halten. Um das Vertrauen in die Polizei  
3736 und innerhalb der Polizei zu stärken, brauchen wir eine wirklich **unabhängige Ombuds- und**  
3737 **Beschwerdestelle der sächsischen Polizei**, die dem Landtag und nicht der Staatskanzlei  
3738 untersteht. Diese Ombudsstelle arbeitet als unabhängige Anstalt öffentlichen Rechts auf  
3739 gesetzlicher Grundlage – sowohl für Bürger:innen bei Beschwerden gegen Handlungen von  
3740 Polizeibediensteten als auch für Polizeibedienstete bei Beschwerden gegen Entscheidungen von  
3741 Vorgesetzten und Benachteiligungen im Dienst. Ferner soll die unabhängige Beschwerdestelle auch  
3742 unabhängige Beobachter:innen einsetzen können, die an Demonstrationen teilnehmen und  
3743 Rechtsverstöße insbesondere von Polizeikräften oder nicht demonstrierenden Personen  
3744 dokumentieren und darüber die Öffentlichkeit informieren. Wir wollen **ausgelagerte**  
3745 **Ermittlungsorgane einführen**, die nach dem Vorbild Dänemarks strafrechtliche  
3746 Ermittlungsverfahren an sich ziehen, wo der Verdacht polizeilichen Fehlverhaltens besteht. Sie  
3747 müssen mit gleichwertigen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.  
3748

3749 Wir brauchen eine gut geschulte Polizei, die nah an den Bürgerinnen und Bürgern agiert. Sie muss  
3750 überall erreichbar und schnell zur Stelle sein, um an jedem Ort gleichermaßen die öffentliche  
3751 Sicherheit wirksam zu gewährleisten. Bei der weiteren Entwicklung der Landespolizei geht Qualität  
3752 vor Quantität: Gute Polizeiarbeit ist nur mit guten Arbeitsbedingungen zu haben, mehr Sicherheit  
3753 entsteht nur durch Spezialisierung. Statt von Einsatz zu Einsatz zu eilen, braucht die Polizei  
3754 Sachsen **mehr Ermittlungskapazitäten**, um Fälle zu lösen. Nur so kann Kriminalität nachhaltig  
3755 bekämpft werden.

3756 Einen weiteren Ausbau der Kreispolizeibehörden mit ihren gemeindlichen Vollzugsbediensteten  
3757 hinsichtlich ihrer Quantität, ihrer Befugnisse sowie ihrer Einsatzmittel lehnen wir ab. Eine  
3758 bürgernahe und gut aufgestellte Polizei ist Landesaufgabe, deren teilweiser Rückzug aus der  
3759 Fläche nicht auf Kosten der chronisch unterfinanzierten Kommunen durch schlecht ausgebildete  
3760 und schlecht bezahlte Stadt- oder Kreispolizeien ersetzt werden darf.  
3761

3762 Sachsens Polizei überwacht seit Jahren mit Vorliebe bestimmte Demonstrationen und  
3763 Fußballfanszenen mit Kameras, Hubschraubern und Drohnen. Wir lehnen nachdrücklich diese  
3764 Videoüberwachung im öffentlichen Raum ab, ebenso automatisierte Gesichtserkennungs- und  
3765 Trackingsoftware. Diese Technologien greifen unverhältnismäßig in die Grundrechte ein, ohne  
3766 nachweislich die Verhinderung von Straftaten zu gewährleisten. **Auch für den Einsatz polizeilicher**  
3767 **„Wiedererkenner“ („Super Recognizer“) sind Transparenz und klare Regeln nötig.** Wir lehnen  
3768 Kontrollen und Schleierfahndung an den Grenzen zu Polen und Tschechien ab. Der öffentliche  
3769 Raum gehört uns allen – jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sich frei und ohne  
3770 Überwachung in ihm zu bewegen. Wir fordern ein Verbot der Nutzung von automatisierten Bild-  
3771 und Musteranalysen für die Überwachung des öffentlichen Raums.

3772 Wir wollen, dass mehr Polizistinnen und Polizisten als direkte Ansprechpartner:innen für die  
3773 Bürger:innen vor Ort erreichbar sind – nicht nur in akuten Gefahrensituationen, sondern  
3774 kontinuierlich.  
3775

3776 Wir wollen sicherstellen, dass die **Polizeiausbildung in hoher Qualität** und mit ausreichenden  
3777 Ressourcen gewährleistet wird. Es ist nicht nötig, die Polizei mit noch mehr Befugnissen  
3778 auszustatten oder sie noch weiter aufzurüsten. Stattdessen muss die Ausbildung für angehende  
3779 Polizist:innen demokratisiert werden. Dazu gehören verpflichtende **Kurse gegen Rassismus und**  
3780 **Diskriminierung, auch in der Fort- und Weiterbildung.** Außerdem ist es notwendig, die  
3781 Demokratie- und Menschenrechtsbildung zu stärken sowie interkulturelle, kommunikative und  
3782 soziale Kompetenzen zu vermitteln.  
3783

3784 Deeskalatives Einsatzverhalten sollte im Rahmen der Polizeiausbildung an erster Stelle stehen.  
3785 Polizeihochschulen sollten nicht mehr abgeschottet sein, sondern in den zivilen universitären  
3786 Betrieb integriert werden. Wir wollen die Ausbildung der Polizeiverwaltung von Rothenburg an die  
3787 Hochschule Meißen verlagern. So könnten sich nicht länger Teile des Polizeiapparates abkapseln.  
3788 Stattdessen würden Polizist:innen in den demokratischen Prozessen an den Hochschulen  
3789 mitwirken.

3790  
3791 Die sächsische Polizei benötigt mehr **interkulturelle Kompetenz**. Daher setzen wir uns für mehr  
3792 **Diversität** innerhalb der Polizei ein – für eine offene, bürger:innennahe Polizei. Sie muss die Vielfalt  
3793 der Gesellschaft stärker widerspiegeln und sich für Menschen öffnen, die bislang wegen ihres  
3794 Geschlechtes, ihrer Sexualität, Beeinträchtigungen oder ihrer Herkunft noch unterrepräsentiert  
3795 sind. Dies kann nur durch gezielte Fördermaßnahmen gelingen. Eine **diverse Polizei** würde dazu  
3796 führen, dass der Polizeiapparat besser funktioniert. Vielfalt könnte dazu beitragen, die Polizei  
3797 stärker für Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen zu sensibilisieren. Klar bleibt, dass  
3798 die Diversifizierung allein nicht die strukturellen Probleme lösen und rassistischen Praktiken der  
3799 Polizei beenden wird.

3800  
3801 Wir wollen **Racial Profiling verbieten** und konsequent gegen diese Praxis rassistischer  
3802 Überwachung vorgehen. Im Aus- und Weiterbildungskonzept der sächsischen Polizei müssen  
3803 interkulturelle und soziale Kompetenzen sowie die Vermeidung von Diskriminierung verankert  
3804 werden. Wir fordern die Einführung einer **Pflicht zur individuellen Kennzeichnung von**  
3805 **Polizeibeamt:innen**. Eine moderne, den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtete Polizei gibt sich den  
3806 Menschen zu erkennen. Sie scheut sich nicht, selbstkritisch für Fehler einzustehen. Um das zu  
3807 ermöglichen, sollen sämtliche Polizeivollzugsbeamt:innen eine individuelle Kennziffer an der  
3808 Uniform tragen. Auch Polizist:innen im Dienst begehen Straftaten. Es kommt jedoch selten zu  
3809 Prozessen und sie werden praktisch nie verurteilt, obwohl Betroffene Anzeige erstatten.  
3810 Beamt:innen müssen auch zur Verantwortung gezogen werden können. Mit einer  
3811 Kennzeichnungspflicht könnten sie nach Straftaten juristisch verfolgt werden.

3812  
3813 Wir wollen Schluss damit machen, dass die Polizei anlasslose Personenkontrollen durchführen,  
3814 Plätze zu „gefährlichen Orten“ erklären und Verbotszonen (z.B. Waffenverbotszonen) sowie  
3815 Kontrollbereiche einrichten kann, die vor allem für rassistisch diskriminierende Kontrollen  
3816 missbraucht werden. Außerdem muss endlich eine „**Kontrollbescheinigung**“ für Betroffene von  
3817 Personenkontrollen eingeführt werden. Sie ist ein wirksames Instrument, da sie die Schwelle für  
3818 unrechtmäßige Kontrollen erhöht und es den Betroffenen erleichtert, Rechtsmittel zu gebrauchen.  
3819 Wir fordern außerdem ein **Ende der Beteiligung Sachsens an internationalen Polizeieinsätzen, die**  
3820 **der Unterstützung autoritärer Regime dienen oder an den EU-Außengrenzen stattfinden**. Es darf  
3821 weder eine direkte noch eine indirekte Beteiligung Sachsens an Menschenrechtsverletzungen an  
3822 den EU-Außengrenzen geben.

3824 Rechte Straftaten und Hassverbrechen müssen rasch aufgeklärt und konsequent verfolgt werden.  
3825 Geheimdienste sind dafür nicht zuständig. Wir lehnen eine „Vergeheimdienstlichung“ der Polizei ab.  
3826 Es bleibt uns ein zentrales Anliegen, **das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) aufzulösen**. Bis  
3827 zu seiner Auflösung treten wir für eine tatsächliche und **wirksame parlamentarische Kontrolle des**  
3828 **LfV** zum Schutz der Verfassung und der mit ihr garantierten Grundrechte und Grundfreiheiten der  
3829 Bürger:innen ein. Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten ist keine Verschlussache,  
3830 sondern geht alle an. Deshalb wollen wir die Situationsanalyse nicht Behörden und Ämtern  
3831 überlassen. Unsere bisherigen Erfahrungen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz stützen  
3832 keineswegs die These, dieser Geheimdienst schütze die Demokratie vor Gefahren. Im Kampf gegen  
3833 zentrale Bedrohungen, etwa rechtsterroristische Zellen wie den „Nationalsozialistischen

3834 Untergrund“ (NSU), erwies er sich eher als hinderlich denn als hilfreich. Stattdessen agiert das LfV  
3835 vor allem politisch und übt die Definitionsgewalt über politische Einstellungen aus, die als  
3836 extremistisch kategorisiert werden. Das wollen wir ändern: Eine Öffentlichkeitsarbeit durch  
3837 „Verfassungsschutzberichte“ wird nicht mehr stattfinden. In der politischen Bildungsarbeit hat das  
3838 LfV mit seiner Extremismustheorie nichts zu suchen.

3839  
3840 Die Linke tritt dafür ein, dass **die öffentliche Sicherheit und die damit zusammenhängenden**  
3841 **hoheitlichen Aufgaben nicht privatisiert** werden – weder durch eine formale Übertragung von  
3842 Aufgaben noch durch einen schleichenden Prozess, der folgt, wenn der Staat sich wirklich oder  
3843 gefühlt aus seiner Verantwortung für die öffentliche Sicherheit vor Ort zurückzieht. Wir lehnen  
3844 strikt „Bürgerwehren“ in jeglicher Form und alle anderen Organisationen ab, die das staatliche  
3845 Gewaltmonopol untergraben oder in Frage stellen. Wir verurteilen alle Versuche zur Selbstjustiz. Es  
3846 ist die Aufgabe der Polizei, Gefahren abzuwenden, die Ermittlungsarbeiten der  
3847 Staatsanwaltschaften zu unterstützen und präventiv gegen Kriminalität vorzugehen.

3848  
3849 **Opferschutz und Opferhilfe** sind für uns von höchster Bedeutung. Wir wollen das Strafrecht im  
3850 Sinne der **Restorative Justice** (wiedergutmachende Gerechtigkeit) weiterentwickeln, die die  
3851 Opferperspektive, die Verantwortung der Täter:innen und die Wiedergutmachung und Prävention in  
3852 den Mittelpunkt stellt. Die Justiz muss Opfer schützen. Von der Aufnahme der Anzeige bis zur  
3853 Vorbereitung der Entlassung muss die Justiz den Opferschutz und die Opferhilfe ernstnehmen und  
3854 berücksichtigen. Wir wollen, dass europarechtliche Vorgaben zum Opferschutz im Ermittlungs- und  
3855 Strafverfahren konsequent umgesetzt werden. Opfer sollen vor, während und nach Abschluss des  
3856 Strafverfahrens unkompliziert und unbürokratisch Hilfe bekommen. **Opferberatungsstellen** sollen  
3857 landesweit ausgebaut und personell gestärkt werden.

3858  
3859 Die Justiz muss schneller auf Taten reagieren. Für Opfer wie Beschuldigte ist eine schnelle  
3860 Reaktion auf Straftaten sinnvoll. Die Verfahrenslaufzeiten bei Gerichten müssen verkürzt werden,  
3861 indem genügend Richter:innen, aber auch nicht-richterliches Personal zur Verfügung gestellt wird.  
3862 Wir wollen Häuser des Jugendrechts flächendeckend ausbauen. Die Strafhaft muss „Ultima Ratio“  
3863 sein, letztes Mittel. Wir wollen Projekte zur Haftvermeidung durch ambulante sozialpädagogische  
3864 Maßnahmen und Konfliktlösungen außerhalb der Gerichte ausbauen. Geeignete Möglichkeiten sind  
3865 die Mediation in Strafsachen, der **Täter-Opfer-Ausgleich**, die (begleitete) gemeinnützige Arbeit)  
3866 sowie der Strafvollzug in freier Form. Mit diesen Methoden kann die Justiz entlastet werden.  
3867 Verfahren lassen sich schnell und befriedend abschließen, die Ansprüche der Opfer werden erfüllt.  
3868 Wir wollen den Täter-Opfer-Ausgleich auch bei mittelschwerer und schwerer Kriminalität  
3869 anwenden.

3870  
3871 Der Strafvollzug, insbesondere der Jugendstrafvollzug, muss vor allem das Ziel der  
3872 **Resozialisierung** verfolgen. Daher wollen wir ein Resozialisierungsgesetz erarbeiten. Es soll  
3873 Maßnahmen und Vollzugsmodelle berücksichtigen, die mit der größten Wahrscheinlichkeit dazu  
3874 führen, dass Verurteilte in die Gesellschaft zurückfinden und nicht wieder straffällig werden.  
3875 Unabdingbar ist dazu auch ein normiertes und besser ausgestattetes Übergangsmangement.  
3876 Übergangshäuser während der letzten Monate der Haftzeit und im Anschluss, Vermittlung in  
3877 Unterkunft und Arbeit sind von großer Bedeutung. Die Zusammenarbeit des Strafvollzugs mit freien  
3878 Trägern der Straffälligenhilfe und mit den Kommunen wollen wir verbessern.

3879  
3880 Wir fordern, dass die in den Strafvollzugsgesetzen des Freistaates Sachsen vorgegebene  
3881 opferorientierte Vollzugsgestaltung umgesetzt wird. Wir wollen dafür sorgen, dass Gefangene öfter  
3882 als bisher Opferempathie-Trainings absolvieren, sich an einem Opfer-Täter-Ausgleich im Vollzug  
3883 beteiligen, ihre Opfer entschädigen und für die Gesellschaft gemeinnützig tätig werden. Wir wollen

3884 Therapie- und Behandlungsangebote in den Justizvollzugsanstalten, insbesondere Suchttherapie-  
3885 Stationen, in Zusammenarbeit mit freien Trägern ausbauen. Gleichzeitig benötigen wir  
3886 angemessene Nachsorgeangebote. Zu diesem Zweck sind im Strafvollzug ausreichend  
3887 niederschwellige Sucht- und Drogenberatungen sowie adäquate Substitutionsbehandlungen  
3888 erforderlich.

3889  
3890 Strafhafte soziale Bindungen nicht weiter zerstören. Der Kontakt zur Familie und besonders zu  
3891 den Kindern gibt oft Stabilität, Zukunftshoffnung und Veränderungswillen. Wir setzen uns dafür ein,  
3892 dass **Modellprojekte für Familienhäuser** in freier Trägerschaft als neue Vollzugsform eingeführt  
3893 werden. Außerdem darf Videotelefonie nicht auf die allgemeinen Besuchszeiten angerechnet  
3894 werden.

3895  
3896 Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die **Ersatzfreiheitsstrafen grundsätzlich**  
3897 **abgeschafft** und nur in seltenen Ausnahmefällen zugelassen werden. Ersatzfreiheitsstrafen nach  
3898 Paragraf 43 des Strafgesetzbuches sind ein Instrument der Diskriminierung von  
3899 einkommens- und vermögensschwachen Menschen, die oftmals nicht in der Lage sind, die hohen  
3900 Geldstrafen zu bezahlen. Die Linke setzt sich dafür ein, das Fahren ohne Fahrschein zu  
3901 entkriminalisieren und als Ordnungswidrigkeit zu behandeln. Die im Paragrafen 265a des  
3902 Strafgesetzbuches („Beförderungser schleichung“) enthaltene Strafandrohung ist aus unserer Sicht  
3903 nicht verhältnismäßig und widerspricht der Funktion des Strafrechts als letztes Mittel (Ultima-  
3904 Ratio-Funktion). Langfristig wollen wir den Öffentlichen Nahverkehr kostenfrei machen.

3905  
3906 Wir wollen das sogenannte "Containern" entkriminalisieren. Dabei handelt es sich um die Entnahme  
3907 noch genießbarer Lebensmittel aus Abfallcontainern von Supermärkten, um  
3908 Lebensmittelvergeudung zu vermeiden. Wir wollen uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass der  
3909 Paragraf 248a des Strafgesetzbuches („Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen“) so  
3910 geändert wird, dass von einer Strafverfolgung abgesehen wird, wenn es sich um weggeworfene  
3911 Lebensmittel aus Mülltonnen oder Müllcontainern handelt.

3912  
3913 Wir wollen die Jurist:innen- und Justizausbildung reformieren und Restorative Justice, die  
3914 Opferperspektive, Haftvermeidung und ambulante sozialpädagogische Maßnahmen und  
3915 Konfliktlösungen außerhalb der Gerichte stärker verankern. Bei der Ausbildung von  
3916 Justizvollzugsbediensteten sollte der Schwerpunkt auf Resozialisierung, opferbezogene  
3917 Vollzugsgestaltung und alternativer Vollzugsgestaltung auch durch freie Träger liegen.

3918  
3919 Die Linke fordert die **Wiedereinführung der Jurist:innenausbildung an der Technischen**  
3920 **Universität Dresden**. Außerdem soll ein **Richter:innenwahlausschuss** für die Einstellung von  
3921 Richterinnen und Richter in den sächsischen Justizdienst eingerichtet werden. An den sächsischen  
3922 Gerichten müssen mehr Stellen in allen Bereichen geschaffen und besetzt werden, um die  
3923 Prozesse zu beschleunigen.

3924  
3925 **Kultur**

3926  
3927 **Kultur muss für alle zugänglich sein.** Alle Menschen sollen sie in all ihrer Vielfalt erleben und selbst  
3928 gestalten können, ohne dass jemand aus finanziellen Gründen oder wegen des Wohnorts  
3929 ausgeschlossen bleibt.

3930  
3931 Sachsen verfügt über eine bunte Kulturlandschaft. Sie ist vielfältig und reichhaltig. Kultur wirkt über  
3932 die Grenzen von Ressorts hinweg, darum lässt sie sich nicht scharf von anderen Bereichen wie  
3933 Bildung, Wirtschaft, Tourismus oder dem Sozialen abgrenzen. Kultur stärkt die soziale Kompetenz

3934 der Einzelnen und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie ist auch der Ort für wichtige  
3935 gesellschaftliche Debatten. Sie erhöht die Lebensqualität aller und ist zugleich für die Wirtschaft  
3936 des Kulturlandes Sachsen besonders wichtig. Besonders für ländliche Regionen können Kunst und  
3937 Kultur ein Mittel sein, das Leben attraktiv zu halten und so der Abwanderung entgegen zu wirken,  
3938 aber auch den Tourismus und die Wirtschaft zu stärken. Es besteht die Gefahr, dass der  
3939 Kulturkampf von rechts und die Auseinandersetzung um die Freiheit der Kunst und Kultur die  
3940 nächsten Jahre prägen werden.

3941  
3942 In Sachsen gehören ungefähr 10000 Unternehmen mit ca. 80000 Erwerbstätigen zur Kultur- und  
3943 Kreativraumwirtschaft. Mit ihren elf Teilbereichen steht die Kultur- und Kreativbranche für  
3944 Innovation, Weltoffenheit, Kreativität und wirtschaftliche Kraft. Auch wenn sich Sachsen rühmt, die  
3945 höchsten Pro-Kopf-Ausgaben im Bereich von Kunst und Kultur zu haben, kann die Mehrzahl der  
3946 Kunst- und Kulturschaffenden jedoch kaum von ihrer Arbeit leben. Viele leben unterhalb der  
3947 Armutsgrenze. Dieser Umstand muss beendet werden.

3948  
3949 Kultur ist Daseinsvorsorge. Wir wollen die **Kommunen und Kulturräume so ausstatten**, dass es  
3950 ihnen möglich ist, die reichhaltige Kunst- und Kulturlandschaft in Sachsen zu erhalten,  
3951 weiterzuentwickeln und auskömmlich zu finanzieren. Der öffentliche Nahverkehr muss so  
3952 ausgebaut werden, dass alle Menschen das kulturelle Leben erreichen können. Wir wollen  
3953 finanzielle Barrieren genauso abbauen wie Barrieren im Bereich der Infrastruktur. Es braucht einen  
3954 **inklusiven Zugang zu Kunst und Kultur**, damit jede und jeder sich lebenslang nicht nur kulturell  
3955 bilden, sondern auch an gesellschaftlichen Entwicklungen, Impulsen und Diskussionen teilhaben  
3956 kann. Wir fordern den **Erhalt der Vereins- und Kulturhäuser** in den Kommunen.

3957  
3958 Wir setzen uns für ein **landesweites Entwicklungskonzept für Kunst und Kultur** ein und machen  
3959 uns auch weiterhin für eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Kommunen stark.  
3960 **Kulturraummittel** sollen dynamisiert werden, damit sie sich Tarifierhöhungen und allgemeine  
3961 Preissteigerungen anpassen. Haustarifverträge in den Theatern und Orchestern wollen wir  
3962 abschaffen. Kulturschaffende müssen von ihrer eigenen Tätigkeit leben können. Deshalb wollen wir  
3963 verbindliche **Honoraruntergrenzen** für freie Kulturschaffende einführen, zum Beispiel bei  
3964 Ausstattungsvergütungen. Festangestellte Beschäftigte an den Kultureinrichtungen müssen  
3965 tarifgemäß bezahlt werden.  
3966 Grundsätzlich müssen im bestehenden Förderverfahren Kleinstförderungen und Gastspielförderung  
3967 ausgebaut werden und die Antrags- und Abrechnungsverfahren stark vereinfacht und digitalisiert  
3968 werden.

3969 Perspektivisch muss geprüft werden, ob die Einführung institutioneller Förderungen von  
3970 Einrichtungen und Akteuren plus vereinfachte Projektförderungen nicht wirtschaftlicher für alle  
3971 Beteiligten sein kann. Wenn ja, muss dies kommen.

3972  
3973 **Clubs und Livemusikspielstätten** müssen als kulturelle Einrichtungen geschützt und gefördert  
3974 werden – ob es um die Stadtplanung, Baugenehmigungen oder die Förderung von  
3975 Lärmschutzmaßnahmen geht. Clubs tragen zur Lebensqualität bei und sind oft überregionale  
3976 kulturelle Anziehungspunkte. Wir fordern eine institutionelle Förderung der Sparte Clubkultur.

3977  
3978 Wir wollen die **Kulturstiftung des Freistaates Sachsen** finanziell so ausstatten, dass sie den  
3979 erhöhten Anforderungen einer wachsenden Kunst- und Kulturszene in Sachsen sowie den  
3980 gestiegenen Sach- und Personalkosten gerecht zu werden vermag. Dazu ist eine Erhöhung des  
3981 Stiftungskapitals nötig.

3982 Wir wollen die Teilhabe an kulturellen Angeboten fördern, z. B. durch freien Eintritt. Die musische  
3983 Erziehung in den Schulen muss weiter unterstützt werden. Eltern müssen bei der Nutzung

3984 **kultureller Bildungsangebote** ihrer Kinder finanziell entlastet werden. Wir wollen  
3985 Jugendkunstschulen erhalten und fördern, um Kindern und Jugendlichen künstlerisch-  
3986 experimentelle Freiräume zu eröffnen, in denen sie Erfahrungen bei Kunstschaffenden sammeln  
3987 können.  
3988

3989 Aufgrund der hohen Nachfrage nach musischer Bildung brauchen wir mehr Angebote besonders im  
3990 ländlichen Raum. **Musikschulen** müssen erhalten und gefördert, die Arbeitsbedingungen der  
3991 Musiklehrer:innen dringend verbessert werden. Wir wollen erreichen, dass die Honorarsätze erhöht  
3992 werden und dabei die Tariflöhne als Orientierung dienen. Festangestellte Musiklehrer:innen an  
3993 Musikschulen sollen einen ihrer Tätigkeit und ihrer Verantwortung entsprechenden Tariflohn  
3994 erhalten.  
3995

3996 Kulturelle Bildung verstehen wir nicht nur als Bestandteil der Schulbildung oder der Ausbildung in  
3997 musischen Fächern, sie gehört für uns zum lebenslangen Lernen. Sie findet auch an Orten statt, die  
3998 der Freizeitgestaltung, Erholung und der Aneignung von allgemeinem und kulturellem Wissen  
3999 dienen, so etwa in Bibliotheken, Museen und Ausstellungen. Wir setzen uns dafür ein, die Vielfalt  
4000 der Akteurinnen und Akteure in der Kultur zu erhalten und das Spektrum der **Fördermöglichkeiten**  
4001 zu erweitern. Es geht dabei nicht allein um finanzielle Unterstützung – manchmal benötigen  
4002 Menschen, die ein Projekt realisieren wollen, einfach nur eine geeignete Räumlichkeit. Deshalb  
4003 wollen wir, neben der finanziellen Absicherung durch institutionelle oder projektbezogene  
4004 Förderung, verstärkt landeseigene und kommunale Liegenschaften und Gebäude, die nicht  
4005 verwendet werden, umwidmen und über (Zwischen-)Nutzungsverträge kulturellen und  
4006 künstlerischen Initiativen zur Verfügung stellen. Dafür müssen den Kommunen die notwendigen  
4007 Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Wir setzen zudem auf Synergieeffekte durch eine  
4008 stärkere **Vernetzung der Kultureinrichtungen des Landes**, ganz gleich, ob es sich um kommunale,  
4009 staatliche oder Einrichtungen in freier Trägerschaft handelt. Wir wollen die Rahmenbedingungen  
4010 verbessern, sodass die Einrichtungen nicht nur kooperieren, sondern auch Ressourcen gemeinsam  
4011 nutzen können.  
4012

4013 Die Linke will dafür sorgen, dass bedeutende **Industriedenkmäler** erfasst und ihr Erhalt unterstützt  
4014 wird. Nach behutsamer Sanierung sollen sie, wenn möglich, als soziale und kulturelle Orte genutzt  
4015 werden. Wir wollen, dass Kommunen ihr Vorkaufsrecht wahrnehmen, das Land soll die für diese  
4016 Maßnahmen nötigen Mittel zur Verfügung stellen.  
4017

4018 Wir setzen uns für die vereinfachte Überprüfung von **Sammlungsobjekten aus kolonialen**  
4019 **Kontexten** ein. Wir verstehen diese Provenienzforschung aber nicht nur als Prozess der Rückgabe  
4020 von Objekten, sondern sehen in ihr auch die Möglichkeit, eine neue Beziehung zwischen vormals  
4021 kolonisierenden und kolonisierten Gesellschaften zu begründen. Die hierfür erforderlichen  
4022 finanziellen Mittel müssen allen Museen zugänglich gemacht werden.  
4023

4024 Wir wollen **Atelierbeauftragte** einsetzen, die Künstler:innen, Kunst- und Kreativschaffende bei der  
4025 Suche nach geeigneten Objekten unterstützen und behilflich sind, dauerhafte Nutzungen  
4026 sicherzustellen.  
4027

4028 Wir setzen uns für eine Feiertagsreform im Freistaat Sachsen ein. Wir wollen den Buß- und Betttag  
4029 abschaffen und einen Familienfeiertag um den Weltkindertag einführen. Zudem wollen wir den  
4030 Internationalen Frauentag am 8. März als weiteren Feiertag etablieren. Der 8. Mai soll als  
4031 Gedenktag an die Befreiung vom deutschen Faschismus und die Beendigung des zweiten  
4032 Weltkrieges in Europa erinnern.  
4033

4034 Außerdem ist uns eine dem Bedarf entsprechende Finanzierung der **Stiftung für das sorbische**  
4035 **Volk** und anderer sorbischer Organisationen ein wichtiges Anliegen. Wir werden uns dafür  
4036 einsetzen, dass das Finanzierungsabkommen zwischen dem Freistaat, dem Bund und dem Land  
4037 Brandenburg unbefristet gilt und mit dem notwendigen Inflationsausgleich abgeschlossen wird.  
4038

### 4039 Erinnerungskultur

4040

4041 Die gegenwärtige Erinnerungspolitik in Deutschland weist bedenkliche Phänomene auf, gerade in  
4042 Sachsen: Der erreichte Status quo wird glorifiziert, ein kritisches und aktualisiertes Erinnern  
4043 verhindert, der aktuelle Zustand als um jeden Preis erhaltenswert betont. Wir beobachten leider  
4044 eine Enthistorisierung der Erinnerung, die das Erinnern selbst bereits als ausreichende  
4045 Bildungsarbeit betrachtet, ohne sie als Teil einer Erziehung zu Demokratie und Menschenrechten  
4046 zu betreiben. Ahistorisch ist die Gleichsetzung des Gedenkens an die Verbrechen des  
4047 Nationalsozialismus mit dem Gedenken an die Opfer des Stalinismus, wie sie in Sachsen schon in  
4048 der Präambel des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes (SächsGedenkStG)  
4049 festgeschrieben ist. Die Erinnerungspolitik findet ohne echte Anbindung an die Bildungspolitik statt.  
4050 Ob sächsische Schüler:innen in ihrer Schulzeit eine Gedenkstätte besuchen oder eine  
4051 Gedenkveranstaltung erleben, hängt leider oft vom Zufall ab. Manche haben Unterricht bei einer  
4052 entsprechend sensibilisierten und aktiven Lehrperson oder sie haben Eltern, die Wert auf eine  
4053 solche Erfahrung legen – viele aber auch nicht. So erklärt sich die gegenwärtige Lage: In weiten  
4054 Teilen der sächsischen Bevölkerung gibt es kaum historisches Wissen über die sächsische  
4055 Geschichte während des Nationalsozialismus. Erinnerungspolitisch relevante Orte sind vielen  
4056 unbekannt, selbst dann, wenn sie in unmittelbarer Nähe zum Wohnort liegen. Ohne Wissen kann  
4057 sich aber auch kein historisches Bewusstsein bilden.  
4058

4059 Für Die Linke Sachsen geht es deshalb darum, die bisherige **Erinnerungspolitik** in Sachsen im  
4060 Sinne eines **antifaschistischen Anspruches** neu auszurichten. Der falsch verstandene  
4061 Totalitarismusansatz ist zu korrigieren. Die Singularität des deutschen Faschismus mit dem  
4062 Menschheitsverbrechen der Shoa ist für uns unhintergehbare Maxime in der Bildungs- und  
4063 Erinnerungspolitik. Es sollten folgende Prämissen gelten: Erinnern heißt Trauern um die Opfer um  
4064 ihrer selbst willen, ohne die Instrumentalisierung ihres erfahrenen Leids. Aus dieser Trauer  
4065 erwächst der Anspruch, Erinnerungsarbeit so anzulegen, dass sie künftigen Generationen die Frage  
4066 „Wie konnte das geschehen?“ zu beantworten hilft. Eine Aufgabe, die noch wichtiger wird, weil 85  
4067 Jahre nach Ausbruch des 2. Weltkriegs und über 90 Jahre nach der Machtübergabe an die  
4068 Faschist:innen nicht mehr auf Zeitzeugen als Quelle zurückgegriffen werden kann. Der Faschismus  
4069 war keine Naturkatastrophe, die Deutschland zufällig getroffen hat. Er hatte Gründe und konnte nur  
4070 erstarken, weil es begünstigende Vorbedingungen gab. Auch dass er in Sachsen besonders  
4071 starken Anklang fand und hier Hochburgen entwickelte, war kein Zufall.  
4072

4073 Nötig ist es, die **Mittel für die Gedenkstätten** in Trägerschaft der Stiftung Sächsische  
4074 Gedenkstätten und für die institutionelle Förderung der bereits im SächsGedenkStG verankerten  
4075 Gedenkstätte für das Erinnern an die NS-Verbrechen aufzustocken. Die Gedenkstätten müssen  
4076 mehr wissenschaftliches und pädagogisches Fachpersonal einstellen können, um in die Lage  
4077 versetzt zu werden, aktive Bildungsarbeit zu leisten. Wir setzen uns dafür ein, dass das  
4078 SächsGedenkStG neu formuliert wird, um in der Frage der zu fördernden Gedenkstätten und -orte  
4079 flexibler zu sein. Künftig muss es leichter möglich sein, neu entstehende Gedenkorte in die von der  
4080 Stiftung im Sinne von §2 SächsGedenkStG geförderten Orte aufzunehmen, so sie dem  
4081 Stiftungszweck entsprechen. Zukünftig soll dazu nicht mehr jedes Mal eine Gesetzesänderung  
4082 notwendig sein. Institutionell geförderte **Gedenkstätten müssen als authentische Lern- und**  
4083 **Erinnerungsorte gestaltet** und ausreichend mit pädagogischem Personal ausgestattet werden.

4084 Alle Museen und Gedenkstätten sind möglichst barrierefrei zu gestalten. Gerade im Bereich der  
4085 inklusiven Gedenk- und Erinnerungskultur sind inklusive Führungen durch Menschen mit  
4086 Behinderungen, wie zum Beispiel in der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein bereits erfolgreich  
4087 praktiziert, zu fördern und zu unterstützen.  
4088

4089 Sachsens Geschichte ist aber auch geprägt von Zeiten des **Kolonialismus**. Dessen Spuren finden  
4090 sich noch heute von Aue bis Zittau, nicht nur in den Großstädten. Die Erforschung und Aufarbeitung  
4091 dieser Zeit und deren Auswirkungen bis heute müssen immer auch aus der Perspektive der durch  
4092 Rassismus Betroffenen erfolgen.

4093 Besondere Unterstützung brauchen die zahlreichen Aktivitäten von der Schülerinitiative bis zum  
4094 Ortsverein, welche unabhängig von den institutionellen Einrichtungen wichtige Forschungs- und  
4095 Erinnerungsarbeit betreiben.

4096 Diese darf nicht nur aus einfach zugänglichen finanziellen Förderungen bestehen, sondern muss  
4097 auch fachliche Unterstützungen durch institutionelle Einrichtungen gewähren.

4098 Hierzu wollen wir Fortbildungsangebote für Bedienstete des Freistaates und insbesondere von  
4099 Lehrerinnen und Lehrern zum deutschen und europäischen Kolonialismus unter Einbeziehung der  
4100 sächsischen Zivilgesellschaft entwickeln. Zudem wollen wir, dass auch staatliche und kommunale  
4101 Institutionen sich an sachsenweiten Initiativen beteiligen und diese bei der Aufarbeitung der  
4102 sächsischen Verstrickungen in die deutsche und europäische Kolonialgeschichte unterstützen.  
4103

4104 Solchen Institutionen wie die Staatlichen Ethnographischen Sammlungen Sachsen, die sich bereits  
4105 mit Restititionen, den Rückgaben von sogenannten Human Remains, also in der Kolonialzeit  
4106 geraubten und gesammelten menschlichen Überresten sowie von Kunst- und Kulturgütern aus  
4107 kolonialen Unrechtskontexten, wollen wir ihre Arbeit erleichtern. Ihre Suche nach alternativen  
4108 Formen der Ausstellung ist ein hohes Gut für die internationale Zusammenarbeit von Staat und  
4109 Zivilgesellschaft sowie Sachsens mit der Welt.  
4110

4111 Wir wollen außerdem einen Erinnerungsort schaffen, der die Verbrechen des deutschen  
4112 Kolonialismus in Sachsen thematisiert und seinen Opfern gedenkt. Dies muss zwingend in  
4113 Zusammenarbeit mit Menschen mit Rassismuserfahrung im öffentlichen Raum erfolgen.  
4114

## 4115 **Sport**

4116  
4117 Sport hat eine positive Wirkung auf alle, die ihn treiben, aber auch auf die gesamte Gesellschaft: Er  
4118 verbessert die Gesundheit der Menschen und stiftet sozialen Zusammenhalt. Der Breitensport ist  
4119 dabei das Rückgrat des sächsischen Sports. Die Vereine im Sportland Sachsen haben aber  
4120 gegenwärtig hart zu kämpfen, vor allem mit Schwankungen in der Zahl der Mitglieder,  
4121 unzureichenden Investitionen und gestiegenen Kosten in allen Bereichen. Vor allem durch die  
4122 Corona-Pandemie litten viele Vereine. In ganz Sachsen trieben nach der Pandemie fast 30000  
4123 Menschen weniger Vereinssport als zuvor. Zudem haben die sächsischen Sportstätten mittlerweile  
4124 einen Investitionsbedarf, der sich auf ca. 1,5 Milliarden Euro beläuft. Das hat Auswirkungen auf die  
4125 gesamte sächsische Sportlandschaft.  
4126

4127 Zentrales Anliegen unserer Sportpolitik ist es, den **Vereinssport zu fördern**. Dabei wollen wir  
4128 besonders Vereine unterstützen, die Nachwuchsarbeit als sinnstiftende Freizeitgestaltung für  
4129 Jugendliche organisieren oder Ganztagschulen dabei unterstützen, ihr Angebot auszuweiten.  
4130 Vereine, die sich dem Behindertensport zugewandt haben, müssen ebenfalls besonders unterstützt  
4131 werden. Die **Nutzung von Sportstätten soll für Kinder und Jugendliche kostenlos** sein.  
4132

4133 Elementare Aufgabe kommunaler Sportpolitik ist es, **Sportstätten** zu errichten und zu unterhalten.  
4134 Kommunale Sportstätten sind unverzichtbar, um den **Schulsport** sicherstellen. Zugleich sollten sie  
4135 auch für den **Vereinsport** zur Verfügung stehen und dabei bezahlbar bleiben. Wir setzen uns  
4136 deshalb dafür ein, dass das Land die Kommunen angemessen finanziell ausstattet, damit sie diese  
4137 Aufgabe erfüllen können. Sportstätten sind auch Bildungsstätten. Sie müssen barrierefrei sein,  
4138 sowohl für die Sporttreibenden als auch für Besucher:innen. In **Bauleitplanungen** muss  
4139 berücksichtigt werden, dass **kommunale Räume immer häufiger für den Freizeit- und**  
4140 **Erholungssport** genutzt werden, so u.a. für Inline-Skate-Bahnen, Radwege im ländlichen Raum,  
4141 Wanderwege und Freibäder.

4142  
4143 Die **Sportentwicklungsplanung** muss mit einem „**Sächsischen Goldenen Plan**“ zu einem  
4144 Instrument werden, mit dem sich überprüfen lässt, wie es um die Entwicklung des Sports in einer  
4145 Kommune steht, besonders was die Differenz zwischen den Anforderungen an Sportstätten und  
4146 ihrem realen Zustand angeht. Daher ist ein **integriertes Stützpunkt-, Standorte- und**  
4147 **Sportstättenkonzept nötig**, das den Anforderungen an das Sportland Sachsen gerecht wird.

4148  
4149 Das Ertrinken gehört deutschlandweit inzwischen zu den häufigsten Unfalltodesursachen bei  
4150 Kindern. Für Die Linke gilt daher: **Jedes Kind soll schwimmen lernen, Schwimmunterricht rettet**  
4151 **Leben!** Auch deshalb müssen **Frei- und Schwimmbäder** unbedingt erhalten werden. Wir setzen  
4152 uns dafür ein, dass sie ausreichend finanziert werden und alle **Kinder kostenlosen** Eintritt erhalten.  
4153 Außerdem wollen wir ein **Förderprogramm für Schwimmbäder** auf den Weg bringen, nicht zuletzt,  
4154 um auf die gestiegenen Betriebskosten zu reagieren und den Mangel an Freibadpersonal zu  
4155 beenden. Wir wollen die Schwimmstättenförderung mit einem eigenen Haushaltstitel in die  
4156 Sportförderung aufnehmen und in jeder Legislaturperiode mindestens **eine Schwimmhalle neu**  
4157 **bauen und eine sanieren**. In Schwimmvereinen wollen wir um Schwimmlehrer:innen werben.

4158  
4159 **Freizeit- und Breitensport, Leistungssport und Nachwuchsförderung** verdienen alle  
4160 Unterstützung. Breiten- und Leistungssport müssen besser miteinander verknüpft werden, damit  
4161 beide voneinander profitieren. Ganzheitliche Sportangebote auch für kleine Gemeinden haben für  
4162 uns Vorrang vor noch mehr Geld für die Spitzensportförderung, etwa in Olympiastützpunkten.

4163  
4164 Sport bringt Menschen zusammen. Dieser **inklusive Charakter des Sports** muss gestärkt werden.  
4165 Wir wollen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte besser teilhaben können und Menschen mit  
4166 Behinderungen weniger Barrieren vorfinden. Hierfür braucht es ein **Sonderförderprogramm**. Es  
4167 kann die höheren Aufwendungen ausgleichen, die für Integration und Inklusion möglicherweise  
4168 nötig werden. Durch integrative und interkulturelle Angebote können wir den Sport und das  
4169 zugehörige Vereinsleben für Migrant:innen und Geflüchtete öffnen. Zugleich werden damit die  
4170 lokalen Sport-, Kultur- und Bildungsstätten als wesentlicher Teil des gesellschaftlichen  
4171 Miteinanders gestärkt.

4172  
4173 Wir fordern, dass alle **Sportarten allen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht** in gleichem  
4174 Maße zugänglich gemacht werden. Wir treten konsequent **gegen alle Formen von**  
4175 **Queerfeindlichkeit in Sportverbänden** und -vereinen auf.

4176  
4177 Der Schulsport ist wichtig, um Schülerinnen und Schüler gesund zu halten und ihnen einen  
4178 körperlichen Ausgleich zum Schulalltag zu bieten. Wir wollen sicherstellen, dass der **Schulsport**  
4179 **überall** betrieben werden kann und **genügend Sportlehrer:innen** ausgebildet werden. Der  
4180 klassische Sportunterricht muss reformiert werden. Wir wollen ihn zu einem täglichen Angebot  
4181 „**Bewegung und Gesundheit**“ für alle Kinder weiterentwickeln. An die Stelle des Wettbewerbs soll  
4182 eine differenzierte Bewertung nach Voraussetzungen und Fortschritt treten, die allen Kindern

4183 gerecht wird. Die Benotung des Sportunterrichts lehnen wir ab. Modelle wie „**Bewegte Kita**“ und  
4184 „**Bewegte Schule**“ können als Vorbild dienen, sie sind auszuweiten und weiterzuentwickeln.

4185  
4186 **Neue Sportarten und Betätigungsformen** müssen gleichberechtigt neben den traditionellen  
4187 Sportarten gefördert werden. Den Wunsch des organisierten E-Sports nach Anerkennung im DOSB  
4188 unterstützen wir.

4189  
4190 Der zunehmenden **Kommerzialisierung von Sport**, wie sie besonders im Fußball zu Tage tritt,  
4191 müssen Grenzen gesetzt werden. Friedliche Fangruppen sollen nicht als Sündenbock dienen. Die  
4192 Polizei sollte im Umgang mit ihnen deeskalierend und ressourcenschonend agieren. Wir wollen  
4193 dafür sorgen, dass Fans systematisch auf Augenhöhe mit Vereinen und der Polizei kommunizieren  
4194 können. Für die **soziokulturelle Fanarbeit** ist mehr Personal nötig.

4195  
4196 Das Sportwesen würde ohne das **Ehrenamt** nicht funktionieren. Hier ist im Sinne des Gesetzes zur  
4197 Förderung ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements viel mehr Unterstützung nötig. Für die  
4198 ehrenamtlich Tätigen wollen wir einen Anspruch auf Bildungsurlaub einführen, die  
4199 Ehrenamtspauschale leichter zugänglich machen und ihre Arbeit durch Rentenpunkte belohnen. Wir  
4200 setzen uns dafür ein, dass die **Qualifizierung von Übungsleiter:innen** für die Sportvereine besser  
4201 gefördert wird, so u.a. durch Freistellungen und finanzielle Unterstützung. Bei der Ausbildung der  
4202 Übungsleiter:innen wollen wir darauf achten, dass sie auch in die Lage versetzt werden, gegen  
4203 antidemokratisches Verhalten und Diskriminierung vorzugehen. Wir sprechen uns für  
4204 demokratische und solidarische Vereinsstrukturen aus.

4205

## 4206 Medien

4207  
4208 Die Medien sind eine Säule unserer Demokratie. Presse, Radio und Fernsehen, aber auch die  
4209 Onlinemedien und soziale Netzwerke leisten wesentliche Beiträge zur öffentlichen Meinungs- und  
4210 Willensbildung. Viel zu oft beschäftigt sich Medienpolitik aber nur mit dem öffentlich-rechtlichen  
4211 Rundfunk. Das ist uns zu wenig. Medienpolitik muss sich mit allen Medien befassen, auch mit den  
4212 privaten Unternehmen, die einen großen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben.

4213  
4214 Wir setzen uns dafür ein, dass eine große **Vielfalt hochwertiger Medien in Sachsen** erhalten bleibt  
4215 und auch neue Angebote entstehen können. Deswegen sind unsere wichtigsten Forderungen: Es  
4216 muss verhindert werden, dass es zu einer weiteren Konzentration und Verarmung in der  
4217 sächsischen Medienlandschaft kommt. Vielfältige Angebote müssen gefördert und beim digitalen  
4218 Umbau unterstützt werden. Wir müssen sicherstellen, dass lokale Berichterstattung weiterhin  
4219 stattfindet. Wenn Mittel vergeben werden, um lokale oder private Medien in Sachsen zu  
4220 unterstützen, dann muss dies transparenter geschehen. Wir wollen sächsische  
4221 Medienmacher:innen dabei unterstützen, Ehrenamtliche aus den Regionen in die Produktion von  
4222 Inhalten einzubinden. Schließlich sollten wir auch mehr nichtkommerzielle Angebote schaffen. Um  
4223 diese Ziele zu erreichen, wollen wir einen **Mediendialog** auf den Weg bringen, der gemeinsam mit  
4224 den Medienmacher:innen das Ziel verfolgt, mediale Vielfalt in Sachsen auch für die Zukunft zu  
4225 sichern.

4226  
4227 In Sachsen gibt es im Bereich der Medienaufsicht für die privat-kommerziellen Anbieter mit der  
4228 **Sächsischen Landesmedienanstalt (SLM)** eine in Deutschland in dieser Form einmalige  
4229 Konstruktion. Neben einem starken Medienrat gibt es eine weitgehend machtlose Versammlung  
4230 sowie einen Geschäftsführer. Als die Versammlung, die aus gesellschaftlichen Gruppen vielfältig  
4231 zusammengesetzt ist, 2019 bei der Besetzung des Geschäftsführerpostens Eigenständigkeit  
4232 zeigte, führte das aufgrund der gegenwärtigen Konstruktion zur Handlungsunfähigkeit der SLM.

4233 Die Linke wird sich deshalb dafür einsetzen, innerhalb einer Gesetzesnovelle die Versammlung in  
4234 ihren Rechten wesentlich aufzuwerten und weiteren gesellschaftlich relevanten Gruppen einen  
4235 Platz in ihr zuzuteilen. Gesellschaftliche Akteur:innen sollen mehr Mitsprache erhalten, um  
4236 Entscheidungen transparenter zu machen.  
4237

4238 Die Sächsische Landesmedienanstalt soll ein **Medienmonitoring** ins Leben rufen, das die Angebote  
4239 sächsischer Medienanbieter regelmäßig evaluiert. So können sich die Mediennutzer:innen  
4240 informieren, ob die Sender ihre Lizenzauflagen erfüllen und welche journalistische Qualität ihre  
4241 Angebote haben.  
4242

4243 Wir wollen **die nichtkommerziellen Freien Radios sowie die regionalen und lokalen Fernseh- und**  
4244 **Radioprogramme erhalten**, weil sie für die Medienvielfalt wichtig sind. In jedem Landkreis muss es  
4245 neben der lokalen Tageszeitung auch regionale Radio- und Fernsehangebote geben. Ergänzt  
4246 werden soll das Angebot durch nichtkommerzielle Medien, die trimedial produzieren, also für TV,  
4247 Radio und Internet gemeinsam. Freie Radios sind wertvoll nicht nur, weil sie auf Werbung  
4248 verzichten, sondern auch, weil sie Ehrenamtliche in die journalistische Arbeit einbinden. Die  
4249 Sächsische Landesmedienanstalt sollte zukünftig die bundesweite Definition für nichtkommerzielle  
4250 Sender verwenden, wenn sie Mittel vergibt. Es darf nicht mehr reichen, nur auf die Ausstrahlung  
4251 von Werbung zu verzichten.  
4252

4253 Die **Mitteldeutsche Medienförderung (MDM)** sollte weiter an Bedeutung gewinnen. Die  
4254 Finanzierung durch den Freistaat ist zu erhöhen. Dabei sollte es vor allem darum gehen, Sachsen  
4255 im Bereich des Kinder-, Dokumentar- und Animationsfilms zu stärken sowie die  
4256 Entwicklungsförderung auszubauen. Die MDM muss bei der Vergabe darauf achten, dass die  
4257 Produzent:innen soziale und ökologische Standards berücksichtigen. Wir wollen das **Kino wieder**  
4258 **zum Kulturort in allen Regionen** machen. Unser Ziel ist es, dass es in fünf Jahren in jeder  
4259 Kommune ab 5.000 Einwohner:innen die Möglichkeit gibt, regelmäßig Kinofilme zu sehen.  
4260

4261 Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** ist eine der wichtigsten Institutionen der **öffentlichen**  
4262 **Daseinsvorsorge auf kulturellem Gebiet**. In Sachsen erfüllt diese Aufgabe der MDR. Er soll nicht  
4263 nur einer minimalistischen „Grundversorgung“ dienen, neben der Information zählen auch Bildung,  
4264 Beratung, Kultur und Unterhaltung zu seinem umfassenden Auftrag. Neben anspruchsvollem  
4265 Journalismus müssen weiter auch hochwertige Spielfilmproduktionen, Unterhaltungssendungen  
4266 und Liveübertragungen von Sportereignissen zum Angebot gehören. Sie dürfen nicht den privaten  
4267 Medien überlassen werden oder hinter Bezahlschranken verschwinden. Auch die Angebote für  
4268 Kinder dürfen nicht gekürzt werden. Wir fordern für die öffentlich-rechtlichen Medien ein Recht auf  
4269 kostenlose Kurzberichterstattung von gesellschaftlich relevanten Ereignissen, nicht nur im Sport.  
4270 Jedoch darf der Anspruch dabei nicht geopfert werden: Kurzfilm, Animationsfilm, Dokumentarfilm  
4271 wie auch politische Investigation müssen am Hauptabend regelmäßige Sendeplätze haben. Der  
4272 Erfolg darf nicht allein an der Einschaltquote bemessen werden. Um die Qualität der Angebote zu  
4273 sichern, muss regelmäßig evaluiert werden, ob und wie sie ihren gesetzlichen sowie  
4274 gesellschaftlichen Auftrag erfüllen. Dazu sind externe Gutachten ebenso einzuholen wie die  
4275 Meinung der Beitragszahler:innen. Auch die Arbeitsbedingungen der freien Beschäftigten sind zu  
4276 überprüfen. Die Sender müssen zudem transparenter werden. Jede Gremiensitzung sollte im  
4277 Livestream zu verfolgen sein. Ombudsstellen sowie Publikumsräte müssen zum Standard werden.  
4278 Nur so kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk nach den Skandalen der vergangenen Jahre  
4279 Akzeptanz in der Bevölkerung zurückgewinnen.  
4280

4281 Wir wollen **die solidarische Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks** beibehalten,  
4282 damit er seinen Auftrag weiter erfüllen kann. Die Höhe des Rundfunkbeitrags darf nicht durch

4283 medienpolitische Erwägungen bestimmt sein. Eine Entlastung der Menschen ist dennoch möglich.  
4284 Wir wollen Transferleistungsbezieher:innen grundsätzlich vom Rundfunkbeitrag befreien. Geld ließe  
4285 sich auch sparen, wenn die Sender nicht mehr für die Einspeisung ihrer Programme an  
4286 Kabelnetzbetreiber zahlen müssten und wenn die Kosten für Befreiungen nicht durch die anderen  
4287 Beitragszahler:innen, sondern durch den Staat getragen würden. Allein dadurch könnte der Beitrag  
4288 um ca. 1,30 Euro je Monat sinken.

4289  
4290 Der **MDR-Staatsvertrag** muss reformiert werden. Wir brauchen mehr Vielfalt im Rundfunkrat:  
4291 Stimmen aus Jugend und Kultur, aus Wissenschaft und Kunst, aus der migrantischen Gemeinschaft  
4292 und der Zivilgesellschaft. Außerdem müssen Frauen die Hälfte des Gremiums stellen. Personal- und  
4293 Freienrat sowie Redaktionsausschuss müssen die Möglichkeit haben, Themen auf die  
4294 Tagesordnung der Gremien zu setzen. Schließlich machen sie das Programm und wissen am  
4295 besten um die Probleme des Senders. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht auch in der  
4296 Verantwortung, die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse widerzuspiegeln. Im Programm  
4297 des MDR muss deshalb die Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte, Frauen und  
4298 LGBTTIQ\* erhöht und die Darstellung stereotyper Rollenbilder vermieden werden.

4299

### 4300 Internet und Datenschutz

4301

4302 Die Linke steht für eine offene und freie Netzgemeinschaft, in der sich die Netzbürger:innen als  
4303 Souverän mündig und selbstbestimmt bewegen. Deshalb sind wir entschieden **gegen Zensur,**  
4304 **Netzsperrern, Überwachung und anlasslose Datenspeicherung** durch Behörden und  
4305 Unternehmen. Die Souveränität, die Anonymität und der Schutz der Individuen ist zu gewährleisten.  
4306 Öffentliche Informationen müssen allgemein zugänglich gemacht werden. Das Internet muss zu  
4307 einem Instrument werden, das es den Bürger:innen erleichtert, gesellschaftlich teilzuhaben und  
4308 mitzubestimmen. Wir sind **gegen den Einkauf und die Ausnutzung von Sicherheitslücken sowie**  
4309 **Einschränkungen von Freiheits- und Verbraucherrechten.** Infrastrukturen müssen frei zugänglich  
4310 und gleichberechtigt nutzbar sein – dies ist für uns ein unbedingter Grundsatz. Das Land Sachsen  
4311 und die Kommunen müssen die digitale Infrastruktur nachhaltig ausbauen. Wir wollen den Zugang  
4312 zum Internet für alle. Internet ist inzwischen Teil der Daseinsvorsorge. Fehlender Zugang grenzt  
4313 aus. Darum wollen wir in der Perspektive allen einen kostenfreien Zugang ermöglichen. **Wir stehen**  
4314 **zur Nutzung offener Standards, Open Data, Open Access, der Einhaltung von Nutzerrechten**  
4315 **und dem Schutz von Nutzerdaten und wollen sie fördern.** Technologien müssen  
4316 anwenderfreundlich, leicht zugänglich und sicher gestaltet sein. Staatliche und private Institutionen  
4317 müssen dabei Vorbilder sein. Nutzer:innen und Verbraucher:innen sind nur begrenzt für den  
4318 persönlichen digitalen Schutz verantwortlich.

4319

4320 Wir setzen uns für eine umweltschonende Informationstechnik (Green IT) ein. Das Recht auf  
4321 Reparatur wollen wir durch den Ausbau und Erhalt von **Repair-Cafés** (und ähnlichen Initiativen)  
4322 stärken. Bestehende rechtliche Hürden wollen wir abbauen. Gerade größere  
4323 Hardwareschenkungen stehen mit kaum leistbaren Garantien in Zusammenhang. Mithilfe  
4324 entsprechender Projektförderung gilt es die Schnittstelle zwischen Werkstoffhöfen und  
4325 Gebrauchtläden zu schließen um zu einer effektiven Kommunalen Kreislaufwirtschaft zu gelangen.  
4326 Anstatt einer immer größeren Monopolisierung braucht die Digitalbranche eine Dezentralisierung.  
4327 Wissen soll frei zugänglich bleiben, auch damit Menschen sich kreativ entfalten, gesellschaftlich  
4328 teilhaben und an direkter Demokratie mitwirken können. Wir wollen das Netz als Raum für  
4329 gesellschaftliche Innovation schützen und erhalten. Die Auswirkungen von technologischen  
4330 Neuerungen sind in einer vernetzten Welt unberechenbarer und folgenschwerer. Um die Folgen  
4331 von neuen Technologien und Diensten, aber auch von Gesetzgebungen und Reglementierungen für  
4332 Grund- und Freiheitsrechte abschätzen zu können, wollen wir **ein Staatsministerium und eine**

4333 **Enquete-Kommission für Digitalisierung** einrichten, die sich den Problemen widmen und Lösungen  
4334 anbieten, die demokratisch und nachhaltig sind.

4335

4336 Die sogenannten **KI-Systeme** werfen weitere Fragen auf, sowohl in gesellschaftlicher als auch in  
4337 juristischer Hinsicht, sie bergen Risiken wie hochentwickelte Videofälschungen (Deep Fakes).

4338 Daher wollen wir **Behörden und Verwaltungen zur Offenlegung von Quellen und zur Transparenz**  
4339 **verpflichten**, um zu erfahren, in welchen Bereichen KI-Systeme für welche Zwecke eingesetzt  
4340 werden.

4341

4342 Wir wollen Institutionen zum **Schutz vor Hass und Gewalt im Netz** ausbauen. Dies gilt für die  
4343 zuständigen Stellen im staatlichen Bereich und für die **Beratungs- und Aufklärungsangebote**  
4344 gesellschaftlicher Akteur:innen. Die Auswirkungen auf Einzelne müssen ebenso berücksichtigt  
4345 werden wie die Folgen für die Gesellschaft. Diese Angebote soll es bereits ab der Grundschule  
4346 geben.

4347

4348 Wir unterstützen den weiteren Ausbau digitaler öffentlicher Dienste gemäß des  
4349 Onlinezugangsgesetzes und wollen die Verwaltungsdigitalisierung beschleunigen. Dafür müssen  
4350 mehr Mittel bereitgestellt werden, damit alle Bürgerinnen und Bürger überall in Sachsen schnell und  
4351 unkompliziert Verwaltungsleistungen in Anspruch nehmen können. Das beschleunigt die  
4352 Verwaltungsprozesse und spart den Sächsinen und Sachsen viel Zeit und Nerven.

4353

#### 4354 **Migration und Asyl**

4355

4356 Auch in Sachsen ist Einwanderung längst gesellschaftliche Normalität. 11 % der Menschen in  
4357 Sachsen sind eingewandert, ihr Anteil steigt. Wir wollen auch die politische Vertretung für  
4358 diejenigen sein, die Migrations- oder Fluchterfahrung haben. Diese Menschen haben nach wie vor  
4359 nicht die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe, politische Mitbestimmung und Zugang  
4360 zu Bildung und Beruf. Der Klimawandel und zahlreiche globale Krisen und Kriege sorgen dafür, dass  
4361 Menschen in Sachsen Schutz suchen. Wir kämpfen entschieden dagegen, dass auf ihre Kosten  
4362 Hass und Hetze verbreitet werden. Geflüchteten Schutz zu gewähren, ist eine humanitäre Pflicht.  
4363 Zugleich begreifen wir Zuwanderung als Chance für die sächsische Gesellschaft.

4364

4365 Wir wollen eine grundsätzliche **Wende in der sächsischen Asyl- und Migrationspolitik: Sachsen**  
4366 **soll ein offenes Land werden mit gleichen Rechten auf soziale Sicherung und gesellschaftliche**  
4367 **Teilhabe für Eingewanderte.**

4368

4369 Wir setzen uns dafür ein, **den Familiennachzug über Landesaufnahmeprogramme zu**  
4370 **unterstützen**. Die **dezentrale Unterbringung** von Geflüchteten soll die Regelunterbringung  
4371 werden: Wir wollen die Pflicht, in Sammelunterbringungen zu leben, abschaffen und setzen uns  
4372 dafür ein, dass **Geflüchtete in ganz Sachsen selbstbestimmt in eigenen Wohnungen** leben  
4373 können. Dabei muss der Grundsatz der freien Wohnortwahl gelten. Residenzpflicht und  
4374 Wohnsitzauflagen lehnen wir ab. **Unbegleitete minderjährige Geflüchtete sind dabei besonders**  
4375 **schutzbedürftig und müssen kindeswohlgerecht aufgenommen, versorgt und betreut werden.**

4376

4377 Nur wer sich willkommen fühlt, findet in einer Gesellschaft rasch ein neues Zuhause. In allen  
4378 Landkreisen und kreisfreien Städten sollen **Willkommenszentren** entstehen, die Initiativen beraten,  
4379 koordinieren und fördern. Um Ressentiments und Stereotype abzubauen, sollen  
4380 Begegnungsstätten zwischen Einwohner:innen und Migrant:innen geschaffen und gefördert  
4381 werden. Ausländerbehörden wollen wir zu Willkommensbehörden umgestalten, **Verfahren**  
4382 **vereinfachen und digitalisieren**. Es braucht Vielfalt in sächsischen Amtsstuben und Offenheit für

4383 Eingewanderte. Alle Behörden und Institutionen des Freistaats sind in der Pflicht, ihren Anteil von  
4384 Mitarbeitenden mit Migrationsgeschichte zu erhöhen, wobei sie professionell beraten und  
4385 unterstützt werden sollen. Wir setzen uns für eine **Bleiberechts-offensive** in Sachsen ein:  
4386 Ermessensspielräume der zuständigen Behörden sollen genutzt werden, um geduldeten Menschen  
4387 ein Bleiberecht zu gewähren. Allen Geflüchteten, die seit mindestens drei Jahren in Sachsen leben,  
4388 soll ein Aufenthaltstitel erteilt werden. Abschiebehaft gehört abgeschafft, weil Flucht kein  
4389 Verbrechen ist.

4390  
4391 Auch Geflüchtete haben ein Recht auf gleichberechtigte Gesundheitsversorgung. Deshalb sollen  
4392 sie vom ersten Tag an eine elektronische Gesundheitskarte mit dem gleichen Leistungsumfang wie  
4393 für einheimische Empfänger:innen von Sozialleistungen erhalten. **Die ungerechte Benachteiligung  
4394 beim Sozialleistungsbezug im Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen.** In der  
4395 Geflüchtetensozialarbeit setzen wir uns für landesweit gleiche Standards ein. Dazu gehört ein  
4396 Betreuungsschlüssel von **1 Sozialarbeiter:in zu 50 Schutzsuchenden**, der vom Freistaat zu  
4397 finanzieren ist.

4398  
4399 Das von der sächsischen Regierungskoalition verabschiedete Integrationsgesetz reicht bei weitem  
4400 nicht aus. Sachsen braucht ein **echtes Teilhabegesetz**. Seit vielen Jahren fordern wir ein modernes  
4401 Integrations- und Teilhabegesetz. Bereits in der vergangenen Wahlperiode und zuletzt 2022 hat  
4402 die Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag dazu Gesetzesentwürfe vorgelegt. Es muss die  
4403 Integration zur verbindlichen kommunalen Aufgabe machen und sicherstellen, dass sie vom Land  
4404 finanziert wird. Außerdem muss es regeln, dass Migrant:innen, die sich selbst organisieren, ebenso  
4405 institutionell gefördert werden wie Asyl- und Perspektivberatungen, die Beratung von queeren  
4406 Menschen mit Migrationshintergrund, die psychosozialer Beratung sowie die landesweite  
4407 Sprachmittlung. Außerdem setzen wir uns für die **auskömmliche, langfristige und barrierearme  
4408 Förderung von Projekten zur Integration, für Begegnung und gegen Rassismus ein.**

4409  
4410 Wer in Sachsen lebt, muss auch politisch mitbestimmen können: Wir fordern daher auf kommunaler  
4411 wie auch auf der Landesebene ein Wahlrecht für alle hier in Sachsen lebenden ausländischen  
4412 Einwohner:innen nach zwei Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik. Bezahlkarten für Geflüchtete  
4413 müssen diskriminierungsfrei und unter Beachtung des Datenschutzes umgesetzt werden.

4414

## 4415 Europa

4416

4417 Viele in Deutschland und auch in Sachsen erlassene Gesetze werden von europäischen Vorgaben  
4418 bestimmt. Dennoch unterschätzen die hier lebenden Menschen oft noch immer die Bedeutung der  
4419 Europäischen Union. Oft ist ihnen auch nicht bewusst, dass Projekte und Bauvorhaben durch  
4420 finanzielle Mittel der Europäischen Union ermöglicht werden. Wegen der komplizierten Regeln und  
4421 Praxis bei der Förderung herrscht in dieser Hinsicht selbst in den Kommunal- und  
4422 Landkreisverwaltungen ziemlich oft Verwirrung.

4423

4424 **Die Linke bekennt sich klar zu Europa** und zur europäischen Integration. Wir wollen weg vom  
4425 Nationalismus hin zur internationalen Kooperation. Dazu gehört eine stärkere **Vernetzung der  
4426 Nachbarländer und Nachbarregionen**. Auch die Zusammenarbeit mit Großbritannien muss nach  
4427 dem Schaden durch den „Brexit“ im Jahr 2020 wieder verbessert werden. Gerade auf schulischer  
4428 und universitärer Ebene sollte der Austausch ermöglicht und gefördert werden.

4429

4430 Wir setzen uns für ein **Europa der Regionen** ein. Eine Erneuerung der Europäischen Union kann nur  
4431 erfolgreich sein, wenn sie von den Regionen aus gedacht und betrieben wird. Viele Menschen  
4432 empfinden die Europäische Union als unzureichend demokratisch. Dies kann nur geändert werden,

4433 indem die Politik stärker dezentral und näher an der Bürgerschaft agiert. Deshalb muss Sachsen in  
4434 der EU besser vertreten werden. Wir fordern eine **Veränderung des Vertretungsmodells im**  
4435 **Ausschuss der Regionen**. Bisher entsendet Sachsen ein Mitglied der sächsischen Staatsregierung.  
4436 Dies reicht nicht aus. Zudem müssen Regionen die Möglichkeit haben, sich auch außerhalb der  
4437 direkten Landesgesetzgebung an der EU-Gesetzgebung zu beteiligen. Gleichzeitig fordern wir  
4438 **mehr Transparenz** bei den Aktivitäten und Initiativen Sachsens im Ausschuss, sowohl dem  
4439 Sächsischen Landtag als auch der Öffentlichkeit gegenüber.  
4440

4441 Der **Ausschuss der Regionen** muss als wichtigstes Vertretungsgremium von Kommunen und  
4442 Regionen auf europäischer Ebene gestärkt werden. Hier sind mehr Mitsprache- und  
4443 Mitentscheidungsrechte nötig, damit regionale und kommunale Belange in der EU eine größere  
4444 Rolle spielen als bisher. Wir treten dafür ein, dass die Regionen von Anfang beteiligt werden, wenn  
4445 Gesetze erarbeitet werden, die sie selbst betreffen. Gleichzeitig muss das Thema Europa stärker in  
4446 die politische Öffentlichkeit Sachsens getragen werden. Europäische Debatten, die unsere Region  
4447 betreffen, müssen auch hier wahrgenommen werden.  
4448

4449 Die EU scheint den Menschen oft sehr weit entfernt. Viele glauben, sie hätten sowieso keinen  
4450 Einfluss. Eine Mehrheit wünscht sich aber mehr Beteiligung in der Europäischen Union. Die Linke  
4451 schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, um die politische Mitwirkung zu verbessern und Europa  
4452 vor Ort erlebbar zu machen. So fordern wir ein bürger:innennahes Beteiligungskonzept.  
4453 **Bürger:innenräte** zu verschiedenen europapolitischen Themen würden die Arbeit der Europäischen  
4454 Union verständlicher machen und dafür sorgen, dass sie besser akzeptiert wird. Zugleich böten sie  
4455 den Menschen in Sachsen eine Möglichkeit, an europäischen Entscheidungen mitzuwirken.  
4456

4457 Sachsen muss sich auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass das **Menschenrecht auf**  
4458 **Asyl** von der EU garantiert wird. Wir fordern die **Auflösung von Frontex**, da diese  
4459 Grenzschutztruppe nachweislich die Menschenrechte von Geflüchteten erheblich verletzt. Wir sind  
4460 **gegen Grenzkontrollen im Schengenraum**. Die Linke steht für ein offenes Europa.  
4461

4462 Wir setzen uns für ein Europa der erneuerbaren Energien ein, dem der Abschied von den fossilen  
4463 Energieträgern gelingt. Nur so können wir der Klimakrise begegnen. Sachsen sollte hier mit gutem  
4464 Beispiel vorangehen. Europa muss seine Verhandlungsmacht nutzen, um **gemeinsame**  
4465 **Energieimporte** zu organisieren und dabei keine Staaten zu unterstützen, die Demokratie und  
4466 Menschenrechte missachten. Sachsen sollte sich dafür im Bundesrat und in der EU energischer  
4467 einsetzen.  
4468

4469 Europa verstehen, heißt Europa erleben. Das ist nur möglich, wenn Menschen mobil sein können.  
4470 Die **Zugverbindungen zwischen den europäischen Ländern** müssen ausgebaut werden. Junge  
4471 Menschen aus Sachsen sollen durch ganz Europa reisen und den interkulturellen Austausch  
4472 erleben können. Wir fordern daher den **Ausbau des Ticketverlosungsprogramms #saxorail**, damit  
4473 erheblich mehr Tickets für die junge Menschen zwischen 18 und 27 Jahren im Freistaat Sachsen  
4474 zur Verfügung stehen.  
4475

4476 Die Chance, Europa persönlich zu erleben, sollte aber bereits in der Schule bestehen. Wir wollen  
4477 mehr **europapolitische Bildung** in den Schulen. In den sächsischen Grenzregionen sollte **mehr**  
4478 **Unterricht in den Sprachen Tschechisch und Polnisch** angeboten werden, damit sich in Zukunft  
4479 Sachsen besser mit ihren Nachbar:innen verständigen können.  
4480

4481 **Frieden**  
4482

4483 Jeder Mensch hat ein Recht auf Frieden. Dafür setzt sich Die Linke ein.  
4484 Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Freiheit, Würde  
4485 und sozialer Sicherheit leben können. Im Sinne des Grundgesetzes ist der ‚Frieden der Welt‘ der  
4486 höchste Wert, dem deutsche Politik verpflichtet sein muss. Wir kämpfen um eine friedliche Welt,  
4487 die durch Zusammenarbeit geprägt ist, und in der Konflikte durch Diplomatie gelöst werden.  
4488 Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Es ist wichtig, dass die Waffen schweigen,  
4489 aber im Interesse der Menschen muss der **Frieden auch gerecht** sein. Wir wissen, dass ‚gerechter  
4490 Frieden‘ ein sehr hohes Ziel ist. Aber er ist die Grundlage für eine Welt, in der die Menschen- und  
4491 Völkerrechte im Zentrum stehen. Eine dauerhafte Friedensordnung kann nur dann entstehen, wenn  
4492 die Menschen nicht dem Machtkampf zwischen politischen Blöcken preisgegeben sind, die  
4493 rücksichtslos um Macht und ökonomische Vorteile kämpfen.

4494  
4495 Vor 79 Jahren endete in Europa der Kampf der Alliierten gegen Faschismus und Krieg. Millionen  
4496 opferten ihr Leben im Kampf, im Krieg gegen die menschenverachtende Herrschaft  
4497 Nazideutschlands, gegen den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden sowie an den  
4498 Sinti und Roma, an Menschen mit Behinderung, Homosexuellen, Antifaschist:innen,  
4499 Kommunist:innen, Sozialdemokrat:innen und Gewerkschafter:innen, gegen die Ermordung und  
4500 Versklavung der Bevölkerung der besetzten Länder. Die bedingungslose Kapitulation der  
4501 deutschen Wehrmacht besiegelte das Ende der deutschen Nazi-Diktatur und bedeutete einen Sieg  
4502 über Faschismus, Antisemitismus, Rassenwahn und den NS-Eroberungs- und Vernichtungskrieg.

4503  
4504 Leider erleben wir heute wieder Antisemitismus, Rassismus und auch **faschistische Tendenzen**.  
4505 Sie sind in Europa, Deutschland und auch Sachsen wieder auf dem Vormarsch. **Dem wird sich Die**  
4506 **Linke mit aller Kraft entgegenstellen**, im Parlament und auf den Straßen.

4507  
4508 Es gibt wieder Krieg in Europa. Putin hat den Befehl zu einem imperialistischen Angriffskrieg gegen  
4509 die souveräne Ukraine gegeben. Wir verurteilen diesen Krieg entschieden, fordern einen sofortigen  
4510 Abzug der russischen Truppen aus den besetzten Gebieten und die Bestrafung aller  
4511 Kriegsverbrecher.

4512  
4513 Wir haben Verständnis für die Sorge vieler Menschen, dass sich der Krieg zu einem neuen  
4514 Weltenbrand auswachsen könnte, zumal es auf der Welt auch noch andere Kriegsherde gibt. Wir  
4515 halten es deswegen für richtig und notwendig, die kriegerischen Handlungen durch **Diplomatie** zu  
4516 beenden. Die Waffen müssen schweigen und Verhandlungen beginnen.

4517  
4518 Wir hören aber auch den Menschen zu, die vor allem das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine  
4519 betonen. In einer aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft muss es möglich sein,  
4520 unterschiedliche Positionen und Handlungsoptionen ohne Diffamierung zu diskutieren. Es geht hier  
4521 um komplexe Gewissensfragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt.

4522  
4523 Wir akzeptieren keine Doppelstandards in Fragen von Krieg, Terror und  
4524 Gewalt. Wir lehnen Russlands Krieg gegen die Ukraine genauso entschieden ab wie den Krieg der  
4525 USA im Irak oder die türkischen Feldzüge gegen die Kurdinnen und Kurden. Jüngst haben die  
4526 Terrorangriffe und Geiselnahmen der Hamas vom 7. Oktober gegen die israelische  
4527 Zivilbevölkerung zu einer weiteren Eskalation der Gewalt im nahen Osten geführt. Die  
4528 militärische Antwort der israelischen Armee führt unter Inkaufnahme zahlreicher  
4529 Kriegsverbrechen zur Vertreibung von ca.1,9 Millionen Menschen im Gazastreifen und einer  
4530 humanitären Notlage unter der dort lebenden Zivilbevölkerung. Dieses Vorgehen der  
4531 israelischen Armee ist klar zu verurteilen.

4532 Die Linke steht seit jeher konsequent an der Seite derer, die sich für Frieden,

4533 Waffenstillstände und Diplomatie einsetzen. Wir sind der Wahrung elementarer  
4534 Menschenrechte verpflichtet. Das bedeutet, dass es uns auch in der Bewertung von  
4535 bewaffneten Konflikten und Kriegen nie um Ethnien, Religionen oder Herkunft geht, sondern  
4536 immer um Menschen, deren Gleichheit, Freiheit und Unversehrtheit unser oberstes Ziel ist.  
4537 Wir treten gegen Aufrüstung und Waffenexporte ein. Denn die Produktion und der Export von  
4538 Waffen, die Jahr für Jahr ausgefeilter und zerstörerischer werden, führen zum Tod von Menschen  
4539 und zerstören deren Lebensgrundlagen.

4540  
4541 Mittlerweile ist es traurige Tatsache, dass die Zahl der Demokratien weltweit sinkt und autoritäre  
4542 Regierungen auf dem Vormarsch sind. Wogegen wir als Linke uns wenden, ist der Wahn, man  
4543 könnte die Demokratie mit Waffengewalt verbreiten. Das ist in Afghanistan, in Libyen und  
4544 andernorts katastrophal gescheitert. Die Freiheit muss überall von allein wachsen. Wir sollten  
4545 solche Bewegungen für **Menschenrechte mit friedlichen Mitteln** unterstützen.

4546  
4547 Wir setzen uns dafür ein, dass in Sachsen **keine öffentlichen Forschungsgelder für die**  
4548 **Entwicklung neuer Waffen** oder Waffensysteme verwendet werden. Die geplante Stationierung  
4549 des Logistikbataillons 471 in Bernsdorf-Straßgräbchen halten wir nicht für einen nachhaltigen  
4550 Beitrag zum Strukturwandel in der Lausitz. Wir fordern die drastische Einschränkung von  
4551 Militärmanövern. Stattdessen sollten die Strukturen für humanitäre Hilfsangebote sowie den Zivil-  
4552 und Katastrophenschutz ausgebaut werden.

4553  
4554 Wir wollen nicht, dass Jugendoffiziere der **Bundeswehr an staatlichen Schulen** für Kriegseinsätze  
4555 werben dürfen. Wir wollen, dass die Bundeswehr beim „Tag der Sachsen“ keine  
4556 Präsentationsflächen mehr zur Verfügung gestellt bekommt.

4557  
4558 Wir wollen die **internationale Zusammenarbeit** fördern. Der Freistaat Sachsen soll Initiativen von  
4559 Kommunen, Vereinen und Verbänden für Solidarität und gegenseitiges Verständnis fördern und das  
4560 Programm „Mayors for Peace“ unterstützen. Wir wollen den internationalen zivilen Austausch, etwa  
4561 in den Bereichen Wissenschaft und Kultur, zwischen Sachsen und Regionen in anderen Ländern  
4562 fördern. Dabei sollte sich der Blick besonders auf die mittel- und osteuropäischen Staaten des  
4563 ehemaligen Warschauer Paktes richten.

4564 Wir wollen, dass die bereits jetzt existierenden, langjährigen **Städtepartnerschaften** weiter  
4565 ausgebaut werden. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag für eine friedliche Verständigung  
4566 zwischen den Menschen verschiedener Nationen. Die europaweite und internationale Kooperation  
4567 ist unverzichtbar.

---

### **Entscheidung des Landesparteitages:**

Bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen.